



Praxis Kultur- und Sozialgeographie | PKS 36

Karen Ziener | Ines Carstensen | Elke Goltz (Hrsg.)

“Bewegende Räume” - Streiflichter multidisziplinärer Raumverständnisse

Festschrift anlässlich der Verabschiedung von
Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe am 26.11.2004



Praxis Kultur- und Sozialgeographie | PKS 36

**„Bewegende Räume“ –
Streiflichter multidisziplinärer Raumverständnisse**

Festschrift anlässlich der Verabschiedung
von Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe am 26.11.2004

herausgegeben von

Karen Ziener
Ines Carstensen
Elke Goltz

Universitätsverlag Potsdam 2005

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Praxis Kultur- und Sozialgeographie I PKS

Herausgegeben vom Institut für Geographie der Universität Potsdam
ISSN 0934-716X

Band 36

© Universitätsverlag Potsdam, 2005

ISBN 3-937786-80-5

Herausgeber:	Wilfried Heller (Potsdam) Hartmut Asche (Potsdam) Hans-Joachim Bürkner (Erkner/Potsdam) Manfred Rolfes (Potsdam)
Federführender Herausgeber:	Wilfried Heller
Schriftleitung:	Waltraud Lindner
Druck:	Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam
Vertrieb:	Universitätsverlag Potsdam Postfach 60 15 53, 14415 Potsdam Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625 e-mail: ubpub@uni-potsdam.de http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige Genehmigung des Herausgebers nicht vervielfältigt werden.

Inhalt

Vorwort	6
Stadt, Land, Metropolen – räumlicher Strukturwandel und Paradigmenwechsel	
Stadt und Land – zum Wandel einer regionalen Disparität (Gerhard Bahrenberg)	9
Urbane Räume (Hartmut Häußermann)	20
Standortbedingungen für Dienstleistungen in europäischen Metropolräumen – Ergebnisse eines EU-Projekts (Marie Bachmann und Georg Kluczka)	27
Bewegte Landschaft – drei verschiedene Perspektiven auf die Bergbaufolgelandschaft der Niederlausitz	
„Bewegtes Land – Die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land gestaltet in der Lausitz eine Landschaft im Wandel“ (Rolf Kuhn)	42
Der lange Marsch ins Urlaubsparadies (Heiner Barsch und Karl Geldmacher)	50
ReKuLa – die Lausitzer Antwort auf ein Schweizer Kräuterbonbon (Ines Carstensen und Karl Geldmacher)	66
Bewegung in fernen Räumen – von Afrika zur Osterinsel	
Bewegende Räume im subsaharischen Afrika? – Malawi im Fokus destinationsökonomischer Überlegungen (Ines Carstensen)	71
Der dramatische Kultur- und Naturwandel auf der Osterinsel (Hans-Rudolf Bork, Andreas Mieth und Klaus Dierßen)	90
Bewegung durch Regionalanalyse und Regionalpolitik	
Policies of rehabilitation and of consolidation of small and medium sized enterprises in Sachsen-Anhalt and in Brandenburg (East Germany): Programme structure, procedures, results, evaluation (Elke Hochmuth und Wilfried Heller)	107
Wir sorgen für Bewegung! Studienmobilität und Studienortwahl in Berlin und Brandenburg im Rahmen der zukünftigen demographischen Entwicklung (Manfred Rolfes)	128
Konflikte in der Nachhaltigkeit – Reflexionen über die Insel Rügen und die Nockberge (Karen Ziener)	144
Bewegung durch individuelle Raumwahrnehmung und raumorientiertes Handeln	
Der Süden des Nordens: Die Niederlausitz (Christof Ellger)	160
„Best-Ager“ – eine Chance für die Peripherie? (Elke Goltz und Jirka Stachen)	171
Bewegungen am Rande	
Fußball und Geographie – Anmerkungen zu einem (Miss-)Verhältnis (Wolfgang Aschauer)	184
Statt eines Schlusswortes	
Von KlangBrücken und BrückenKlängen (Günter Olias)	198

Vorwort

„Bewegende Räume“ – Frau Prof. Gabriele Saupe hat in ihrer langjährigen beruflichen Tätigkeit nicht nur die Bewegung von Räumen, d.h. Strukturveränderungen und räumliche Prozesse, untersucht. Sie hat diese Bewegung auch aktiv mitgestaltet, etwa durch ihre gutachterliche Tätigkeit und ihr Expertenwissen in Berlin-Brandenburg oder ihr Engagement für die Entwicklung von Erholungslandschaften in der Niederlausitz. „Bewegende Räume“ sind jedoch nicht nur eine Thematik, die einen Bezug zur Tätigkeit von Frau Saupe herstellt, sie treibt auch die Autoren dieser Festschrift um. Kollegen, Schüler und Praktiker berichten aus aktuellen Arbeiten oder präsentieren theoretische Überlegungen aus dem weiten Feld der geographischen Forschung. Die Festschrift für Frau Saupe verbindet Vielfalt und Originalität. Ihre Interdisziplinarität steht für das ständige Bemühen von Frau Saupe, verschiedene Perspektiven, Herangehensweisen und Fachdisziplinen zur Bewältigung der Forschungsaufgaben zusammenzuführen. Sie reicht von der Landschafts- bzw. Geoökologie bis zum Fußball und der Musik. Die Beiträge zeichnen ein theoretisches Fundament, sorgfältige empirische Analysen, Kreativität und Phantasie aus. Auch darin widerspiegeln sich wichtige Eigenschaften der Geographin Gabriele Saupe.

Die Herausgeberinnen der Festschrift möchten sich mit dem vorliegenden Werk in besonderer Weise für das Engagement von Frau Saupe in der Lehre und bei der Förderung junger Wissenschaftler und insbesondere Wissenschaftlerinnen bedanken. Als Schülerinnen schätzen wir vor allem ihre wissenschaftliche Kompetenz, ihre didaktisch-methodischen Fähigkeiten, ihre Offenheit gegenüber neuen Ideen und ihre Bereitschaft zu Diskussionen und fachlichen Auseinandersetzungen. Wir haben viel von Frau Prof. Saupe gelernt!

Die Festschrift lebt von ihrer fachlichen Vielfalt – die wichtigsten Forschungsprojekte von Frau Saupe sind ebenso vertreten wie einige der von ihr betreuten Qualifikationsarbeiten – und den unterschiedlichen Schreibstilen der Autoren. Dies war so gedacht und ist ausdrücklich so gewollt. Den Einstieg in diese äußerst facettenreiche Thematik schafft Gerhard Bahrenberg (Bremen) mit seinem Beitrag zum Wandel der Stadt-Land-Disparitäten (Festvortrag). Er spannt dabei einen weiten Bogen von der Geographie als Regionalwissenschaft zu modernen stadtsoziologischen Fragestellungen und von der Herausbildung der Stadt in der Agrargesellschaft bis zu den Funktionen der Stadt in der Zukunft. Im zweiten Beitrag focussiert Hartmut Häußermann (Berlin) auf die Entwicklung urbaner Räume und deren Planbarkeit. Er beleuchtet den Begriff der Urbanität und stellt interessante Parallelen zwischen den Großwohnsiedlungen der 1970er Jahre – in Ost und West – und den modernen Einkaufs- und Erlebniszentren her. Von Marie Bachmann und Georg Kluczka (Berlin) werden Ergebnisse eines EU-Projektes vorgestellt, das sich mit den wirtschaftlichen Veränderungen in sieben europäischen Metropolräumen beschäftigt hat. Im Mittelpunkt des Beitrags stehen der Bedeutungswandel bei den Standortfaktoren und die Standortverlagerungen innerhalb der Metropolregionen (Ergebnisse von Unternehmensbefragungen und Expertengesprächen).

Der zweite Themenkreis widmet sich der Sanierung und Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft in der Niederlausitz sowie der Entwicklung dieser Region als Wirtschafts- und Lebensraum. Kaum eine andere Landschaft wird gegenwärtig so stark verändert wie die Bergbaufolgelandschaften in der Lausitz und in Mitteldeutschland. Zunächst stellt Rolf Kuhn (Senftenberg) in eindrucksvollen Worten und Bildern die Internationale Bauausstellung „IBA Fürst-Pückler-Land“ vor. Im Rahmen der IBA umfasst eine Reihe von Projekten, durch die nicht nur Landschaften neu gestaltet, sondern auch Zeugen der Bergbau- und Industriegeschichte neuen Nutzungen zugeführt, Erholungsmöglichkeiten an neuen Seen geschaffen und die Akteure der Region zu einem dauerhaften

Netzwerk zusammengeführt werden. Heiner Barsch und Karl Geldmacher (Potsdam) präsentieren Ergebnisse von Forschungsarbeiten der Universität Potsdam und des Forschungsverbundes LENAB (Leitbilder für naturnahe Bereiche, BMBF-Verbundvorhaben) zum Landschafts- und Funktionswandel in den Braunkohlensanierungsgebieten, die unter maßgeblicher Beteiligung bzw. Leitung von Frau Prof. Saupe durchgeführt wurden. Sie betonen die Multifunktionalität der gestalteten Landschaften, die Rolle der regionalen Akteure und die Langfristigkeit der Rekultivierungs- und Flutungsprozesse. Ines Carstensen und Karl Geldmacher (Potsdam) setzen diese Betrachtungen in Richtung einer zukunftsweisenden Marketingidee fort, mit der die Niederlausitz auf dem globalen Tourismusmarkt platziert werden soll. Inspiriert durch ein berühmtes Schweizer Kräuterbonbon wird unter dem Namen „Rekula“ ein Produkt kreiert, das in Wechselwirkung mit der Entwicklung und Gestaltung der Landschaft profiliert wird und somit eine neue innovative Produkt-Raum-Symbiose verkörpert.

Unter der Überschrift „Bewegung in fernen Räumen“ sind zwei Berichte von außereuropäischen Projekten zusammengefasst. Ines Carstensen (Potsdam) schildert Eindrücke von einer Exkursion durch Malawi, die von Frau Prof. Saupe geleitet wurde, und führt im Zusammenhang damit eine tiefgehende Analyse der touristischen Destination Malawi – angebots- und nachfrageseitig – durch. Daran anschließend beschreiben und erklären Hans-Rudolf Bork, Andreas Mieth und Klaus Dierßen (Kiel) den dramatischen Kultur- und Naturwandel auf der Osterinsel und geben eine Reihe von Empfehlungen für deren künftige Nutzung. Die international anerkannten Erkenntnisse zur Vernichtung der Palmwälder, der daraus resultierenden Abnahme der Bodenfruchtbarkeit und der Steinmulchung sind das Ergebnis von fünf Forschungsreisen der Autoren und zwei Exkursionen Kieler und Potsdamer Studierender auf die Osterinsel sowie einer Diplom- und einer Doktorarbeit.

Mit dem Beitrag von Elke Hochmuth (Berlin) und Wilfried Heller (Potsdam) zur Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt und Brandenburg beginnt ein Komplex sehr unterschiedlicher Arbeiten zur Regionalentwicklung, Raumordnungs- und Wirtschaftspolitik. Die beiden Autoren haben die unterschiedlichen Programme zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in den beiden Bundesländern gegenübergestellt, deren Ergebnisse bewertet (geförderte Unternehmen, geschaffene Jobs), Erfolge und Probleme aufgezeigt. Manfred Rolfes (Potsdam) untersucht mit Blick auf die Entwicklung der Universität Potsdam die Studierendenzahlen der Berliner und Brandenburger Hochschulen. Er analysiert die Studierendenquoten sowie die Herkunfts- und Zielregionen der Studentinnen und Studenten sowie die Bevölkerungsentwicklung in Berlin-Brandenburg und die Folgen für die Hochschulpolitik in der Region. Die Thematik der Nachhaltigkeit stellt ebenfalls einen Bezug zur Forschungstätigkeit von Frau Saupe dar. Karen Ziener (Klagenfurt) greift eine gemeinsam mit Frau Saupe begonnene Untersuchung zum Verständnis von nachhaltiger Regionalentwicklung bei lokalen und regionalen Entscheidungsträgern auf und verdeutlicht dann an zwei völlig unterschiedlichen Beispielen die Konflikthaftigkeit nachhaltiger Entwicklung, und zwar an einer langjährigen Untersuchungsregion, der Insel Rügen, und einem neuen Forschungsgebiet, den Nockbergen in Kärnten.

Die beiden Beiträge im fünften Themenkreis scheinen auf den ersten Blick gar nicht zusammen zu passen. Die Klammer bildet jedoch nicht nur der gemeinsame Untersuchungsraum Brandenburg, sondern vielmehr die auf Individuen ausgerichtete Fragestellung bezüglich regionaler Identität einerseits und räumlicher Mobilität andererseits. Christof Ellger (Berlin) stellt die Frage nach einer Niederlausitzer Identität im Schnittpunkt von Norden und Süden und geht dabei den Gemeinsamkeiten mit dem übrigen Berlin-Brandenburg oder auch Mecklenburg-Vorpommern und den Einflüssen einer stärker

sächsisch-böhmischen Geschichte nach. Oder sind es eher die aktuellen sozioökonomischer Entwicklungen (Arbeitslosigkeit, Folgen der deutsch-deutschen Wiedervereinigung), die das Regionalbewusstsein der Lausitzer bestimmen? Elke Goltz (Berlin) und Jirka Stachen (Potsdam) rücken das Migrationsverhalten älterer Menschen in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses und fragen, wie insbesondere die „neuen Alten“ oder „Best Ager“ als Potenzial für die Entwicklung peripherer ländlicher Räume wirksam werden können. Dabei werden Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes der Universität Potsdam und der Freien Universität Berlin zu Fallstudien aus ländlich peripheren Räumen Brandenburgs, das jüngste Forschungsprojekt von Frau Prof. Saupe, in Beziehung zu theoretischen Erkenntnissen der Migrationsforschung sowie Untersuchungen aus Deutschland und den USA gesetzt.

Unter dem Titel „Geographische Randbewegungen“ verbirgt sich eine spannende launige Abhandlung über die Rolle des Fußballs in der Geographie. Wolfgang Aschauer (Chemnitz) hinterfragt mit Witz und Geist die Perspektive des Fußballs im raumwissenschaftlichen Kontext. Und schließlich, last but not least, vom Fußball zur Musik. Wenn die musikalischen Brückenschläge von Günter Olias (Potsdam) hier als letzte gereiht wurden, liegt das nicht daran, dass Musik noch weniger mit Geographie zu tun hätte als Fußball. Der Autor stellt diese Beziehungen in ganz besonderer Weise heraus und würdigt zugleich noch einmal den weiten Blick von Frau Prof. Saupe über die vermeintlichen Grenzen der Geographie hinaus. Deshalb steht dieser Beitrag am Ende des Buches – statt eines Schlusswortes.

Die Herausgeberinnen

Stadt, Land, Metropolen – räumlicher Strukturwandel und Paradigmenwechsel

Stadt und Land – zum Wandel einer regionalen Disparität

von Gerhard Bahrenberg (Bremen)

Die Wahl des Themas "Stadt und Land" zum Anlass der Verabschiedung der hoch geschätzten Kollegin, Frau Gabriele Saupe, ist kein Zufall. Denn Frau Saupe hat sich in ihren wissenschaftlichen Arbeiten recht intensiv mit ländlichen Räumen, insbesondere dünnbesiedelten befasst, und zwar unter verschiedenen Gesichtspunkten. So weist ihre Homepage als einen ihrer Forschungsschwerpunkte 'Angewandte Geographie, insbesondere Regionalentwicklung (ländliche Räume, Ostdeutschland)' aus (<http://www.uni-potsdam.de/u/Geographie/alteSeite/mitarb/saupe.htm> (10.4.05)). Hier hat sie sich vor allem für die Entwicklungsmöglichkeiten dünnbesiedelter Gebiete interessiert (vgl. etwa Saupe 1999, Born, Goltz und Saupe 2004). Dieses Thema liegt nahe, wenn man in Brandenburg wohnt und arbeitet. Ich kann mich jedenfalls noch gut an eine Autofahrt Anfang der 1990er Jahre von Berlin durch das westliche Brandenburg und den Landkreis Lüchow-Dannenberg nach Bremen erinnern. Der dominante Eindruck auf beiden Seiten der Elbe war die extrem geringe Bevölkerungsdichte mit nur sehr schwachen Verstärkungsansätzen. Hier war man offensichtlich nicht nur im ländlichen Raum, sondern im peripheren, dünnbesiedelten ländlichen Raum, wie er in der wissenschaftlichen Geographie und in der Raumordnung und Landesplanung ausgewiesen wird.

Meine Beobachtung dieses Sachverhalts und meine lebhafte Erinnerung daran sind offensichtlich ebenfalls kein Zufall. Denn der Stadt-Land-Gegensatz ist ein zentrales Thema unseres Faches. Ursache dafür ist nicht nur das traditionelle Interesse der Geographie an räumlicher Differenzierung. Denn räumliche Differenzen kann man beliebig konstruieren. Es gibt sozusagen nichts, was nicht in irgendeiner Weise räumlich variiert. Darum versteht sich die sozialwissenschaftliche Geographie in ihren Selbstbeschreibungen seit gut 30 Jahren auch weniger als Raumwissenschaft, sondern eher als Regionalwissenschaft, d.h. als Wissenschaft, die sich für die Bildung von Regionen und für die Unterschiede zwischen Regionen interessiert.

Mit der Bestimmung von Geographie als Regionalwissenschaft war ein wesentlicher Vorteil verbunden. Region ist nämlich, im Unterschied zum Raum, ein wissenschaftlicher bzw. theoretischer Begriff, zumindest seit Dietrich Bartels (vgl. z.B. Bartels 1970). Im Gegensatz etwa zum politischen Begriff der Region, der sich auf eine bestehende oder gewünschte politische Gebietskörperschaft zwischen Kommune und Staat bezieht, also vor allem auf die Größenordnung einer politischen Einheit abzielt, meint der wissenschaftliche Begriff von Region immer Territorien mit einer spezifischen Kombination verschiedener Charakteristika, also der Werte mehrerer verschiedener Variablen – insbesondere von Variablen, die auf verschiedene gesellschaftliche Funktionsbereiche Bezug nehmen, also etwa das Erziehungssystem, die Politik, das Recht, das Gesundheitssystem, die Wirtschaft u.a.. Region bezieht sich hier also auf eine Struktur, die unabhängig von der Größe des jeweiligen Territoriums als Resultat der gegenseitigen Interdependenz verschiedener Funktionsbereiche aufgefasst wird¹.

¹ Es ist interessant zu sehen, dass sich eine ähnliche Bestimmung von Region auch in der soziologischen Systemtheorie, also auf einer anderen theoretischen Grundlage findet (vgl. Stichweh 2000a, S. 217 f.; Kuhm 2003).

Mit der Fokussierung auf die Bildung von Regionen und damit die Beobachtung regionaler Unterschiede gelingt der Geographie auch, sich nicht zuletzt als 'angewandte' Geographie zu etablieren. Mit der aus dem Grundgesetz ableitbaren, jedenfalls faktisch abgeleiteten Forderung nach Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den verschiedenen Teilgebieten des Bundesgebietes gewinnt das Fach nun in Deutschland über die Ausbildung von Lehrern hinaus 'gesellschaftliche Relevanz' (wie es in den 1970er Jahren hieß), indem es seine Aufmerksamkeit eben den regionalen Disparitäten und Maßnahmen zu ihrem Ausgleich widmet. Die so genannte 'Angewandte Geographie' entwickelt sich als Teildisziplin des Faches². Gleichzeitig wird neben der Lehrerbildung nun auch die geographische Diplombildung an den Universitäten etabliert.

Die in dieser Zeit prominenteste regionale Disparität war die Stadt-Land-Differenz. Dass es sich hierbei um eine **regionale** Disparität handelte, sieht man daran, dass sie nicht nur die Wirtschaft betraf, sondern z.B. auch das generative Verhalten, die medizinische Versorgung, die Bildungsbereitschaft, das Bildungsangebot und den Bildungsstand, die Wohnverhältnisse, die Bedeutung der Kirchen, das Wahlverhalten, die Innovationsbereitschaft, die Pkw-Dichte usw.. Aber vor allem: Die Stadt galt als fortschrittlich und entwickelt, das Land als rückständig und unterentwickelt bzw. "hinter der Entwicklung zurückgeblieben", wobei Entwicklung durchaus positiv gesehen wurde.

1. Stadt und Land in agrarischen Zivilisationen

Sieht man von solch einer Wertung ab, so wird man zunächst festhalten, dass die Differenzierung in Stadt und Land sich bald nach der neolithischen Revolution herausgebildet hat, also nach dem Übergang von der paläolithischen Lebensweise als Sammler und Jäger zur Sesshaftigkeit und Landwirtschaft. Notwendige Voraussetzung für die Stadt-Land-Differenzierung ist nämlich eine Landwirtschaft, die Überschüsse über die Selbstversorgung hinaus zur Versorgung der städtischen Bevölkerung produziert. Allerdings war die Flächenproduktivität der Landwirtschaft über Tausende von Jahren sehr gering. So stiegen etwa die Roggenerträge in Deutschland von 800 bis 1750 nur von gut 4 auf gut 6 dt/ha. Drückt man den Ertrag in Vielfachem der Saatmenge aus, entspricht dies einer Zunahme von der 2,5-fachen bis zur 4-fachen Saatmenge (Henning 1979, S. 28). Auch die Arbeitsproduktivität war bis in die Moderne in der Landwirtschaft sehr gering. Das bedeutet, dass agrarische Zivilisationen einen hohen Anteil an ländlicher Bevölkerung aufweisen müssen und einen entsprechend geringen Anteil an städtischer Bevölkerung. Sieferle (1997, S. 108) schätzt dieses Verhältnis auf mindestens 80:20³. Die Städte erfüllten die Funktionen, die in der Geographie als charakteristisch für zentrale Orte angesehen werden⁴. Angesichts der Tatsache, dass die agrarischen Zivilisationen und Hochkulturen noch nicht über leistungsfähige Transportmittel verfügten, insbesondere nicht für den Landtransport, konnten die Städte in der Regel nur über kleine Einzugs- bzw. Marktgebiete verfügen. Diese eingeschränkte Ressourcenbasis bedeutete aber zusammen mit dem geringen Anteil städtischer Bevölkerung, dass die Städte selbst nur sehr klein sein konnten. Ausnahmen bildeten nur die Zentren von Großreichen, die nicht zuletzt durch den Seetransport mit Nahrungsmitteln versorgt werden konnten. So hatte z.B. Athen im 4. Jh. v.Chr. 100000 Einwohner, und Rom (zur Zeit von Augustus) sowie Konstantinopel (im 5. Jahrhundert) kamen auf etwa eine Million Einwohner (Sieferle 1997, S. 110).

² Man kann sich natürlich fragen, was in der angewandten Geographie eigentlich angewandt wird – offensichtlich nicht 'Theorie', wie man früher glaubte.

³ Dieses Verhältnis konnte man noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in zahlreichen Ländern der so genannten Dritten Welt beobachten.

⁴ Die Theorie der zentralen Orte ist schließlich eine Theorie der räumlichen Verteilung der Städte nach ihrer Größe in agrarischen Zivilisationen.

Dagegen hatten im mittelalterlichen Deutschland von den knapp 4000 Städten

- 2800 weniger als 1000 Einwohner,
- 900 zwischen 1000 und 2000 Einwohner,
- 250 zwischen 2000 und 10000 Einwohner,
- 6 zwischen 10000 und 20000 Einwohner,
- 9 zwischen 20000 und 50000 Einwohner,
- 1 (Köln) etwas mehr als 50000 Einwohner (Schmitz 2001, S. 30).

Die 10 größeren Städte mit mehr als 20000 Einwohnern zeichneten sich im Übrigen dadurch aus, dass sie bedeutende Fernhandelszentren waren und fast ausschließlich an großen schiffbaren Flüssen lagen.

Oben war kurz die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land angesprochen worden, die auch unten noch einmal thematisiert werden wird. Die Frage könnte sich stellen, wie es damit in der langen Phase von der neolithischen Revolution bis zur Moderne bestellt war. Abgesehen davon, dass sich diese Frage für frühere Gesellschaften wohl gar nicht stellte, kann man vielleicht darauf verweisen, dass aus heutiger Sicht wenig dafür spricht, dass die Lebensverhältnisse in der Stadt oder auf dem Land besser oder schlechter als auf der jeweils anderen Seite gewesen sind. Gewiss waren die Städte die Innovationszentren der Gesellschaft. Innovationen und ihre Durchsetzung sind auf eine hohe kommunikative Dichte angewiesen. Diese lässt sich in Gesellschaften, in denen telekommunikative Medien kaum verfügbar sind und Interaktion – Kommunikation unter Anwesenheit – die häufigste Form von Kommunikation ist, gleichzeitig Personentransport sehr aufwändig ist, am ehesten in der dicht bebauten und bewohnten Stadt realisieren. In dieser Hinsicht war die Stadt das Zentrum der Gesellschaft, das Land die Peripherie. Und diese Charakterisierung trifft auch zu, wenn man an die Ausgestaltung der Rechtsverhältnisse denkt, etwa an das Bodenrecht (z.B. Rentenkapitalismus). Doch reicht das wohl nicht aus, allgemein von einer Benachteiligung des Landes zu sprechen. Schließlich ist auch daran zu erinnern, dass das Land wahrscheinlich weniger von Seuchen (z.B. mittelalterliche Pestzüge) oder Hungersnöten heimgesucht wurde. Vielleicht war ein größeres Problem für das Land der häufige Mangel an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche und daraus folgend die Notwendigkeit zum Auswandern oder zur Urbarmachung bislang ungenutzter Flächen.

2. Stadt und Land in der Moderne

In den letzten ca. 200 Jahren hat sich weltweit ein Verstädterungsprozess vollzogen, der zu völlig neuen Städten bzw. urbanen Agglomerationen geführt hat. "Völlig neu" bezieht sich hier vor allem auf die Größenordnung. Gab es Ende des 19. Jahrhunderts bereits eine Reihe von Industriegroßstädten mit mehr als 1 Mill. Einwohnern (vor allem in Europa und in Nordamerika), so hat sich dieser Prozess in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts rapide beschleunigt. Für das Jahr 2015 wird weltweit mit 27 urbanen Agglomerationen gerechnet, die jeweils mehr als 10 Mill. Einwohner haben; die größten werden Tokio und Bombay mit erwarteten 28,7 bzw. 27,3 Mill. sein (Hall und Pfeiffer 2000, S. 14). Waren 1980 weltweit 39% der Bevölkerung als urbane Bevölkerung klassifiziert, so wird dieser Anteil im Jahr 2020 auf 57% geschätzt (Hall und Pfeiffer 2000, S. 12). Dieses rapide Wachstum der Städte resultiert zunächst und vor allem aus Wanderungsgewinnen vom Land, erst in zweiter Linie aus dem natürlichen Bevölkerungswachstum in den Städten. Wie unvorstellbar schnell dieses Wachstum ist, kann an einem kleinen Beispiel gezeigt werden: Die Stadt Bremen wies im Mittelalter eine Bevölkerung von etwas mehr als 20000 Einwohnern auf. Die Zahl blieb bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, also in einem Zeitraum von ca. 700 Jahren, fast konstant. Sie nahm lediglich auf 30000 Einwohner zu. In-

nerhalb der nächsten gut 150 Jahre wuchs die Einwohnerzahl auf fast 600000, also auf das Zwanzigfache. Die Stadt mutierte in diesem Zeitraum zu einer Industriestadt, ohne dass sie ihre Bedeutung als zentraler Ort eingebüßt hätte.

Gespeist wurde und wird dieses Wachstum der Städte durch die Industrialisierung. Sie führte zu einem immensen Flächen- und Arbeitsproduktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft, wodurch die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 'freigesetzt' wurden. Gleichzeitig entwickelten sich in den Städten das verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungssektor, die Beschäftigung für die vom Land zuwandernde Bevölkerung boten. Das Resultat waren u.a. die Stadt-Land-Disparitäten. Denn die Abnahme der Bevölkerung auf dem Land führte dazu, dass dort die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sank, so dass viele Dienstleistungen nicht mehr angeboten wurden.

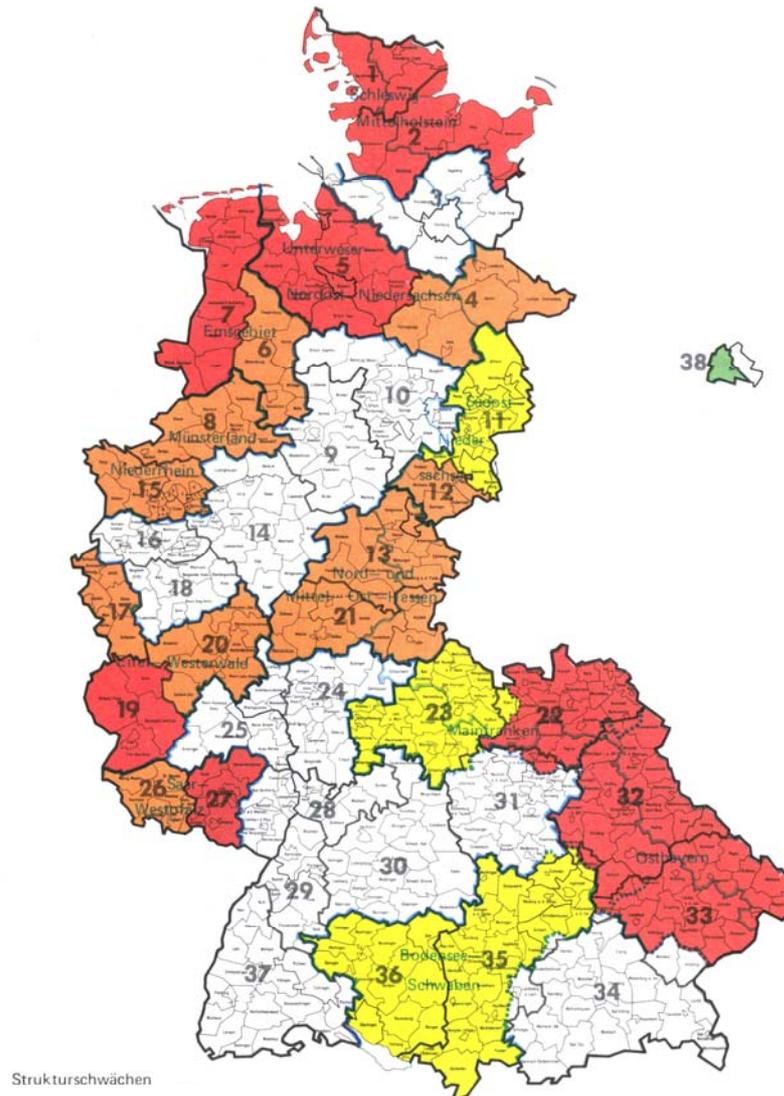
In den 1960er Jahren begann man dann mit dem Raumordnungsgesetz mit der Förderung zentraler Orte. Man hatte festgestellt, dass es im ländlichen Raum an zentralen Orten fehlte, insbesondere an Mittel- und Oberzentren, und dass damit eine Verminderung der Lebenschancen der ländlichen Bevölkerung verbunden war. Ein Beispiel war etwa das Schulwesen. Die im Vergleich zu den Städten geringe Zahl der Schüler im ländlichen Raum, die weiterführende Schulen besuchten, wurde mit dem fehlenden Angebot an solchen Schulen bzw. der zu großen Entfernung zwischen Wohn- und jeweiligem Schulort in Verbindung gebracht. Solche Vergleiche zwischen den Städten und dem Land hinsichtlich des Angebots an wesentlichen Dienstleistungen wurden zuhauf gemacht. Und immer stellte man eine infrastrukturelle Schwäche des Landes fest. Das Ziel war deshalb die Schaffung eines 3-4stufigen Netzes zentraler Orte mit einer bestimmten Ausstattung an zentralen Funktionen, einer bestimmten Einwohnerzahl in den zentralen Orten und ihren Marktgebieten und einer Obergrenze für die Entfernung zu den zentralen Orten (vgl. zusammenfassend Deiters 1982). Die Idee war, die Ressourcen für Bildungseinrichtungen, medizinische Einrichtungen usw. entsprechend räumlich zu bündeln, damit überall ein Mindestangebot an den verschiedenen zentralen Einrichtungen in zumutbarer Entfernung von den Wohnorten aufrechterhalten werden konnte. Notwendige Voraussetzung für eine solche Strategie ist aber eine genügend große Bevölkerungsdichte oder, in der Begrifflichkeit der Theorie zentraler Orte, dass die obere Reichweite der jeweiligen zentralen Funktionen auch wirklich größer ist als die untere Reichweite, also die so genannte Marktschwellenentfernung. Diese Voraussetzung war aber in den dünnbesiedelten ländlichen Gebieten nicht erfüllt.

Außer dieser sozusagen infrastrukturellen Schwäche gab es eine so genannte erwerbsstrukturelle Schwäche der ländlichen Regionen, d.h. eine Arbeitsmarktschwäche. Damit war im Wesentlichen gemeint, dass die mit der Mechanisierung der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte in das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor in den Städten abwandern mussten, weil es nicht genügend entsprechende Arbeitsplätze im ländlichen Raum gab (vgl. Abb. 1 mit den infrastrukturell und erwerbsstrukturell schwachen Gebieten).

Man hatte allerdings ganz richtig gesehen, dass letztlich nur die Städte gleichwertige Lebenschancen würden bieten können. Notwendig war nun die Urbanisierung des ländlichen Raumes. In den 1970er Jahren war abzusehen, dass die finanziellen Mittel für eine weitere Alimentierung des ländlichen Raumes nicht ausreichen würden. Deshalb sollten die weniger werdenden Mittel räumlich konzentriert eingesetzt werden, und zwar in so genannten Entwicklungszentren (räumliche Entwicklungspole), die praktisch Großstädte (mehr als 100000 Einwohner) und Oberzentren waren, von denen aber durch Ausbreitungseffekte ein dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum in dem jeweiligen Ergänzungsgebiet ausgehen sollte (räumliche Polarisierungstheorie). Allmählich erlahmte das Interesse

an der Entwicklung der ländlichen Räume. Es ging in den 1980er Jahren höchstens nur noch um periphere ländliche Räume, weil die anderen ländlichen Gebiete in der Nähe von Ballungsgebieten schon von der Suburbanisierung profitierten. Außerdem waren die finanziellen Ressourcen für raumordnungspolitische Aufgaben wegen der wirtschaftlichen Stagnation geringer geworden.

Abb. 1 Schwerpunkträume mit besonderen Strukturschwächen (altes Bundesgebiet)



Strukturschwächen
im großräumigen Vergleich

- in der Erwerbs- und Infrastruktur
- vorwiegend in der Infrastruktur
- vorwiegend in der Erwerbsstruktur
- Grenze der Schwerpunkträume
- Grenze des Zonenrandgebietes

Strukturschwächen

- aufgrund der besonderen Lage
(38) Berlin (West)

- - - - Die Gebietseinheiten 22, 23 und 31 bis 35 sind für die Ausweisung der Schwerpunkträume in Anpassung an die Planungsregionen geringfügig abweichend dargestellt

Quelle: Programm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes (Bundesraumordnungsprogramm)

Grundkarte Kreisgrenzen VZ 1970, Gebietseinheiten BROP, Maßstab 1 : 4 000 000

Karte zum Raumordnungsbericht 1974 der Bundesregierung, bearbeitet in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Quelle: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1975):
Raumordnungsbericht 1974.

Man kann die Stadt-Land-Disparitäten auch einfach als Erreichbarkeitsproblem auf dem Land ansehen (typisch etwa Moseley 1979). Die geringe Nachfragedichte auf dem Land bedingt ein entsprechend ausgedünntes Angebot an Dienstleistungen und Arbeitsplätzen. Aus dieser Perspektive kann man auch zu verschiedenen Lösungsansätzen für die 'Benachteiligung' des Landes kommen. Neben der besseren Ausstattung mit stationären Angeboten gibt es grundsätzlich auch die Möglichkeit mobiler Dienstleistungsangebote oder der Mobilisierung der Bevölkerung. Schließlich lässt sich auch an eine Flexibilisierung der Angebotsformen denken (z.B. Poststelle in einem Supermarkt). Ich glaube, dass die Stadt-Land-Disparitäten im Laufe der Zeit tatsächlich entscheidend vermindert worden sind; und zwar weniger durch eine Verstädterung des ländlichen Raumes, sondern durch eine Verbesserung der räumlichen Mobilität, und zwar im Wesentlichen der Automobilität. Die vollständige Versorgung mit Pkws und der parallel erfolgte Ausbau der Straßeninfrastruktur sorgten dafür, dass Dienstleistungen oder Arbeitsplätze nicht mehr in unmittelbarer Umgebung der Wohnung liegen mussten, sondern in größerer Entfernung sein konnten. Dabei waren diese beiden Mittel höchst umstritten. Ich kann mich noch erinnern, dass die höhere Automobildichte im ländlichen Raum (im Vergleich zu den Städten) immer als zwangsweiser Pkw-Besitz interpretiert wurde: Weil die Erreichbarkeit im ländlichen Raum so schlecht war, mussten sich die Menschen dort – leider – ein Auto kaufen. Ebenso kurios muten heute die Diskussionen Ende der 1970er Jahre anlässlich der Planung neuer Autobahnen an. Ein häufig genanntes Argument für den Widerstand gegen solche neuen Autobahnen war die Frage, ob diese nicht gerade die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes behindern würden (gemäß der Wachstumspoltheorie, genauer der von den räumlichen Wachstumspolen ausgehenden Entzugseffekte). Man muss sich fragen, wie die Entwicklung wohl verlaufen wäre, wenn die Bewohner des ländlichen Raumes nicht die Autobahnen gehabt hätten, um auf ihnen mit einem einigermaßen vertretbaren Zeitaufwand die Arbeitsplätze in den städtischen Zentren zu erreichen.

Zur Automobilität gehört aber auch die Entwicklung des Schülerverkehrs, die es heute Schülern ermöglicht, eine weiterführende Schule zu besuchen, was früher nicht mit einem vertretbaren Zeitaufwand möglich gewesen wäre.

Dazu sollte man auch die mobilen Dienstleistungen erwähnen, etwa im Handel, in der Altenpflege und Altenversorgung, die die Lebensbedingungen im ländlichen Raum an diejenigen in den Städten angleichen; oder man kann an die private Organisation von Fahrdiensten oder an die Nutzung von Sammeltaxen u.ä. erinnern, die den Besuch von Abend- oder Nachtveranstaltungen im ländlichen Raum (wie im städtischen) ermöglichen – wenn das auch mit einem gewissen Organisationsaufwand verbunden ist.

Man muss aber nicht nur an die private Automobilität denken. Der öffentliche Verkehr hat sich ebenfalls sehr viel besser an eine räumlich und zeitlich geringe Nachfrage angepasst (z.B. Nachtbuslinien). Oder man denke an die Deutsche Post. Noch in den 1980er Jahren wollte ein Kollege in einem Forschungsprojekt die Verzögerungen bei der Auslieferung von überregionalen Tageszeitungen benutzen, um die Benachteiligung ländlich peripherer Räume zu belegen. Heute erreicht jede Sendung den Empfänger am Morgen nach dem Absenden, und zwar dadurch, dass die Post diese Sendungen nicht mehr per Bahn (die Bahnpost wurde mittlerweile aufgegeben), sondern per Lkw transportiert.

Ich glaube, man kann wohl zu Recht behaupten, dass durch das Durchsetzen des Automobils eine Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land stattgefunden hat, die noch vor einer Generation undenkbar erschien. Und geht man noch etwas weiter zurück, kann man an das Werk des Verkehrsökonom Voigt (1959) erinnern. Voigt hat die ökonomischen Wirkungen verkehrlicher Erschließung untersucht und kam zu dem Schluss, dass die Eisenbahn als leistungsfähiges Verkehrsmittel ein wesentlicher Grund

für das wirtschaftliche Wachstum während der Industrialisierung war, dass dieses Wachstum aber wegen der Eisenbahn in räumlicher Hinsicht hochgradig selektiv war und erst zu den immensen Stadt-Land-Disparitäten führte bzw. bereits existierende entscheidend verstärkte. Denn die mit der Etablierung der Eisenbahn einhergehende Möglichkeit zur Realisierung von 'Economies of Scale' führte erst dazu, dass sich kleinste Produktionskostenunterschiede zu großen Standortnachteilen oder -vorteilen auswachsen konnten. M.a.W., es war die Eisenbahn, die erst die Stadt-Land-Disparitäten des letzten Jahrhunderts ermöglichte, was man auch an der Entwicklung der Stadtgrößen sehen kann⁵.

Schließlich kann neben dem Automobil nicht der Beitrag der Telekommunikation, insbesondere der rechnergestützten (Internet), unerwähnt bleiben. Wahrscheinlich lässt sich deren Wirkung noch gar nicht absehen. Aber ich glaube, man kann schon jetzt sehen, dass sie die Teilnahmemöglichkeiten an bedeutungsvoller gesellschaftlicher Kommunikation noch ortsunabhängiger, sozusagen atopischer werden lässt.

Umso fragwürdiger erscheint es, wenn mit reinen kilometrischen Entfernungsangaben noch in den 1990er Jahren die Benachteiligung des ländlichen Raumes belegt wird (vgl. Abb. 2).

Abb. 2 Die Benachteiligung des ländlichen Raums – in Form von Entfernungsangaben



Quelle: Röhlin 1994

⁵ Voigt vermutete sogar, die durch die Eisenbahn erzeugten Disparitäten seien so stark und stabil, dass sie das Automobil trotz seiner Fähigkeit zur flächenhaften Erschließung nicht entscheidend würde abmildern können. Diese Vermutung ist nicht so abwegig, wie sie vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Betrachtet man etwa die heutige Bevölkerungsverteilung in Deutschland, so spiegelt sie recht gut die durch die Eisenbahn 'geschaffene' wider. Trotzdem trifft diese Annahme Voigts nur unter bestimmten Umständen zu.

Allerdings: Die Frage, ob bestimmte Regionen in ihrer Entwicklung benachteiligt oder bevorzugt sind, ist ein schwer zu beackerndes Feld. Man kann schließlich beliebige Indikatoren konstruieren. Was allerdings die Beurteilung der Lebensverhältnisse in Regionen anbelangt, gibt es durchaus einen recht guten indirekten Indikator: Die Wanderungsbewegungen oder die Wünsche nach dem zukünftigen Wohnort. Betrachtet man die Wanderungsbewegungen, so lässt sich etwa für die alte Bundesrepublik sagen, dass die Städte bis zur Mitte der 1960er Jahre einen deutlichen Wanderungsgewinn zu verzeichnen hatten. Und betrachtet man verstädterte Gebietseinheiten, so sieht man, dass diese auch 1970 noch einen deutlichen Zuwanderungsgewinn verzeichnen konnten. Abwanderung dominierte dagegen in den peripheren ländlichen Gebieten, die oben schon als infrastrukturell- und erwerbsstrukturell benachteiligt gezeigt wurden. Die Städte selbst, also die Kerne der verstädterten Gebiete, haben aber ab den 1960er Jahren einen stetigen Bevölkerungsverlust durch Suburbanisierung zu verzeichnen. Das hat schon zu einem neuen Raumtyp geführt, dem suburbanen Raum, also einem Raum, der weder Stadt noch Land ist. Schon seine Existenz weist darauf hin, dass die alte Dichotomie Stadt-Land überwunden, jedenfalls nicht mehr scharf ist. Der suburbane Raum ist sowohl Stadt als auch Land oder besser: weder Stadt noch Land.

Und heutige Agglomerationen haben "kein bestimmtes Zentrum und keine bestimmte Peripherie, keinen Kern, keine Industriegebiete, keine Geschäftsviertel und kein Hinterland. Statt dessen breiten sich die städtischen Funktionen entlang von 'Wachstumskorridoren' aus, die sich durch besiedelte Gebiete erstrecken, in denen sich städtische, vorstädtische und ländliche Versatzstücke zu einer zufälligen und immer wieder neuen Collage vereinigen" (Fishman 1994, S. 92/93). Man beobachtet also eine räumliche Form gesellschaftlicher Ordnungsbildung, deren Kennzeichen das Verschwinden der Zentrum-Peripherie-Differenzierung (und das Fehlen einer Grenze) ist. Dieses Bild findet man nicht nur in Deutschland oder den USA realisiert, sondern etwa auch in Indien, wie wir im September 2004 während einer Exkursion feststellen konnten, zu meiner großen Überraschung. Ich habe noch nie solch eine klassische Edge City gesehen wie in Gurgaon, im Umland von Delhi; und zwar staatlich gefördert in einem Gebiet, das wir vor 6 Jahren noch wegen seiner interessanten Landwirtschaft besucht hatten.

Hinsichtlich der Wünsche sind vielleicht die folgenden Angaben ganz interessant (vgl. Renault Deutschland (Hrsg.) 2002). Gefragt wurden 1500 Menschen im Alter zwischen 18 und 39 Jahren in deutschen Stadtregionen danach, wo sie in 20 Jahren wohnen möchten. Ordnet man die Befragten siedlungsstrukturellen Einheiten zu, in denen sie gegenwärtig wohnen, so erhält man: 58% wohnen in der Stadt, 40% im suburbanen Raum und 1% im ländlichen Raum. Bei den Wünschen nach dem Wohnort in 20 Jahren ergeben sich folgende relativen Häufigkeiten: Stadt 28%, suburbaner Raum 41%, ländlicher Raum 25%. Während der suburbane Raum seinen Anteil behält, wird der Anteil der Stadtbewohner stark sinken, und dieser Verlust wird dem dann ehemaligen ländlichen Raum zugute kommen.

Diese Verteilung wirft die Frage nach der Zukunft der Stadt auf, genauer danach, welche Funktion die Stadt in Zukunft noch haben wird.

Seit Platon ist "die Stadt jener soziale Ort, an dem Unbekannte aufeinander treffen, Handel miteinander treiben und ihren Leidenschaften nachgehen, ohne sich um die Vorgaben einer traditionellen, durch Fürsten- oder Priestergewalt geregelten Ordnung zu kümmern und ohne deswegen 'barbarisch' außerhalb der sozialen Ordnung zu leben". Es geht bei der Stadt vielmehr um die "Erfahrung der scheinbar ungesicherten, weil 'selbstorganisierten' Ordnung" (Baecker 2004, S. 189). Mit diesen Sätzen kann man die gesellschaftliche Funktion der Stadt beschreiben. Auf dieser Funktion gründet sich die Beobachtung, dass

die Stadt auch in der Moderne das gesellschaftliche Zentrum gewesen ist, der ländliche Raum die Peripherie. Denn dieses aufeinander Treffen von Unbekannten, das unbeabsichtigte oder beabsichtigte, folgenreiche oder folgenlose Zusammenkommen und anschließende auseinander gehen Können, das sich Nicht-Kümmern um eine durch weltliche oder geistliche Macht geregelte Ordnung machen wohl die Attraktivität der Stadt aus, und das kommt nicht zuletzt im Bild von der europäischen Stadt zum Ausdruck. Wo sonst, wenn nicht hier, können neue Formen des gesellschaftlichen Miteinanders ausprobiert und im Erfolgsfall stabilisiert werden.

Die Frage, die sich dann stellt, ist, ob die Stadt auch in Zukunft für diese Funktion notwendig ist. Das ist kaum zu entscheiden. Vielleicht kann man sich dieser Frage am Beispiel anderer typisch städtischer Funktionen nähern. Ich denke hier an den Handel, der früher an den Marktplatz, die Markthalle in der Stadt gebunden war. Wie wir wissen, gibt es diese Bindung nicht mehr. Der Marktplatz steht noch für eine andere wichtige Funktion der Stadt. Von dem Stadtsoziologen Bahrndt stammt die Vermutung, dass der Marktplatz früher auch dazu diente, dem Herrscher / der Obrigkeit die Meinung des Volkes zu sagen (1969, S. 88). Und selbst in den letzten Jahrzehnten spielten große Plätze in der Stadt eine ähnliche Rolle im Zusammenhang mit Demonstrationen. Und man hat den Eindruck, dass diese Funktion der Stadt erhalten bleiben sollte. Andererseits: Wird diese Funktion nicht auch von den Talkshows im Fernsehen samt den angeschlossenen TED-Befragungen wahrgenommen. Und weiß die Politik nicht durch die zahlreichen Befragungen sehr genau und vor allem sehr viel zuverlässiger, was "das Volk denkt"? Mein Eindruck ist, dass die modernen Telekommunikationsmedien auch in dieser Hinsicht ein allmähliches Unabhängigwerden von der physischen/körperlichen Anwesenheit an bestimmten Orten für essentielle Kommunikation zur Folge haben.

Die generelle Frage bleibt aber: In welchem Umfang ist physische Anwesenheit an bestimmten Orten notwendig für anspruchsvolle Kommunikation? Man kann sich hier etwa auf Stichweh (2000b) berufen, der als Beispiel Forschungsprojekte wählt. Er kommt zu dem Schluss, dass insbesondere in der Anfangsphase und in anderen bestimmten Phasen eines Projekts physische Anwesenheit der beteiligten Forscher notwendig und hilfreich sei. Aber: Dies gilt offensichtlich nur für bestimmte Phasen, nicht dauernd. Städte leben jedoch von der dauernden, wenn auch nicht ununterbrochenen Anwesenheit der Bewohner. Und die zweite Frage bleibt: Braucht es dazu bestimmte, konstante physische Gegebenheiten?

Oder anders gefragt und zitiert nach Baecker (2004, S. 199/200): Kann das, was die Stadt ausmacht: "die Aufnahme wirtschaftlichen Handels und Geldgebrauchs gegenüber Unbekannten", "die Bereitschaft zur politischen Unterwerfung unter Unbekannte", "das Einreichen einer gerichtlichen Klage bei Unbekannten", "die Erwartung, von unbekanntem Lehrern etwas lernen zu können", "die Bereitschaft, sich bei einem Unbekanntem unter Messer zu begeben", "die Fähigkeit, auf Heiratsmärkten Unbekannte zuzulassen" – kann das alles "ohne eine diese Formen von Interaktion und Kommunikation begleitende räumliche Struktur" praktiziert "und abgesichert werden ..., in denen zwar nicht die Unbekannten als Bekannte, aber immerhin die Formen der Interaktion und Kommunikation mit ihnen als vertraut behandelt werden können". Mit anderen Worten: Kann das alles ohne "Marktplätze, Festungen, Gerichtsgebäude, Schulen und Universitäten", Krankenhäuser sowie "Feste und Promenaden" praktiziert werden?

Vielleicht braucht man diese physisch materielle Infrastruktur. Aber die Frage bleibt: Braucht man das alles am/im gleichen Ort, an der gleichen Stelle im Raum? Braucht man dafür die Stadt?

Literatur

- Baecker, D. (2004): Platon, oder die Form der Stadt. In: Baecker, D.: Wozu Soziologie? Berlin: Kulturverlag Kadmos. S. 189-212.
- Bahrtdt, H. P. (1969): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg: Wegner.
- Bartels, D. (1970): Einleitung. In: Bartels, D. (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialgeographie. Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch, S. 13-45.
- Born, K.M., Goltz, E. und Saupe, G. (2004): Wandermotive zugewanderter älterer Menschen – ein anderer Blick auf die Entwicklungsprobleme peripherer Räume in Brandenburg. In: Raumforschung und Raumordnung 62 (2), S. 109-120.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1975): Raumordnungsbericht 1974. Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 06.004, Bonn.
- Deiters, J. (1982): Zentrale Orte. In: Jander, L., Schramke, W. und Wenzel, H.-J. (Hrsg.): Metzler Handbuch für den Geographieunterricht. Ein Leitfaden für Praxis und Ausbildung. Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, S. 570-586.
- Fishman, Robert L. (1994): Die neue Stadt des 20. Jahrhunderts: Raum, Zeit und Sprawl. The New City of the 20th Century: Space, Time and Sprawl. In: Meurer, Bernd (Hrsg.): Die Zukunft des Raums – The Future of Space. Frankfurt a.M., NewYork: Campus.
- Hall, P. und Pfeiffer, U. (2000): Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte. Stuttgart, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Henning, F.-W. (1979): Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Band 1: 800 bis 1750. Paderborn: Schöningh.
- Institut für Geographie der Universität Potsdam: <http://www.uni-potsdam.de/u/Geographie/alteSeite/mitarb/saupe.htm> (10.4.05).
- Kuhm, K. (2003): Die Region – parasitäre Struktur der Weltgesellschaft. In: Krämer-Badoni, T. und Kuhm, K. (Hrsg.): Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich (= Stadt, Raum und Gesellschaft, Band 21), S. 175-196.
- Moseley, M.J. (1979): Accessibility: the rural challenge. London: Methuen.
- Renault Deutschland (Hrsg.) 2002: Renault Befragung in sechs Metropolen Deutschlands (elektronische Mitteilung in Form eines pdf-files).
- Röhlin, K.-H. (1994): Lust aufs Land – Erfahrungen und Forderungen junger Menschen. In: Ländliche Entwicklung in Bayern, Berichte 70/1994, S. 115-118.
- Saupe, G. (1999): Tourismus – Chance im ländlichen Brandenburg? In: Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 67 (Berlin – Brandenburg, Raum- und Kommunalentwicklung im Spannungsfeld von Metropole, Umland und ländlichem Raum). Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitz, S. (2001): Revolutionen der Erreichbarkeit. Gesellschaft, Raum und Verkehr im Wandel. Opladen: Leske & Budrich.
- Sieferle, R.P. (1997): Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. München: Luchterhand.

- Stichweh, R. (2000a): Ungleichzeitigkeit in der Weltgesellschaft. Zur Unterscheidung von Tradition und Moderne. In: Stichweh, R.: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt am Main: Suhrkamp (= Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1500). S. 207-219.
- Stichweh, R. (2000b): Raum, Region und Stadt in der Systemtheorie. In: Stichweh, R.: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt am Main: Suhrkamp (= Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1500). S. 184-206.
- Voigt, Fritz (1959): Die gestaltende Kraft der Verkehrsmittel in wirtschaftlichen Wachstumsprozessen: Untersuchungen der Auswirkungen von Eisenbahn und Kraftwagen in einem Wirtschaftsraum ohne besondere Standortvorteile. Bielefeld: Kirschbaum.

Urbane Räume

von Hartmut Häußermann (Berlin)

Die Planung einer neuen Stadt ist zu einer der schwierigsten Aufgaben geworden, die man sich denken kann. Dabei wissen wir heute viel mehr über die Qualitäten einer Stadt als bei allen früheren Planungen – und dabei verfügen wir heute über viel mehr Mittel, über mehr Geld und mehr technische Möglichkeiten als je zuvor. Und angesichts der ästhetischen Katastrophen, die der moderne Städtebau im Laufe des 20. Jahrhunderts hervorgebracht hat, wird heute auch noch die Kunst herangezogen, um jene kalte Öde zu vermeiden, die wir dem Beton-Brutalismus der sechziger und siebziger Jahre verdanken. Das ist nur folgerichtig und mit Sicherheit einen Versuch wert, wie zuletzt und das mit großem Aufwand betriebene Beispiel der Messestadt Riem zeigte.

Eine lebendige, eine lebenswerte, eine urbane Stadt beruht jedoch auf mehr Voraussetzungen, als durch Manipulation ihrer äußeren Gestalt geschaffen werden können. Auch dessen sind sich die Verantwortlichen der Messestadt Riem und die von ihnen beauftragten Künstler offenbar bewusst, daher haben sie sich nicht auf „Kunst“ als Produkt zur Gestaltung beschränkt, sondern sie als einen Teil des Prozesses der Stadtwerdung selbst begriffen und organisiert. Dies zeigt sich in der Überschreitung der Grenzen isolierter Kunstproduktion ebenso wie in der Ausdehnung der Felder, in die die künstlerische Arbeit als Kommunikation, als Verfremdung, als Verfeinerung eingreift – kurz: als ein Weg zu tieferer Reflexion der Lebensumstände und der Urbanität der neu entstehenden Lebensumwelt.

Es handelt sich, wohlgemerkt, nur um die Umwelt, die geschaffen werden kann, bevor die Bewohner einziehen und zu Subjekten ihrer neuen Stadt werden. Eine Stadt ist mehr als die Summe ihrer Häuser und Plätze, mehr als die ästhetische Gestalt ihrer Infrastruktur. Sie entsteht vor allem im Handeln ihrer Nutzer, in der Verflechtung alltäglicher Aktivitäten, in der Simultaneität und Widersprüchlichkeit von Zwecken, im Neben- und Gegeneinander von Lebensstilen und Lebensformen, in der Heterogenität von Kulturen und Ansprüchen.

„Städtisch“ ist die Koexistenz des Heterogenen auf engem Raum. Das kann geplant werden mithilfe von Nutzungsbestimmungen, unterschiedlichen Gebäuden und einem inszenierten Mix von kommerziellen Aktivitäten. Aber Planung ist hinsichtlich des Städtischen letztlich immer Begrenzung, Ausschluss von Unerwünschtem, um Raum zu lassen für andere Zwecke. Was sich als Summe daraus ergibt, ob sich Urbanität entwickelt – das liegt nicht in der Macht eines großen Regisseurs, auch wenn sich die Großmeister der Stadtplanung immer als solche verstanden haben.

Das Ende der Planung

Die Entwicklung der Stadtplanung zur wissenschaftlichen Disziplin war verbunden mit dem Wunsch, „Ordnung“ zu schaffen. Er entsprang dem Abscheu vor der Stadt des 19. Jahrhunderts, die als ungeplante und unkoordinierte Erweiterung der vorindustriellen Stadt entstanden war. Die Großstadt galt sittlich als Ort der Verderbnis und Dekadenz, hygienisch als Brutstätte von Epidemien, politisch als chaotisch und als unkontrollierbare Bedrohung, sozial als Ort des Elends. Dem rückte man mit Ordnung und Kanalisation, mit Nutzungsplänen und Bauordnungen, mit Übersichtlichkeit und Logik zu Leibe. Die ideale Stadt der Moderne konnte aber erst in der Weimarer Republik in Form von Stadtrand-siedlungen verwirklicht werden: Stadtplanung, Bauvorschriften, Finanzierung und Realisierung – alles in einer Hand, in der Hand von „Stadtbaumeistern“. Die Gartenstadt-

Bewegung und die Idee des städtebaulichen Funktionalismus hatten die Stichworte und Bilder von der funktional sortierten und durchgrünten Stadt geliefert, und daraus wurde das Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ entwickelt. Sie bestand aus Siedlungen, die gut geeignet waren fürs Wohnen, fürs Produzieren und fürs Autofahren, denen aber das Städtische gründlich abhanden gekommen war. Traditionelle Verschränkungen, Nutzungsüberlagerungen und konfligierendes Nebeneinander wurden auseinander genommen. Jeder ‚Funktion‘ wurde ihr eigener Ort zugewiesen, der Arbeit das Gewerbegebiet, dem Wohnen das Wohngebiet, dem Verkehr die Straße, den Kindern der Spielplatz, dem Konsumenten das Einkaufs- und Freizeitzentrum. Dazwischen tote Zeit, Zeit des Pendelns und der Verknüpfung der Funktionen.

Über allem Ordnen und Zonieren starb das Städtische. Funktionstrennung, praktisch und rational, brachte den sozialen Tod. Die Trennung der Funktionen war und ist auch eine soziale Trennung. Erfahrungswelten werden auseinander gerissen. Der geordnete Alltag zeigt seine ganze Banalität.

Seinen Höhepunkt erlebte diese Art von Desurbanisierung in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind der Triumph der modernen Stadtplanung. Wieder aus einer Hand, wie schon zuvor in der Weimarer Republik, aber diesmal größer, nicht mehr nur Siedlung, sondern Groß-Siedlung mit dem Anspruch, eine vollständige Stadt zu sein. Der Sozialstaat war in seiner Blüte, und die Stadtplaner konnten in viele Töpfe greifen, um das bereitzustellen, was der Mensch zum Leben braucht. Was das ist, wussten die Planer leider viel zu genau. Sie entwarfen ein Bild von der fertigen Stadt, in der ein ‚richtiges‘ Leben geführt werden konnte, und ließen dies dann fachmännisch organisiert Realität werden. Nur: Am Ende hatten alle das Gefühl, dass das, was da entstanden war, nicht fertig sei, dass irgendetwas fehlte. Man fuhr von dort dann doch wieder in die „Stadt“.

Heute sind die meisten Exemplare dieser neuen Stadt so genannte Problemgebiete. Mit viel öffentlichem Geld geplant und gebaut, müssen sie bereits wieder mit viel öffentlichem Geld betreut und „saniert“ werden. Die meisten Bewohner, die es sich leisten konnten, haben sich wieder von ihnen abgewandt und sind entweder ganz aus der Stadt fortgezogen oder in Gegenden, in denen das Leben nicht so normiert und choreografiert ist. Das Gottvater-Planungsmodell, gekennzeichnet durch Allwissen und Allmacht eines zentralen Planungsregimes, hat abgedankt. Zentralheizung, Warmwasser, Fahrstuhl, Balkon, Müllschlucker und Wärmedämmung – alles vorhanden, was zu einer modernen Wohnung gehört, und dennoch kein Ort zum Leben. Das Problem dieser Siedlungen ist nicht so sehr ihre häufig geringe architektonische Qualität, sondern dass jemand die Macht hatte, alles zu verwirklichen, was er für andere ausgedacht hatte – also eine abgeschlossene und endgültige Lösung zu realisieren. Andere sollten nach diesem Plan nun leben.

Weiterentwicklung? Ausgeschlossen. Wandel? Unmöglich. Das macht die Sterilität dieser Siedlungen, dieser besonders sorgfältig geplanten Städte aus: der fehlende Zweifel an ihrer ‚Richtigkeit‘. Deshalb hat man keinen Raum für zukünftige Ergänzungen oder Änderungen gelassen, nichts sollte dem Zufall überlassen bleiben. Und die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner wären angesichts der wissenschaftlich begründeten ‚Richtigkeit‘ der Planung ja nur solche Zufälle gewesen.

Heute müssen Planer lernen, nicht alles planen zu wollen. Denn heute wissen wir, dass endgültige Lösungen fast immer falsch sind, irgendwann jedenfalls falsch werden. Die Lebensformen und Lebensstile wandeln sich – sowohl innerhalb einer Biografie als auch von Generation zu Generation. Menschliche Gesellschaften beziehungsweise Gemeinschaften sind lebendige Gebilde, Häuser und Siedlungen und Städte müssen diesem

Wandel folgen können. Wer will heute noch in der Siebzig-Quadratmeter-Wohnung mit Küche, Bad, Wohnzimmer, Eltern- und Kinderschlafzimmer (acht Quadratmeter) wohnen? Weder Familien mit Kindern noch Haushalte ohne Kinder. Und in den größten Städten leben bereits heute in etwa 80 Prozent aller Haushalte keine Kinder mehr (Häußermann/Siebel 1996).

Einen Stadtteil ‚richtig‘ zu planen setzt also voraus, dass viele etwas zu sagen haben: den Pluralismus von Trägern, die Vielfalt von Nutzungsvorstellungen und eine möglichst große Spannbreite von Miet- oder Kaufpreisen, von großen und kleinen Wohnungen. Und es setzt die Anerkennung der Irrtumsmöglichkeit voraus. Alles, was wir heute ganz genau zu wissen glauben, kann morgen schon nicht mehr ganz richtig sein und übermorgen möglicherweise falsch. Also muss man Lücken lassen, ungenutzte Räume für spätere Entscheidungen. Die Zukunft der Stadt ist wenigstens teilweise ebenso ein Geheimnis, wie es die Stadt selbst in gewisser Weise ist.

Fremdheit in der Stadt

Die Wissenschaft hat das Städtische an der Stadt auf vielen Wegen zu ergründen versucht. In der Stadtsoziologie gelten Größe, Dichte und Heterogenität als Merkmale, die zu Verhaltensweisen, Mentalitäten und sozialen Prozessen führen, die wir als spezifisch städtisch betrachten. Klar ist, dass im soziologischen Sinn von einer Siedlung als Stadt erst gesprochen werden kann, wenn sich die Bewohner nicht mehr kennen können, das heißt, eine gewisse Einwohnerzahl muss gegeben sein. Die Bewohner müssen relativ dicht beieinander – oder „aufeinander“ – wohnen, damit zwangsläufig Begegnungen und Kontakte im Haus, in der Nachbarschaft oder auf den Wegen durch die Stadt entstehen. Diese Kontakte kann man sich nicht aussuchen, sie ergeben sich ab einer gewissen Dichte einfach so. Es sind Zwangskontakte, weil man ihnen nicht ausweichen kann. Anonymität und Zwangskontakte sind notwendige Elemente eines als städtisch zu bezeichnenden sozialen Lebens.

Und – ebenso wichtig – die Stadtbevölkerung ist heterogen. Die Menschen sind verschieden, sie haben verschiedene Berufe, verschiedene Lebensstile, verschiedene Normen und Weltanschauungen, verschiedene Verhaltensweisen und ästhetische Vorlieben (Konsumstile). Sie stammen aus verschiedenen Regionen und gehören verschiedenen ethnischen Gruppierungen an. Manche mag man, manche nicht – insbesondere wenn sie einem zu nahe kommen. Und das ist in der Stadt wegen der Bevölkerungsdichte oft der Fall: im Gedränge auf der Straße, im Bus oder der U-Bahn, bei Veranstaltungen oder in der Nachbarschaft.

Gegen die Vielfalt dieser rasch wechselnden Eindrücke legt sich der Städter einen Schutzpanzer zu, er baut eine innere Distanz gegen die äußere Nähe auf. Reserviertheit, Blasiertheit, unpersönliche Kontakte sind nach Georg Simmel (1995) charakteristisch für die Mentalität und für das Verhalten von Großstädtern. Man kann und will sich nicht für alle interessieren, denen man am Tage so begegnet. Diese „soziale Kälte“ bildet aber auch einen Freiraum für persönliche Eigenheiten. In ihm kann sich Individualität entwickeln – bis hin zur Exaltiertheit.

In der Stadt sind sich alle fremd. Man kann den skurrilsten Typen begegnen, den seltsamsten Verhaltensweisen, aber man fühlt sich weder aufgerufen noch berechtigt, andere zur Ordnung zu rufen. Gleichgültigkeit ist die Grundlage dessen, was oft als Toleranz bezeichnet wird. Dadurch haben es wirklich Fremde – Angehörige fremder Ethnien – leichter, in einer Großstadt zu leben als in einem Vorort oder einem Dorf. Dort wird Anpassung erwartet.

Soziale Differenzierung, Individualisierung und Heterogenität können sich dort am besten entfalten, wo auch die Zwecke der Anwesenheit heterogen sind, wo also eine möglichst starke Nutzungsmischung vorhanden ist. Wo es die verschiedensten Einrichtungen, Läden, Betriebe und Angebote nebeneinander gibt, wird man sich über die Heterogenität der Passanten nicht wundern. Die Situation ist sozial unbestimmt und offen, und das schafft einen sozial öffentlichen Raum. Dort findet ein Theater statt, dem man verwundert zuschauen kann.

Die Sehnsucht nach der Stadt

In städtischen Räumen kann man Erfahrungen machen und Dinge erleben, von denen man vorher keine Vorstellung hatte. Mit der Begegnung mit dem Unbekannten, dem Fremden und Unerwarteten muss man immer rechnen. Denn das heterogene Leben auf engem Raum folgt keiner Choreografie, es ist nicht geplant. Insofern birgt die Stadt immer ein Geheimnis. Jedenfalls ist es unsere Hoffnung, dass sie ein Geheimnis birgt, dass man „etwas erleben“ kann, wenn man „in die Stadt“ geht. Innerhalb der Stadt wird ja „die Stadt“ abgegrenzt gegen die reinen Wohngebiete, deren Monostruktur und Homogenität uns intuitiv sagen, dass hier nicht ‚Stadt‘ ist.

Der Reiz des städtischen Lebens besteht unter anderem darin, dass etwas passiert oder dass man etwas begegnet, was man nicht erwartet und nicht gesucht hat, weil man es ja noch nicht kannte. Die Unbestimmtheit der sozialen Situation ist spezifisch städtisch. Dadurch kann die Stadt zur Projektionsfläche von Sehnsüchten werden. Wer einsam ist, kann in der anonymen Menge Trost finden.

In Petula Clarks Song *Downtown* sind die Sehnsüchte der Vorstadt formuliert: „When you’re alone – deserted by all of your friends, then go to town – Downtown. There where so many lights exist over all of the streets – Downtown. While you’re in the colorful neon lights shine, forget your hours of problems and listen to the big city melody till early in the morning. Be happy again. Everything is there for you. There you will experience wonderful things. [...] When you’re alone because nobody greets you, then go to town – Downtown. When you’re alone because no lips are kissing you, then go to town – Downtown. While you’re in the colorful neon lights forget your hours of worries and listen to the big city melody till early in the morning. Be happy again. Everything is there for you. There you will experience wonderful things. Come on Downtown – so many faces all around. Downtown – so many lights all around. Downtown – they all welcome you – Downtown. Downtown.“ (Internet).

Immerhin konnte das ein erfolgreicher Schlager werden – und erfolgreich werden Schlager ja nur, wenn sie ein Gefühl treffen. Offenbar bleiben bestimmte Bedürfnisse in der geordneten, geplanten, sozialstaatlich abgesicherten Stadt ungestillt. Was in den Großsiedlungen, in den gleichförmigen Vorortsiedlungen und auf dem Dorf fehlt, nennen wir Urbanität.

Ist Urbanität planbar?

Die Begriffe Urbanität und Stadtkultur erleben seit einiger Zeit eine Hochkonjunktur im städtebaulichen und stadtpolitischen Vokabular. Keine Straßenpflasterung oder Fußgängerzone, kein Stadttheater oder Einkaufszentrum, kein städtebaulicher Entwurf und kein Wirtschaftsförderungsprogramm mehr ohne Hinweis darauf, dass damit urbane Qualitäten gesteigert bzw. der Stadtkultur auf die Beine geholfen werde. Urbanität scheint zur zwanghaft wiederholten Formel für die Rechtfertigung jeglicher Art von städtebaulichem Eingriff zu werden.

In der theoretischen Diskussion über Stadt ist Urbanität gleichbedeutend mit Stadtkultur. Der Begriff Stadtkultur bezeichnet eine bestimmte Art und Weise zu leben, die die öffentliche und demokratische Entscheidung über die Entwicklung des Gemeinwesens beinhaltet; charakteristisch für städtische Kultur ist seit der Antike die Offenheit gegenüber dem Fremden, gegenüber kultureller und intellektueller Innovation. Dazu gehören auch die Individuation und die Anonymität, die allein unter städtischen Lebensbedingungen möglich sind und die experimentelle Lebensstile und Rollenwechsel zu praktisch jeder Zeit und in jedem Lebensabschnitt ermöglichen. Daraus ergibt sich kulturelle Vielfalt, die das Ferment ist für sich selbst verstärkende Prozesse kultureller und ökonomischer Differenzierung. In geschlossenen Gesellschaften, in denen das individuelle Verhalten von den Nachbarn oder Verwandten – oder gar staatlichen Instanzen – kontrolliert und sanktioniert werden kann, ist Differenzierung nicht möglich. Für Urbanität sind unkontrollierte Räume, in denen sich Öffentlichkeit herstellen kann, essenziell wichtig – Öffentlichkeit als etwas Soziales und Politisches, das sich aus individuellem und kollektivem, aber aufeinander bezogenem Handeln ergibt. Zur Stadtkultur gehören daher auch öffentliche Räume, deren Öffentlichkeitscharakter sich zwar keineswegs in ihrem baulichen Substrat erschöpft, die jedoch gewissen Mindeststandards genügen müssen, um Öffentlichkeit überhaupt möglich zu machen. Der Idealvorstellung von Urbanität liegt eine Utopie des liberalen Anarchismus zugrunde – bürgerlich und antibürgerlich zugleich. Eine urbane Stadt ist eine lebendige Stadt.

Urbanität ist also ein vielschichtiger Begriff, der politische, ökonomische und kulturelle Dimensionen hat. In der städtebaulichen Diskussion der Gegenwart ist er allerdings weitgehend banalisiert worden und fasst lediglich äußerliche Merkmale von Orten zusammen. Urbanität wird damit auf eine kulinarische Dimension reduziert; sie bezeichnet den Stadtraum als Kulisse für einen interessanten Aufenthalt, als Ort, an dem man „etwas erleben“ kann. Der Stadtbesucher oder -bewohner ist Konsument einer Atmosphäre. Mit Urbanität ist in städtebaulicher Propaganda in der Regel *nicht mehr* gemeint als „belebte Stadt“, sonst wäre sie ja erst in zweiter Linie ein Thema von Architektur oder Städtebau. Aber mehr, als die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Vielfalt und Lebendigkeit entfalten können, sollten sich Architekten und Städtebauer auch nicht abverlangen. Denn Urbanität lässt sich nicht planen. Urban ist eine städtische Gesellschaft aus sich heraus – oder sie ist es nicht. Und wenn sie es ist, dann schafft sie sich auch ihren baulichen Ausdruck. Mehr als Erfüllungsgehilfen dominierender gesellschaftlicher Mächte sind Architekten nicht, auch wenn sie sich häufig als die eigentlichen Macher der Welt gerieren.

Seien wir also bescheiden. Viel wäre schon gewonnen, wenn Städtebauer in der Lage wären, die Voraussetzungen für eine belebte Stadt zu verwirklichen.

Lebendige Stadt

Was aber macht eine Stadt belebt und interessant? Verallgemeinert man die Merkmale von in diesem Sinne urbanen Orten wie Manhattan, dem Pariser Quartier Latin oder Palermo, dann lassen sich drei Begriffe herausdestillieren, die erlebnisreiche Szenen beschreiben: Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit und Ungleichwertigkeit.

Ungleichheit der Menschen und der Aktivitäten spiegelt sich in verschiedenen Lebensstilen, in verschiedenartigen Verhaltensweisen und in unterschiedlichen Arten der Selbstpräsentation. Arbeitende und flanierende Menschen, schnelle und langsame Bewegung, Arme und Reiche, in sich Gekehrte und Agitierende, Käufer und Verkäufer. Bunter wird es, wenn verschiedene ethnische Gruppen das Straßenbild prägen, wenn das noch nie Gesehene unverhofft präsent ist, wenn fremde Waren oder exotische Musik dargeboten werden. Und unsere Aufmerksamkeit wird insbesondere angeregt, wenn verschiedene

Nutzungsarten koexistieren. Eine Museumsinsel ist langweilig, wenn sie nicht in einem andersartigen Umfeld liegt, ein Verwaltungsviertel ist öde, weil es nichts Überraschendes bietet, ein reines Wohngebiet schläfert ein, weil nichts als Wohnen passiert. Erlebniswert hat ein städtisches Quartier nur dann, wenn man dem Fremden, dem Unerwarteten begegnet, wenn sich die Wege von Menschen, die mit den verschiedensten Zielen und aus den verschiedensten Gründen unterwegs sind, kreuzen und sich dadurch die überraschendsten Kombinationen und Szenerien ergeben. Dazu gehört auch das Widerständige, das Ungeplante, das keinen privaten Ort hat und deshalb den öffentlichen Straßenraum aufsucht. Sozial, kulturell und funktional homogene Orte können nicht urban sein, denn sie sind exklusiv – das gilt für das Oberschichtengetto ebenso wie für die unter Kontrolle gebrachten Räume einer alternativen Szene. Ungleichheit ist jedoch nicht nur eine kulinarische Angelegenheit, sondern erzeugt auch Konflikte. Wenn es für einen Teil der städtischen Gesellschaft keine Integrationsperspektive mehr gibt, wenn also aus Ungleichheit unvereinbare Gegensätze werden, dann freilich wird die städtische Szenerie so lebhaft, dass sie nicht mehr so einfach als Erlebnis verdaut werden kann.

Ungleichzeitigkeit ist ein weiteres Element einer interessanten Stadt. Unterschiedliche Baustile und Funktionen aus verschiedenen Epochen der Geschichte einer Stadt, die Präsenz und die Widersprüchlichkeit des Ungleichzeitigen machen gesellschaftliche und städtische Entwicklung bewusst. Die Anwesenheit von Geschichte in Form von Zeugnissen untergegangener Herrschafts- und Wirtschaftsepochen gibt der Stadt eine eigene Vitalität, denn in Gebäuden und Grundrissen sind die Mühen früherer Generationen gegenständlich. Gerade wenn sich dies in unter heutigen Gesichtspunkten dysfunktionalen Strukturen bemerkbar macht, stößt sich die Gegenwart an der Geschichte und fordert zur kreativen Aneignung heraus. Die Beseitigung historischer Bausubstanz ist daher immer auch ein Verlust an kreativen Energien. Eine Stadt, die zu einem bestimmten Zeitpunkt geplant worden und entstanden ist, kann niemals so sehr die Fantasie anregen oder so viele Anstöße geben wie eine historisch vielfältig geprägte Stadt. Gleichzeitigkeit ist langweilig. Das gilt auch für die möglichen Nutzungsarten, die sich im städtischen Gehäuse einnisten können. In kleinteiligen Eigentümerstrukturen verändert sich niemals alles gleichzeitig. Tradiertes und Zurückgebliebenes hat seinen Ort neben dem Neuen und Dynamischen. So ergibt sich auch eine Stadt mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, die die Sinne herausfordert und Reaktionen provoziert.

Und von Ungleichzeitigkeit geprägt ist auch der Rhythmus einer belebten Stadt. Hier funktioniert nichts nach einem zentralen Zeitregime. Jahreszeiten und Öffnungszeiten müssen ihre strukturierende Gewalt verlieren, wenn Spontanes, Ungeplantes und Unerwartetes möglich sein soll. Eine Stadt ist nur dann lebendig, wenn man darauf hoffen darf, dass nicht alles nach Plan verläuft. Der Mythos des Urbanen lebt wesentlich von der beständigen Erwartung, dass alles, was ist, auch anders sein könnte.

Schließlich ist der Aspekt der *Ungleichwertigkeit* zu nennen, der mit der Ungleichzeitigkeit eng zusammenhängt. Die Bewertung von Boden und Gebäuden ist ein ökonomischer Prozess, der nicht an jedem Ort einer bestehenden Stadt gleiche Konsequenzen hat. Ob die jeweilige Wertzuschreibung sich in Umnutzung, in einem Umbau oder in der Fluktuationsrate der Bewohner niederschlägt, hängt auch von den Eigentumsstrukturen und von den Entscheidungen der Eigentümer ab. In jeder Stadt gibt es Gegenden, in denen die Gebäude abgeschrieben sind oder wegen der Eigentümlichkeiten von privaten Eigentümern die potenziell möglichen Erträge nicht auch realisiert werden. In solchen entwerteten Bereichen haben auch nicht-ökonomische, unrentable oder ökonomisch schwache Aktivitäten eine Chance. Und gerade dies sind häufig die innovativen oder provokativen Aktivitäten, sei es im kulturellen, sozialen, politischen oder ökonomischen Bereich. Sie, und nicht die internationalen Standardangebote, bringen eine attraktive, erleb-

nisreiche Atmosphäre in ein Quartier. Dass sie existieren können, setzt allerdings Nischen voraus, die nicht vom Verwertungsdruck des Immobilienkapitals besetzt sind.

Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit und Ungleichwertigkeit lassen sich nicht planen. Sie entziehen sich der bewussten Gestaltung und können nur entstehen im Rahmen einer historischen Entwicklung, die von keinem steuernden Zentrum dominiert wird. Wo Planer dennoch versuchen, urbane Situationen zu kreieren, wie etwa in den modernen Großeinkaufszentren, in den Malls von baulichen Großprojekten oder in anderen kommerziellen Schwerpunkten der City-Planung, bleibt alles künstlich. Die Teilhabe ist an soziale Konvention oder an die Kaufkraft gebunden; Aktivitäten finden nur während der Öffnungszeiten statt; und das urbane Erlebnis ist auf bestimmte Räume begrenzt. In der inszenierten Stadt wird Urbanität lediglich simuliert, und deshalb bleibt sie letztlich immer steril.

Inszenierte Urbanität

Wenn von Planern und Investoren „Urbanität“ angezielt wird, dann handelt es sich in der Regel um ein sorgfältiges Kalkül, das Risiken möglichst ausschließen soll. Stadtbewohner werden nur als Konsumenten eingeplant. Sie sollen sich vorgegebener Einrichtungen und Dienstleistungen bedienen und an organisierten Erlebnissen ihre Freude haben. Die größte Gefahr für die Investoren ist, dass das Vorgesehene nicht eintritt, ihr Angebot nicht „angenommen“ wird, wie man in der Marketingsprache sagt. Dann muss mit noch raffinierteren Methoden und noch spektakuläreren Ereignissen um das Publikum geworben werden, und dann jagt ein inszeniertes Erlebnis das andere. Was einen in der Stadt erwartet, kann man dann vorher im Veranstaltungsprogramm der Tageszeitung lesen. Die gebaute Stadt gibt es dann immer noch, aber sie ist nicht mehr urban.

Dass Urbanität, also städtische Kultur, nicht allein das Ergebnis planerischer oder politischer Entscheidungen sein kann, enthebt freilich die Stadtplaner nicht der Verantwortung, zu prüfen, ob die Möglichkeiten ihrer Entfaltung eher beschränkt oder erweitert werden, wenn immer größere Teile der Stadt in großen Bauvorhaben privater Investoren verschwinden. Entscheidend dafür dürfte sein, welchen Platz die Bürger einer Stadt neben den Medien, Geld und Macht in der Gestaltung des städtischen Lebens einnehmen – und wie viel öffentlicher Raum ihnen dafür zur Verfügung steht.

Ebenso, wie in den Großsiedlungen der siebziger Jahre – in West und Ost! – alles geplant und funktional zugerichtet wurde, lassen die meisten Investoren-Projekte auch heute keine Nischen und keine Lücken für spontane Nutzungen oder nicht-kommerzielle Zwecke. Für so etwas ist der Boden durch die Planung selbst zu wertvoll geworden. Damit aber werden wichtige Elemente einer urbanen oder einer auch nur lebendigen Stadt ausgesperrt.

Literatur

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 1996: Soziologie des Wohnens. Weinheim: Juventa.

Simmel, Georg 1995 [1903]: Die Großstädte und das Geistesleben. In: Rammstedt, Otthein: Georg Simmel Gesamtausgabe. Bd.7: Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 116-131.

Standortbedingungen für Dienstleistungen in europäischen Metropolräumen – Ergebnisse eines EU-Projekts

von Marie Bachmann und Georg Kluczka (Berlin)

Mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Strukturwandel und dem fortschreitenden Übergang in die so genannte Dienstleistungsgesellschaft erfahren Unternehmen des Dienstleistungssektors einen kontinuierlichen Bedeutungsgewinn. Sie prägen und verändern insbesondere in den großen Metropolräumen die Raumstrukturen. Hierbei ist es von besonderem Interesse, welche Standortfaktoren für die Dienstleistungsunternehmen entscheidend sind und ob sich ihr Standortwahlverhalten unter dem zunehmenden Einfluss neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und fortschreitender Globalisierung verändert. Diese Fragen lassen sich anhand ausgewählter Schlüsselbranchen des Dienstleistungssektors untersuchen.

So bringt dieser Artikel nach einer Darstellung der Standortfaktoren im Allgemeinen sowie der für den Dienstleistungssektor besonders wichtigen Standortfaktoren und Raumprozesse aktuelle Forschungsergebnisse aus Unternehmensbefragungen und ergänzenden Expertengesprächen, die unter der Verantwortung der Autoren in sieben europäischen Agglomerationen im Rahmen des EU-Forschungsprojektes COMET¹ (2001-2004) durchgeführt wurden (Amsterdam, Barcelona, Berlin, Brüssel, Kopenhagen, Straßburg, Wien). Abschließend werden mit Bezug auf die wichtigsten Fragestellungen im Themenfeld „Suburbanisierung von Dienstleistungsunternehmen“ mögliche Richtungen für weitere Strategien, Verfahren und Forschungsaufgaben angesprochen.

1. Aktueller Strukturwandel und Anforderungen im Dienstleistungssektor

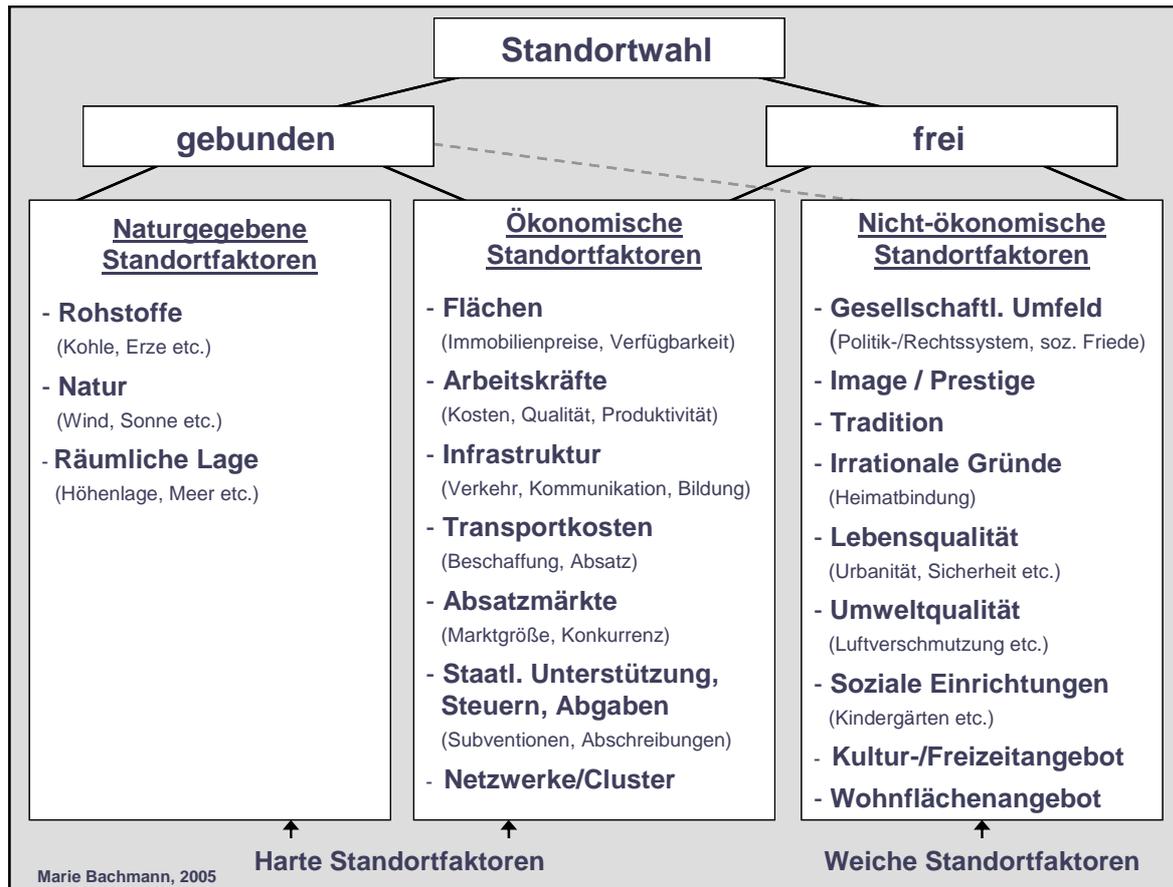
Unternehmen treffen ihre Standortwahl bekanntlich mittels einer Abwägung der unterschiedlichen Standortfaktoren. Hierbei handelt es sich um die Einflussgrößen bzw. Voraussetzungen, die für die Ansiedlung und Entwicklung eines Unternehmens wichtig sind. Grundsätzlich muss unterschieden werden, ob die Unternehmen bei ihrer Standortwahl gebunden oder frei („footloose“) sind. Gebunden sind Unternehmen immer dann, wenn sie die von ihnen als bedeutsam bewerteten Standortfaktoren nur an ganz bestimmten Orten antreffen können und ein Transport nicht möglich ist (z.B. Wind für Windenergienutzung) oder zu kostenintensiv (z.B. Rohstoffe wie Kohle). Eine freie Standortwahl ist Unternehmen dann möglich, wenn sie auf Standortfaktoren angewiesen sind, die ubiquitär verfügbar sind bzw. sein können (z.B. Arbeitskräfte, Infrastruktur).

Es bestehen verschiedene Kategorien von Standortfaktoren. Eine gängige Einteilung ist die Unterscheidung in harte und weiche Standortfaktoren. Harte Standortfaktoren sind in der Regel eher quantifizierbar und unterliegen ökonomischen Kriterien (z.B. Arbeitskräfte, Grundstücksangebot). Weiche Standortfaktoren hingegen sind eher geprägt von einer subjektiven Beurteilung (z.B. Lebensqualität, Wohnumfeld). Eine weitere Kategorisierungsmöglichkeit besteht in einer Gruppierung der Standortfaktoren nach Bedeutung und Zufriedenheit aus Unternehmenssicht. Die Bewertung der Bedeutung und Zufriedenheit mit den einzelnen Standortfaktoren wird dabei auch von der Branchenzugehörigkeit und der Betriebsgröße eines Unternehmens mitbestimmt.

¹ COMET (“Competitive Metropolises – Economic transformation, labour market and competition in European agglomerations”); ein Europäisches Gemeinschaftsprojekt unter Koordination von Axel Borsdorf, Österreichische Akademie der Wissenschaften

In diesem Beitrag werden die Standortfaktoren drei Kategorien zugeordnet: naturgegeben, ökonomisch und nicht-ökonomisch (vgl. Abb. 1). Die naturgegebenen und die ökonomischen Standortfaktoren stellen zusammen die harten Standortfaktoren dar. Die nicht-ökonomischen Standortfaktoren werden wie oben beschrieben auch als weiche Standortfaktoren bezeichnet. Grundsätzlich sind natürlich auch hier Ausnahmen bzw. Überschneidungen denkbar, da beispielsweise das naturgegebene Klima oder eine schöne Landschaft auch einen weichen Standortfaktor darstellen kann (Lebensqualität).

Abb. 1 Standortwahl und Standortfaktoren in der Wirtschaft



Der Wandel zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft bewirkt, dass sich immer mehr spezialisierte Dienstleistungen überwiegend in großen Städten ansiedeln, die so wieder zu „Produktionsorten“ in der modernen Marktwirtschaft werden (Maier 2001a, S.17). Die ökonomische Spezialisierung der Metropolen und deren funktionale Hierarchisierung wird durch die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft noch verstärkt. Die Globalisierung vergrößert die Reichweite und Komplexität von Transaktionen aufgrund fallender Handelsschranken und ist gekennzeichnet durch eine weltweite Vernetzung der Wirtschaft, eine fortschreitende Deregulierung und Privatisierung, reduzierte Transportkosten für Güter, Kapital und Wissen sowie eine uneingeschränkte globale Kommunikation und Transparenz (Puchinger 2000, S.10).

Neben der Globalisierung bewirken weitere Trends einen Bedeutungswandel: flexible Spezialisierung, Verringerung der Fertigungstiefe und Standortdiversifikation, Zulieferpyramiden und Clusterbildung. Traditionelle und natürliche Standortfaktoren wie z.B. Transportkosten oder Rohstoffvorräte verlieren so an Bedeutung. Eine deutlich zunehmende

mende wirtschaftliche Bedeutung hingegen erlangen Information, Wissen, Kenntnisse und Fertigkeiten, so dass Infrastrukturen der Informations- und Wissensverarbeitung zu herausragenden Standortfaktoren werden (Maier 2001a, S. 5). Der Bedeutungsgewinn des Wettbewerbsfaktors Wissen erklärt sich auch aus dem starken Zusammenhang zwischen Wissen und Erzeugung von Innovationen. Innovationen entstehen allerdings in der Regel interaktiv, in kreativen Gruppen und auf der Basis von Erfahrungen und gesammeltem Wissen, wozu Kommunikationsmöglichkeiten und ein entsprechendes Ambiente notwendig sind (Puchinger 2000, S. 9-10).

Revolutionierende neue Standortfaktoren bzw. Entwicklungen, die für die Zunahme der Ubiquität verantwortlich sind, bieten heute insbesondere die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (z.B. Computer, Internet, virtuelle Kommunikationsräume). Da viele Standortfaktoren ubiquitär verfügbar sind und die Standortwahl frei getroffen werden kann, nimmt die Bedeutung der Qualität der Standortfaktoren stark zu. Insgesamt steigt auch der Stellenwert der weichen Standortfaktoren. (Quasi-)natürliche und kulturelle Standortfaktoren erfahren eine Neubewertung und erlangen eine zunehmende Bedeutung. Zur entsprechenden Infrastruktur gehören auch naturnahe oder natursimulierende Einrichtungen (z.B. in Hallen simulierte Naturereignisse, Erlebnis- und Freizeitbäder) (Maier 2001b, S. 5).

Dabei bleiben die technisch-infrastrukturellen Standortfaktoren durchaus als Grundbedingung wichtig. Der Trend geht aber zunehmend zu Standorten mit Merkmalen vielfältiger und hochrangiger Kombination der Standortfaktoren (Puchinger 2000, S. 11). Die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Portfolio von relevanten Standortfaktoren kann aufgrund der hohen Elastizität von Standortentscheidungen für die Entwicklung und das Wachstum einer Region entscheidend sein (Maier 2001b, S. 6). Das bedeutet dann, dass durchschnittliche Standorte („Alleskönner“) in Zukunft kaum eine wesentliche Marktchance haben werden, da die Nachfrage nach Standorten zunehmend differenzierte Ansprüche stellt und spezifische hohe Qualitäten fordert (Puchinger 2000, S. 11). Durch die zunehmende Standort-Wahlfreiheit für die Dienstleistungsunternehmen treten somit auch die Standorte selbst stärker in Konkurrenz zueinander. Um im Standortwettbewerb der Metropolen untereinander bestehen bzw. sich profilieren zu können (als Finanzmetropole, Medienmetropole etc.), vollzieht sich im Rahmen der Umstrukturierung zur Dienstleistungswirtschaft eine wachsende Spezialisierung der Großstädte.

Franz beschreibt hierzu das Paradox des Ubiquitär-Werdens von Standortfaktoren bei gleichzeitig andauernden Spezialisierungsmustern. Standortfaktoren verlieren ihre bisherige Bedeutung beim Prozess der Standortwahl, da sie zunehmend ubiquitär werden, d.h. sie sind an vielen Orten zu vergleichbaren Preisen und Qualitäten verfügbar. Von diesem Bedeutungsverlust sind nahezu alle Standortfaktoren betroffen, eine Ausnahme jedoch stellt der relativ immobile Standortfaktor Arbeit dar (Franz 2000, S. 40-41).

Die zunehmende Spezialisierung und Intensivierung der Wirtschaft im Rahmen der nationalen und internationalen Arbeitsteilung bewirkt einen Bedeutungszuwachs insbesondere der höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen. Da diese trotz Internet- und Telecom-Revolution weiterhin „Face-to-face“-Kontakte pflegen, kommt den großen Zentren mit ihren Dienstleistungen eine unverändert hohe Bedeutung zu, aber nicht allein hierdurch, sondern auch aus spezifischen Standortanforderungen (räumliche Nähe zu Nachfragern aus Industrie und Dienstleistungssektor, hochrangige Verkehrsinfrastruktur und hochrangiges Informationswesen, z.B. Messe, Forschung und Entwicklung, hochqualifizierte Arbeitskräfte, urbanes soziokulturelles Milieu, hohe Wohn- und Lebensqualität) (Motzkus 2000, S. 266 f.). Die weniger spezialisierten Unternehmen wählen die Nähe zu anderen Dienstleistern an zentralen, integrierten Standorten (Netzwerkbeziehungen).

Mikrostandorte in peripheren städtischen Lagen kommen hingegen für die eher routinisierten Dienstleistungen in Frage, da für diese die Nähe zu anderen Dienstleistern nur von geringer Bedeutung ist (Grabow 1997, S.190).

Direkte Kontakte und persönliche Absprachen bleiben also bei komplexen arbeitsteiligen Prozessen weiter unabdingbar. Die Empirie zeigt, dass gerade die Unternehmen der New Economy, die eigentlich durch den verstärkten Einsatz von IuK-Technologien räumlich unabhängig sein müssten, verstärkt an bereits existierende Ballungsräume andocken und dort Cluster bilden. Gründe hierfür sind der große Bedarf der New-Economy-Unternehmen an hochqualifiziertem Personal, Universitäten vor Ort zu dessen Rekrutierung, der Bedarf der Fachkräfte selbst wiederum nach einem flexiblen lokalen Arbeitskräftemarkt, räumliche Nähe und Vernetzung z.B. zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aufgewertete weiche Standortfaktoren (Lebensqualität durch Urbanität, Kultur- und Sportangebot) sowie die Präsenz von kreativen, unkonventionellen Menschen (Heng 2002, S. 7-9).

Unternehmensorientierte Dienstleistungen wägen zunächst ab zwischen den lokalen Standortfaktoren Bodenpreis, Flächenverfügbarkeit, Kontakte, Image, Prestige und Umfeld. Darüber hinaus brauchen insbesondere die höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen gute Verkehrs- und Kommunikationsanbindungen sowie hochqualifiziertes Personal. Ähnliche Standortanforderungen von bestimmten Unternehmensgruppen führen dann zu funktionalen Clustern mit gleichartigen Dienstleistern und nachfragenden Unternehmen (Kulke 1998, S.190-196).

Die Standortwahl wird in zunehmendem Maße auch von subjektiven, nicht vorhersehbaren Ursachen beeinflusst. Ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor ist die Standortpersistenz von Unternehmen. Die häufig kleinbetrieblich strukturierten höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen werden aufgrund der zunehmenden Ubiquität einzelner Standortfaktoren verstärkt von privaten Motiven beeinflusst. Beim Gründungsgeschehen hat dann der Wohn- bzw. Heimatort einen Vorteil (gutes Eigenimage, Präferenzvorsprung etc.). Diese stabilisierenden Wirkungen führen zu einer Fortschreibung der überkommenen Strukturen, und es bestehen nur sehr geringe Verlagerungstendenzen/-bewegungen (Enxing 1999, S. 13-14).

Die Standortansprüche werden durch den Bedeutungsgewinn und die zunehmende Spezialisierung der Dienstleistungsunternehmen differenzierter. Daher nimmt die innerregionale Konkurrenz zwischen den metropolitanen Innenstädten und ihren Rändern bzw. dem Umland der großen Städte immer mehr zu, was sich auch in der zunehmenden Suburbanisierung von Dienstleistungsunternehmen niederschlägt. Die Suburbanisierung von Dienstleistungen kann durch verschiedene, teilweise parallel ablaufende Prozesse, verursacht werden, z.B. durch den Nachzug zur suburbanisierten Bevölkerung oder den wachsenden Flächenbedarf aufgrund von Expansion und Auslagerung: "back offices" wandern in den suburbanen Raum ab, während "head offices"-Funktionen sich in den Zentren konzentrieren. Verschiedene Push-Faktoren wie Platzmangel, Bodenpreise, Konflikte, Verkehrs- und Parkplatzprobleme führen zu einer Abwanderung aus den Innenstädten und werden durch Pull-Faktoren wie günstige Mieten, Nähe zu Arbeitnehmern, ausreichendes Platzangebot am Stadtrand bzw. im Umland verstärkt. Da am Ballungsrand in der Regel attraktive Standortbedingungen bestehen (Verfügbarkeit gewerblicher Bauflächen, Parkplätze, gute verkehrliche Anbindung, geringere Stauwahrscheinlichkeit), ist der verstärkte Trend zur Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen aber auch ein eigendynamischer Prozess. Diese Standortfaktoren stellen auch gerade für den Einzelhandel und die Freizeitindustrie wichtige Kriterien dar (Hesse/Schmitz 1998, S. 438-439).

Teilweise handelt es sich bei dem geschilderten Phänomen bereits um eine eigenständige Entwicklung im Umland der Großstädte. Die Randwanderung von Dienstleistungen durch Verlagerung aus den Kernstädten wird ergänzt durch eine gleichzeitige Neuansiedlung durch Zuwanderung aus anderen Gebieten in die Agglomerationsraum-Randzone. Als ausschlaggebende Standortfaktoren werden in der Regel eine günstige Verkehrslage, Großstadt- und Marktnähe, niedriger Bodenpreis sowie schnelle Standortentwicklung genannt. Dabei kommt es bei der Verkehrsanbindung nicht nur auf eine reine Autobahnnähe an, sondern besonders auch auf eine kurze Distanz zu überregional bedeutsamen Autobahnen (Karsten/Usbeck 2001, S. 73-74).

Brake wertet die Tatsache, dass Wohn- und Gewerbeansiedlungen im Umland nicht mehr nur als Randwanderung aus den Kernstädten entstehen, sondern zunehmend auch als Folge einer direkten Zuwanderung von außerhalb, als ein Indiz für eine steigende Attraktivität des Umlandes (Brake 2001, S.18). Andere Autoren wie Kahnert hingegen vertreten die Auffassung, dass es sich bei den bisherigen Umlandwanderungen von Bürodienstleistungen (z.B. in Frankfurt, München) eher um Überlaufeffekte handelt. Bürodienstleistungen konzentrierten sich weiterhin auf die Kernstädte, d.h. auf die Innenstadtbereiche mit einem attraktiven städtebaulichen Umfeld. Als Ausnahmefall wird nur das Umfeld besonderer infrastruktureller Einrichtungen gesehen wie das von Flughäfen oder Bahnhöfen, da diese die notwendigen Elemente von Innenstadt simulieren könnten (Kahnert 1998, S. 516).

Bemerkenswerterweise lassen sich für die Dienstleistungsunternehmen gleichzeitig Konzentrations- und Dekonzentrations-tendenzen beobachten. Die jeweilige Lage im metropolitanen Raum ist entscheidend: Höherwertige unternehmensorientierte Dienstleistungen konzentrieren sich zunehmend auf die Zentren in den Schlüsselstädten mit herausragender nationaler und internationaler Einbindung in das globale Wirtschaftsgeflecht. Bei der Verlagerung unternehmensorientierter Dienstleistungen handelt es sich zumeist um die Dekonzentration von weniger produktiven und gering entlohnten Tätigkeiten an den Stadtrand (Motzkus 2000, S. 268-269). Die persönlichen und die distributiven Dienstleistungen wiederum zeigen Ausbreitungstendenzen auf den suburbanen Raum sowie mittelgroße Städte (Kulke 1998, S. 194). Durch Innovationen im Bereich der Mikroelektronik kann die Dekonzentration der Arbeitsplätze begünstigt werden (leistungsfähige Datennetze, Telearbeit). Routinetätigkeiten ohne Kundenkontakt werden im Dienstleistungssektor insbesondere von Banken und Versicherungen ("back office-activities") zunehmend aus den teuren City-Standorten in den suburbanen Raum verlagert.

Um Nachteile der bisherigen Standorte in den Zentren der Städte zu umgehen - schlechte Erreichbarkeit mit dem Pkw, hohe Büromieten - werden neue Standorte entwickelt, an denen Innenstadtkualitäten simuliert werden. Beispiele hierfür sind die "Airport-Cities" in der Nähe bedeutender Flughäfen oder auch Nebencities wie die City Nord in Hamburg. Häußermann bezeichnet diese neuen Dienstleistungsstädte, die sich mit einer postmodernen Architektur präsentieren, auch als „Instant Cities“ (Beispiel Amsterdam) (Häußermann 1997, S. 41). Neben den bereits etablierten Einkaufs- und Freizeitgroßeinrichtungen, Logistikzentren und ausgelagerten Back Offices bestimmen somit neuerdings auch höherwertige unternehmensorientierte Dienstleistungen das Erscheinungsbild an den Rändern der Metropolen: Technologieparks, Gewerbeparks mit unternehmensorientierten Dienstleistungen, Standorte der Headquarter-Economy. Deren Ansiedlung erfolgt in verkehrsgünstigen Lagen im Umfeld der bereits genannten Flughäfen und auch von Autobahnkreuzen, und es entstehen mit ihnen neue eigenständige „Wachstumsinseln“ (Motzkus 2000, S. 273). Diese Wachstumsräume im Umland bzw. in städtischen Teilräumen weisen häufig eine Konzentration spezifischer Funktionen oder Nutzungen auf

und können deshalb als „Räume funktionaler Spezialisierung“ bezeichnet werden (Burdack 2001, S. 192).

2. Dynamik und Entwicklung der Dienstleistungen in sieben europäischen Metropolräumen

In Ergänzung zu dem zuvor komprimiert dargelegten Wissensstand über den Strukturwandel im Dienstleistungssektor sollen nunmehr Teilergebnisse des EU-Forschungsprojekts COMET, soweit diese die Autoren zu vertreten haben, vorgestellt und diskutiert werden. Wie eingangs angesprochen, geht es hier im Wesentlichen darum, den Grad der strukturellen und der räumlichen Diversifikation von Dienstleistungen zu erfahren und auch das Standortwahlverhalten und die Standortpräferenzen von Dienstleistungsunternehmen zu analysieren.

Um vergleichbare Aussagen über die bereits genannten europäischen Metropolen – Amsterdam, Barcelona, Berlin, Brüssel, Kopenhagen, Straßburg und Wien – zu ermöglichen, wurden deren Agglomerationsräume zunächst nach dem Abgrenzungsverfahren NUREC festgelegt. Die Abgrenzung der europäischen Agglomerationsräume nach NUREC („Network on Urban Research in the European Community/Union“) erfolgte erstmals 1994 europaweit nach einheitlichen morphologischen Kriterien. Zur Aktualisierung für COMET wurden Luft- und Satellitenbilder sowie neueres Kartenmaterial von allen Beispielstädten herangezogen und interpretiert. Die mit diesem Verfahren abgegrenzten Agglomerationsräume wurden nochmals in drei Raumkategorien untergliedert: „Innenstadt“ – „restliches Stadtgebiet“ – „suburbaner Raum“.

Mit der Unternehmensbefragung und den ergänzenden Experteninterviews wurde das Standortwahlverhalten ausgewählter Schlüsselbranchen des Dienstleistungssektors untersucht. Als Schlüsselbranchen ließen sich nach der europäischen Wirtschaftsklassifikation NACE zehn Gruppen überwiegend unternehmensbezogener Dienstleistungsbranchen definieren². Die Bewertung der Standortfaktoren durch die befragten Unternehmen in den beteiligten Metropolregionen wurde jeweils getrennt nach Schlüsselbranche und Lage im Agglomerationsraum vergleichend analysiert.

Die Auswahl der zu befragenden Unternehmen erfolgte per repräsentativer Zufallsstichprobe, und zwar unter Berücksichtigung der einzelnen Schlüsselbranche und der Lage der jeweiligen Unternehmensstandorte innerhalb des jeweiligen Agglomerationsraumes. In allen beteiligten Metropolen wurden insgesamt 1.232 telefonische bzw. persönliche Befragungen mit Hilfe eines einheitlichen und standardisierten Fragebogens durchgeführt. Zentrale Inhalte des Fragebogens waren: Angaben zum Unternehmen, Standortwahlverhalten, Standortverlagerungen, Kooperationen/Netzwerke. Die Unternehmen bewerteten im Rahmen der Unternehmensbefragung die ihnen vorgegebenen Standortfaktoren hinsichtlich ihrer Bedeutung für die bereits getroffene Standortwahl. Im Durchschnitt aller beteiligten Metropolen kam es seitens der Unternehmen zu nachstehenden Einschätzungen (vgl. Abb. 2):

² 1. Forschung und Entwicklung (NACE: 73.1 – 73.2), 2. Hochwertige unternehmensbezogene Dienstleistungen (NACE: 74.1; 74.4), 3. Architektur- und Ingenieurbüros, Technische Dienstleistungen (NACE: 74.2; 74.3), 4. Überwiegend einfachere unternehmensbezogene Dienstleistungen (NACE: 74.5 – 74.8), 5. Kreditinstitute und Versicherungen (NACE: 65.1; 65.2; 66.0; 67.1; 67.2), 6. Grundstücks- und Wohnungswesen (NACE: 70.1 – 70.3), 7. Telekommunikation, Datenverarbeitung und Datenbanken (NACE: 64.2; 72.1 – 72.6), 8. Presse und Medien (NACE: 92.1; 92.2; 92.4; 22.1), 9. Kultur und Unterhaltung (NACE: 92.3; 92.7), 10. Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige Vereinigungen (NACE: 91.1 – 91.3).

Als **(sehr) bedeutend** werden die folgenden Standortfaktoren bewertet (positives Ranking): Nahverkehrsanbindung (Straße), Parkplätze, Nähe zu Kunden, Nahverkehrsanbindung (Bus/Bahn), Fernverkehrsanbindung (Straße), Prestige/Image des Standortes, Immobilien-/Grundstückspreise sowie Marktzugang/Absatzmarkt.

Als **(sehr) unbedeutend** werden hingegen die folgenden Standortfaktoren bewertet (negatives Ranking): Fördermittel/Subventionen, Soziale Einrichtungen (z.B. Kindergarten), Nähe zu Forschungseinrichtungen und Nähe zu Universitäten.

Insgesamt wird deutlich, dass in allen Metropolen bei der Standortentscheidung insbesondere die Standortfaktoren der Gruppe „Verkehrsanbindung“ eine übergeordnete Rolle spielen. Obwohl die Unternehmen in den verschiedenen Metropolregionen die Standortfaktoren insgesamt erstaunlich homogen bewertet haben, lassen sich dennoch leichte **regionale Unterschiede** insbesondere in zwei Metropolen feststellen:

- In **Barcelona** werden die Standortfaktoren „Zusammenarbeit (Gemeinde-)Verwaltung“, „Kommunale Steuern und Abgaben“, „Fördermittel/Subventionen“, das „Lohnniveau“, bestehende „Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten“ sowie die „Wohnflächenverfügbarkeit“ von den Unternehmen als bedeutender als von Unternehmen der anderen Städte eingestuft (erklärbar durch nationalen Differenzen).
- In **Straßburg** werden seitens der befragten Unternehmen insbesondere die „Fernverkehrsanbindungen (Flughafen, Schiene)“, die „Nähe zu Zulieferern/Lieferanten“ sowie die „Nähe zu Kooperationspartnern“ als bedeutender als in den anderen beteiligten Städten bewertet. Eine geringere Bedeutung hat hier hingegen der Standortfaktor „Verfügbarkeit von Parkplätzen“.

Bei einer differenzierteren Betrachtung der bewerteten Standortfaktoren nach dem **mikroräumlichen Standort** der befragten Unternehmen innerhalb der jeweiligen Metropole zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede. Es ist lediglich festzustellen, dass die Unternehmen in der Innenstadt den Standortfaktor „Prestige/Image des Standortes“ als etwas bedeutender einschätzen als Unternehmen der anderen Untersuchungszone. Folgerichtig schätzt im Kontrast zur Innenstadt die Mehrzahl der Unternehmen mit einem Standort im suburbanen Raum die Standortfaktoren „Nahverkehrsanbindung (Bus/Bahn)“, „Prestige/Image des Standortes“ sowie „Kultur-/Freizeitangebot“ für ihre Standortwahl als weniger bedeutsam ein.

Abb. 2 Bedeutung von Standortfaktoren

		Städte (Durchschnitt)	Fallstudien						
			Amsterdam	Barcelona	Berlin	Brüssel	Kopenhagen	Strassburg	Wien
Standortfaktoren									
Flächen	Immobilien-/Grundstückspreise	■	□	■	■	■	□	■	■
	Gewerbe-/Büroflächenverfügbarkeit	□	□	□	■	□	■	■	■
	Räumliche Erweiterungsmöglichkeiten	□	□	□	□	□	□	□	□
Verkehr	Fernverkehrsanbindung (Flughafen)	□	□	□	□	□	□	■	□
	Fernverkehrsanbindung (Schiene)	□	□	□	□	□	□	■	□
	Fernverkehrsanbindung (Straße)	■	■	□	□	■	□	■	□
	Nahverkehrsanbindung (Bus/Bahn)	■	■	■	■	□	□	■	■
	Nahverkehrsanbindung (Straße)	■	■	■	■	■	□	■	■
	Parkplätze	■	■	■	■	■	■	□	■
Arbeitskräfte	Qualifizierte Arbeitskräfte	□	□	■	■	□	□	■	■
	Lohnniveau	□	□	■	□	□	□	□	□
	Nähe zu Forschungseinrichtungen	□	□	□	□	□	□	□	□
	Nähe zu Universitäten	□	□	□	□	□	□	□	□
	Aus-/Weiterbildungsmöglichkeiten	□	□	■	□	□	□	□	□
Markt / Umfeld	Marktzugang/Absatzmarkt	■	□	■	■	□	□	■	■
	Nähe zu Kunden	■	□	■	■	□	■	■	■
	Nähe zu Zulieferern/Lieferanten	□	□	□	□	□	□	■	□
	Nähe zu Kooperationspartnern	□	□	□	□	□	□	■	■
	Zusammenarbeit (Gemeinde-)Verwalt.	□	□	■	□	□	□	□	□
	Kommunale Steuern und Abgaben	□	□	■	□	□	□	□	□
	Fördermittel/Subventionen	□	□	□	□	□	□	□	□
Weiche Faktoren	Pers. Gründe (z.B. eigener Studienort)	□	■	□	□	□	□	□	□
	Prestige/Image des Standortes	■	□	■	□	□	■	□	■
	Wohnflächenverfügbarkeit	□	□	■	□	□	□	□	□
	Kultur-/Freizeitangebot (z.B. Theater)	□	□	□	□	□	□	□	□
	Soz. Einrichtungen (z.B. Kindergarten)	□	□	□	□	□	□	□	□
	Umweltqualität (z.B. Luftverschmutz.)	□	■	■	□	□	□	□	□

Bewertung: ■ (sehr) bedeutend □ teils/teils □ (sehr) unbedeutend

Quelle: eigene Darstellung

Ebenfalls nur geringe Unterschiede lassen sich bei einer Differenzierung der befragten Unternehmen nach den einzelnen Schlüsselbranchen feststellen. Die Unternehmen der verschiedenen Schlüsselbranchen des Dienstleistungssektors vollziehen die Bewertung der Standortfaktoren nahezu übereinstimmend. **Drei branchenspezifische Abweichungen** lassen sich jedoch feststellen:

- Insbesondere die Unternehmen aus der Schlüsselbranche „Forschung & Entwicklung“ bewerten (verständlicherweise) die Standortfaktoren „Nähe zu Forschungseinrichtungen“, „Nähe zu Universitäten“ sowie „Fördermittel/Subventionen“ als bedeutender im Vergleich zu allen weiteren Branchen, wohingegen die Standortfaktoren „Immobilien-/Grundstückspreise“, „Nahverkehrsanbindung (Straße)“, „Marktzugang/Absatzmarkt“, „Nähe zu Kunden“ sowie „Prestige/Image des Standortes“ von ihnen als weniger bedeutsam eingeschätzt werden.
- Die Unternehmen der Schlüsselbranche „Architektur- und Ingenieurbüros, Technische Dienstleistungen“ bewerten die Standortfaktoren „Immobilien-/Grundstückspreise“, „Qualifizierte Arbeitskräfte“, „Nähe zu Universitäten“ und „Persönliche Gründe“ als bedeutender. Dagegen werden die Standortfaktoren „Marktzugang/Absatzmarkt“ sowie „Kultur-/Freizeitangebot“ von den Unternehmen dieser Schlüsselbranche als weniger bedeutend angesehen als vom Durchschnitt aller befragten Betriebe.
- Für die Unternehmen der Schlüsselbranche „Telekommunikation, Datenverarbeitung & Datenbanken“ ergab sich folgende Rangfolge der Standortfaktoren: „Qualifizierte Arbeitskräfte“, „Nähe zu Universitäten“, „Fördermittel/Subventionen“ und „soziale Einrichtungen“.

In der Unternehmensbefragung wurde neben der Einschätzung der Standortfaktoren für die bereits vollzogene Standortwahl auch eine Einschätzung der Standortfaktoren für eine potentielle zukünftige Standortwahl bzw. Standortverlagerung abgefragt. Das Ergebnis zeigt, dass es zu keiner umwälzenden Verschiebung in der Bewertung der Standortfaktoren kommt. Für die zukünftige Standortentscheidung werden allerdings die beiden Standortfaktoren „Immobilien-/Grundstückspreise“ und „Räumliche Erweiterungsmöglichkeiten“ für bedeutender als für die bereits getroffene Standortentscheidung eingeschätzt. Der Vergleich macht darüber hinaus deutlich, dass für künftige Standortentscheidungen den Standortfaktoren „Aus-/Weiterbildungsmöglichkeiten“, „Persönliche Gründe“, „Nähe zu Kunden“, „Marktzugang/Absatzmarkt“, „Umweltqualität“, „Wohnflächenverfügbarkeit“ sowie „Lohnniveau“ heute eine geringere Bedeutung beigemessen wird.

In Ergänzung zur eher quantitativen Unternehmensbefragung wurden in allen beteiligten Metropolen zusätzlich **Experteninterviews** durchgeführt, um auch eine qualitative Einschätzung bzw. Hintergrundwissen von Experten der einzelnen Metropolen zu ermitteln. Hierzu wurden mit Hilfe eines einheitlichen Gesprächsleitfadens insgesamt 64 Interviews mit Vertretern von Verbänden, der Wirtschaftsförderung und der Verwaltung sowie mit Immobilienmaklern, Investoren und Unternehmensberatern durchgeführt.

Interessanterweise erbrachten die Ergebnisse dieser Experteninterviews eine deutlich von der Unternehmensbefragung abweichende Einschätzung der Standortfaktoren. Die Interviewpartner sollten jeweils die drei Standortfaktoren benennen, die nach ihrer Einschätzung in ihrer Metropole den stärksten Einfluss auf die Standortentscheidungen der Unternehmen in den ausgewählten Schlüsselbranchen haben. Als entscheidende Standortkriterien für ihre Region gaben die Interviewpartner vor allem die „strategische geographische Position“ bzw. die „externe Erreichbarkeit der Region“ an. Im Gegensatz dazu wurden diese Standortkriterien von den Unternehmen eher als nachrangig bewertet (die hierzu entsprechenden Standortfaktoren sind Fernverkehrsanbindung per Flughafen oder

Schiene). Die meisten Interviewpartner schätzten auch die Standortfaktoren „(qualifiziertes) Arbeitskräfteangebot“ und „Kostensituation/niedrige Preise“ als sehr bedeutsam ein. Während in den meisten Metropolräumen der Standortfaktor „Parkplätze“ von den Unternehmen unter die ersten vier Plätze eingestuft wird, ist dieser Standortfaktor von keinem einzigen der Experten als bedeutsam angesehen worden. Ähnlich verhält es sich mit dem Standortfaktor „Kundennähe“, der in allen Städten bei der Auswertung der Unternehmensbefragung unter die ersten sieben Plätze gelangt ist, jedoch von keinem der Experten genannt wurde.

Diese Diskrepanz hinsichtlich der Einschätzungen der befragten Unternehmen auf der einen und der interviewten Experten auf der anderen Seite lässt sich durch zwei verschiedene Erklärungsansätze eingrenzen: Die Experten beziehen sich in ihren Ausführungen eher auf größere und international agierende Unternehmen, für die Standortfaktoren wie „strategische geographische Position“ und „externe Erreichbarkeit der Region“ von ganz erheblicher Bedeutung sind. Die in den sieben Metropolen vorhandenen und befragten Unternehmen hingegen sind überwiegend kleinere bis mittelgroße Unternehmen, deren wirtschaftliches Verhalten eher selten einen überregionalem Aktionsradius aufweist und die damit tendenziell stärker regional orientiert sind.

Ein anderer Erklärungsansatz für diese so unterschiedlichen Einschätzungen der wichtigsten Standortfaktoren ist, dass lokal bis regional agierende Unternehmen durchaus dahin tendieren, ihre endgültige Standortentscheidung von sehr kleinräumigen lokalen Faktoren beeinflussen zu lassen. Diese Unternehmen treffen ihre makroräumliche Standortentscheidung für eine Stadt oder einen bestimmten Teil der Stadt bereits im Vorfeld, so dass sie überregionale Standortfaktoren bei ihrer konkreten mikroräumlichen Entscheidung nicht mehr in die Bewertung einbeziehen. Die Experten hingegen beschreiben den Prozess der Standortfindung und Standortentscheidung vor einer nationalen oder globalen Auswahl an Standorten.

Im Vergleich der sieben beteiligten Metropolen untereinander zeigen sich auch spezifische Besonderheiten, die von den interviewten Experten in ihre Einschätzung der Standortfaktoren einfließen. So werden beispielsweise von den Experten aus den Metropolen Brüssel und Straßburg die dortigen EU-Institutionen/-Funktionen als wichtigster Standortfaktor hervorgehoben. Seitens der Experten in Amsterdam, Berlin und Wien dagegen wird der Standortfaktor „gutes Image/Prestige des Standortes“ hervorgehoben. Bedingt durch die nachholende Entwicklung aufgrund der massiven politischen Veränderungen in Berlin wird seitens der Experten für diese Metropole der Standortfaktor „Kosten (Büroflächen, Wohnraum, Löhne)“ als zunehmend wichtiger bewertet. Die Kostensituation ist im Standortwettbewerb ein Standortfaktor, der klar für die Metropole Berlin spricht.

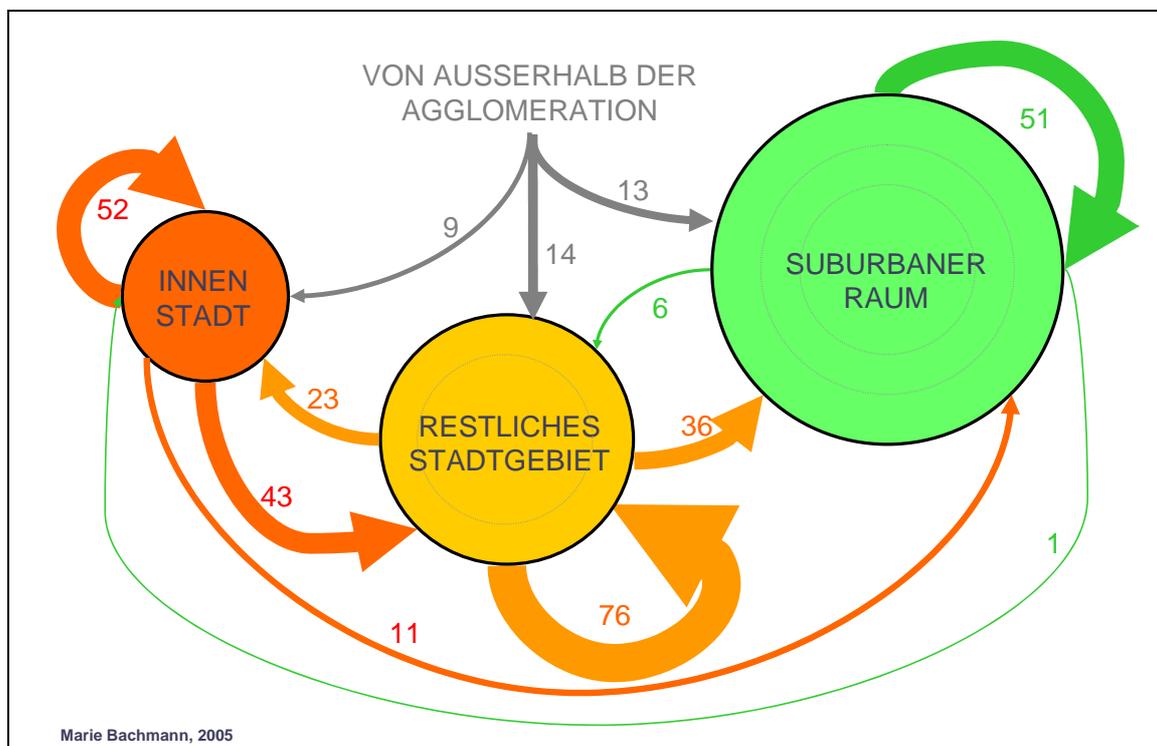
Neben der Bewertung der Standortfaktoren wurden die Unternehmen auch um Angaben zu bereits durchgeführten **Standortverlagerungen** gebeten. Zusammenfassend lässt sich dazu feststellen, dass immerhin knapp 40% der Unternehmen innerhalb der letzten 10 Jahre eine Standortverlagerung vorgenommen haben³. Es zeigt sich jedoch, dass der

³ Von 1.232 befragten Unternehmen in allen sieben Metropolen haben 477 Unternehmen eine Standortverlagerung vorgenommen. Von diesen 477 befragten Unternehmen haben allerdings 142 Unternehmen angegeben, dass sie zwar eine Standortverlagerung vorgenommen haben, aber keine Angaben zum vorherigen Standort machen können (Informationsverlust wegen Personalwechsel etc.). Somit verbleiben 335 Standortverlagerungen, die ausgewertet werden können. Zu bedenken ist ferner, dass die Unternehmen, die innerhalb der letzten 10 Jahre ihren Standort nach außerhalb der Untersuchungsgebiete verlagert haben, bei dieser Befragung nicht erfasst werden konnten. Somit besteht kein Wissen über die Anzahl der Unternehmen, die eine Standortverlagerung aus den Untersuchungsgebieten heraus in das weitere Umfeld oder andere Städte vollzogen haben.

überwiegende Teil der Unternehmen, die eine Standortverlagerung vorgenommen haben, keine bedeutende Entfernung zurückgelegt hat. In der Regel wurde ein Standort in der Nähe ihres bisherigen Standortes gewählt (vgl. Abb. 3).

Ein eher überraschendes Ergebnis bezüglich der vollzogenen Standortverlagerungen innerhalb der Metropolregionen ist, dass eine zonenübergreifende Verlagerung der Unternehmen relativ selten stattgefunden hat. Da die Standortverlagerungen somit nicht über größere Distanzen vorgenommen wurden, scheinen Unzufriedenheit mit dem Meso- bzw. Makrostandort kaum die ausschlaggebende Rolle gespielt zu haben. Vielmehr ist anzunehmen, dass individuelle Entscheidungen, beeinflusst durch Standortfaktoren wie Miethöhe, Flächenbedarf oder auch Unzufriedenheit mit dem Mikrostandort ausschlaggebend für die Standortverlagerung waren. Als Erklärungsansatz für diese innerzonalen Standortverlagerungen und die relative Standortpersistenz der Unternehmen lässt sich heranziehen, dass die Unternehmen mit ihrem näheren Umfeld in der Regel intensiv verbunden sind (Geschäftsbeziehungen, Arbeitskräfte, eigener Wohnstandort etc.).

Abb. 3 Anzahl der Standortverlagerungen in den sieben Metropolräumen (1993-2003)



Quelle: eigene Darstellung

Die Standortverlagerungen lassen sich nach interzonalen und nach innerzonalen Verlagerungen unterscheiden. Unter interzonalen Standortverlagerungen werden Verlagerungen von einer Zone in eine andere Zone verstanden. Innerzonale Standortverlagerungen hingegen beschreiben die Verlagerungen der Unternehmen, die zwar einen neuen Standort suchen, diesen aber in der räumlichen Nähe, d.h. innerhalb der bisherigen Zone wählen.

Bei einer genaueren Betrachtung der **interzonalen Standortverlagerungen**, d.h. der reinen Salden der Zu- und Abwanderungen in den einzelnen Zonen der Metropolräume, wird deutlich, dass jeweils in der Innenstadt ein Abwanderungsüberschuss besteht, dagegen im „restlichen Stadtgebiet“ sowie im „suburbanen Raum“ jeweils die Zuwanderungen überwiegen. Vergleichsweise große Wanderungsgewinne aus der Innenstadtzone und aus Regionen von außerhalb der Metropolregion verzeichnet insbesondere das „restliche Stadtgebiet“. Zu Lasten des „restlichen Stadtgebietes“ hingegen erfährt der „suburbane Raum“ deutliche Wanderungsgewinne. Es ist somit eine generelle Tendenz zur Standortverlagerung in die nächst gelegene zentrumsfernere Zone erkennbar.

Neben diesen interzonalen Standortverlagerungen sind jedoch auch die **innerzonalen Standortverlagerungen** von großem Interesse. Es hat sich zwar eine bedeutende Anzahl der befragten Unternehmen grundsätzlich für eine Verlagerung entschieden, aber den neuen Standort wieder innerhalb der gleichen Zone gewählt. Da die Unternehmen ihre bisherige Zone bewusst nicht verlassen, bedeutet das, dass diese Verlagerungen auch als eine Entscheidung gegen eine Abwanderung (interzonale Standortverlagerung) verstanden werden kann. Es bestehen in den Metropolräumen bei den Unternehmen der ausgewählten Schlüsselbranchen zwar durchaus Suburbanisierungstendenzen, gleichzeitig ist aber auch eine deutliche zoneninterne Standortpersistenz dieser Unternehmen zu beobachten.

Mit Ausnahme von Amsterdam ist in allen untersuchten Metropolen ein deutlicher Trend zur Dezentralisierung zu beobachten. Die Wanderungsbewegungen zwischen den einzelnen Zonen konzentrieren sich jeweils am stärksten auf die nach außen angrenzende Zone zu Lasten der näher am Zentrum liegenden Gebiete. Der reine Saldo ist in allen Metropolen im „suburbanen Raum“ am höchsten, d.h. die Standortverlagerungen der Unternehmen in diese Zone sind am stärksten ausgeprägt. Obwohl man deshalb von einer Suburbanisierung sprechen kann, verändert sich die Wertung dann erheblich, wenn man die Innenstadt und das „restliche Stadtgebiet“ als eine räumliche Einheit betrachtet. Denn unterm Strich weisen die Innenstadt und das „restliche Stadtgebiet“ zusammengekommen keine allzu dramatische Bilanz für die administrativen Stadtgebiete innerhalb der Metropolräume auf: 30 Zuwanderungen, 47 Abwanderungen, 194 innerzonale Verlagerungen.

Zusammenfassend lässt sich auf der Basis der Unternehmensbefragung festhalten, dass die Standortverlagerungen in den sieben untersuchten Metropolräumen innerhalb der letzten 10 Jahre durch folgende Prozesse gekennzeichnet waren:

- überwiegend Standortverlagerungen innerhalb einer Zone
- ansonsten Standortverlagerungen eher zwischen benachbarten Zonen,
- Trend zur Dezentralisierung (konzentrische Migration) und
- Wanderungsgewinne in den Zonen außerhalb der Innenstadt.

Eine wünschenswerte weiterführende Detailauswertung der Standortverlagerungen nach Branchen ist aufgrund der zu geringen Fallzahlen in den einzelnen Metropolen nicht möglich.

3. Ausblick und Handlungsbedarf

Zwei Fragen wurden eingangs gestellt: 1. die nach den entscheidenden Standortfaktoren für Dienstleistungsunternehmen und 2. inwieweit die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer veränderten Standortwahl führen.

Haben die harten Standortfaktoren, denen ökonomische Kriterien zugrunde liegen, im Zuge der Globalisierung einen Bedeutungswandel erfahren oder ändern sich eher die nicht-ökonomischen weichen Standortfaktoren, die z.T. stark von subjektiven Überlegungen bestimmt sind? Spielen Information und Kommunikation im Entscheidungsprozess der Standortwahl von Dienstleistern wirklich die wichtige Rolle, die ihnen oft beigemessen wird? Lässt sich nachweisen, dass die allgemein zunehmende Spezialisierung der Dienstleistungen in gleicher Weise zu einer Spezialisierung der Metropolen selbst führt? Dass sich im Wettbewerb der Metropolen untereinander spezifische Profile herausbilden? Und schließlich: Stehen den Stadtplanern „tools“ zur Verfügung, um die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen dort im metropolitanen Raum zu befördern, wo sie sich aus Gründen einer geordneten Stadtentwicklung auch befinden sollten?

Die Ergebnisse des EU-Forschungsprojekts COMET können auf die gestellten Fragen nur Hinweise, aber keine umfassenden Antworten geben. Hierfür reicht zum einen die Auswahl von 7 europäischen Metropolen nicht aus, und zum anderen müsste jeweils eine größere Zahl von Dienstleistungsunternehmen in den drei Teilräumen der Metropolen erfasst werden, als es für COMET aus zeitlichen und arbeitstechnischen Gründen möglich war.

Dennoch lässt sich hinsichtlich der Standortentscheidung von Dienstleistungsunternehmen zusammenfassend sagen, dass unter den verschiedenen Standortfaktoren mit höchster Priorität eine optimale Verkehrsanbindung gesehen wird. Das gilt ganz besonders für die Dienstleistungsunternehmen im suburbanen Raum der Metropolen, und dort mit stärkerer Gewichtung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) im Vergleich mit dem öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV). Für den Standort in der Innenstadt gilt nach wie vor der Imagefaktor als besonders wichtig. Erwähnenswert ist weiterhin, dass in allen untersuchten Metropolen die Nähe zu Universitäten und Forschungseinrichtungen von den Unternehmen als eher nachrangig bewertet wird. Dies steht im Gegensatz zur gängigen Forschungsmeinung, nach der insbesondere der Faktor Wissen eine zunehmende Bedeutung erlangen wird. Die Existenz qualifizierter Arbeitskräfte wird allerdings von den Unternehmen aller untersuchten Metropolen als bedeutend bewertet.

Die Frage nach dem möglicherweise verstärkten Einfluss der Informations- und Kommunikationstechnologien bei der Standortentscheidung lässt sich nicht abschließend beantworten. Deutlich wird aber, dass trotz der zunehmenden Standortwahlfreiheit die Unternehmen bei Standortverlagerungen dennoch in den meisten Fällen die neuen Standorte in der Nähe ihrer bisherigen Standorte wählen. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass die verstärkte Standortwahlfreiheit nicht genutzt wird, weil beispielsweise Standortfaktoren wie räumliche Nähe zumindest nicht vollständig durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien ersetzt werden können. Hier liegt weiterer Forschungsbedarf vor. Dagegen gibt es sehr wohl Hinweise auf eine zunehmende Spezialisierung der Metropolen im Wettstreit miteinander. So wurde auf die gewünschte Stärkung der EU-Funktionen in Brüssel und Straßburg bereits hingewiesen. Aber auch hier muss weitere Forschung ansetzen.

Die Frage nach den stadtplanerischen Einflussmöglichkeiten auf die Standortentscheidungen von Dienstleistungsunternehmen ist eher als unwichtig bzw. unbedeutend zu beantworten. Nur im Ausnahmefall (Barcelona) wird der Kontakt zur Stadtverwaltung gesucht und gepflegt. Und ebenso die Einwerbung von Subventionen spielt für die Standortentscheidung der Dienstleister eine nahezu unbedeutende Rolle.

Unter diesen Bedingungen wird es für die Stadtplanung nur mit Ordnungsmaßnahmen möglich sein, Dienstleistungscluster dort entstehen zu lassen, wo es aus gesamtstädtischer Perspektive wünschenswert erscheint. Erstrebenswert ist dabei auch eine Orientierung am Leitbild der europäischen Stadt (Nutzungsmischung), da monofunktionale Areale nicht nur konträr zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung stehen, sondern auch den Urbanitätsfaktor vermissen lassen, der insbesondere von den hochwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungsunternehmen nachgefragt wird. Hier können die Kommunen beispielsweise versuchen, Kooperationsmöglichkeiten zwischen Investoren und Entwicklern aus verschiedenen Bereichen zu fördern (z.B. Wohnen, Büronutzung, Einzelhandel), umutzungsgemischte neue Entwicklungsgebiete entstehen zu lassen, idealerweise auf recycelten zuvor brachgefallenen innerstädtischen Arealen.

Dieses Ziel ist allerdings bei der derzeitigen ökonomischen Situation in Europa kurzfristig nicht zu erreichen, da zur Zeit jeder Investor, wo auch immer er im Metropolenraum sein Unternehmen errichten möchte, willkommen ist. Wichtig ist nur, dass er keinen konkurrierenden Standort wählt. Aber auch die überwiegende Tendenz der Unternehmen, bei Standortverlagerungen die Nähe im oder zum bisherigen Standortraum zu suchen, spricht gegen deren räumliche Flexibilität und damit gegen die Möglichkeit einer effektiven kommunalen Lenkung. Anreize sollten seitens der Kommunen dennoch gesetzt werden.

Literatur

- Brake, K. (2001): Neue Akzente der Suburbanisierung. In: Brake, K./Dangschat, J.S./Herfert, G. (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland, Aktuelle Tendenzen. Opladen, 2001, S. 15-26.
- Burdack, J. (2001): Die städtische Peripherie zwischen "suburbanen" und "posturbanen" Entwicklungen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Heft 2/3, S. 188-204.
- Enxing, G. (1999): Die Standortwahl höherwertiger unternehmensorientierter Dienstleistungen, Duisburger Geographische Arbeiten, Bd. 19, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur. Dortmund.
- Franz, P. (2002): Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Erzielung von Wissensvorsprüngen? Für und Wider neuerer Theorieansätze. In: Heinrich, C./Kujath, H.J. (Hrsg.), Die Bedeutung von externen Effekten und Kollektivgütern für die regionale Entwicklung, S. 39-53.
- Grabow, B. (1997): Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt, in: Henckel, D. et al.: Entscheidungsfelder städtischer Zukunft. Stuttgart, Berlin, Köln, 1997, S. 173-207.
- Häußermann, H. / Siebel, W. (1997): Tendenzen der De- und Rezentralisierung der Städte. In: Krämer-Badoni, T./Petrowsky, W. (Hrsg.), Das Verschwinden der Städte, Universität Bremen (KUA). Bremen, S. 39-49.
- Heng, S. / Schaaf, J. (2002): Standortwahl in der vernetzten Welt – kein Ende der Distanz. Deutsche Bank Research, Reihe E-economics, Nr. 30 (12.08.2002).
- Hesse, M./Schmitz, S. (1998): Stadtentwicklung im Zeichen von "Auflösung" und Nachhaltigkeit. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, S. 435-453.

- Kahnert, R. (1998): Wirtschaftsentwicklung, Sub- und Desurbanisierung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, 1998, S. 509-519.
- Karsten, M. / Usbeck, H. (2001): Gewerbesuburbanisierung – Die Tertiärisierung der suburbanen Standorte. In: Brake, K./Dangschat, J.S./Herfert, G. (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland, Aktuelle Tendenzen. Opladen, 2001, S. 71-80.
- Kulke, E. (1998): Unternehmensorientierte Dienstleistungen. In: Kulke, E. (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschland. Gotha/Stuttgart, S. 183-198.
- Maier, M. (2001a): Standortfaktoren in der digitalen und globalen Ökonomie. Vortrag im Rahmen des Workshops Masterplan Jena / Saal-Holzland. Professur Medienmanagement an der Bauhaus-Universität Weimar.
- Maier, M. (2001b): Standortparadoxien und die neue Geografie der Netzwerk-economy. Arbeitspapier Nr. 01/2001 der Professur Medienmanagement an der Bauhaus-Universität Weimar.
- Motzkus, A. (2000): Zur Bedeutung der höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen für die Entwicklung der Metropolregionen Westdeutschlands. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4, S. 265-275.
- Puchinger, K. (2000): Entwicklungstrends von Standortfaktoren in städtischen Agglomerationen, Ein Grundlagenpapier im Rahmen von TECNOMAN-Regional-Wien
- Informationen zum EU-Forschungsprojekt auf der Homepage: <http://www.comet.ac.at>.

Bewegte Landschaft – drei verschiedene Perspektiven auf die Bergbaufolgelandschaft der Niederlausitz

„Bewegtes Land – Die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land gestaltet in der Lausitz eine Landschaft im Wandel“

von Rolf Kuhn (Großräschen)

Bewegtes Land. Gemeint ist die Lausitz. Ein Landstrich, der vom Menschen verändert wurde wie kaum ein zweiter in Deutschland. Die Landschaft wurde bewegt, abgebaggert, aufgeschüttet und umgeschichtet. Seit 150 Jahren prägt der Braunkohlebergbau die Lausitz, ihre Landschaft, ihre Siedlungs- und Infrastruktur, ihre Kultur und ihre Menschen. Der Bergbau gab vielen Menschen Arbeit und Heimat. Anderen hat er die Heimat genommen: ca. 80 Dörfer und Ortschaften wurden abgebaggert, ihre Bewohner umgesiedelt. Tausende Menschen zogen wegen der Arbeit in die boomende Lausitz. Heute verlassen Tausende Menschen die Lausitz, weil sie hier keine Arbeit mehr finden. Nun wird die Lausitz also erneut umgebaut. Zehn Jahre lang, von 2000 bis 2010 wird das Braunkohlerevier umgestaltet zum Fürst-Pückler-Land und damit die Lausitz zur größten Landschaftsbaustelle Europas. Das ist das Ziel der gleichnamigen Internationalen Bauausstellung.



Tagebauwüste

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Nicht von ungefähr ist Hermann Fürst von Pückler-Muskau Namensgeber dieser IBA: Er, der die Niederlausitz als „platten Pfannkuchen“ bezeichnete, gestaltete sich seine eigenen

„Neuen Landschaften“. Seine Parkanlagen in Bad Muskau und Branitz gelten bis heute als Meisterwerke der Landschaftsarchitektur.

Erstmals in der langen Tradition Internationaler Bauausstellungen in Deutschland steht „Landschaft“ im Mittelpunkt. Dabei geht es nicht einfach um „Heilung“ der durch den Bergbau verwundeten Landschaft oder gar um die Wiederherstellung einer Lausitz-typischen Landschaft - was technisch und finanziell ohnehin nicht möglich wäre. Vielmehr soll im Rahmen dieser IBA das Element „Neue Landschaft“ als Entwicklungschance für die Lausitz eingesetzt werden.

Die Landschaft der Lausitz wurde seit der Industrialisierung so schwer verwundet, dass die Selbstheilungskräfte der Natur überfordert sind. Der Mensch muss also eingreifen und sanieren. Er leitet kontrolliert Wasser aus der Spree, der Neiße und der Schwarzen Elster in die stillgelegten Tagebaue - und führt umgekehrt den Flüssen Wasser zu, bevor diese einen Mindestwasserstand unterschreiten. Gruben-Randbereiche werden verdichtet und Steilbereiche abgeflacht. In diesem Prozess der Neugestaltung kann und soll die industrielle Vergangenheit der Lausitz nicht „weggewischt“ oder gar verleugnet werden. Vielmehr geht es darum, herausragende architektonische und landschaftliche Zeugnisse der Industriegeschichte zu erhalten. Denn machen nicht gerade diese Zeitzeugen die Region aus? Beraubt man die Menschen durch Abriss und herkömmliche Sanierung nicht auch ihrer Identität, ihrer Geschichte und Geschichten?



„Und alles nur wegen der Kohle“ (Wandmalerei)

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Deshalb setzt sich die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land gemeinsam mit ihren Partnern dafür ein, besonders eindrucksvolle Beispiele der Lausitzer Industriekultur und Geschichte vor dem Abriss und Vergessen zu bewahren. Bekanntestes Beispiel ist

das Besucherbergwerk F60 in Lichterfeld: Die F60 und der angrenzende, gerade entstehende Bergheider See (benannt nach dem überbaggerten, ehemaligen Ort Bergheide) sind ein Sinnbild für das IBA-Programm: Altes wird mit Neuem verbunden, regionale Identität wird erhalten und Neues kommt mit viel Phantasie und hoher gestalterischer Qualität hinzu, um so Impulse für eine nachhaltige Regionalentwicklung auszulösen. Das gleiche Prinzip wird bei vielen anderen IBA-Projekten angewandt: dem ehemaligen Kraftwerk in Plessa, den Biotürmen in Lauchhammer, der Slawenburg Raddusch, dem Landschaftswandel bei Welzow oder der nach ihrer Sanierung wieder gefragten Werkssiedlung Marga in Brieske.

Mit dem konzeptionellen und gestalterischen Anspruch der IBA werden heute nicht nur (Abraum)Berge versetzt, neue Seen oder Energielandschaften geschaffen sowie ausrangierte Bergbautechnik umgenutzt. Es wird auch Bewusstsein entwickelt für den Wert der eigenen Wurzeln. Damit ein solches Vorhaben gelingt, muss es von möglichst vielen getragen werden. Deshalb ist die IBA Knoten eines Netzwerks, das die Akteure vor Ort untereinander und mit nationalen und internationalen Fachleuten verknüpft. Dies geschieht über Hochschulen und Universitäten, über Wettbewerbe, Konferenzen, Workshops, über Exkursionen und Erfahrungsaustausche.



Internationaler Studentenworkshop

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

IBA-Tourismus

Seit 2002 entwickelt die IBA die verschiedensten Touren und touristischen Angebote. Damit werden drei Ideen verfolgt: Zum einen soll die Arbeit der IBA und die Idee vom Strukturwandel anschaulich werden. Gleichzeitig will die IBA, indem sie auf neue Weise die Qualitäten der Region erlebbar macht, zum Imagewandel der Lausitz beitragen. Schließlich ist es ihr erklärtes Ziel, wirtschaftliche Impulse für die Lausitz zu geben. Der Tourismus befördert alle drei Ziele gleichzeitig.



Schirmchen

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Viele bislang abgeriegelte und geheimnisvoll wirkende Tagebaue und Industrieareale mit ihrer eigentümlichen Schönheit werden nun für die Öffentlichkeit zugänglich. Geführte Touren durch die Tagebaue lassen Einheimische und Gäste „Steppe, Canyons und Giganten aus Stahl“ (so der Titel einer der Touren) entdecken und ermöglichen so neue Sichtweisen auf die Lausitz im Wandel.



Tagebauerkundung

Foto:
IBA Fürst-Pückler Land

Einige der Attraktionen gibt es in wenigen Jahren nicht mehr - wenn die Tagebaue geflutet und zur größten künstlichen Seenlandschaft werden. Solange lassen sich die Veränderungen in Flora und Fauna und der landschaftliche Wandel unmittelbar miterleben. Ständig wird das Angebot ergänzt – teilweise durch die IBA selbst, teilweise durch Partnerunternehmen. Neu hinzu kommen ab 2005 etwa Off-Road-Touren mit dem Geländewagen oder auch Floßfahrten auf den entstehenden, erst halb gefüllten Seen.



Floßfahrt

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Weitere Touren führen zu den Industriemonumenten und entlang des neu geschaffenen Fürst-Pückler-Weges. Die IBA schuf und schafft in der Lausitz völlig neuartige touristische Produkte. Dafür schult sie auch touristische Gästeführer und unterstützt die IBA-Projekte, wie die IBA-Terrassen, das Besucherbergwerk F60 oder die Slawenburg Raddusch, von Beginn an möglichst rasch auf eigenen Füßen zu stehen.



F60 beleuchtet

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

So will die IBA Impulse geben und Entwicklungen anstoßen. Ziel ist es, regionale Akteure, unter Nutzung eigener Potenziale und Ressourcen der Region, nachhaltig zum Handeln zu aktivieren.

See auf Kurs - die zweite Halbzeit

Bis 2010 bleiben der IBA und ihren Partnern noch einige Jahre, um eine ungewöhnliche, attraktive Seenlandschaft mit zu gestalten. In dieser Zeit wird der Arbeitsaufwand für die Umsetzung der in Gang gebrachten Entwicklungen nicht nur weiterhin sehr hoch sein - er steigt sogar noch.

In den ersten fünf Jahren der IBA ging es vor allem darum, Soforthilfe zu leisten, um das durch drohenden Abriss oder Verfall akut gefährdete industrielle Erbe zu retten und damit die Identität der Region zu wahren. Nach dem Motto „Zukunft braucht Herkunft“ sollte damit auch die Chance auf eine eigenständige Regionalentwicklung erhalten werden. In der ersten Hälfte der IBA wurde für diese Entwicklung das Fundament gelegt.



Nabucco an der F60

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Zudem organisierte die IBA mit ihren Partnern erste Höhepunkte wie die Eröffnungen des Besucherbergwerks F60, der Slawenburg Raddusch und der IBA-Terrassen in Großräschen. Das IBA-Projekt „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau“ wurde 2004 in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen und erste Partnerschaften mit internationalen Gleichgesinnten wurden geknüpft.

In der zweiten Hälfte wird auf diesem Fundament erster Erfolge aufgebaut. Es entsteht Neues, das in der Region, in ihrer Geschichte und Kultur wurzelt und in die Zukunft weist. Die IBA ist weit mehr als eine normale Bauausstellung: Sie ist ein auf Dauer angelegter Prozess, eine Vision. Vor allem aber ist sie bereits Wirklichkeit, die Tag für Tag, Projekt für Projekt sichtbar wird und mehr Bedeutung für die Lausitz bekommt.



Schwimmendes Restaurant an der F60

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Diese Wirklichkeit gewordene und werdende Vision lässt sich besichtigen: Wo im Tagebau Meuro in Großräschen noch bis 1999 Braunkohle gefördert wurde, kann man heute dem künftigen Ilse-See bereits beim Entstehen zusehen. 2004 wurden die IBA-Terrassen eingeweiht. Als spektakuläres Ausstellungsgelände und Informationszentrum der IBA zwischengenutzt, werden die Terrassen später Teil der Großräschener Uferpromenade sein. Ab Sommer 2005 zeigt ein Bootssteg an, dass hier schon bald das Tor zum Lausitzer Seenland real sein wird.



Fische vor den IBA Terrassen

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Wann genau hier mit dem Baden, Segeln und Surfen begonnen werden kann, ist noch nicht klar. Vielleicht noch innerhalb der Laufzeit der IBA bis 2010. Vielleicht aber auch ein paar Jahre später. Doch wenn alles gut läuft und alle am Projekt Beteiligten aus Landes- und Kommunalpolitik sowie aus der Wirtschaft weiter so gut zusammenarbeiten wie bisher, heißt es vielleicht schon 2010 "Leinen los!" im Großräschener Hafen. Hierfür soll die ab 2005 am Sedlitzer See erprobte Nutzung eines erst halb gefüllten Sees Perspektiven aufzeigen.

Das gilt auch für die vielen anderen entstehenden IBA-Projekte in der Lausitz. Nicht alle werden spektakulär sein - aber alle schaffen etwas Neues, das es so in der Lausitz oder anderswo noch nicht gibt. Es wird im Zentrum der 14.000 Hektar großen Seenlandschaft eine 7.000 Hektar große Seenkette geben, untereinander mit Kanälen schiffbar verbunden. Es wird u.a. schwimmende Häuser geben, eine begehbare Wüsten-Oase im aktiven Tagebau. Manches davon wird bis zum Ende der IBA im Jahr 2010 eingeweiht werden können, anderes erst danach. Visionen brauchen einen langen Atem. Und sie brauchen Menschen und Strukturen, die sie teilen, mittragen, realisieren und nutzen.



„Achtung IBA-Land“

Foto: IBA Fürst-Pückler Land

Der lange Marsch ins Urlaubsparadies

Die Entwicklung von Bergbaufolgelandschaften in der Niederlausitz, dargestellt am Beispiel des ehemaligen Tagebaus Meuro

von Heiner Barsch und Karl Geldmacher (Potsdam)

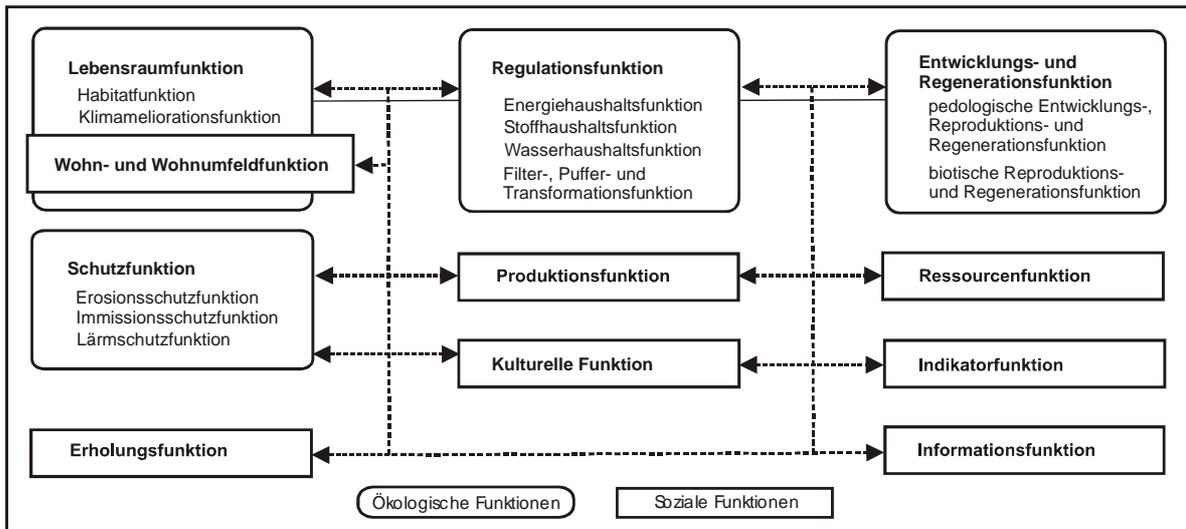
1. Landschaft oder Gegend – Planungsleitbilder und Planungsziele für die Niederlausitz

Wenn der Bergbau in einer Region zu Ende geht, dann stellen sich zwei Fragen. Erstens: was wird aus den Bergleuten und ihren Familien? Zweitens: Was wird aus der Landschaft? Nicht anders war es im Niederlausitzer Braunkohlenrevier, als es 1990 klar wurde, dass im wieder vereinigten Deutschland die Nachfrage nach Braunkohle aus der Niederlausitz weit geringer sein wird als vorher in der DDR. Dementsprechend wurde in den Landes- und Regionalentwicklungsplänen der Bundesländer Sachsen und Brandenburg als Planungsziel festgeschrieben: Konzentration des Bergbaues auf wenige Gruben, Sanierung der aufgelassenen Tagebaue, Gestaltung der Bergbaufolgelandschaften, ergänzt durch die Ansiedlung neuer Gewerbe und die Entwicklung des Tourismus als wirtschaftlichem Ergänzungsfaktor.

Allerdings wartet die Wirklichkeit im Allgemeinen nicht darauf, dass sie die Wunschvorstellung der Planer nachvollziehen kann (GÜTTER 1993). Die Sanierung der aufgelassenen Tagebaue macht zwar deutliche Fortschritte, aber es konnten hierbei und in der gewerblichen Wirtschaft bei weitem nicht so viele Arbeitskräfte aufgefangen werden wie notwendig und erwünscht. Die Arbeitslosenquote liegt heute deutlich über 20%. Der Tourismus wurde mehr als ein Ergänzungsfaktor. Seine Entwicklung hängt jedoch von der Entwicklung einer Bergbaufolgelandschaft ab, die sowohl wirtschaftlichen als auch ästhetischen und ökologischen Ansprüchen genügen soll. Leitbilder, die unter Federführung der Technischen Universität Cottbus im Forschungsverbund LENAB (WIEGLEB 1996) erarbeitet und diskutiert wurden, sind u.a.:

- Schaffung und Erhaltung einer kleinräumig strukturierten Landschaft mit Tagebaurestseen und Heiden als Landschaftselementen,
- Herstellung historischer landschaftsprägender Formen unter Einbeziehung vorhandener Teile der Industrielandschaft,
- Entwicklung unikatler Erholungsgebiete in der Bergbaufolgelandschaft, mit den Lausitzer Seenland und den Lausitzer Kulturdenkmälern,
- Provisorische Nutzbarmachung einer „Zwischenlandschaft“ in den Tagebauegebieten für den Zeitraum von der Beendigung des Tagebaus bis zum Abschluss der Rekultivierung

Sie zielen auf die Entwicklung von multifunktionalen Kulturlandschaften ab, in denen sich ökologische und soziale Funktionen der Landschaft ergänzen (Abb. 1).

Abb. 1 Landschaftliche Funktionen

Quelle: eigener Entwurf

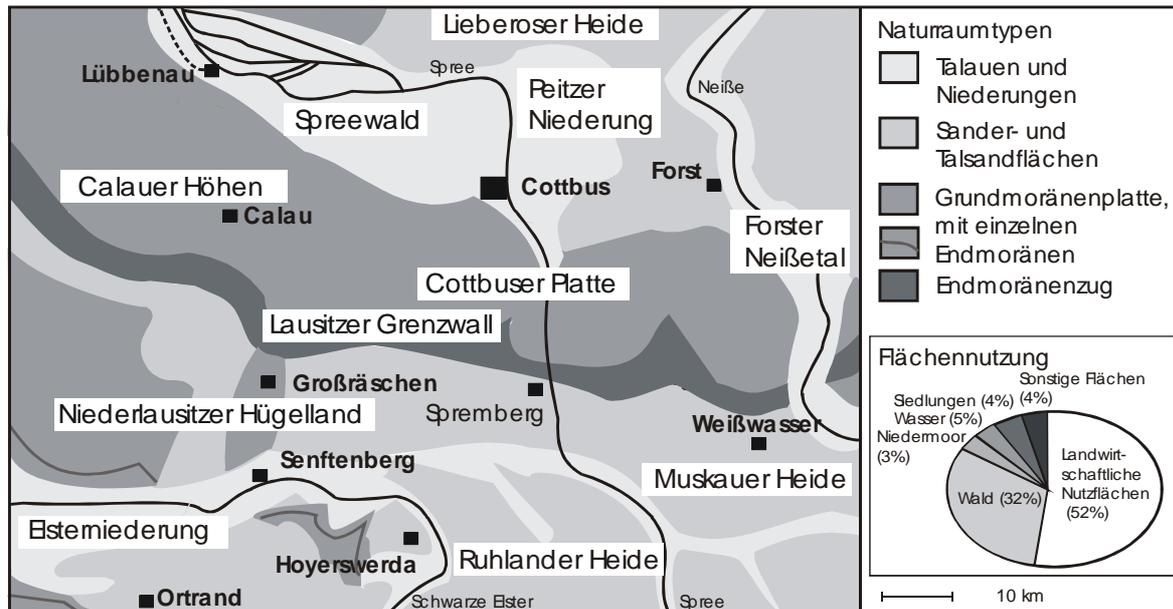
Multifunktionale Kulturlandschaften sollen die monofunktionalen Tagebaue ablösen. Diese Zielsetzungen knüpfen an die vorbergbauliche Situation an, ohne sie zu kopieren. Ihre Umsetzung erfordert Phantasie und gestalterisches Können sowie den Einsatz erheblicher personeller und materieller Mittel durch die Beteiligten, insbesondere die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV), die die Hauptlast der Rekultivierung trägt, sowie die Protagonisten der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land (IBA), die angetreten sind, um landschaftsarchitektonische und kulturelle Akzente zu setzen.

2. Landschaftsgeschichte im Zeichen des Funktionswandels – die Niederlausitz im Wandel

2.1 Multifunktionalität in den vorbergbaulichen Landschaften

Die vorbergbaulichen Landschaften der Niederlausitz erfüllten Lebensraum- und Produktionsfunktion. Die ländliche Bevölkerung ernährte sich mehr schlecht als recht von einer extensiven Land- und Forstwirtschaft. Das Altmoränengebiet am Lausitzer Grenzwall war wenig fruchtbar. Die Ackerflächen auf den decksandüberlagerten saalezeitlichen Grundmoränen brachten meist nur schwache Erträge. Noch geringer war die Nährkraft der sandigen Endmoränen des Lausitzer Grenzwall und der grundwasserfernen Schmelzwassersande, auf denen die Kiefernwälder stockten. Lediglich die grundwassernahen Bereiche im Lausitzer Urstromtal und seinen Zuflüssen, mit Talsanden und vermoorten Niederungen, trugen zum Teil artenreiche Feuchtwiesen und Mischwälder. Insgesamt dominierte die landwirtschaftliche Nutzung (Abb. 2).

Abb. 2 Naturräume, Naturraumtypen und vorbergbauliche Flächennutzung in der Niederlausitz



Quelle: eigener Entwurf

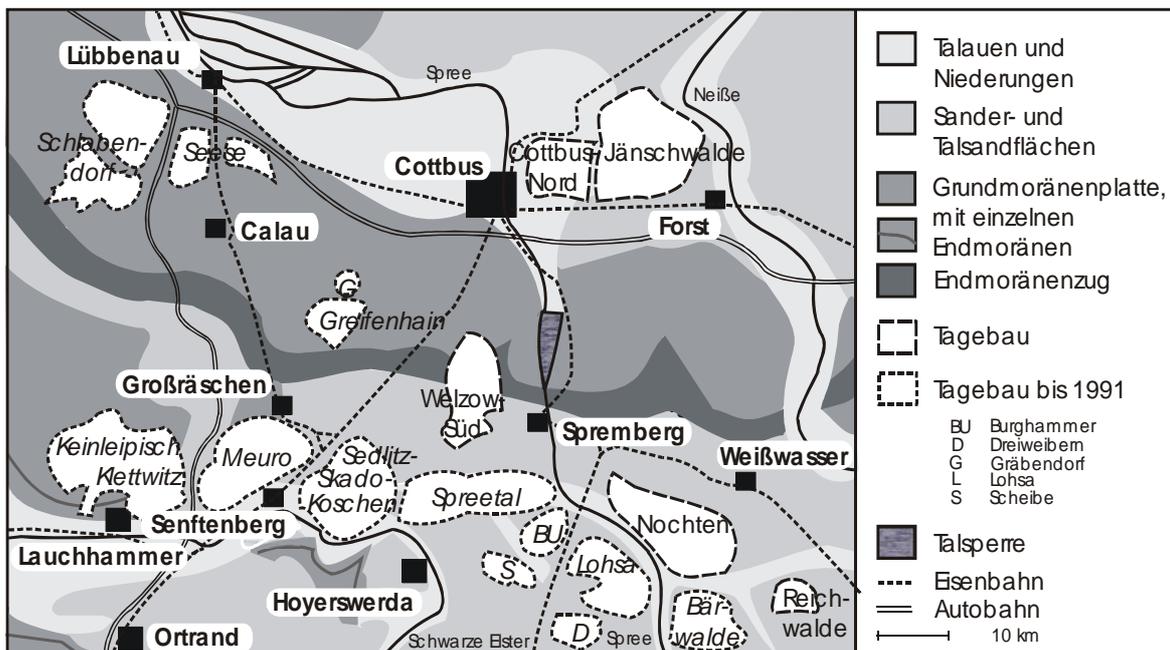
2.2 Monofunktionalität durch den Bergbau

Anfang des neunzehnten Jahrhunderts begann in der Niederlausitz der Abbau von Braunkohle. Sie diente als Brennstoff in den Haushalten und, ab Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als Brennstoff für die Glasindustrie. Die Erfindung der Brikettpresse und die Anbindung an die Bahnlinie Cottbus-Großenhain erweiterten ab 1870 die Absatzmöglichkeiten. Um den steigenden Bedarf befriedigen zu können, wurde um 1885 der oberflächennahe Pfeilerbruch-Tiefbau im Lausitzer Oberflöz aufgegeben und ausschließlich zum Tagebau übergegangen (SEBASTIAN und SUHR 2004). Von nun an wurden die Landschaften der Niederlausitz großflächig durch ihre Ressourcenfunktion geprägt.

Nachdem das Oberflöz weitgehend abgebaut war, musste das 2. Lausitzer Flöz aufgeschlossen werden, das unter einem Abraum von 20 m und mehr Mächtigkeit lag. Das geschah zuerst 1906 im Tagebau Marga bei Brieske. Nach dem ersten Weltkrieg folgten weitere Tagebaue, wie Sedlitz, Klettwitz und Greifenhain. Sie förderten Kraftwerk- sowie Brikettkohle und dienten der Versorgung des Hydrierwerkes Schwarzheide, wo aus Braunkohle Benzin erzeugt wurde.

Auf eine eigene Energie- und Rohstoffbasis setzte auch die Wirtschaftspolitik der DDR. Es wurden neue Tagebaue, so Sklado, Koschen und Klettwitz, angefahren. Später kamen u.a. Meuro, Jänschwalde und Nochten hinzu (Abb. 3). Bis 1990 wurden 128 Orte oder Ortsteile mit 29000 Menschen umgesiedelt. Straßen und die Bahnlinie Senftenberg-Großräschen wurden verlegt.

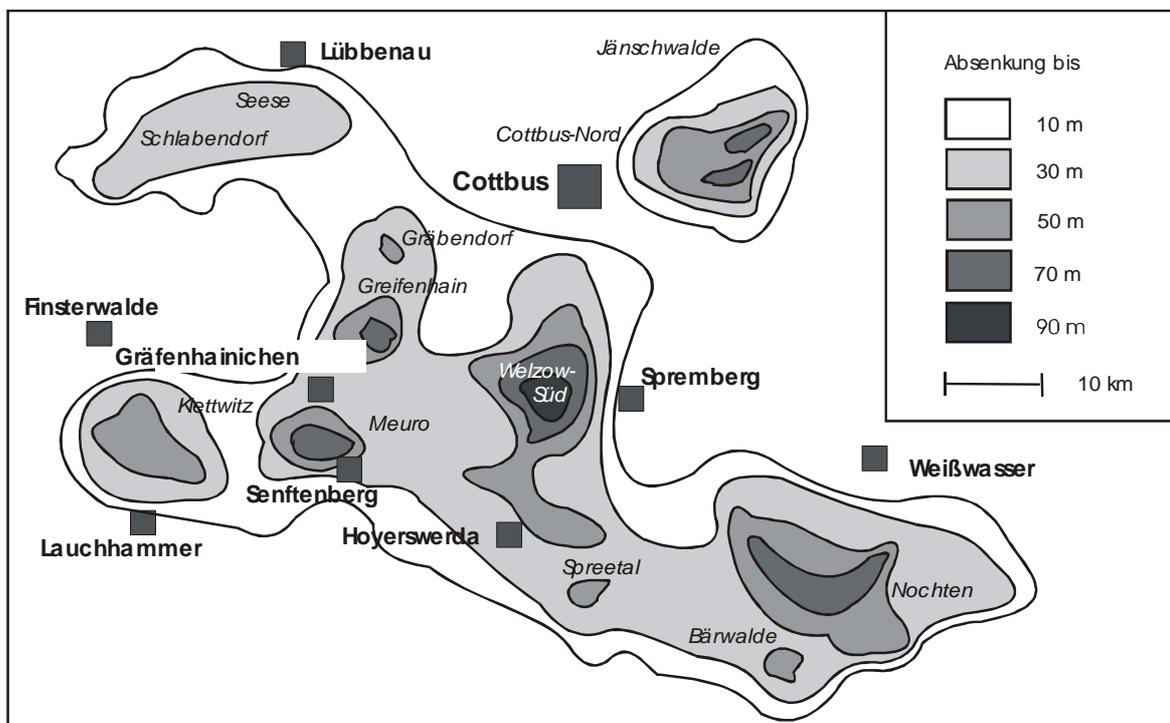
Abb. 3 Tagebaue in der Niederlausitz



Quelle: eigener Entwurf

Das Grubenwasser wurde aus den Tagebauen abgepumpt und zur Spree, zur Schwarzen Elster und zu deren Nebenflüssen abgeführt. Es entstanden auf 210 000 ha große Absenkungstrichter (Abb. 4). Mehrere Grundwasserleiter wurden unterbrochen. Fast 13 Mrd. m³ Grundwasser sind so der Niederlausitz entzogen worden.

Abb. 4 Absenkungstrichter in der Niederlausitz 1996 (nach LUCKNER u.a. 1997)



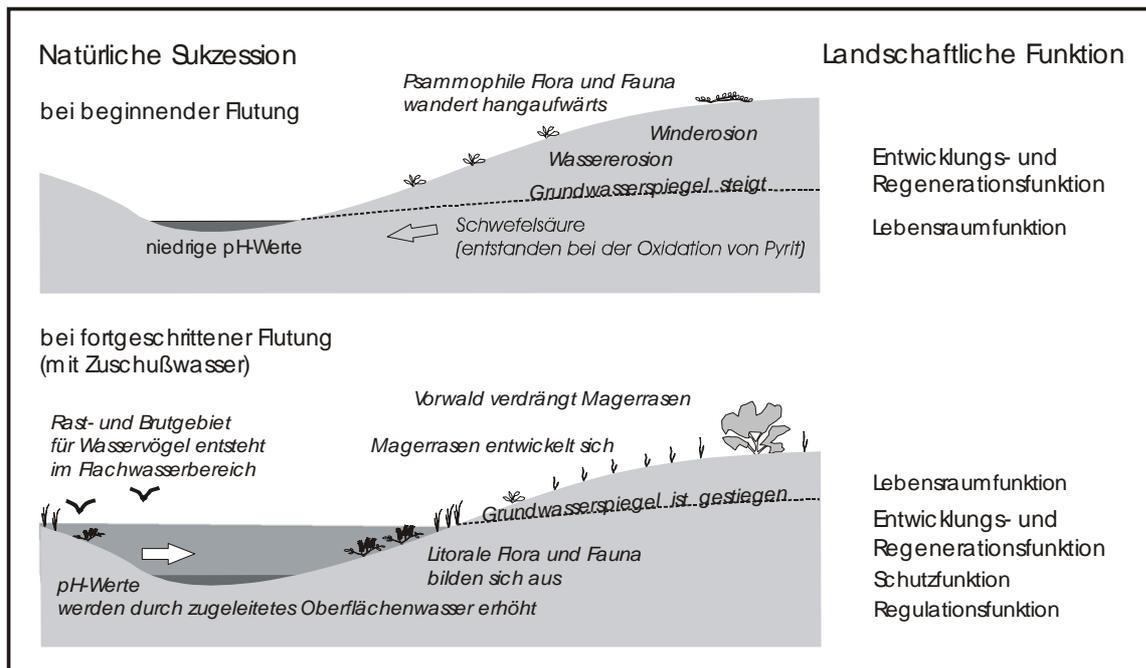
Quelle: Luckner u.a. 1997

2.3 Multifunktionalität durch Rekultivierung

Seit den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts gab es Bemühungen, die aufgelassenen Tagebauflächen planmäßig einer Nachnutzung zuzuführen, meist als Wald oder Acker. Ab Mitte der dreißiger Jahre wurde die Wiedernutzbarmachung forst- und agrarwissenschaftlich unterstützt. Allerdings hielt von den siebziger Jahren an die Flächenrückgabe mit dem Flächenanspruch durch Neuaufschlüsse nicht mehr Schritt; denn nach der ersten Ölkrise wurde die Energiepolitik der DDR strikt auf Autarkie ausgerichtet. Industrielle Gas- oder Ölheizungen wurden auf Braunkohle umgerüstet. Dazu musste die Förderhöhe von 220 auf 300 Millionen t/Jahr gebracht werden. Dabei wurden auch Arbeitskräfte und technische Kapazitäten gebunden, die bisher zur Rekultivierung eingesetzt waren. Bis 1990 sind in der Niederlausitz von 75 000 ha überbaggertem Land nur 33 000 ha Nachnutzern aus der Land- und Forstwirtschaft rekultiviert übergeben worden.

Erst nachdem 1991 der Braunkohlenabbau auf 5 Tagebaue konzentriert wurde und in den anderen 9 Tagebauen umfangreiche Sanierungsarbeiten begannen (vgl. Abb. 7), konnte das Rekultivierungsdefizit schrittweise aufgeholt werden. Großflächig werden nicht nur neue Waldgebiete und Äcker eingerichtet, sondern auch unter Naturschutz stehende Sukzessionsflächen sowie Erholungsbereiche.

Abb. 5 Landschaftsentwicklung in einer Renaturierungsfläche

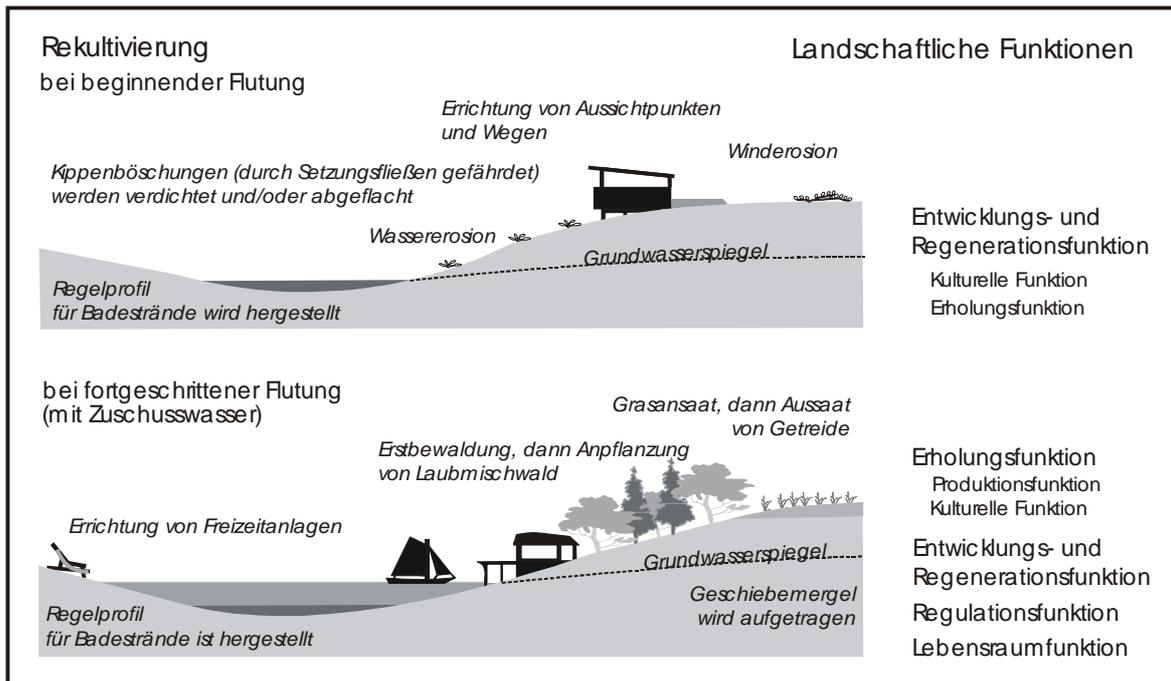


Quelle: eigener Entwurf

In den Restlöchern bilden sich neue Flach- und Tiefwasserbereiche aus. In den Renaturierungsflächen entstehen Rast- und Brutgebiete für Wasservögel. Die Hangentwicklung bleibt hier natürlichen Prozessen überlassen. Hangabtragung, Wind- und Wassererosion können ungehindert wirken. An den Kippenrändern wandert die psammophile und xerophile Flora und Fauna hangaufwärts. Verbüschen ihre neuen Lebensräume, würden sich die Existenzbedingungen dieser Tiere und Pflanzen erheblich verschlechtern. Das heißt, Sträucher und Bäume müssen ausgeholzt oder durch den Verbiss von Wildtieren und Schafe baumarm gehalten werden (Abb. 5).

Außerhalb der Renaturierungsflächen werden die Kippenhänge verdichtet, um Setzungsfließen zu verhindern (Abb. 6). Auf den Kippen wird Geschiebemergel aufgetragen, wo die Nährkraft zukünftiger Ackerböden erhöht werden soll. Auf Kippen-Feinsanden werden Traubeneichen-Kiefern-Birken-Mischwälder angelegt, auf Kippen-Grobsanden Kiefern-Birken-Bestände. Diese Gebiete können durch Wander- und Radwege sowie Aussichtspunkte schon touristisch erschlossen werden, wenn die Restseen noch nicht gefüllt sind. Mit der Anlage von Stränden und Marinas muss man jedoch bis zum Abschluss der Flutung warten.

Abb. 6 Multifunktionale Rekultivierung

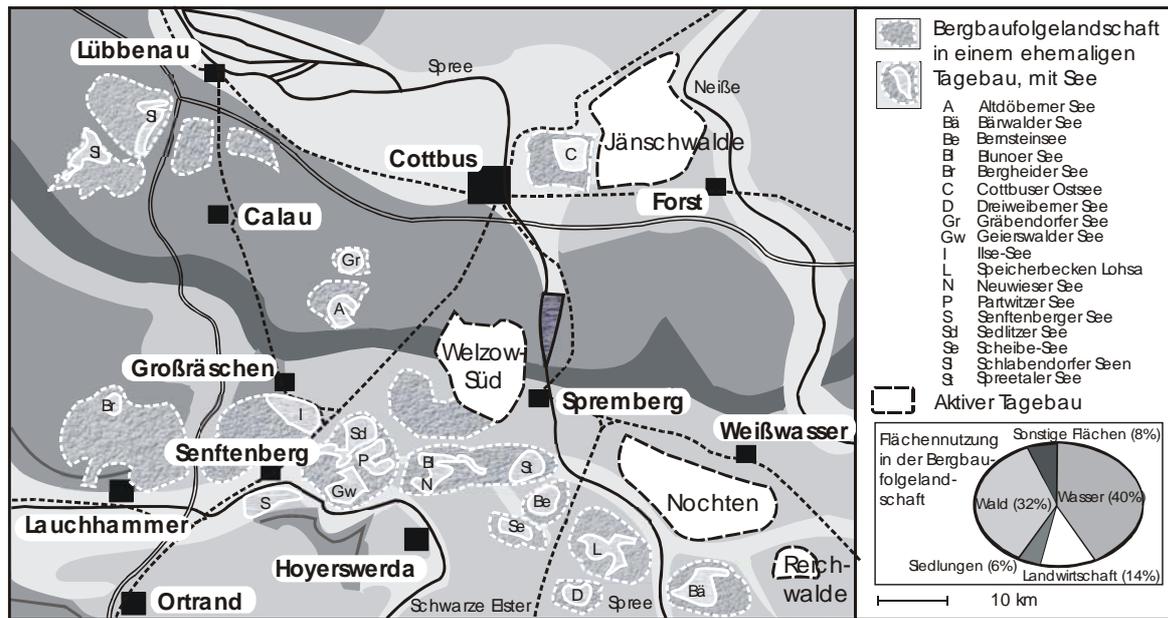


Quelle: eigener Entwurf

An Stelle der monofunktionalen Tagebaue treten nun multifunktionale Landschaften, die zunächst von Entwicklungs- und Regenerationsfunktionen geprägt werden, dann aber Lebensraumfunktionen, Regulationsfunktionen, Schutzfunktionen, Erholungsfunktionen u.a. übernehmen können. Mit diesem planmäßigen Funktionswandel kann ein wichtiger Beitrag für eine ökologische und wirtschaftliche Erneuerung der Niederlausitz geleistet werden (Abb. 7).

Bei der Flutung aufgelassener Tagebaue (LMBV 1995) werden zwei Szenarien verfolgt. In der pessimalen Variante stehen nur die jährliche Grundwasserneubildungsrate und maximal 90 Mio m³/Jahr Spreewasser für die Wiederauffüllung zur Verfügung. In der optimalen Variante können zusätzlich bis zu 185 Mio m³/Jahr aus Schwarzer Elster, Neiße, Schöps bzw. aus dem Spree-Südumfluter, den Stadtentwässerungsanlagen zwischen Hoyerswerda und Lauchhammer sowie den Grundwasserreinigungsanlagen der noch aktiven Tagebaue zugeführt werden. Die Einleitung von Zuschusswasser ist auch erforderlich, um die pH-Werte der Seen zu erhöhen, die durch das extrem saure Sickerwasser aus den schwefelkieshaltigen Abraumhalden bis unter 3 sinken können. Insgesamt ergibt dies Flutungszeiträume bis 2039 (Tab. 1):

Abb. 7 Aktive Tagebaue und Bergbaufolgelandschaften in der Niederlausitz nach 2030



Quelle: eigener Entwurf

Tab. 1 Flutungszeiträume für die Tagebaurestseen in der Niederlausitz (LMBV 1995)

Tagebaurestloch	Beginn der Flutung	Abschluss der Flutung		See
		optimal	pessimal	
Bärwalde	1997	2004	2013	Bärwalder See
Lohsa II	1997	2004	2008	Speicherbecken Lohsa
Dreiweibern	1995	1997	1997	Dreiweiberner See
Burghammer	1997	1998	1998	Bernsteinsee
Scheibe	2001	2009	2017	Scheiber See
Spreetal NO	1999	2004	2016	Sabrodter See
Spreetal/Bluno	1999	2009	2021	Blunoer/Neuwieser See
Skado	1999	2011	2023	Partwitzer See
Koschen	1999	2011	2023	Geierswalder See
Sedlitz	1999	2009	2022	Sedlitzer See
Meuro	2005	2018	2029	Ilse See
Kleinleipisch	1999	2014	2033	Bergheider See
Gräbendorf	1995	2006	2022	Gräbendorfer See
Greifenhain	2000	2019	2033	Altdöberner See
Cottbus Nord	1999	2010	2026	Cottbuser Ostsee
Schlabendorf (RL 12)	1999	2003	2035	Schlabendorfer Seen
Schlabendorf (RL 14, 15)	1999	2012	2039	
Schlabendorf (RL F)	1998	2009	2023	

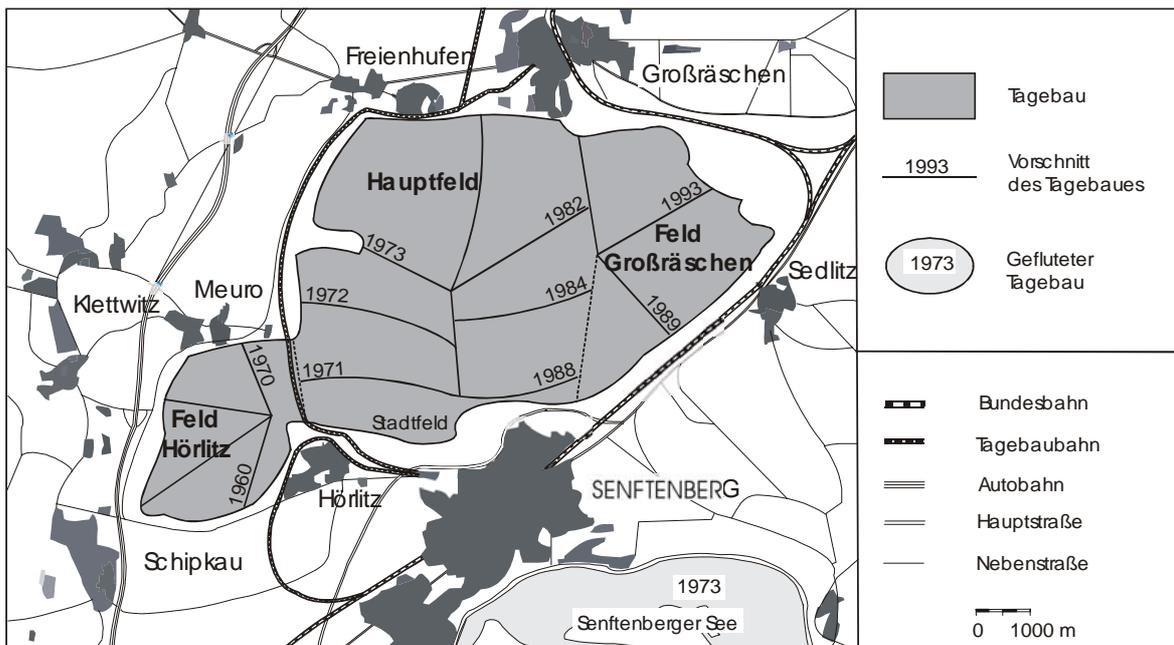
Quelle: LMBV 1995

Der optimale Flutungszeitraum wird wahrscheinlich nicht eingehalten werden können. Im trockenen Jahr 2003 konnte nur in Drittel der Wassermenge zugeführt werden, die geplant und im feuchten Jahr 2002 auch erreicht wurde (OZON 2005). Da der Grundwasserspiegel in den sandig-kiesigen Kippen mit dem Niveau der neu entstehenden Seen

steigt, können erst nach Abschluss der Flutung auf grundwassernahen Standorten die Biotopentwicklungsziele der Renaturierungsflächen und die Bestockungsziele von Wäldern erreicht werden. Das dauert weitere Jahrzehnte.

Am Beispiel des ehemaligen Tagebaues Meuro lässt sich das verdeutlichen. Sein Aufschluss begann im Teilfeld Hörlitz 1958. Ab 1971 folgte das Hauptfeld, ab 1988 das Teilfeld Großräschen (Abb. 8). 1999 wurde der Abbau eingestellt.

Abb. 8 Abbauentwicklung im Tagebau Meuro (nach SEBASTIAN u. SUHR 2004)

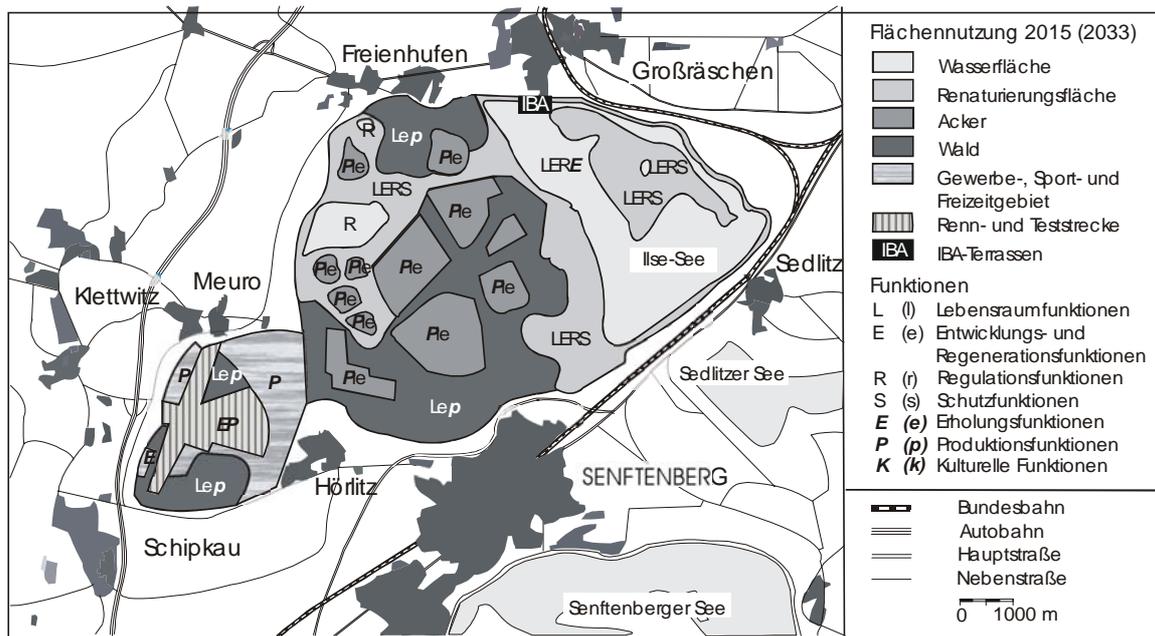


Quelle: SEBASTIAN u. SUHR 2004

Der letzte Kohlezug verließ am 17. Dezember den Tagebau (SEBASTIAN und SUHR 2004). Die Flächen im Teilfeld Hörlitz und die zuerst ausgekohlten Teile des Hauptfeldes waren in den Jahrzehnten zuvor bereits in Nachnutzung überführt worden. Es wurden Birken-Kiefernwälder angelegt. Ackerland entstand. Restlöcher dienten als Absetzbecken für Aschen und Schlämme. Daneben existierten einige kleinere Seen und Renaturierungsflächen.

Im Osten Deutschlands waren jedoch nach der Wiedervereinigung ertragsschwache Ackerflächen zunehmend weniger gefragt. Dementsprechend ist im Sanierungsplan für den Tagebau Meuro (Potsdam 1994) der Waldanteil erhöht worden. Die im Hauptfeld ausgewiesenen Ackerflächen wurden verkleinert und durch breite Gehölzstreifen untergliedert. Vor allem aber ist die Erholungsfunktion der zukünftigen Bergbaufolgelandschaft stärker als bisher berücksichtigt worden. Zugunsten der Errichtung des Lausitzringes wurde im Teilfeld Hörlitz die Rodung einiger Kiefernforste zugelassen. Im Restloch des Teilfeldes Großräschen wurde der Ilse-See, benannt nach einer dortigen Grube, als Wassersport- und Badesee geplant. 2005 wurde mit der Flutung begonnen. Der Ilse-See im Restloch Meuro soll geflutet 780 ha Fläche aufweisen, der Meuroer See im Restloch Westmarkscheide 100 ha bedecken.

Abb. 9 Bergbaufolgelandschaft im Tagebau Meuro nach abgeschlossener Rekultivierung (Planung)



Quelle: eigener Entwurf

Die Funktionsvielfalt der so rekultivierten Bergbaufolgelandschaft kann beachtlich sein (Abb. 9). Äcker und Wälder stellen in Zukunft sowohl produktive Flächen als auch Lebensräume für Wildtiere und Regulatoren der Grundwasserneubildung dar. Der Ilse-See wird große Renaturierungsflächen einschließen. Vor allem aber soll er ein Erholungsgebiet werden.

Am Nordufer des Ilse-Sees werden auf den IBA-Terrassen kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Dort wird eine Seebrücke und ein Badestrand angelegt werden. Allerdings braucht das Zeit. Im Restloch Meuro steht der Grundwasserspiegel gegenwärtig noch fast 60 m tiefer als in der vorbergbaulichen Ära. Die Auffüllung der Grundwasserleiter und die Flutung der Restlöcher des Tagebaues Meuro werden 13 bis 30 Jahre dauern, je nachdem, wie viel Zuschusswasser aus Spree und Neiße in die aufgelassenen Tagebaue eingeleitet werden kann.

3. Der Weg ist das Ziel – erlebbare Rekultivierung

3.1 Die Situation von Tourismus und Naherholung in den 1990er Jahren

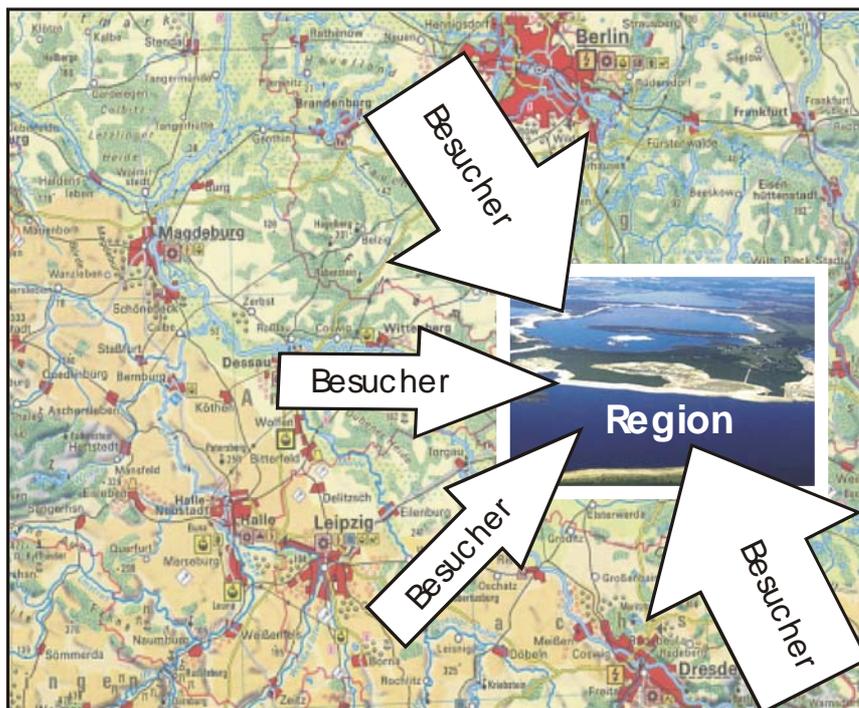
Die Etablierung neuer, vielfältiger Landschaftsfunktionen braucht also viel Zeit. Den Zeitplan der Rekultivierung bestimmt dabei die Herstellung der ökologischen Landschaftsfunktionen maßgeblich. Soziale Landschaftsfunktionen können nach konservativer planerischer Auffassung erst dann realisiert werden, wenn der ökologische Zustand der ehemaligen Tagebaue eine langfristige Nutzung zulässt. Am Beispiel des Lausitzrings wird deutlich, dass dann sogar in der Rekultivierung bereits Erreichtes Beeinträchtigungen unterworfen sein kann.

Die Übertragung dieser klassischen Denkweise auf die stillgelegten Braunkohletagebaue der Niederlausitz ist aus mehreren Gründen problematisch für die beiden geplanten Standbeine Gewerbeansiedlung und Tourismusentwicklung. Da bis zur endgültigen Nutz-

barkeit der meisten Tagebauflächen die Zeit einer Generation verstreichen wird, steht das neue Gewerbe nach Abschluss der Rekultivierung unter anderem vor der Hürde, dass es in der Region kaum noch ausgebildete Fachkräfte in relevanten Disziplinen geben wird. Die Tourismusentwicklung, und dies soll hier schwerpunktmäßig betrachtet werden, wird mit dem Problem konfrontiert, dass die Region im Vergleich zu bedeutenden Tourismusregionen nur noch wenige Alleinstellungsmerkmale aufweisen wird, wie das Beispiel des Tagebaus Meuro verdeutlicht (vgl. Abb. 9).

Die touristischen Konzepte der 1990er Jahre zielten auf die langfristige Gestaltung von Naherholungsgebieten ab, ohne dabei auf regionale Alleinstellungsmerkmale als Standortfaktoren einer Tourismusregion abzielen. Allein die Tatsache, dass die Region auf halbem Wege zwischen Berlin und Dresden liegt und große Flächenpotenziale bot, schien Grund genug daran zu glauben, dass Touristen in großer Zahl von selbst einfallen werden, wenn die schönen Landschaften erst fertig sind (Abb. 10). „Mit einem etwas aufgeweiteten Focus betrachtet, finden wir die Lausitz im Spannungsbogen zwischen Bundeshauptstadt Berlin und der stetig an Bedeutung gewinnenden Kulturhauptstadt Dresden. Mit dem weiteren Ausbau und der Entwicklung der Bundeshauptstadt sehe ich Brandenburg und damit auch die Lausitz zunehmend mehr in der Rolle des Stadtparks der Hauptstadt!“ (SCHWIRTEN 1998).

Abb. 10 Die Lausitz im Spannungsbogen zwischen Berlin und Dresden



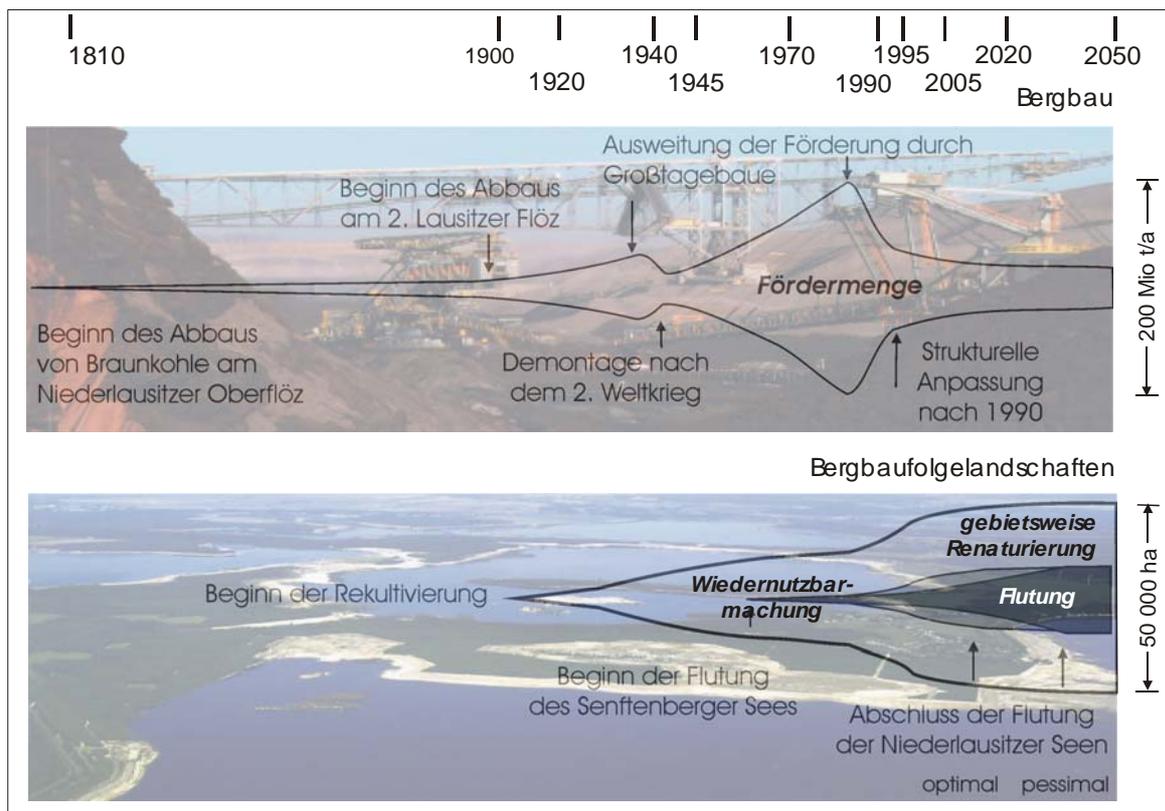
Quelle:
eigener Entwurf

3.2 Informelle Planungskonzepte

Die Chance, dass die Phase des hochdynamischen Wandels von der Bergbaulandschaft zur Nachbergbaulandschaft an sich ein Alleinstellungsmerkmal darstellt, passte damals noch nicht in gängige Planungskategorien. Die Tagebaue sollten erst rekultiviert und dann verschönert werden, bevor sie für Touristen geöffnet werden. Vor diesem Hintergrund wurden im Zuge eines BMBF-geförderten Forschungsprojektes der Institute für Geographie und Geoökologie an der Universität Potsdam umfangreiche Befragungen von Naherholern und Touristen in der Region nach ihren Vorstellungen zur dortigen Erholungsnutzung durchgeführt (SAUPE et al. 1999).

Stark vereinfacht zeigte sich, dass die bevorzugte Leitvorstellung der Regionsbevölkerung auf die Heilung bergbaulicher Landschaftswunden abzielte. Man wollte endlich in einer ästhetisch schönen Landschaft leben, die zusätzlich zum früheren Landschaftsgefüge mit Seen angereichert wurde. Die Regionsbevölkerung hatte also bereits die geplante Wald-Seen-Landschaft vor Augen, allerdings ohne dabei die lange Dauer des Rekultivierungsprozesses verinnerlicht zu haben. Die Mehrzahl der Befragten rechnete mit einer Nutzbarmachung der Rekultivierungsareale vor 2005. Das ist jedoch nicht realisierbar (Abb. 11).

Abb. 11 Zeitliche Abfolge der Entwicklung des Bergbaus und der Bergbaufolgelandschaften in der Niederlausitz



Quelle: eigener Entwurf

Die im Vergleich zu heute geringe Zahl der Mitte der 1990er Jahre in den Bergbau-gebieten angetroffenen Touristen war stark auf die meist vorübergehenden Attraktionen der Landschaft fokussiert. Wenn auch aus sehr unterschiedlichen Interessenlagen kamen Reisende, weil es hier durch den Braunkohlenbergbau anders war als in anderen Land-schaften und sich das irgendwie bis zu ihnen durchgesprochen hatte, denn eine Vermarktung dieser Art von Attraktionen bestand nicht. Technikinteressierte waren beeindruckt von überall vor sich hinrostenden Großgeräten. Geomorphologen bestaunten den Formenschatz der „Geigerschen Alpen“, einer seit über 70 Jahren vegetationslosen Altkippe. Militariasammler aus dem Rheinland probierten Kettenkräder „unter realen Bedingungen“ im Tagebau Schlabendorf aus.

Wenn auch die hier exemplarisch genannten Beispiele von Nischantourismus bei weitem nicht dem postulierten regionalen Standbein einer bedeutenden Tourismusedwicklung entsprachen, so verdeutlichen sie doch ansatzweise das Produkt, das in der Niederlausitz touristisch vermarktet werden konnte. Es waren nicht die Fernziele der sanft hügeligen

Seenlandschaften, sondern real existierende Alleinstellungsmerkmale, die Touristen anzogen. Der Widerspruch zwischen langfristiger Planung und Vorstellungen der Nutzer wurde im oben genannten Forschungsprojekt sowohl hinsichtlich der Naherholer als auch hinsichtlich der Touristen als sehr bedeutend eingeschätzt.

Tab. 2 Ausgewählte Ziele und Maßnahmen zur Errichtung eines provisorischen Aktionsraumes (nach SAUPE et al. 1999)

Ziele	Maßnahmen
Schaffung erlebbarer Rekultivierungsräume	Errichtung einer provisorischen Minimalerschließung durch Wege und Fahrrouten
Verzahnung der Bergbaugebiete mit ihrer Umgebung	Einbringung klassischer Elemente einer Kulturlandschaft in die Bergbaugebiete
Erlebnis landschaftsbildender Prozesse	begrenzte Öffnung geomorphologisch interessanter Flächen
Erlebnis attraktiver Landschaftskulissen	Herstellung interessanter Sichtbeziehungen, Einbringung von Landschaftselementen und Kulissenbauten, Auswahl von Vorkulturen nach visuellen Kriterien
Erhöhung der landschaftlichen Identität	Benennung neuer Landschaftselemente, Einführung neuer topographischer Bezeichnungen
Vermarktung von Landschaftselementen	Vergabe von Nutzungskategorien und Prädikaten (z.B. „nationales technisches Denkmal“)
Veranschaulichung einer kontinuierlichen Kulturlandschaftsentwicklung	Sicherung technischer Denkmale, Aufbau eines Netzes „Lausitzer Landmarken“
Einbindung breiter Akteurskreise	Schaffung von Dialogforen und informeller Umsetzungsmöglichkeiten, Realisierung von Projektplanungen

Zur Lösung des Konfliktes wird die Etablierung eines provisorischen Aktionsraums (Tab. 2) in den langfristig beplanten Bergbauflächen angestrebt, in dem einheimische Bevölkerung und Touristen die Möglichkeit erhalten sollten, den Braunkohletagebau, die nicht rekultivierten Flächen und die Rekultivierung der Landschaft zu erleben sowie ihre Vorstellungen zur zukünftigen Landschaftsgestaltung zu artikulieren. Zur zwischenzeitlichen Belebung der Rekultivierungsflächen wurden vielfältige, meist provisorische Projekte und landschaftsgestalterische Maßnahmen vorgeschlagen. Einerseits sollten diese die landschaftliche Attraktivität kurzfristig steigern bzw. regionale Alleinstellungsmerkmale für Touristen sichern und vermarkten. Andererseits sollte so eine zeitnahe Zwischennutzung ermöglicht werden, um der Regionsbevölkerung bessere Identifikationsmöglichkeiten mit der sie umgebenden Landschaft zu gewähren.

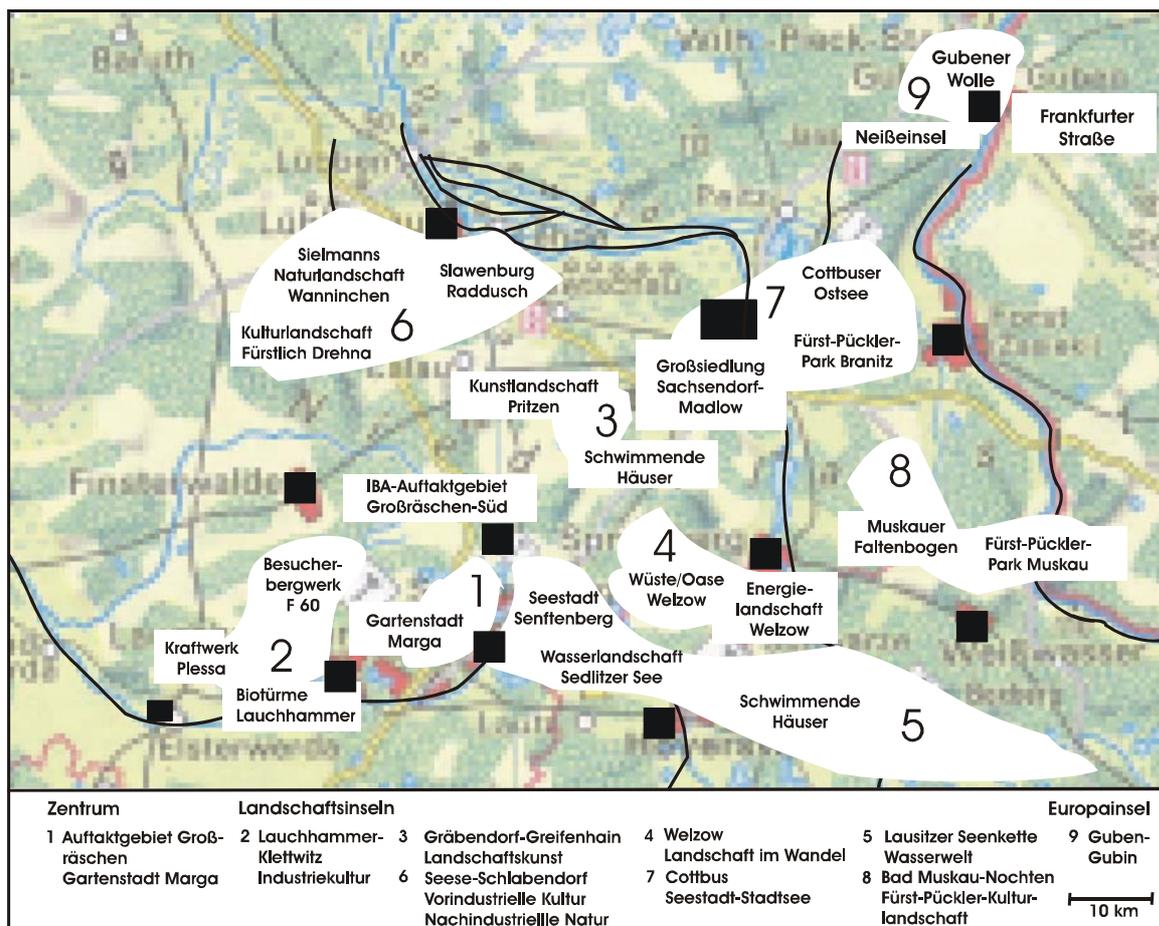
Neben dem hier ansatzweise vorgestellten Konzept zur touristischen Zwischennutzung der Rekultivierungsräume entwickelten sich in der Region seit Beginn der 1990er Jahre vielfältige Vorstellungen und Pläne zur vorübergehenden künstlerischen Nutzung der Flächen. Ab diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass die Tagebauproblematik einer ausführlichen Planung über die Gemeindegrenzen hinaus bedurfte und die traditionellen Instrumente der Braunkohlen- und Sanierungsplanung zur Bewältigung der umfangreichen Aufgabe alleine nicht ausreichen würden.

3.3 Die IBA Fürst-Pückler-Land

Schon 1994 wurden erste Ideen für eine zukünftige landschaftliche Neugestaltung der Tagebauregion entwickelt. Der Architekt und Stadtplaner Wolfgang Joswig ließ sich u.a. durch die landschaftsplanerischen Visionen von Otto Rindt inspirieren, als er ein Konzept für den Ilse-Park entwickelte. Hieraus entwickelte sich das Konzept einer Internationalen Bauausstellung in der Niederlausitz, im Rahmen derer durch landschaftsplanerische und architektonische Projekte auf informellem Wege eine schnellere Attraktivitätssteigerung und Identitätsbildung erreicht werden sollte.

Von der "Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald" wurden im Herbst 1996 zwei Arbeitsgemeinschaften (ARGE Joswig & Partner und ARGE Basler & Partner) mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für eine IBA in der Niederlausitz beauftragt. Auf dieser Basis nahm im Februar 1997 ein Gründungskuratorium seine Arbeit auf und erarbeitete ein Empfehlungspapier zur Durchführung der IBA Fürst-Pückler-Land. Unter dem Titel "Werkstatt für neue Landschaften" fasste die Regionalversammlung im Herbst 1997 den Beschluss zur Gründung der IBA Vorbereitungsgesellschaft. Deren Aufgabe war die Bestimmung von Leitlinien und der Anschub von Startprojekten.

Abb. 12 Teilgebiete und Projekte der IBA Fürst-Pückler-Land (nach See 2005 – IBA Halbzeitpräsentation 2000-2010)



Quelle: SEE 2005 – IBA Halbzeitpräsentation 2000-2010

Die IBA-Gesellschaft wird finanziell getragen von den Landkreisen Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße sowie von der Stadt Cottbus und gefördert durch das Land Brandenburg. Sie soll den Knoten eines Netzwerks darstellen, das anhand einer planerisch-künstlerischen Leitlinie die Akteure vor Ort untereinander und mit externen Fachleuten verknüpft. Dieser Gedanken- und Ideenaustausch geschieht über Hochschulen, Wettbewerbe, Konferenzen, Workshops und Exkursionen.

Von Beginn an betrieb die IBA intensive Öffentlichkeitsarbeit und nutzte Foren und Messen zur Präsentation. Seit dem Jahr 2002 sind die ersten Projekte öffentlich nutzbar. Besonders das „Besucherbergwerk F60“ gilt seither als bedeutende touristische Attraktion mit wachsender Besucherzahl. Zentrales Element der IBA sind 24 Einzelprojekte, die in das Auftaktgebiet Großräschen, 7 Landschaftsinseln und eine Europainsel (Guben/Gubin) eingebettet sind (Abb. 12). Diese nach landschaftskünstlerischen Kriterien umgestalteten Landschaftsinseln verdeutlichen in einem räumlichen Kontext die Eigenarten solcher Gebiete, die lange Zeit durch den Tagebau geprägt und intensiv umgestaltet wurden. Zentrale Elemente sind das neugeschüttete Relief und die Hohlformen der Bergbaurestlöcher, die derzeit und während der kommenden Jahrzehnte mit Wasser gefüllt werden. Die so entstehende Seenlandschaft mit der umgebenden gewachsenen Landschaft sowie den industriellen Besonderheiten der Niederlausitz bilden ein großes Gestaltungspotenzial.

Im Auftaktgebiet Großräschen wurde 2004 am Nordrand des ehemaligen Tagebaues Meuro (vgl. Abb. 9) mit den IBA-Terrassen das zentrale Informations- und Ausstellungszentrum der Bauausstellung eröffnet. Die Baukosten dieser 270 m langen Uferpromenade betragen 3,9 Mio €. Sie wurden zum Teil von der Europäischen Union finanziert. Der Gebäudeentwurf des Architekten Ferdinand Heide aus Frankfurt am Main ist das Ergebnis eines internationalen Wettbewerbes. Bis 2010 werden hier die zentralen Ausstellungen stattfinden.

Unter Regie der Stadt Großräschen wird im Laufe dieses Jahres ein Ausleger eines Tagebaugerätes umgebaut und später als Seebrücke in den künftigen Ilse-See führen. Die sanierte „Seestraße“ verbindet das historische Stadtzentrum Großräschens mit dem ehemaligen Tagebau Meuro und dem künftigen Ilse-See. Von den IBA-Terrassen führt ein von Findlingen gesäumter Spazierweg, die „Allee der Steine“, zum Aussichtspunkt „Victoriahöhe“ am Standort der ehemaligen Brikettfabrik „Victoria“. Von der Victoriahöhe aus soll das „Blaue Wunder“ die Blicke auf sich ziehen - ein ehemaliger Schaufelradbagger, der heute als imposante Landmarke dient.

Jede Landschaftsinsel stellt die IBA unter ein Teilthema, das durch modellhafte Projekte untersetzt wird. Das jeweilige Thema soll dabei einen räumlich übergreifenden Zusammenhang der Gegebenheiten vor Ort widerspiegeln. Inwieweit die dabei eingesetzten landschaftsarchitektonischen Mittel, wie Hervorhebung und Inszenierung, jedoch in allen Fällen geeignet sind, das Erscheinungsbild der Niederlausitz zu formen und damit auch wirtschaftliche Impulse auszulösen, bleibt abzuwarten.

4. Das Wichtigste – Ideen, Zeit und Geld

Die Landschaften der Niederlausitz haben sich in den letzten beiden Jahrhunderten völlig verändert. Äcker und Wälder sind von Braunkohlentagebauen überbaggert worden, die inzwischen größtenteils brach liegen. Gegenwärtig entstehen neue Landschaften. Legt man das Zeitmaß der Landschaftsgeschichte an, geht das relativ schnell, aber, unter planerischen Gesichtspunkten betrachtet, dauert es relativ lang, nämlich Jahrzehnte. Das heißt:

- Im Laufe der Jahrzehnte kann viel passieren. Politische Vorgaben und Förderrichtlinien können wechseln, die handelnden Akteure und ihre Ziele auch. Die Entwicklung der Bergbaufolgelandschaften und der damit vernetzten Projekte erfordert jedoch Kontinuität. Sie ist aufwendig. Kann dieser Aufwand nicht geleistet werden, ist sowohl die Fertigstellung der Projekte gefährdet als auch deren Erhaltung. Das gilt insbesondere für die Zeit nach der IBA, also nach 2010. Bis die Nutzung der ehemaligen Braunkohlenfördergebiete Erträge abwirft, gilt in Bezug auf – eine immer mögliche – Ausdünnung und Umsteuerung finanzieller Mittel: Wehret den Anfängen. Die Entwicklung von Bergbaufolgelandschaft kostet Geld.
- Mit einem Netz von Wegen und Aussichtspunkten kann man die Rekultivierung erlebbar machen. Touristische Glanzlichter sind begrüßenswert. Dennoch kann man von einer Bergbaufolgelandschaft, die den Anspruch auf Nachhaltigkeit erhebt, erst sprechen, wenn sie als multifunktionale Kulturlandschaft in ihre Umgebung eingebettet ist. Z. B. liegen in Energieparks, mit denen wie in Welzow (SCHNEIDER 2005) an den Stätten des Abbaus fossiler Brennstoffe die Nutzung erneuerbarer Energien erfolgen soll, hohe Gestaltungspotenziale, wenn Windkraftanlagen, Solarbatterien und sowie Feld- und Baumstreifen mit energetisch nutzbarer Biomasse als Landschaftselemente entwickelt werden. Dazu müssen die Wälder wachsen und Seen sich füllen. Das braucht Zeit.
- Nicht nur die Anwohner, auch viele Erholungssuchende würden gern im Lausitzer Seenland Campingurlaub machen, Baden gehen oder Wassersport betreiben. Bis es soweit ist, sind Kultur- und Bildungsinteressierte sowie Event-Touristen potenzielle Gäste der werdenden Landschaften. Vor allem Kultur- und Bildungsinteressierte kommen auch aus der Region und tragen zur Identifikation der Bevölkerung mit der neuen Situation bei. Damit sie nicht nur einmal kommen, sondern wiederkehren und ihre Kenntnisse vertiefen wollen, bedarf es immer wieder Anstöße, wie sie die IBA bisher gegeben hat. Das ist bei einer Bergbaufolgelandschaft, die in den Anfängen ihrer Entwicklung einer Wüste gleicht und auch später nicht überall an Schönheit gewinnt, nicht einfach. Die Bergbaufolgelandschaft der Niederlausitz wird nie so großartig wie die Alpen werden, nie so schön wie die Kreideküste Rügens oder so still wie die Fjellgebiete Lapplands. Aber auch hierher sollen Touristen kommen. Ideen sind gefragt, damit das geschieht.

„All inclusive“ in der Dominikanischen Republik, diese Art von Erlebnis wird ein Besuch der Niederlausitz nie vermitteln wollen und können. Aber gezielt bestimmte Nutzergruppen anzusprechen und damit auch den Fremdenverkehr als Wirtschaftszweig zu entwickeln, das ist möglich. Vorarbeiten dazu sind erfolgt (SAUPE et al. 1999).

Literatur

- Gütter, R. (1993): Pläne oder Projekte. Raumplanung, 60, S. 56-62.
- LMBV - Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (1995): Durchführbarkeitsstudie zur Rehabilitation des Wasserhaushaltes der Niederlausitz auf der Grundlage vorhandener Lösungsansätze. Berlin/Dresden.
- Luckner, L., G. Gockel, K.-H. Seidel (1997): Restlochflutung. LMBV - Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH. Berlin/Dresden.
- OZON (2005): Wassermangel – Gefahr für Lausitzer Seenkette. RBB-Rundfunk Berlin Brandenburg – Sendung vom 09.02.
- Sanierungsplan Meuro (1994): LVO vom 18. Februar. Land Brandenburg.
- Saupe, G., H. Barsch, I. Carstensen, K. Geldmacher, F. Hering, H. Jeserigk, D. Knothe u. K. Ziener (1999): Entwicklung und Gestaltung von Erholungsgebieten in Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz. Potsdamer Geographische Forschungen, Bd. 17.
- Schneider, U. (2005): Energielandschaft Welzow. IBA Konferenz Neue Landschaften. Konferenzmappe. Großräschen, S. 19-20.
- Sebastian, U. u. Th. Suhr (2004): Niederlausitz – Die Senftenberger Seenplatte. Wanderungen in die Erdgeschichte 14. München.
- See – IBA-Halbzeitpräsentation 2000-2010 (2005): IBA Fürst-Pückler-Land. Großräschen.
- Wiegleb, G. (1996): Terrestrische Ökologie. Niederlausitzer Bergbaufolgelandschaft. Erarbeitung von Leitbildern und Handlungskonzepten für die verantwortliche Gestaltung und nachhaltige Entwicklung ihrer naturnahen Bereiche. Cottbus. S. 40-74.

ReKuLa – Die Lausitzer Antwort auf ein Schweizer Kräuterbonbon

von Ines Carstensen und Karl Geldmacher (Potsdam)

1 Ricola - Modell einer marktkonformen Produkt-Raumsymbiose



„ohne Ricola hätten wir heute keinen Kräuteraanbau in der Schweiz“ ...¹

so lautet der selbstbewusste Werbeslogan des traditionsreichen Schweizer Kräuterbonbon-Produzenten der „Ricola AG“. Für Marketingexperten im Umkehrschluss gleichermaßen:

„ohne die multifunktionale Kulturlandschaft der Schweiz hätten wir heute kein Ricola-Kräuterbonbon“.

Das Kräuterbonbon Ricola und dessen Marketingkarriere demonstriert seit mehreren Jahrzehnten entstehende und gepflegte Abhängigkeiten zwischen Kulturlandschaft und Produkt. Dem entwachsen ist eine symbiotische Beziehung zwischen dem Kräuterbonbon Ricola und der Schweiz, die auf beiden Seiten zu einer ungewöhnlichen win-win-Situation führt. Das Kräuterbonbon, repräsentiert durch das Unternehmen der Ricola AG, gewinnt von Anbeginn der wirtschaftlichen Existenz im Jahre 1930 durch Schweizer Lebens- und Landschaftsmuster, die dem Prototyp ländlicher Idylle entsprechen, an Profil. Das Geheimrezept der Markenstrategen von Ricola liegt in der Beständigkeit und der nahezu stoischen Repetition traditioneller Schweizer Landschaftsidylle in Kombination mit einer ebenso unveränderten Produktgestalt. Die enge Bindung der Marke Ricola an Schweizer Traditionen führt schließlich zu einem nationalwirtschaftlichen Engagement des Unternehmens, das einerseits über die eigentliche Kernleistung, die Herstellung eines Kräuterbonbons, hinausreicht und andererseits durch die gezielte Vermarktung nationaler Leistungsfaktoren eine wettbewerbskonforme Alleinstellung erreicht. Im Zuge des auf Seiten der Ricola AG beförderten Anbaus spezieller Kräuter in speziellen Schweizer Landschaften werden schließlich die elementaren Zutaten des Kräuterbonbons auf eine sakrale Ebene gehoben, auf der das gesamte Produktumfeld, der Kräuteraanbau, die Kräuteraanbauer und die Multifunktionalität der Landschaft integrativer Teil des Markenprofils sind:

„Die weltweit beliebten Kräuterbonbons verdanken ihre wohltuende und erfrischende Wirkung von 13 auserlesenen Heilkräutern, die von rund 200 selbständigen Bauern im Wallis, Emmental, Puschlav, Jura und in der Zentralschweiz gesät, gepflegt und geerntet werden...“¹

¹ Entnommen aus den Verlautbarungen zur Unternehmensphilosophie der Ricola AG, <http://www.ricola.ch>, Zugriff am 25.8.2005

Die Unternehmensstrategen bemühen sich, damit den „*geschäftlichen Erfolg nicht als alleinigen Selbstzweck*“² zu erheben, sondern darüber hinaus Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt zu übernehmen und zu demonstrieren. Neben der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung profitiert die Schweiz im Gegenzug von einem international bekannten und anerkannten Unternehmen, das sich auf nationale Kulturgepflogenheiten und positive Landschaftsbilder beruft. In der direkten Verortung des Anbaus produktspezifischer Zutaten in der Schweiz sind globale Ausgliederungen zumindest für dieses spezielle Produkt ausgeschlossen. Ricola verpflichtet sich somit seiner Schweizer Herkunft und die Schweiz garantiert vermarktungsfähige Traditionen und Klischees. Da der soziokulturelle Zusammenhang dem aktuellen Gesellschaftskontext entspricht, erweisen sich im vorliegenden Fall Raum und Produkt als marktfähige Leistungskombination.

Eine der Marke Ricola ähnlich enge symbiotische Beziehung zwischen Produkt und Raum tritt bei materiellen Gütern vor allem in der Nahrungsmittelindustrie auf. Darüber hinaus ist dieses Phänomen bei immateriellen Gütern anzutreffen, die sich bestimmter Raumspezifika bedienen. Das neu entstehende „Produkt“ der Brandenburgischen Niederlausitz heißt **ReKuLa**. Im Falle von **ReKuLa** handelt es sich um das Produkt Kultur- und Innovationslandschaft, das u.a. in einem touristischen Kontext auf einem zukünftigen Markt platziert werden soll. Es existiert noch kein vergleichbar kraftvoller Werbeauftritt wie bei **Ricola**. Vielmehr wird an einem Prozess gearbeitet, an dessen Ziel vielleicht eine ähnlich symbiotische Beziehung zwischen Produkt und Raum und damit eine ähnlich gebündelte Marktkraft steht, wie sie durch das Kräuterbonbon **Ricola** vorgelebt wird. Insofern schließt sich die nachfolgende Frage an, mit der sich die Autoren auseinandersetzen wollen.

2 Ist **ReKuLa** ein Lausitzer Modell einer marktkonformen Produkt-Raumsymbiose und damit eine Antwort auf das Schweizer Erfolgsprodukt Ricola?

In der Parallelität zur Markenkariere von Ricola sind wurden bei **ReKuLa** zumindest in der Namensgebung entsprechende Grundsteine gelegt. Hinter **ReKuLa** verbirgt sich ein von der EU gefördertes Forschungs- und Umsetzungsnetzwerk, dessen Leitthematik die **Restrukturierung von Kulturlandschaften** beinhaltet. Netzwerkpartner sind neben der Region Venetien – Fondazione Benetton Studi Ricerche – die Stadt Zabrze, die Schlesische Technische Universität Gliwice und als Leading Partner die im Jahre 2000 gegründete Internationale Bauausstellung IBA Fürst-Pückler-Land, deren Hauptsitz in Großräschen in der brandenburgischen Niederlausitz verortet ist. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung des umsetzungsorientierten Forschungsvorhabens zielt auf eine ökonomisch tragfähige Inwertsetzung von Landschaften durch innovative Siedlungs- und Landnutzungsformen unter Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge.

Nach Vorstellungen der Lausitzer Bevölkerung und der am Rekultivierungsprozess beteiligten Akteure werden umfangreiche Innovationen im Zusammenhang mit der anstehenden Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft erwartet, von denen eine Zunahme an Bio-, Naturraum- und Flächennutzungsdiversitäten sowie eine Aufwertung der Landschaft hinsichtlich ihrer Erholungseignung ausgeht (Barsch, Saupe et al. 1999, S. 90). Nach Beendigung der Landschaftsrekonstruktion sollen durch die Flutung von Tagebaurestlöchern allein in der Niederlausitz Seen mit einer Gesamtfläche von 240 km² entstehen. Damit wird eine Seenlandschaft geschaffen, deren flächenhafte Ausdehnung größer ist als das der Mecklenburgischen Seenplatte. Hinsichtlich der touristischen Nutzbarkeit gehen optimistische Experteneinschätzungen jedoch von einem

² ebenda

langanhaltenden wasserchemischen Reifungsprozess aus. Die Rehabilitation der Gewässergüte bis zur Badeeignung wird für einige Seen erst innerhalb der nächsten 30 Jahre erreicht (ebenda). Neben diesem Beispiel existiert eine Vielzahl von Vorhaben, die planmäßig erst in Jahrzehnten ihrer endgültigen Nutzungsform zugeführt werden können. Ökologische und geotechnische Risiken bedingen einen langfristigen und kostenintensiven Gestaltungsprozess. Angesichts dieses weiten Zeithorizonts ist zu klären, was Innovation für einen vom Bergbau stark überprägten Raum schon heute bedeuten kann und in welchem Rahmen Innovation und innovative Siedlungsformen potenziellen Nutzern zeitnah zugänglich gemacht werden können.

Würde man dem Vermarktungsmuster von Ricola und den Wünschen der in der Lausitz lebenden Bevölkerung folgen, läge das Innovationsrezept bereits vor. In diesem Fall ist Innovation dem Vermögen der Rekonstruktion ursprünglicher Naturlandschaften, die sich an archaische Landschaftsformen und kulturhistorische Traditionen und bestehende Naherholungsbedürfnisse anlehnen gleichzusetzen (Carstensen, Hering, Saupe, Ziener 1998). Die diesbezügliche Problematik liegt neben der temporalen Unvereinbarkeit einer kurzfristigen Landschaftsrekonstruktion in der Verklärung vergangener Lausitzer Landschaften durch ihre Bewohner begründet. Deren ursprüngliche Raumgestalt kann im Jetztbezug zwar den Standortansprüchen von Naherholern entsprechen, aber nicht den Nachfragepräferenzen von Touristen genügen. Soll eine echte Innovation erfolgen, mit der eine langfristige ökonomisch tragfähige Touristifizierung angestrebt wird, reicht die Wiederherstellung ehemals „schöner Landschaften“ nicht aus, da die traditionelle Kulturlandschaft der Niederlausitz im Gegensatz zu jener der Schweiz keine allseits bekannten Alleinstellungsmuster aufweist.

Divergierende touristische Nutzerpräferenzen in der Lausitzer Bergbaufolgelandschaft



Quelle: Geldmacher, K. anlässlich des Vortrages zum Festkolloquium für Frau Prof. G. Saupe, November 2004

Im Tourismus werden vielmehr ungewöhnliche Landschaften verlangt, in die es sich auch im überregionalen Kontext zu reisen lohnt. Ginge es nach den Nachfragevorstellungen von Touristen, böte der Ist-Zustand der noch nicht rekultivierten Nachbergbaulandschaft und deren typisches, wildes Relief ein weites Feld für spannende Landschaftserkundungen und trendige Outdoor-Aktivitäten. Eine langfristige Bewahrung und dauerhafte touristische Nutzbarmachung dieses ungewöhnlichen Landschaftspotenzials ist jedoch aufgrund der besonders nach dem Grundwasseranstieg zu erwartenden landschaftsökologischen Risiken (z.B. Setzungsfließen, Rutschungen) und

der in jedem Fall wirkenden Landschaftssukzession (z.B. Wiederbewaldung, Bodenbildung) nur mit hohem technischem Aufwand und um den Preis eines deutlichen räumlichen Authentizitätsverlustes zu verwirklichen.

Der touristisch realisierbare Lösungsweg, der folglich innerhalb des von Frau Prof. Saupe geleiteten Forschungsteams zur Entwicklung und Gestaltung von Erholungsgebieten in Bergbaufolgelandschaften aufgezeigt wurde, beschreibt die Konstituierung von touristischen Zwischenlandschaften und die Erlebarmachung des Rekultivierungsprozesses.

Eindrücke aktueller Lausitzer Tourismuslandschaften



Quelle: IBA Fürst-Pückler-Land , Fotoarchiv 2004

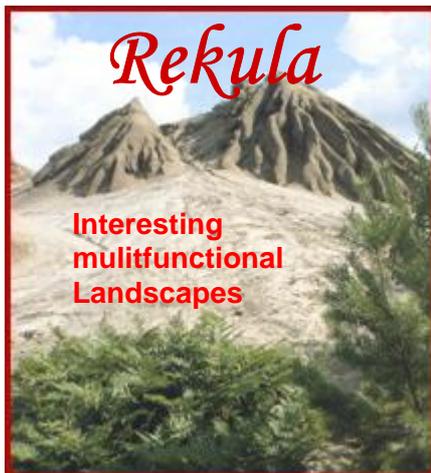
3 Rekula - Versuch einer marktkonformen Produkt-Raum-Zeitsymbiose

Die aktuell touristisch nutzbare Lausitzer Innovation wird in diesem Sinne durch ein prozessuales Interimsgebiet repräsentiert, das mit fortschreitender Rekultivierung jeweils neue Nutzungsoptionen hervorbringt. Am Ende dieses Prozesses steht **ReKuLa** als Raum, der sich mit Hilfe von innovativen Siedlungsformen und optimierten weichen Standortfaktoren von seinen Nachbarregionen deutlich abhebt und sich damit für langfristige touristische Inwertsetzungen qualifiziert. Der Profilierungsprozess des „Raum-Zeit-Produktes“ **ReKuLa** unterscheidet sich von Ricola insofern, als kulturhistorische Zusammenhänge und Traditionen in einen neuen innovativen Gesamtkontext zu stellen sind, der sowohl alte Identitäten aufgreift, als auch neue generiert, Sich ausschließlich an Vorhandenem zu orientieren, dazu sind die Rekultivierungslandschaften der Niederlausitz im Gegensatz zu ihrem Schweizer Pendant noch nicht multifunktional genug. Zur Verwirklichung dieses Spagats bedarf es weiterhin großer Wagnisse der am Gestaltungsprozess beteiligten Akteure. Sie müssen sich von traditionellen Landschaftsbildern und Planungsschritten lösen, um Innovation schon heute zu ermöglichen. Andernfalls würde man unweigerlich das aktuelle Potenzial brachliegen lassen und damit die Kundschaft zur Konkurrenz abwandern lassen.

Die von Dr. Karl Ganser, dem Leiter der IBA Emscher Park, angeregte imaginäre Inszenierung einer Seenlandschaft mit achteckigen Seen, steht Pate für den zu bewältigenden Gestaltungsprozess und versinnbildlicht die Symbolik neuer Lausitzer Landschaften. Nur wenn es gelingt, neue Lausitzer Landschafts- und Tourismusräume zu schaffen, deren innovativer Charakter bereits bei Betreten des Raumes, ohne Zuhilfenahme externer Information, spürbar und sichtbar wird, wird ein langfristiges touristisches Interesse realisierbar. Die so erreichte symbiotische Beziehung zwischen Produkt, Raum und Zeit spiegelt eine neue Physiognomie der Lausitz wider, von der die

Region profitieren kann. **ReKuLa** repräsentiert dann eine neue Produkt-Raum-Zeit-Symbiose und avanciert als ...

... Lausitzer Antwort auf ein Schweizer Kräuterbonbon!



Quelle: Geldmacher, K. anlässlich des Vortrages zum Festkolloquium für Frau Prof. G. Saupe, November 2004

Literatur:

Barsch, H.; Saupe, G. et al. (1999): Entwicklung und Gestaltung von Erholungsgebieten in Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz. Potsdamer Geographische Forschungen, Band 17, Institute für Geographie und Geoökologie der Universität Potsdam, 1999.

Carstensen, I., Hering, F., Saupe, G., Ziener, K. (1998): Erholung in der Bergbaufolgelandschaft? – Vorstellungen, Erwartungen und Handeln. Ergebnisse von Befragungen in der Niederlausitz. Potsdamer Geographische Forschungen, Band 16, Institute für Geographie und Geoökologie der Universität, Potsdam, 1998.

Geldmacher, K., Giering, G. (1998): Mit erlebbarer Rekultivierung zur postindustriellen Kulturlandschaft. In: Jahrbuch BergbauFolgeLandschaft Nr. 3, S. 136- 140, Cottbus 1998.

Bewegung in fernen Räumen – von Afrika zur Osterinsel

Bewegende Räume im subsaharischen Afrika? – Malawi im Fokus destinationsökonomischer Überlegungen

von Ines Carstensen (Potsdam)

Erkenntnisse nachfolgender Ausführungen sind dem Initialvermögen von Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe geschuldet. In der ihr eigenen Fachdisziplin, der Geographie, widmete sie sich nicht nur Wirkungsgeflechten im Zusammenhang mit unterschiedlich gearteten Bewegungen im Raum, sondern sie vermochte es auch Räume in „bewegendem Licht“ erscheinen zu lassen. In der Konsequenz entschlossen sich 18 Studenten und fünf Fachkollegen ihrem Forscherdrang zu folgen, um in einer zweiwöchigen Exkursion im Rahmen des Hauptstudiums für Geographie „bewegende“ Räume in Malawi zu ergründen.

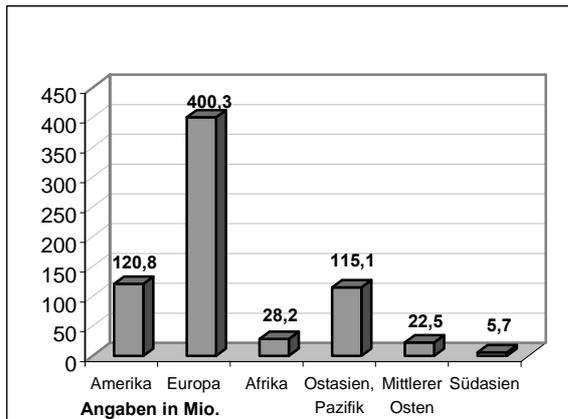
Eine Antwort, auf die Frage nach der Existenz bewegender Räume im subsaharischen Afrika sei an dieser Stelle bereits vorweggenommen: emotional, haben die Begebenheiten des malawischen Raumes alle Teilnehmer bewegt. Sei es die Unvoreingenommenheit und Herzlichkeit der Einwohner, die Geschichte der zunächst vermissten Studentin, die natürlich nicht verloren gehen konnte, da „ganz Malawi“ wusste, wo sich eine „Horde deutscher Raumwissenschaftler“ aufhielt oder die Erinnerung an ein Nilpferd, das hinter dem Blitzlicht einer photowütigen Studentin herlief – all dies wirkt noch lange nach. Bleibt zu klären ob dieses Phänomen auf den Interessentenkreis von „Wissenschaftstouristen“ zu begrenzen ist oder inwieweit diese oder andere Faktoren eine breitere touristische Nachfrage implizieren können. Vollständig kann die aufgeworfene Frage nicht beantwortet werden, dazu waren der Aufenthalt in Malawi zu kurz und die empirischen Befragungsmöglichkeiten zu begrenzt. Nachfolgende Darstellungen können nur streiflichtartig die Eindrücke des derzeitigen Tourismusraums Malawis vermitteln und ein weit gefasstes Forschungsfenster öffnen.

1 Malawis Stellung im internationalen Tourismus und im subsaharischen Afrika

Der internationale Tourismus wird mit einem global erwirtschafteten BIP von ca. 12 % zu den wichtigsten Zweigen der Weltwirtschaft gerechnet (WTTC, 2003). Dabei werden in entwickelten Ländern weit höhere Reiseintensitäten verzeichnet als in Entwicklungsländern. International erfasste Tourismuseinnahmen werden zu 50% in Europa und zu weiteren 26% in Amerika verzeichnet. Die Tourismuseinkünfte Afrikas und des Mittleren Ostens bilden im weltweiten Vergleich mit einem Anteil von je 2,5% das Schlusslicht. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Wachstumsraten des internationalen Reiseverkehrs in Entwicklungsländern überproportional ansteigen.

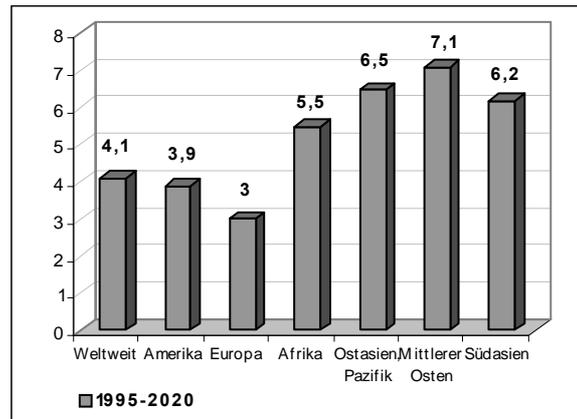
Laut den Berechnungen der WTO kann Afrika in den kommenden Jahrzehnten mit einem kontinuierlichem Besucheranstieg internationaler Touristen von durchschnittlich 5,5% pro Jahr bis zum Jahre 2020 rechnen (WTO 1995). Afrika rangiert damit über den durchschnittlich prognostizierten Wachstumsraten der Industrieländer. Im Vergleich zu anderen weniger entwickelten Ländern muss Afrika jedoch von den geringsten prozentualen Besucherzuwächsen ausgehen.

Abb. 1 Internationale Touristenankünfte 2001



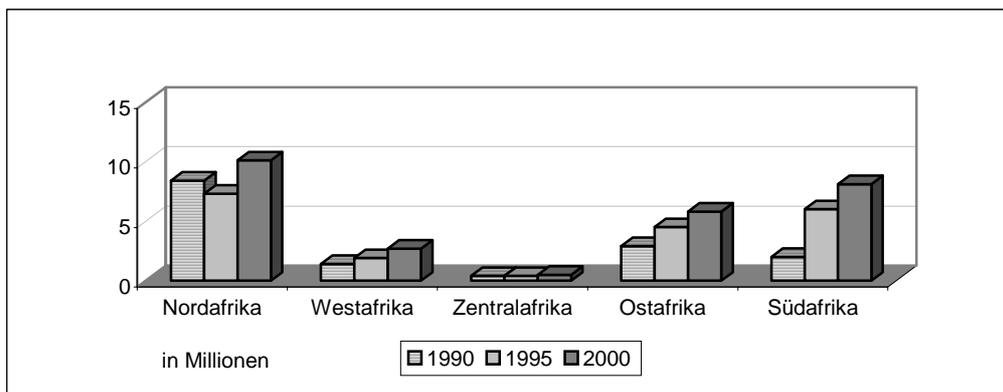
Quelle: World Tourism Organization (WTO) 2002

Abb. 2 Prognose jährlicher durchschnittlicher Wachstumsraten internationaler Touristenankünfte 1995 bis 2020



Quelle: World Tourism Organization (WTO) 1995

Abb. 3 Entwicklung internationaler Touristenankünfte Afrikas

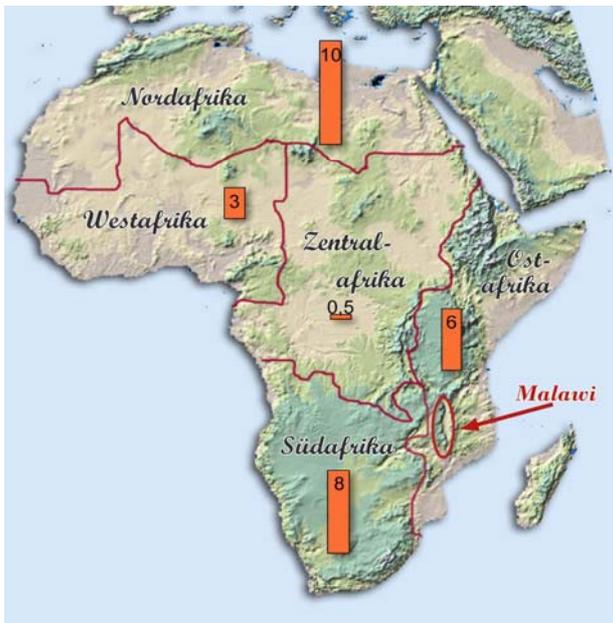


Quelle: WTO 2004

Im Gegensatz zu bereits etablierten afrikanischen Tourismusdestinationen wie Kenia, Tansania oder Südafrika steht Malawi erst am Anfang seiner touristischen Entwicklung. Durch den internationalen Flughafen der Landeshauptstadt Lilongwe und einem weiteren nationalen Flughafen in Blantyre ist Malawi an den touristischen Weltmarkt angebunden. Der Hauptstadt Malawis fehlt jedoch die touristische Anziehungskraft, die andere afrikanische Hauptstädte für sich beanspruchen können. Dies hat zur Folge, dass sich Lilongwe nicht als Innovationskern für die Erschließung touristischer Sekundärdestinationen innerhalb des Landes eignet und als „Destinationsappetizer“ für attraktive Stopover-Gelegenheiten für Weltenbummler ausscheidet. Auch andere touristisch durchaus ausbaufähige Potenziale Malawis fallen im Vergleich zu innerafrikanischen Konkurrenzdestinationen zurück. Die beschaulichen Küstenbereiche des Malawisees sind aufgrund ihrer Binnenlage weniger anziehend als die weitläufigen Strände der am indischen Ozean gelegenen Nachbarländer. Der Tierbestand, der von Touristen erwarteten so genannten „Big 5“ (Elefant, Nashorn, Krokodil, Giraffe, Löwe), fällt in Malawi vergleichsweise niedrig aus. Die weit über 500 endemische Fischarten des Malawisees sind noch zu wenig bekannt, um internationale Touristen anzuwerben. So nimmt sich das jährliche Tourismusaufkommen Malawis im Vergleich zu anderen afrikanischen Destinationen eher gering aus. Insgesamt wurde für Afrika im Jahre 2000 ein Gesamtaufkommen von 27,2 Millionen Touristenankünften verzeichnet. Auf Platz eins der Besucherquoten rangierten Staaten Nord-

afrikas mit insgesamt 10,1 Millionen Gästen (Tunesien / Marokko / Algerien / Sudan). Ostafrika, wozu auch Malawi gerechnet wird, nimmt mit 5,8 Millionen Touristenankünften eine mittlere Position im afrikanischen Destinationsvergleich ein, wobei hier die Länder Mauritius, Seychellen, Kenia und Madagaskar die meisten Ankünfte für sich verbuchen konnten (WTO 2000). Kenia verzeichnete beispielsweise im Jahr 2000 mit rund 800 000 Gästen im Vergleich zu Malawi (ca. 200 000) ein vierfach so hohes Touristenaufkommen.

Abb. 4 Internationale Tourismusankünfte Afrikas in Millionen



Tourismusaufkommen Malawis:

ca. 200 000 Besucher pro Jahr

Kartographie: U. Dolezal
Quelle: WTO 2004 , Stand: 2000

Die Hauptursache für die nur langsame touristische Eigenentwicklung Malawis ist im Fehlen landeseigener herausragender touristischer Attraktionen zu sehen. Ein Faktor, der sich in Verbindung mit der schwierigen und der zum Teil desolaten volkswirtschaftliche Lage Malawis investitions hemmend auswirkt. Gegenwärtig zählt Malawi noch immer zu den ärmsten Volkswirtschaften der Welt und damit zur Gruppe der Least Developed Countries (LDC). Lediglich ca. ein Zehntel der arbeitenden malawischen Bevölkerung ist im formellen Sektor und hier hauptsächlich im Agrarbereich tätig. Das Gros der Bevölkerung bestreitet seinen Lebensunterhalt durch Subsistenzwirtschaft oder arbeitet im informellen Sektor (DED, 1998). Dies bedingt eine hohe Abhängigkeit von klimatischen Konditionen, mit der Folge, dass z.B. in Dürre Jahren die Eigenvorsorge der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist und internationale Importe und Nahrungsmittelhilfe notwendig werden. So verwundert es nicht, dass die knappen Devisenreserven Malawis zunächst für die Erhaltung von Transportwegen beansprucht werden und für touristische Expansionen nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Der gegenwärtige Entwicklungsstand, die Verelendung, die medizinisch und hygienisch defizitären Bedingungen sowie die anhaltende Bedrohung durch HIV/AIDS zwingen die Regierung Malawis zu volkswirtschaftlichen Not- und Reparaturmaßnahmen, die kaum finanziellen Spielraum für sonstige Investitionen lassen.

Abb. 5 Bedrohte Fischbestände des Malawisees – Teil der Subsistenzwirtschaft Malawis



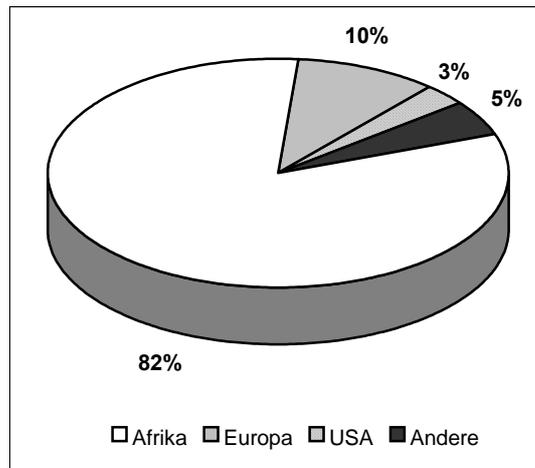
Fischende Kinder und Fischwaren in Mangochi

Aufnahmen: I. Carstensen, August 2002

Dennoch ist die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Prosperität durch den Ausbau des Tourismus hoch. Regierungsvertreter des Landes sind der Ansicht, dass die Chancen einer tragfähigen touristischen Entwicklung besser sind als die anderer Wirtschaftssegmente (MALAWI TOURIST OFFICE, ITB, 2003). Seit einem Dezennium werden seitens der malawischen Regierung daher auch verstärkt Möglichkeiten gesucht um sich innerhalb Europas ein touristisches Image aufzubauen. Auf der weltweit größten Tourismusmesse, der ITB Berlin, ist Malawi seit Ende der 1990er Jahre fast jährlich mit einem eigenen Stand vertreten und wirbt mit der Werbebotschaft „Malawi, das warme Herz Afrikas“ um europäische Touristen. Das hohe Engagement Malawis auf dem europäischen Quellmarkt ist auf den vergleichsweise hohen Anteil europäischer Besucher zurückzuführen.

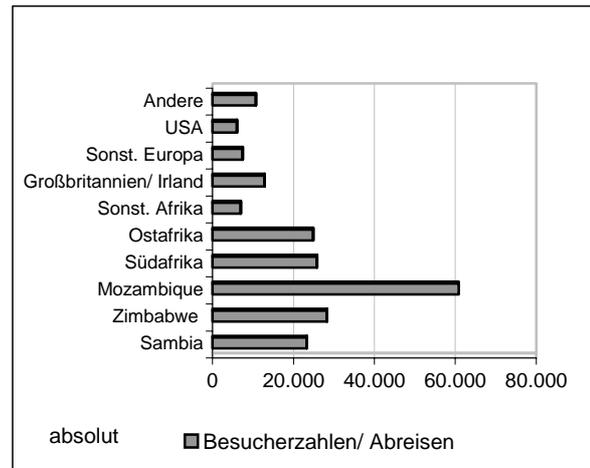
Die in den nachfolgenden Abbildungen 6 und 7 dargestellten Übersichten der Herkunftsländer der „Besucher“ Malawis können nur einen Anhaltspunkt für touristisches Gästeaufkommen liefern. Es sei darauf hingewiesen, dass die statistische Erfassung zwischen Einreisenden und Touristen nicht trennt, sondern diese insgesamt unter der Kategorie „Besucher“ zusammenfasst werden. Dies erklärt das vermeintlich hohe „Gästeaufkommen“ aus Mozambique, deren Besuchszweck jedoch nur zu einem geringen Anteil touristische Hintergründe hat. Es ist davon auszugehen, dass Arbeitspendler und Flüchtlinge aus Mozambique ebenfalls unter der Kategorie „Besucher“ erfasst werden. Afrikanische Touristen, im Sinne von Erholungsuchenden, die entsprechende touristische Dienstleistungen für sich in Anspruch nehmen, stammen großteils aus Südafrika. Im außerafrikanischen touristischen Einzugsgebiet nehmen Europäer eine Vorrangstellung ein. Der hierbei überproportionale Anteil von Gästen aus Großbritannien und Irland ist historisch bedingt.

Abb. 6 Herkunftsländern der Besucher Malawis (Zählung nach Abreisen)



Quelle: Foreign & Commonwealth Office UK: Country Profile, Malawi 1997

Abb. 7 Detaillierte Aufstellung der Besucher Malawis nach Herkunftsländern (Zählung nach Abreisen)



Quelle: Foreign & Commonwealth Office UK: Country Profile, Malawi 1997

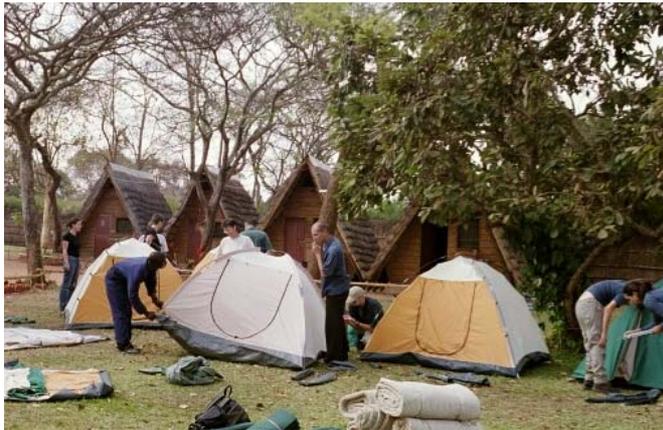
2 Malawi als touristischer Standort

Angebotsstruktur

Hauptvoraussetzung für die Etablierung langfristig tragfähiger Tourismusstrukturen besteht in der Aufwertung vorhandener touristischer Attraktionen und der Bereitstellung einer intakten Infrastruktur. Dafür fehlen dem Land Malawi die finanziellen Ressourcen und die global herausragende touristische Alleinstellung. Das spärlich ausgebaute Wegenetz, der schlechte Straßenzustand und das defizitäre Angebot öffentlicher Verkehrsmittel erfordern geeignete Transportmittel, um Malawi komfortabel zu bereisen. Beliebte Fortbewegungsmittel sind allradbetriebene Jeeps und Trucks, die je nach Bedarf bis zu 20 Personen befördern können. Individualreisende und Rucksacktouristen bereisen Malawi vielfach mit dem Bus, der als einziges öffentliches Verkehrsmittel über ein relativ gut ausgebautes Liniennetz verfügt. Das wenig erschlossene Bahnverkehrsnetz spielt im touristischen Kontext nur eine untergeordnete Rolle. Der Schiffsverkehr besteht im Wesentlichen aus einer Fähre, die wöchentlich auf dem Malawisee verkehrt und von Rucksacktouristen gern in Anspruch genommen wird.

Die Hauptklientel ausländischer Touristen Malawis sucht die Ursprünglichkeit und Exotik des Landes und ist auf Unwägbarkeiten bzgl. der Infrastruktur eingestellt. Die Übernachtung im Zelt ist zumindest für europäische Touristen Teil ihres erwarteten Reiseabenteuers. Im Gegensatz zu Urlaubereinstellungen gegenüber Campingaufenthalten in europäischen Reisedestinationen haftet einer Unterbringung im Zelt in Afrika nicht das Image des Billigtourismus an. Auf diese Umstände haben sich die Anbieter malawischer Unterkünfte eingestellt, indem sie vermehrt einfache Hütten und Campingplätze in geschlossenen Anlagen anbieten. Hotelunterkünfte, mit internationalem Standard sind vor allem in der Hauptstadt Lilongwe und vereinzelt in städtischen Agglomerationen wie Mzuzu im Norden und Blantyre im Süden vorzufinden.

Abb. 8 Campingmöglichkeiten in Malawi

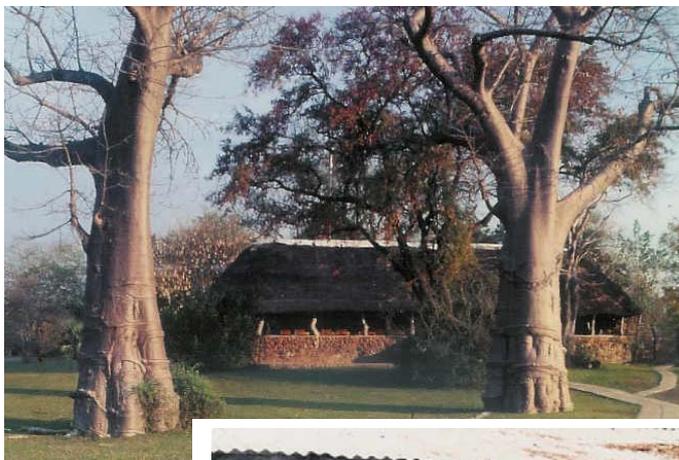


Internationale Campinglodge in Lilongwe /Mittelklasse

Aufnahme: J. Saupe 2002

Siedlungen, Dörfer und Städte, in welchen bereits touristische Entwicklungsansätze vorhanden sind, liegen in touristisch reizvollen Gegenden wie z.B. an den Ufern des Malawisees oder im direkten Einzugsgebiet von Nationalparks. Dort werden neben festen Unterkünften in Form von separaten Hütten oder Zimmern in Hotelgebäuden jeweils Campingmöglichkeiten angeboten. In Unterbringungen mit gehobenem und luxuriösem Standard ist der Hotelbereich in der Regel vom Campingkomplex getrennt und teilweise für Campinggäste nicht frei zugänglich.

Abb. 9 Beispiele von Unterbringungsarten in Malawi



↑ Restaurantbereich, Nationalpark Mzu Mzu / gehobener Standard

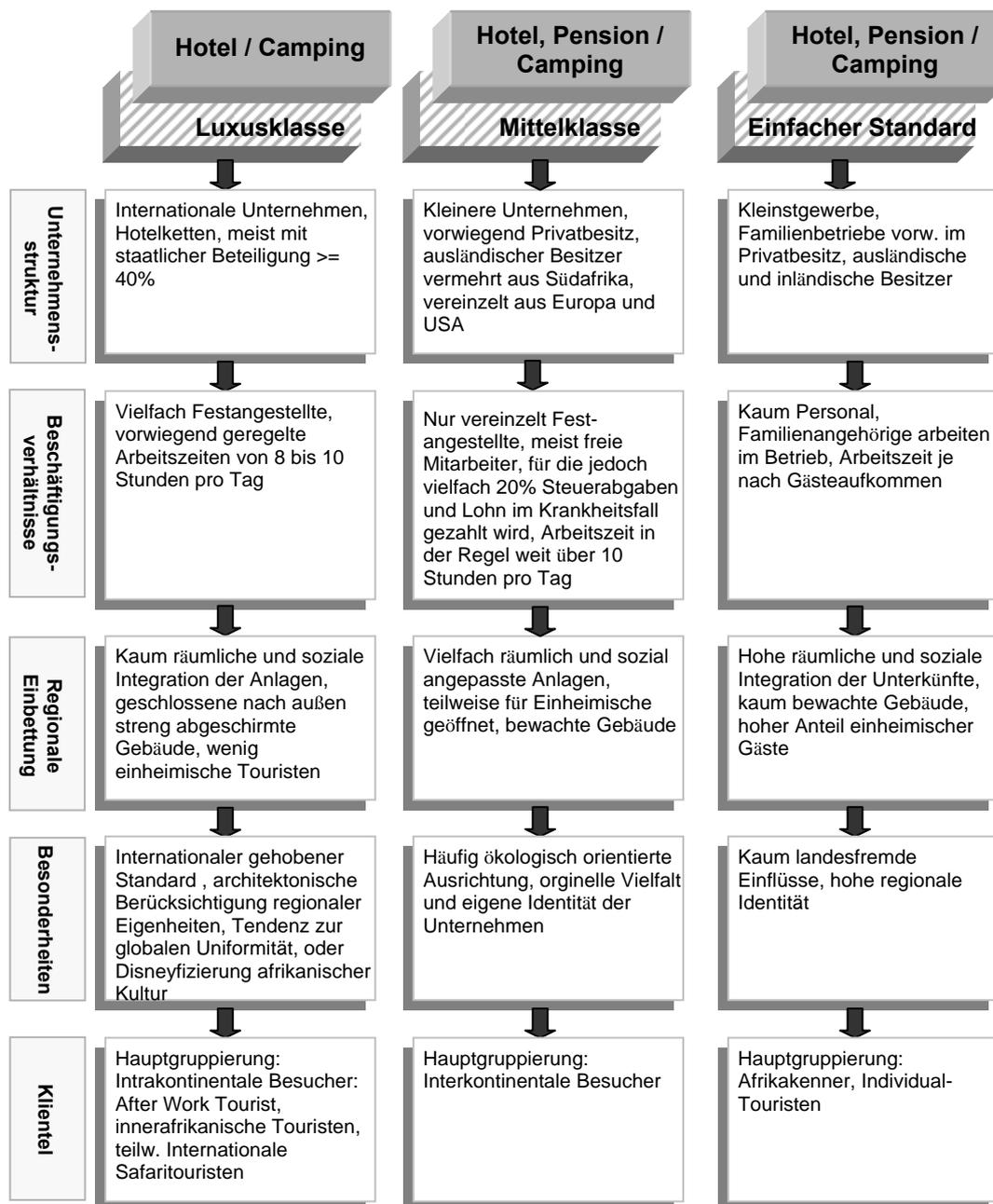


↑ Individuell geführte Campinglodge in Chembe / mittlerer Standard

← Privatpension von Entwicklungshelfern in Chembe, einfacher Standard

Das Angebot malawischer Unterkünfte lässt sich insgesamt in drei Klassen mit jeweils unterschiedlich zusammengesetzter Betreiberschaft einteilen (vgl. Abb. 10). Anlagen der Luxusklasse entsprechen internationalen Standards und werden vorwiegend mit staatlicher Beteiligung betrieben. Sie liegen in exponierten Lagen, wie z.B. in Nationalparks, in der Hauptstadt und am Malawisee. Die Klientel der Luxuskomplexe in Nationalparks besteht hauptsächlich aus internationalen Safaritouristen. Hochpreisanlagen der Seegebiete werden schwerpunktmäßig von Tagungsgästen aus Regierungskreisen und Geberländern sowie von Badetouristen aus Südafrika besucht. Entsprechend unterschiedlich ist die Architektur der Anlagen. Während in Nationalparks darauf geachtet wurde, afrikanische Gestaltungselemente aufzugreifen, liegt der Schwerpunkt luxuriöser Hotel- und Campinganlagen am See in der Betonung von internationalen Luxusattributen.

Abb. 10 Charakteristische Merkmale touristischer Unterkunftsclassen Malawis

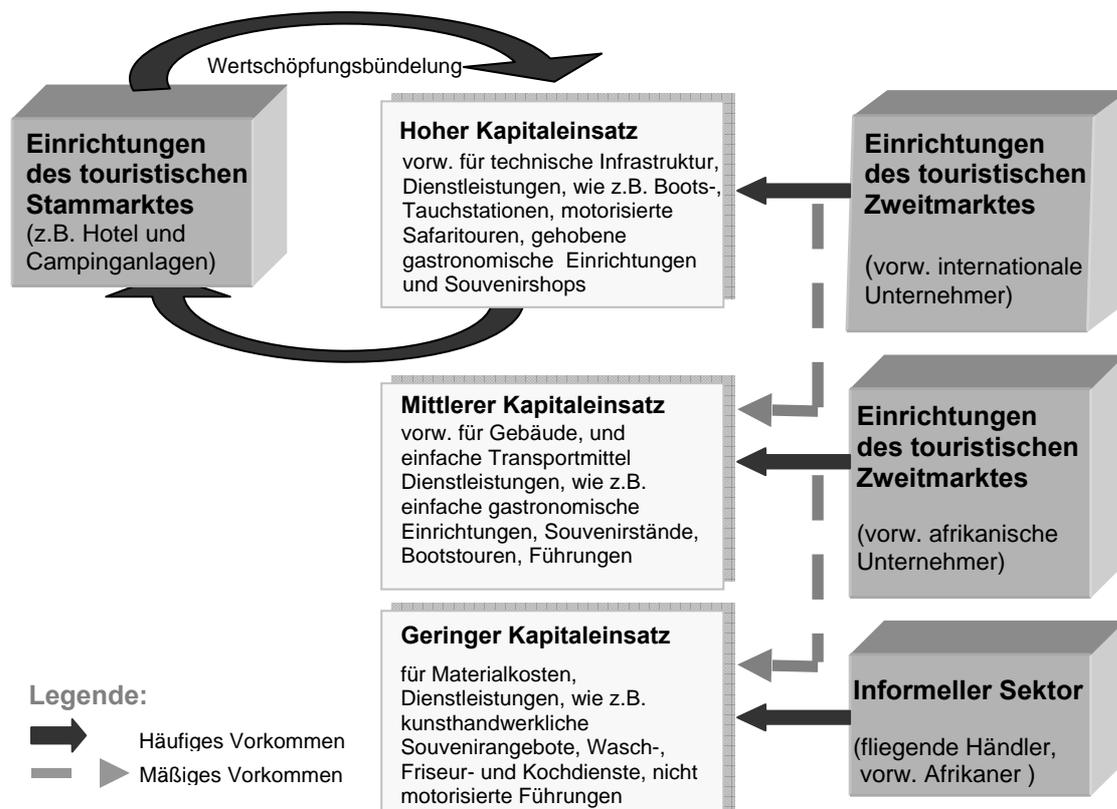


Entwurf: I. Carstensen

Anlagen der Mittelklasse verfügen in der Regel über sanitäre Anlagen europäischen Standards mit Spültoiletten und separaten Duschbereichen. Die Gestaltung der Unterbringungen ist in diesem Segment vielfältig und oftmals geprägt von der persönlichen Note der Betreiber. Die Anbieter von Mittelklasseanlagen sind vielfach Südafrikaner, Aussteiger aus Europa, Australien, Kanada und USA und vereinzelt Malawier selbst. Der jeweilige Lebensstil und kulturelle Hintergrund der Betreiber hat unmittelbaren Einfluss auf die zum Teil hohe Originalität der Anlagen. Die Variationsbreite reicht von Partyhäusern am See über Buschwohnhütten, als Holzhüttenanlage mit individuellen Koch-, Schlaf- und Waschgelegenheiten, bis hin zu esoterisch anmutenden Öko-Anlagen, bei welchen die Beleuchtung mit Eintritt der Dunkelheit zielgruppengerecht nur noch mit Kerzenlicht erfolgt. Unterkünfte und Hotels einfachsten Standards werden von Malawiern selbst oder von Personen, die mit der Landeskultur vertraut sind, betrieben.

Insgesamt gesehen verfügt das Malawische Unterkunftsangebot über einen höheren Standard als dies seitens ausländischer Touristen erwartet wird. Dabei wird von den Besuchern positiv aufgenommen, dass sanitäre Anlagen auch in kleineren Anlagen der Mittelklasse westlichen Mindeststandards entsprechen. Im Vergleich zu touristisch stärker erschlossenen afrikanischen Destinationen fehlt dem malawischen Unterkunftsangebot die Variationsbreite auf dem Hochpreissektor. Die teilweise sehr individuelle und improvisierte Ausgestaltung von Unterkünften im Mittel- und Niedrigpreissegment hebt sich positiv von normierten Angeboten klassischer Reisedestinationen ab.

Abb. 11 Betreiberstrukturen touristischer Dienstleistungsgewerbe Malawis



Entwurf: I. Carstensen

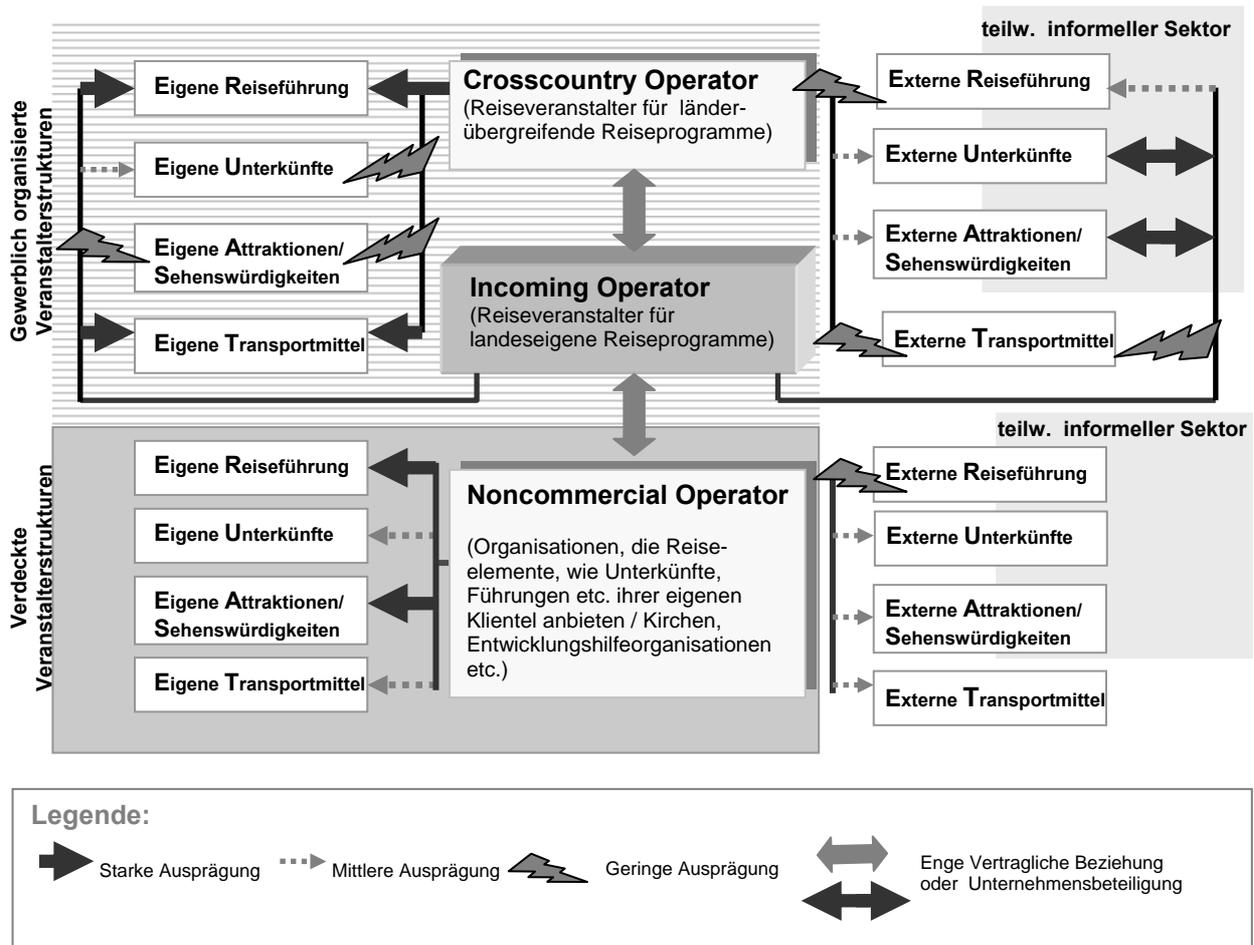
Das sekundärtouristische Dienstleistungsangebot Malawis ist vergleichsweise spärlich ausgebaut. Es erstreckt sich im Wesentlichen auf Kleinstgewerbe im Bereich des informellen Sektors. Lediglich in direkter Nachbarschaft zu Hotel- und Campinganlagen hat sich eine kommerzielle touristische Sekundärinfrastruktur etabliert. Dabei handelt es sich um unabhängige Surf-, Segel- und Tauchstationen, Bootsverleihungsdienste, Souvenirshops oder einfache gastronomische Gewerbeeinrichtungen, die sich meist in der Trägerschaft ausländischer Anbieter befinden. Betriebe aus dem Unterhaltungssektor wie z.B. Kneipen, Bars, Diskotheken, die von Touristen frequentiert werden, sind vermehrt innerhalb der bewachten Hotelanlagen vorzufinden. Einheimische haben dort nur selten Zugang. Außerhalb eingezäunter Hotelressorts dominiert in derartigen Etablissements die einheimische Klientel.

Malawier, die in der Lage sind, einfache Souvenirstände zu unterhalten oder eigene Kleinboote für gelegentliche Touristenfahrten nutzen können, sind in der Minderheit und zählen zur privilegierten Schicht ihres Landes. Weniger Privilegierte versuchen touristisches Einkommen zu erwirtschaften, indem sie beispielsweise Waschkosten für Urlauberwäsche unterhalten, traditionelle Frisuren flechten oder Schnitzereien mit Namensgravuren offerieren. Individuelle Touristenführungen, die von Einheimischen direkt angeboten werden, sind aufgrund mangelnder Erfahrung im Umgang mit ausländischen Touristen eher selten.

Der kommerzielle Incoming-Sektor Malawis wird ähnlich wie in anderen afrikanischen Ländern von Unternehmen mit hoher staatseigener Beteiligung dominiert. Diese bilden eine exklusive Buchungsplattform für zahlreiche touristische Angebotsmodule. Das Hauptgeschäft unabhängiger inländischer Veranstalter bezieht sich auf die Durchführung mehrtägiger Safaritouren. Sie gestalten ihre Reiseprogramme in Eigenregie, unterhalten teilweise eigene Camping- bzw. Hotelanlagen und verfügen über Verträge mit malawischen Unterkunftsanbietern. Neben den ausschließlich in Malawi selbst agierenden Veranstaltern wächst die Anzahl der so genannten „Crosscountry Operators“. Diese halten mehrwöchige Trips durch verschiedene grenzüberschreitende afrikanische Reisedestinationen in ihrem Programm vor. Das Angebotsspektrum ist aufgrund des reduzierten Zeitbudgets der Touren weniger differenziert. Der Reiseaufenthalt ist in der Regel auf maximal eine Woche in einem Land beschränkt. „Crosscountry Operators“ halten vielfach engen Kontakt mit inländischen Veranstaltern und buchen bei Sonderwünschen ihrer Klientel Reiseprogramme extern zu.

Nicht zu unterschätzen ist der Anteil nicht kommerzieller oder verdeckter Veranstalterstrukturen Malawis. Einrichtungen, wie zum Beispiel Kirchen oder Entwicklungshilfeorganisationen, die in Abb. 12 als „Noncommercial Operators“ bezeichnet werden, veranstalten eigene landeskundliche Begehungen und Ausflüge. Sie verfügen, anders als die gewerblich organisierten Veranstalter, über eigene Attraktionen und Sehenswürdigkeiten und besondere Beziehungen zu Einheimischen, die sie zur Gestaltung ihrer individuellen Gästeführungen entsprechend nutzen. Ausschließlich touristisch ausgerichtete Programme und Führungen werden zur Komplettierung der jeweiligen Reisen überwiegend bei kommerziellen Anbietern zugebucht. Die zunehmende touristische Zusammenarbeit kommerzieller Veranstalter und nicht kommerzieller Organisationen bedingt einen wechselseitigen Austausch der jeweils speziellen Einzelangebote. Dem Touristen werden auf diesem Wege neue Reismodule angeboten, die tiefer gehende Einblicke in die Landeskultur gewähren und dem Einheimischen alternative Möglichkeiten touristischen Wirkens eröffnen.

Abb. 12 Beanspruchungsintensität und vertragliche Beziehungen von in Malawi agierenden Reiseveranstaltern mit internen und externen Dienstleistungsanbietern



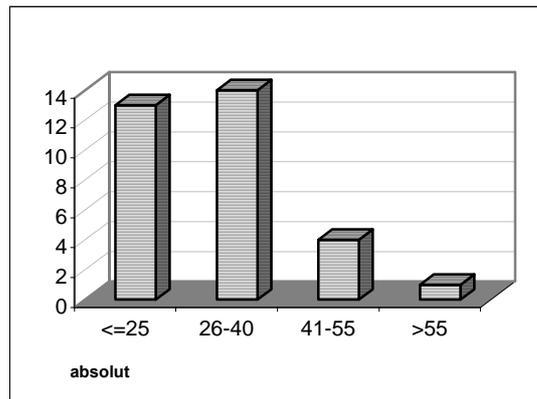
Entwurf: I. Carstensen

Malawis Klientel

Die Aussagen über die touristische Klientel Malawis basieren auf Erkenntnissen aus Touristenbefragungen, die auf der Forschungsreise an unterschiedlichen Reisestationen mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens durchgeführt wurden sowie aus den Protokollen über Expertengespräche und teilnehmende Beobachtungen. Zu erwähnen ist, dass es dem jeweiligen Forscher freigestellt war, an welchen Orten er Touristen befragt. Als Befragungsstätten genutzt wurden vorzugsweise Campingplätze oder preiswerte Lodges. Befragungen in Luxusanlagen, waren nur vereinzelt möglich. Aussagen über die gehobene Klientel, beziehen sich hauptsächlich auf Experteninterviews, die mit einzelnen Hotelmanagern geführt werden konnten. Die im Folgenden dargestellten Abbildungen, rekrutieren sich aus der Ergebnislage der standardisierten Befragung und beziehen sich folglich auf die Klientel des mittleren und unteren Preissegments.

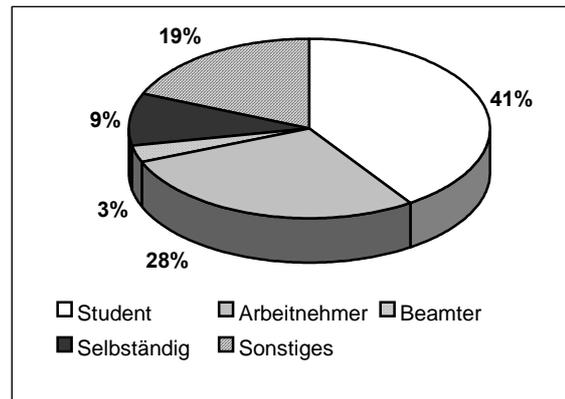
Demographie: Erwartungsgemäß sind weit mehr als die Hälfte der befragten malawischen Besucher von Lodges und Campingplätzen nicht älter als 40 Jahre alt. Dieser Eindruck entspricht den Beobachtungen, die in den verschiedenen Lodges und Campinganlagen von uns gemacht wurden. In gehobenen Hotelkategorien entstand der Eindruck, dass die Klientel insgesamt älter ist, was anhand von Gesprächen mit verschiedenen Hotelmanagern bestätigt wurde.

Abb. 13 Alter



N=32, Quelle: eigene Befragung

Abb. 14 Beruf

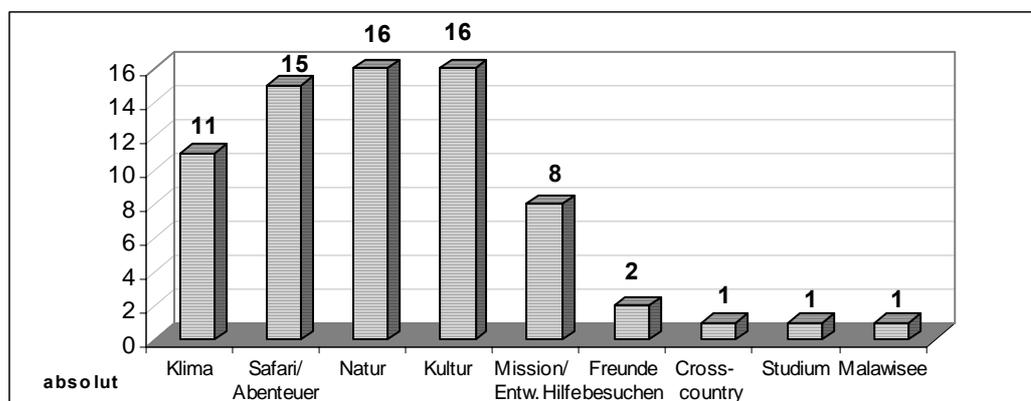


N=32, Quelle: eigene Befragung

Alle befragten Personen im Alter bis zu 25 Jahren geben an, Studenten zu sein und sind am häufigsten unter den befragten Touristen vertreten. Hinsichtlich des Reiseanlasses stellt sich heraus, dass lediglich etwas mehr als die Hälfte der Gäste aus rein touristischen Zwecken Malawi bereist. Der hohe Anteil an Studenten unter den Befragten ist vermutlich damit im Zusammenhang zu sehen. Knapp ein Drittel gibt an, beruflich, aus humanitären oder aus missionarischen Gründen Malawi aufzusuchen und verstärkt den Eindruck des bereits an anderer Stelle erwähnten hohen touristischen Einfluss von sog. „Non-commercial Operators“ (vgl. Abb. 9). Die Herkunftsverteilung der Probanden ist im Fokus der Befragungsergebnisse europalastig. Dies deckt sich mit unseren persönlichen Eindrücken über die jeweils nationale Herkunft der Besuchergruppen in verschiedenen einfachen Camps und Lodges. In der Luxusanlage des Nationalparks in Mzuzu wurden deutlich mehr Amerikaner, Japaner und vor allem Südafrikaner registriert.

Reisemotivation und -erwartung: Die Hauptbeweggründe Malawi zu bereisen, fußen auf dem Interesse für naturkundliche und kulturelle Erlebnisse der Mehrzahl der Befragten. Eine nicht unerhebliche Rolle spielen die klimatischen Bedingungen. Gäste, die sich aus beruflichen Gründen in Malawi aufhalten nutzen in ihrer Freizeit vorzugsweise Gelegenheiten sich am See zu erholen.

Abb. 15 Reisemotivation



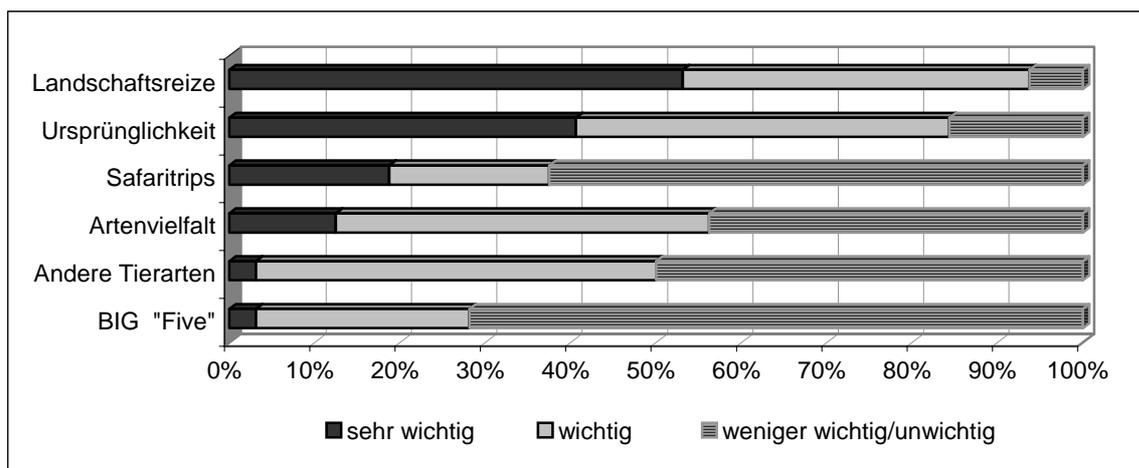
N=32, Quelle: eigene Befragung

Die Mehrzahl der Veranstalter von Afrikatouren bereist mehrere Länder. Ferntouristen, die ausschließlich Malawi aufsuchen, verweilen maximal vier Tage an einem Aufenthaltsort

und laufen durchschnittlich fünf bis sechs Reisestationen an (MALAWI TOURIST OFFICE, ITB 2003/2004). Im Unterschied zu afrikanischen Touristen, die Malawi durchaus als Badeziel ansehen, überwiegt bei Ferntouristen die Exotik des Reiseziels. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass das malawische Tourismusbüro zunehmend Kurztrips ausländischer Gäste in abgelegene Siedlungsräume verzeichnen konnte. Das Interesse an außergewöhnlichen Tauchgründen des Malawisees nimmt sich hingegen eher gering aus (MALAWI TOURIST OFFICE ITB 2003). Geschuldet ist die in Bezug auf den Malawisee geübte Zurückhaltung von Ferntouristen, der Unsicherheit gegenüber gesundheitlichen Standards des Landes. Aufgrund erhöhter Bilharziosegefahr¹ hegen insbesondere Fern-touristen starke Vorbehalte gegenüber einer Badenutzung des Sees sowie gegenüber den hygienischen Begleitumständen Malawis insgesamt. Touristen, die mit den Verhältnissen des Landes vertraut sind, gehen wesentlich offener mit der Hygieneproblematik und der im Malawisee bestehenden Infektionsgefahr um. Sie verweisen auf eine ggf. unkomplizierte medikamentöse Nachbehandlung.

Die Ursprünglichkeit und der allgemeine landschaftliche Reiz zählen zu der wichtigsten Reiseerwartung malawischer Gäste. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die, durch die afrikanische Tourismuswerbung propagierte Tiervielfalt und die so genannten „Big 5“ weit hinter den von Ferntouristen bevorzugten genannten Reiseattributen liegen. Eine der Ursachen dafür mag darin zu suchen sein, dass andere afrikanische Reisedestinationen dieses Bedürfnis in höherem Maße abdecken.

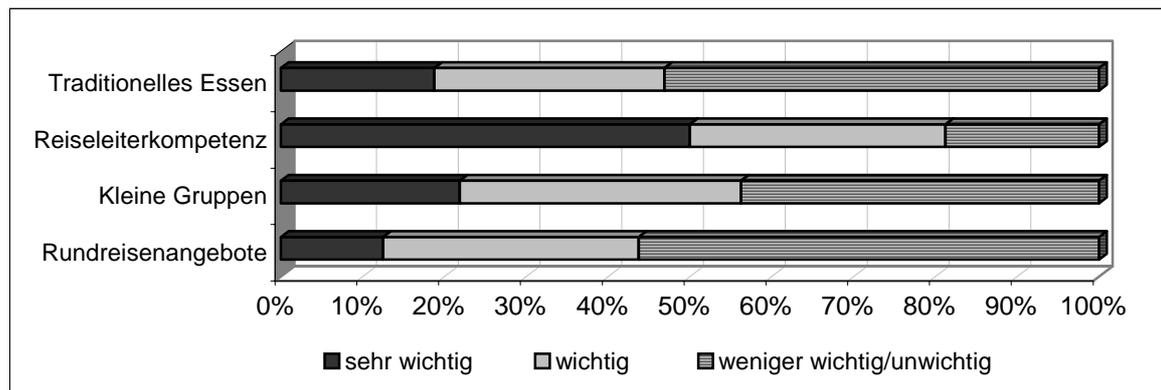
Abb. 16 Interessensschwerpunkt „Natur“



N=32, Quelle: eigene Befragung

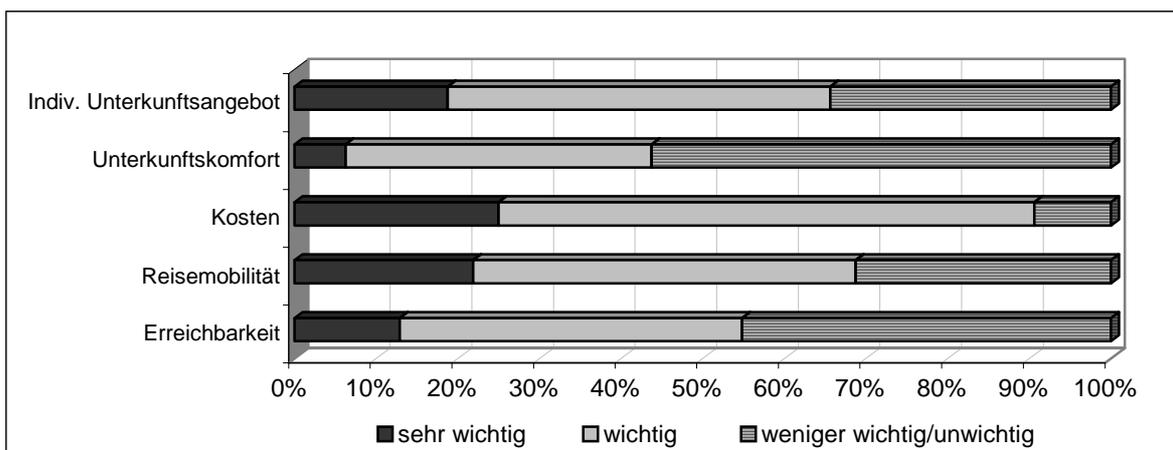
Eine Schlüsselfunktion für den Erfolg einer Pauschalreise nach Malawi wird nach Aussagen von unterschiedlichen Gesprächs- und Interviewpartnern der Kompetenz und dem Organisationstalent der jeweiligen Reiseleitung zugeschrieben. Reisebegleitumstände, wie z.B. die Größe der Reisegruppe, die Verpflegung oder Routenführung spielen demgegenüber eine nachgeordnete Rolle. Sie sind gleichzeitig ein weiteres Indiz dafür, dass der Erlebnisfaktor von Touristen Malawis vergleichsweise hoch bewertet wird.

¹ Bilharziose ist eine durch Wurmbefall ausgelöste chronische Infektionskrankheit mit Fieber und Schwächegefühlen.

Abb. 17 Anforderungen an Reiseangebote und Kompetenzen

N=32, Quelle: eigene Befragung

Die individuelle Ausgestaltung von Unterkünften ist für die befragten Besucher von höherer Relevanz als der Unterkunftscomfort. Dies bedeutet, dass auch hinsichtlich der Unterbringungen eine gewisse Exotik, einem international normierten Standard der Vorzug gegeben wird.

Abb. 18 Allgemeine Reiseanforderungen

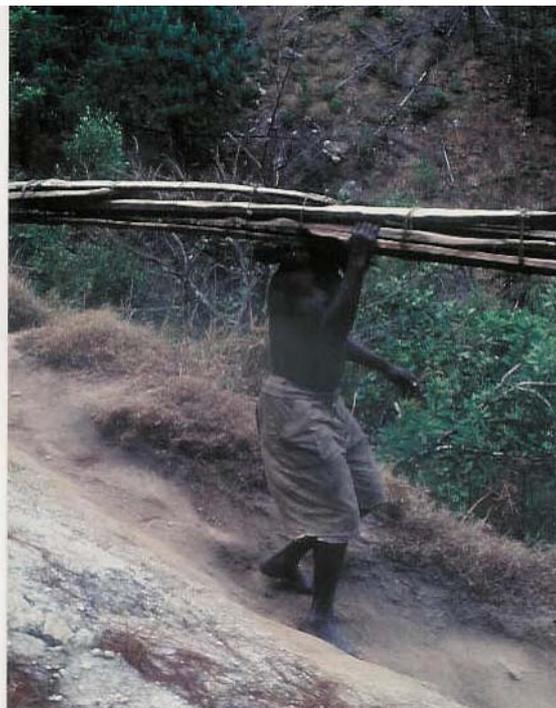
N=32, Quelle: eigene Befragung

Spontane Reiseplanungen von Individualreisenden sowie vielfältige Reiseroutenführung der Veranstalter erfordern eine Mindestausstattung lokaler Wege- und Transportsysteme, um den Ansprüchen der Befragten nach Reisemobilität gerecht werden zu können. Eine Anforderung, die Malawi in der über mehrere Monate währenden Regenzeit nur selten erfüllen kann.

Abb. 19 Wegesysteme Malawis im Fokus des aktuellen Entwicklungsstandes



Eine, durch die Regenzeit überschwemmte Brücke in der Nähe von Blantyre



↑ Wege zur Holzbeschaffung am Fuße des Mulanje Massivs ↑

Aufnahmen: J. Saupe, E. Goltz August 2002

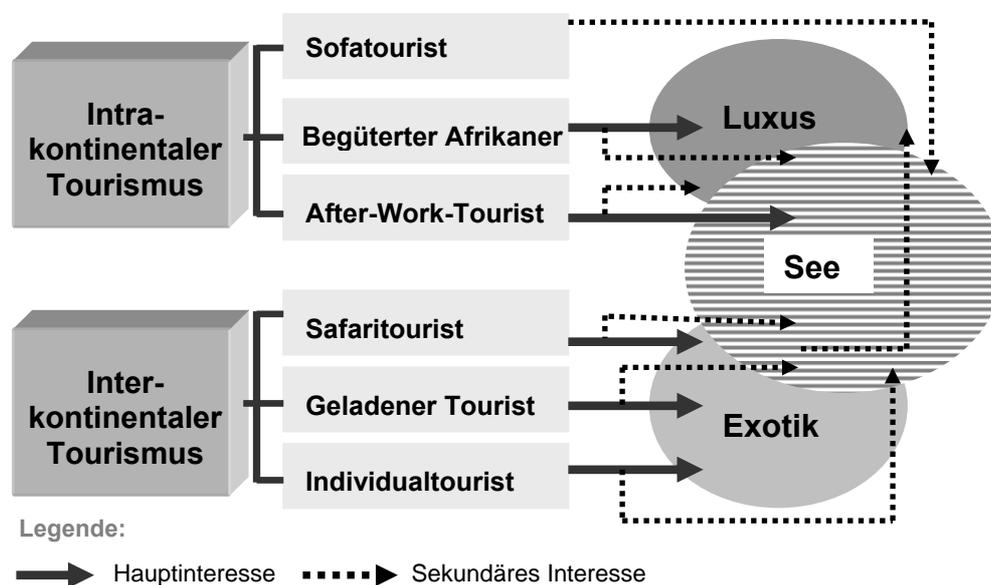
In einer offen gestellten Frage nach Beweggründen, die zur Auswahl des Landes Malawi als Reisedestination geführt haben, werden im Wesentlichen drei Hauptmotivationen artikuliert:

- die, in Zeiten von international agierenden Terroristen, vergleichsweise hohe Reisesicherheit,
- die noch „unverdorben malawische Gastfreundschaft“, sowie
- die Exotik der Landeskultur.

Die Landesregierung Malawis schöpft aus solchen Aussagen touristische Visionen und ist bestrebt trotz unzureichender finanzieller Ausstattung und anderweitig gravierender sozialer Probleme weitergehende touristische Aktivitäten zu entfalten. Eine der Maßnahmen, die zwischenzeitlich in die Wege geleitet wurden, ist der Zusammenschluss zwischen den Ländern Südafrika, Lesotho, Swaziland, den Komoren und Malawi zur Etablierung einer gemeinsamen internationalen Tourismuswerbung, die in Zukunft gezielt ausländische Touristen interessieren soll (MALAWI TOURIST OFFICE ITB, 2004).

Malawis Touristentypen: Im Spiegel der durchgeführten Befragungen lassen sich gegenwärtige Touristen Malawis in zwei Hauptgruppierungen einordnen: In Gästegruppierungen, die aus Afrika kommen und entsprechend einem intrakontinentalen Tourismus zugerechnet werden und in Fernreisende, die aufgrund ihrer Herkunft außerhalb des afrikanischen Kontinents einem interkontinentalem Tourismus zugeordnet werden können.

Abb. 20 Malawis touristische Klientel und deren Hauptinteressen



Entwurf: I. Carstensen

Während sich das Interesse der internationalen Klientel vorwiegend auf die Exotik des Landes richtet, fokussieren die Bedürfnisse intrakontinentaler Touristen hauptsächlich auf eine Erholung am Malawisee. Beide Hauptgästegruppen lassen jeweils drei weitere Untergliederungen zu. Besuchergruppen intrakontinentaler Touristen setzen sich aus Reisenden zusammen, die ausschließlich malawische Freunde und Anverwandte aufsuchen (*Sofatouristen*) und Gästen, die sich in Malawi erholen wollen (*After-Work-Touristen*, *Begüterte Afrikaner*). Im Unterschied zu den in dieser Gruppierung bezeichneten Sofatouristen, die ganz vorwiegend aus den unteren Bevölkerungsschichten Malawis oder angrenzenden Staaten stammen, gehören „After-Work“-Touristen, die großteils im Entwicklungs- oder Missionarsdienst tätig sind, sowie afrikanische Touristen, die aus reinen Erholungszwecken Malawi bereisen, zur gehobenen Touristenklientel. Vor allem After-Work Touristen erwarten an ihren bevorzugten Erholungsorten einen internationalen Standard und verfolgen das Interesse, die alltägliche Beschäftigung mit landesspezifischen Problemen zumindest kurzfristig auszublenden. Der begüterte Afrikaner präferiert ebenfalls eine luxuriöse Umgebung. Er ist jedoch weitaus mobiler und wechselt seine Erholungsstandorte während seines meist mehrwöchigen Aufenthaltes mehrmals.

Interkontinentale Touristen Malawis lassen sich in folgende Gruppierungen untergliedern: Unabhängige Reisende, die Malawi auf eigene Faust erkunden (*Individualtouristen*), *Safaritouristen*, die sich von Dritten durch das Land führen lassen und *geladene Touristen*, die vorzugsweise mit Vertretern nichtkommerzieller Einrichtungen (Entwicklungshilfeeinrichtungen, Kirchen, etc.) das Land erkunden. Luxusanforderungen und Badeinteresse treten bei diesen Gästegruppen in den Hintergrund. Dominant ist bei diesen Gruppierungen die Nachfrage nach landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten. Eine anteilige prozentuale Festlegung der einzelnen Besuchergruppen ist aufgrund der zu geringen Stichprobe nicht möglich. Zur Typologie deutscher Dritter-Welt-Reisender nach ADERHOLT ergeben sich hinsichtlich der Touristentypen in Malawi aber nennenswerte Abweichungen. Reine Strand- und Erholungsurlauber, die bei ADERHOLT als Typ1 bezeichnet werden, kommen in Malawi ausschließlich intrakontinental vor. Die Mischform des als Typ II deklarierten Sightseeing- und Badetouristen ist ebenfalls vorwiegend auf die in Afrika ansässige touristische Klientel beschränkt. Lediglich der als Typ III bezeichnete „unabhängige Reisende“ ist mit dem Individualtouristen Malawis, nach der hier vertretenen Auffassung, direkt vergleichbar. Die von ADERHOLT beschriebenen dominierenden Präferenzen dieses Typs, der sich mit einem hohen Erlebnisdrang, einem starken Interesse an exotisch anmutenden Lebenskulturen charakterisieren lässt, treffen gleichermaßen auf den malawischen Individualreisenden zu (ADERHOLT, 1997). Darüber hinaus grenzt sich der malawische unabhängige Reisende durch ein erhöhtes Interesse an individuellen Angeboten (zum Teil an skurril und kunstvoll ausgestalteten Unterkünften) und geselligen Erlebnissen (z.B. spontane Feste und Partys) ab.

3 Malawi auf dem beschwerlichen Weg zur touristischen Destination

Der Gestaltungswille malawischer Landesvertreter, touristische Strukturen aufzubauen, ist weitaus höher, als tatsächlich bestehende Handlungsoptionen. Wie bereits eingangs erwähnt, zählt Malawi zu einem der weltweit ärmsten Länder und befindet sich in einer starken Abhängigkeit internationaler Geberländer. Finanzielle Ressourcen werden dringend für den Einsatz lebenserhaltender Grundstrukturmaßnahmen benötigt. Dazu gehören neben dem Erhalt von den nur rudimentär bestehenden Wegesystemen der Ausbau von medizinischer Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge und Bildung sowie Nahrungsicherungsmaßnahmen, die einen verstärkten Lernprozess bezüglich der Diversifizierung agrarwirtschaftlichen Anbaus und der effektiven Verwertung der gewonnenen Erzeugnisse erfordern. Angesichts einer derart existenziellen Problematik stellt sich die Frage, inwiefern ein Ausbau von Tourismus dem Land zuträglich ist.

Beispiele touristischer Karrieren anderer Entwicklungsländer belegen, welche Chancen und Risiken touristische Expansionen in sich bergen. Die besonders eindrucksvollen und dynamischen Tourismuskarrieren der Seychellen oder der Dominikanischen Republik werden von Landesvertretern aus Entwicklungsländern vielfach als Argumentationshilfe verwandt, um finanzielle Mittel für einen eigenen touristischen Ausbau trotz desolater gesamtwirtschaftlicher Lage zu mobilisieren. Hauptargument der Verfechter touristischer Investitionen ist die im Vergleich zur Industrie zunächst relativ geringe Kapitalintensität. Oftmals werden jedoch die allgemeinen Rahmenbedingungen des eigenen Landes zu wenig mit den kurz- und langfristigen Anforderungen touristischer Märkte reflektiert, mit der Folge von Fehleinschätzungen, die im Widerspruch zu einem dauerhaft umwelt- und sozialverträglichen Tourismus stehen und damit dem Land letztendlich schaden. In Tabelle 1 werden mögliche Folgewirkungen einer touristischen Expansion unter Berücksichtigung der gegenwärtig allgemeinen Rahmenbedingungen zusammengefasst.

Tab. 1 Rahmenbedingungen Malawis in Hinblick auf touristische Expansionsvorhaben

Allgemeine Rahmenbedingungen Malawis	Kurzfristige Wirkung durch den Ausbau touristischer Aktivitäten	Langfristige Wirkung durch den Ausbau touristischer Aktivitäten
Defizitäre Infrastruktur	⊖ Verknappung anderweitig dringend benötigter Finanzressourcen	+ Multifunktionale Nutzerklientel der bereitgestellten Infrastruktur
Nahrungsmittelknappheit	⊖ Verschärfung der Verknappung mit der Folge von Nahrungsmittelverteuerung	+ Erleichterung von Nahrungsmittelimporten durch touristische Einnahmen
Medizinische Unterversorgung, Defizitäre Aufklärung (AIDS)	+ Internationale Bewusstseins-schärfung	+ Sporadische zusätzliche Hilfe internationaler Institutionen
Agrarwirtschaftliche Dominanz	+ / ⊖ Arbeitsneu- und umverteilung, Auswirkung auf das bestehende Sozialgefüge	⊖ Rückgang der Agrarerzeugung durch Entzug von Arbeitskräften, Kapital und Boden, Verlust von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum + Schaffung neuer Arbeitsplätze
Fehlen einzigartiger touristischer Attraktionen	⊖ Erschwerte Vermarktungsbedingungen, starke innerafrikanische Konkurrenz	+ Schaffung von Marktnischen, ggf. Stärkung innovativer Kräfte ⊖ Abdriften in gesichtslose touristische Destination
Rudimentärer Kunsthandwerkssektor	+ Ausbau bestehender kultureller kunsthandwerklicher Traditionen	+ / ⊖ Kommerzialisierung des Kunsthandwerksektors, ⊖ Gefahr kultureller Disneyfizierung
Endogene soziokulturelle Identität	⊖ Verfremdung kultureller Traditionen durch klischeehafte Erwartungshaltung der Touristen, + Bewahrung kultureller Identität durch neue Wertschätzung	⊖ Gefahr von „Verwestlichung“ und Akkulturation, Entmystifizierung eigener Identitäten, Folge: negative Polarisierung und Steigerung von Aggressionen, + Wiederbelebung kultureller Eigenheiten
Relativ hoher Bestand ausgedehnter Naturreservate, die für die Bevölkerung nur begrenzt zugänglich sind	+ Steigerung der Artenvielfalt durch weitere Expansionsmaßnahmen	+ Erhalt von einzigartigen Naturreservaten, ⊖ Konflikttherd durch hohe Einschränkungen für die Bevölkerung
„Unverbrauchtheit einheimischer Gastfreundschaft“ als touristisches Alleinstellungsmerkmal	⊖ Negative Demonstrationseffekte durch Verhaltens- und Konsummuster der Touristen, + Bewahrung durch touristische Bildungsmaßnahmen	⊖ Änderung einheimischer Verhaltensmuster bei gleichzeitigem Verlust touristischer Alleinstellung, + Stärkung positiven Verhaltens
Relativ hoher Bestand touristisch individueller Unterkünfte	+ Steigerung regionaler Identität und touristischer Attraktion	+ Netzwerkbildung, Bindung innovativer Milieus
Tendenz zum weiteren Ausbau touristischer Luxusanlagen	⊖ Kapitalbindung, Unsichere Standortbedingungen und Klientelbindung durch fehlende eigenständige Attraktion	⊖ Steigerung sozialen Unfriedens, Gettoisierungseffekt

Entwurf: I. Carstensen, in Anlehnung an Feststellungen von K. VORLAUFER 1996

4 Fazit

Aus marktstrategischer Sicht ist die Ausgangssituation Malawis, kurz- und mittelfristig zu einer marktgängigen Tourismusdestination zu avancieren äußerst ungünstig. Neben hohen landesinternen Belastungen, die ein sensibles ökonomisches Handeln erfordern, fehlen Malawi Alleinstellungsmerkmale, die das Land aus der Fülle konkurrierender Reiseziele abhebt. Lediglich der Malawisee mit seinem endemischen Fischreichtum bietet Anknüpfungspunkte für eine Vermarktung landespezifischer Besonderheiten. Eine Chance besteht in diesem Fall allenfalls in der Bedienung spezieller touristischer Marktnischen.

Mangels leicht vermarktungsfähiger natürlicher Besonderheiten, wie z.B. exponierte bedeutende Gebirgsmassive oder eine besondere Vielfalt an exotischen Tierarten, richten malawische Tourismusstrategen ihre Werbelinie auf soziokulturelle Besonderheiten aus und erheben damit ein wenig resistentes endogenes Gut zum alleinigen Träger einer langfristig angelegten Werbebotschaft. Gleichzeitig tendieren malawischer Entscheidungsträger dazu, Luxusanlagen am Rande von Nationalparks oder in ufernahen Gebieten des Malawisees weiter auszubauen. Die derzeitige defizitäre Gesamtauslastung der malawischen Luxusanlagen, sowie Ergebnisse vorliegender Untersuchungen sprechen jedoch gegen einen massiven Ausbau von First Class-Strukturen. Im internationalen Kontext zeigt sich, dass insbesondere Anlagen der Luxusklasse, sofern sie nicht bereits über ein gewachsenes Image verfügen, einem enormen Wettbewerbsdruck unterliegen. Die Folge ist ein Destinationswettbewerb um die schönsten Strände, die pseudogefährlichsten Abenteuer und die am besten inszenierten Lokalitäten. In dieser Liga werden auch künftige Anlagen Malawis aufgrund fehlender globaler Attraktion und Finanzkraft nur eine untergeordnete Rolle spielen können. Dies hat zur Konsequenz, dass weitere malawische Luxushotels kaum neue Nachfrage hinzugewinnen, sondern lediglich die ihrer Konkurrenz mitbedienen werden. Darüber hinaus tragen derartige Anlagen nur selten zur Stärkung regionaler Identitäten bei. Im Gegenteil – der international geforderte Standard von Luxusanlagen geht zu Lasten endogener Originalität und zieht die Austauschbarkeit dieser Art von Unterkünften nach sich. Damit wird dem Grunde nach jede Bemühung um landeseigene unverwechselbare Identität ad absurdum geführt.

Malawis Chancen liegen im mäßigen Ausbau von Freizeitanlagen des gehobenen Sektors, vor allem jedoch in sukzessiven Erweiterungen von touristischen Unternehmen der mittleren und unteren Preisklasse. Orte, wie das von uns besuchte Dorf Chembe, führen vor Augen, in welcher Weise Tourismus in Malawi funktionieren könnte. Dabei ist der touristische Innovationskern Chembes gerade nicht eine abgeschottete Anlage international gehobenen Standards, sondern ein Netzwerk kleiner individueller kreativer Anbieter, die in Kooperation mit der dörflichen Bevölkerung eine eigene harmonische Einheit bilden. Jedes der Unternehmen, sei es eine Hotel- und Campinganlage, eine Tauchstation, eine kleine Trinkgelegenheit im Dorf oder ein Bootsanbieter am Seeufer, hebt sich durch persönliche Individualität von dem sonst vorzufindenden „Einheitsbrei“ touristischer Anbieter wohltuend ab. Die Hauptursache dafür ist in der Berücksichtigung kultureller lokaler Eigenheiten zu suchen. Diese drücken sich darin aus, dass beispielsweise auch Einheimische die Bar eines westlich orientierten Camps besuchen können, was sonst eher selten der Fall ist. Ferner werden z.B. Sitzmobiliar oder Gästeunterkünfte in Form von Strandhütten mit Gestaltern und Handwerkern des Dorfes auf traditionelle und zugleich innovative Art gefertigt. Schließlich ist ein reges geschäftliches und gesellschaftliches Miteinander zwischen den Betreibern und der lokalen Bevölkerung zu spüren. Insgesamt herrscht an diesem Ort eine Atmosphäre, die Afrikakenner, Abwechslung suchende inländische Besucher und Betreiber von Kleinkunstgewerbe gleichermaßen anlockt. Fernreisende werden auf derartige Kleinode bisher nur vereinzelt durch Safariveranstalter, die über ge-

nügend „Insiderkenntnisse“ verfügen, aufmerksam gemacht. Große international arbeitende Veranstalter verzichten aus Sorge um ein „zuviel an Exotik“ auf derartig individuelle Lokaltäten und wählen für ihre Kunden vorzugsweise gehobene Standardunterkünfte. Mit wachsender Reiseerfahrung internationaler Touristen wird jedoch die Nachfrage nach traditionellen, individuellen Lokaltäten sowie nach exotischen Erlebnissen zunehmen. Diesen Trumpf hat Malawi noch für sich in der Hand und tut gut daran, die noch vorzufindende, von Touristen hoch geschätzte „Unverdorbenheit und Freundlichkeit“ der einheimischen Bevölkerung zu bewahren sowie die bereits bestehenden Pflänzchen kreativer Milieus zu fördern. Da sich das hohe Gut der von Touristen so empfundenen „Unverdorbenheit der Bevölkerung“ erfahrungsgemäß mit zunehmenden Touristenströmen ändern bzw. reduzieren wird, gilt es schon jetzt, entsprechende Aufklärung und Schulungen einzuleiten, um sich eine vom Fremdenverkehr unabhängige Persistenz endogener soziokultureller Identität zu bewahren. In diesem Sinne könnte es sie auch in Zukunft noch geben, die bewegenden Räume des subsaharischen Afrika.

Literaturverzeichnis

- ADERHOLT, P. (1997): Befragung von deutschen Dritte- Welt- Reisenden durch Aderholt, Büro für Tourismusforschung und Planung , aus <http://www.payer.de> --Zugriff am 2003-07-28.
- ADERHOLT, P. (2000): Der deutsche Fernreisemarkt. In: S. Landgrebe (Hrsg): Internationaler Tourismus. München, S. 235 ff.
- DED, 1998: Landesmappe Malawi, Länderaufzeichnung im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Malawi.
- FOREIGN & COMMONWEALTH OFFICE, UK (1997): Country Profiles, Malawi Facts & Dates 1997.
- VORLAUFER, K. (1996): Tourismus in Entwicklungsländern, Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Entwicklung durch Fremdenverkehr, Darmstadt.
- VORLAUFER, K. (2003): Tourismus in Entwicklungsländern, Bedeutung, Auswirkung, Tendenzen, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 55, Heft 3.
- WTO, WORLD TOURSIM ORGANISATION (ED 1995): Yearbook of Tourism Statistics, Madrid.
- WTO, WORLD TOURSIM ORGANISATION (ED 2002): Yearbook of Tourism Statistics, Madrid.
- WTO, WORLD TOURSIM ORGANISATION (ED 2004): Yearbook of Tourism Statistics, Madrid.
- WTO, WORLD TOURSIM ORGANISATION (ED 1998): Tourism Vision 2020, Madrid.
- WTTC, WORLD TRAVEL & TOURISM CONCIL (ED 2002): The Tourism Industry. A Report for the World Summit on Sustainable Development, Brüssel.

Der dramatische Kultur- und Naturwandel auf der Osterinsel

von Hans-Rudolf Bork, Andreas Mieth und Klaus Dierßen (Kiel)

Frau Prof. Dr. Saupe mit herzlichem Dank gewidmet.

1. Einführung

Ungelöste Fragen prägen bis heute die Forschungsgeschichte der isolierten, im südöstlichen Pazifik gelegenen chilenischen Osterinsel. Welche Vegetation fanden die Erstbesiedler vor? Wie veränderten und nutzten sie die natürliche Vegetation? Führte das Bevölkerungswachstum zur Ressourcenverknappung?

Nach der Erstbesiedlung durch Polynesier wohl im 7. Jahrhundert entstand auf der Osterinsel ein ausdrucksvoller, einzigartiger Ahnenkult (Mieth & Bork 2004a, b). Zunächst wurden zur Ahnenverehrung Zeremonialplattformen, ahu, errichtet. Etwa um 1000 n. Chr. begannen die Rapa Nui, die Bewohner der Osterinsel, Statuen – die moai – mit über die Jahrhunderte wachsender Größe aus den Gesteinen des Vulkans Rano Raraku mit Steinwerkzeugen zu meißeln, über eigens dafür errichtete Transportstraßen zu bewegen und auf den Zeremonialplattformen aufzurichten (Abb. 1).

Abb. 1 Die Zeremonialplattform ahu tongariki mit zahlreichen moai



Foto: Hans-Rudolf Bork

Zwar sind die moai-Straßen noch heute in der Landschaft sichtbar. Vermutlich wird jedoch niemals endgültig zu klären sein, ob die moai liegend oder aufrecht transportiert wurden – obgleich einige vorwiegend archäologische Befunde – und die mündliche Überlieferung – für den zweifelsohne schwierigeren, aufrechten Transport der manchmal Zehntertonnen schweren Statuen sprechen.

Nur eine vorzüglich organisierte Gesellschaft mit bedeutenden Überschüssen in der Produktion von Lebensmitteln vermag einen Teil der Bevölkerung von landwirtschaftlicher Tätigkeit freizustellen für die Präparierung der Statuen in der vielleicht außergewöhnlichsten Werkstatt der Erde am Rano Raraku, für die Anlage und die Nutzung der moai-Straßen, für die Errichtung der ahu und die Aufstellung der moai sowie für Rodung und Nutzung von mehr als 16 Millionen Palmen (Mieth & Bork 2004a).

Agrarische Überschüsse in der Vergangenheit erscheinen heute kaum glaubhaft. Zu kahl, zu windig, zu steinreich und zu nährstoffarm begegnet uns heute die Osterinsel. Viele Wissenschaftler beurteilen die Fruchtbarkeit der Böden der Insel in vergangenen Jahrhunderten lediglich über den heutigen Bodenzustand. Zahlreiche Befunde weisen zweifelsfrei auf eine dramatische Verschlechterung der Bodenfruchtbarkeit im Osten und im Südwesten der Osterinsel während des vergangenen Jahrtausends. Endete mit dem lokalen Bodenverlust der Überfluss? Die Ahnen präsentierenden Steinkolosse liegen und stehen bis heute in sämtlichen Fertigungsstufen im Steinbruchsystem des Rano Raraku, säumen die Transportstraßen, liegen auf ihren Gesichtern am Fuß der ahu. Der offene, friedliche, Ahnen verehrende Kult mit seinen einzigartigen ahu, moai und schiffsrumpf-ähnlichen Häusern, der intensiven Hochseefischerei und der ausgedehnten Landnutzung fand sein Ende, wurde vor einigen Jahrhunderten vom merkwürdigen, erdbezogenen Vogelmannkult abgelöst.

2. Die Forschungsfragen

Welche Prozesse bedingten den dramatischen Wandel von der friedlichen Überfluggesellschaft, die über ein halbes Jahrtausend Gartenbau im geschützten Palmwald betrieben hatte, zum kriegerischen Vogelmannkult? Waren es gesellschaftsinterne Vorgänge, die hauptsächlich auf der eingetretenen hohen Bevölkerungsdichte beruhten? Fehlte Holz zur Herstellung von Werkzeugen, zum Transport und zur Aufstellung der moai, zur Errichtung und Ausstattung der Wohnhäuser und zum Bau der hochseetüchtigen Schiffe? Oder initiierte der Mangel an Trinkwasser in einigen, fern der drei Süßwasserseen gelegenen Dörfern das Drama? Kompensierte Palmsaft das Trinkwasserdefizit bis zur vollständigen Rodung des Palmwaldes? Oder trug allein die abnehmende Bodenfruchtbarkeit zum Kulturwandel bei? Wie reagierte die Bevölkerung auf die Veränderungen, auf möglicherweise fehlenden Bodenschutz durch Palmen, auf verschlechterte Bodenverhältnisse, auf Holz- und Palmsaftmangel? Welche Umweltveränderungen vollziehen sich heute? Wie sollte die Osterinsel zukünftig genutzt werden?

3. Die Untersuchungsmethoden und das Untersuchungsgebiet

Geoökologische Analysen der Verbreitung und der Eigenschaften von Böden und Sedimenten, die in den drei Kulturphasen (moai-Kultur, Vogelmannkult, europäische Zeit seit dem späten 19. Jh.) verändert wurden oder abgelagert worden waren, geben entscheidende Antworten und lassen weit reichende, fundierte Interpretationen zu (Mieth & Bork 2004a, b).

Im Osten der 166 km² umfassenden Osterinsel liegt die Poike-Halbinsel (Abb. 2). Dieser aus pliozänen und altpleistozänen Vulkaniten bestehende, älteste Teil der Osterinsel wird von einem bis über 100 m hohen rezenten Kliff begrenzt, das sich im Südwesten als reliktsche Form landeinwärts fortsetzt und von einer ehemaligen kleinen Insel zeugt. Lange, gestreckt-konkave Hänge laufen, ausgehend von dem beherrschenden Vulkan der Poike-Halbinsel, dem 370 m hohen Maunga Pua Katiki, auf die Oberkante des hohen Kliffs zu.

Abb. 2 Die 3700 km westlich von Santiago de Chile liegende Osterinsel

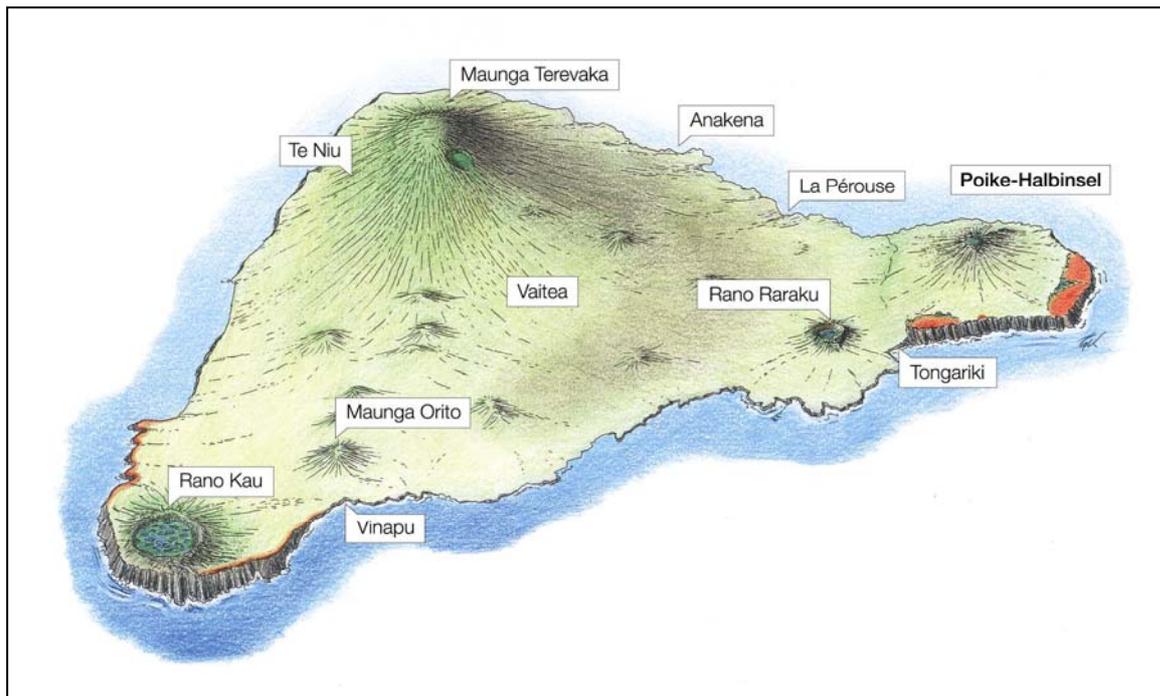


Foto: Mieth und Bork (2004a)

4. Die Methodik

Rezente Erosionsstufen oberhalb des Kliffs und junge Schluchtenwände auf den Ober-, Mittel- oder Unterhängen geben einen faszinierenden, sehr detaillierten Einblick in die vielfältige, von Menschen beeinflusste Landschaftsentwicklung. Mit geringem Aufwand konnten dort bis über 100 Meter lange Aufschlüsse angelegt und aufgenommen werden. Stratigraphien wurden erarbeitet, die Sedimente radiokarbondatiert, physikalisch und mineralogisch untersucht, archäologische sowie palynologische Befunde und Überlieferungen einbezogen und sämtliche Befunde interdisziplinär ausgewertet und interpretiert (Mieth & Bork 2004a).

5. Die Befunde

Seit etwa 1930 n. Chr. zehrt Bodenerosion besonders im Osten der Osterinsel Böden und Sedimente auf. Tiefe Schluchten reißen ein (Abb. 3). An einigen Standorten wandern Erosionsstufen Hang aufwärts und hinterlassen einige hundert Meter bis mehrere Kilometer breite Badlands. Kaum verwitterte anstehende Vulkanite werden exponiert. Das abgetragene Material verschwindet über das hohe Kliff im Pazifik. Feingeschichtete Sedimente überziehen weite Teile der nicht von starker Bodenerosion betroffenen und heute nicht ackerbaulich genutzten Hänge der Osterinsel. Lediglich der Mittel- und Oberhang des über 500 m aus dem Pazifik aufragenden Maunga Terevaka, die Oberhänge einiger niedrigerer Vulkane und wenige Unterhangstandorte haben keine Ablagerung der kolluvialen Feinschichtung erfahren.

Abb. 3 Seit etwa 1930 entstandene Erosionsschlucht im Norden der Poike-Halbinsel



Foto: Hans-Rudolf Bork

Informativ ist der Aufbau der Feinschichtung, insbesondere im Kontext der Böden und Sedimente unter dem geschichteten Kolluvium. So lagen zu Beginn der quasi-flächenhaften Bodenerosions-, Transport- und Ablagerungsprozesse an der Geländeoberfläche

- eine vor allem aus verfüllten Pflanzlöchern bestehende Bodenbearbeitungsschicht,
- zwischen dieser Relikte eines Humushorizontes und eines ausgedehnten Brandes,
- darunter eine davor lange Zeit genutzte Bodenbearbeitungsschicht und der nicht von der Bodenbearbeitung erfasste B-Horizont des Bodens, der sich in den vorausgegangenen Jahrtausenden gebildet hatte, sowie
- an der Basis teilweise verlagerte, rötlich verwitterte Vulkanite.

Die dargestellte Folge wurde sukzessive zunächst am oberen Unterhang, später am Mittelhang und schließlich am Oberhang erodiert und vorwiegend nur über eine kurze Distanz hangabwärts verfrachtet.

Welche Merkmale besitzt das feingeschichtete Sediment, das sich bis fast an die Wasserscheide des Maunga Pukatiki auf der Poike-Halbinsel ausdehnt? Hunderte Schichten fügen sich jeweils zu einzelnen Paketen, die dachziegelartig am Hang übereinander angeordnet sind. Vergleichbar mitteleuropäischen Kolluvien, sind die am Oberhang aufgeschlossenen Schichten jünger als diejenigen am Mittelhang, letztere sind wiederum jünger als die Schichten am Unterhang. Vor allem Kaolinite und Eisenoxide bilden Mikroaggregate in Schluff- und Sandgröße, die die einzelnen, wenige Millimeter dünnen Schichten aufbauen. Holzkohlen liegen häufig in den tieferen Schichten auf den Unterhängen. Ra-

diokarbondatierungen des Leibniz-Labors der Universität Kiel weisen auf die Ablagerungszeit: Die ältesten Schichten wurden auf den Unterhängen des Maunga Pukatiki im Osten der Halbinsel im 13. und 14. Jh. abgelagert und im Südosten etwa im 17. oder 18. Jh., die jüngeren an den Oberhängen im 18. und 19. Jh. Die Ablagerungszeit und damit die Phase mit quasi-flächenhafter Bodenerosion währte an einem Standort bis zu eineinhalb Jahrhunderte und am gesamten, über zwei Kilometer langen Hang mehr als ein halbes Jahrtausend. Während die untersten Schichten fruchtbaren umgelagerten Boden enthalten, bestehen die oberen aus nicht ackerbaulich nutzbaren, umgelagerten stark verwitterten Vulkaniten.

Die obere Bodenbearbeitungsschicht. Weitere Befunde an der Basis der Feinschichtung belegen eine zerstörungsarme Ablagerung der Bodenaggregate in den zahlreichen geringmächtigen Schichten und damit die geringe Intensität der quasi-flächenhaften Bodenerosion. Unterhalb der ältesten Schicht sind auf einem Unterhang im Südwesten der Poike-Halbinsel zahlreiche mit holzkohlereichem Material verfüllte, 10 bis 60 cm tiefe geschlossene Hohlformen erhalten. Form und Art und Homogenisierung des Inhalts belegen zweifelsfrei ihre Genese: sie wurden von Menschenhand angelegt. Es handelt sich um Pflanzlöcher, in die zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit das verfügbare tote organische Material eingearbeitet wurde (Abb. 4).

Abb. 4 Pflanzlöcher in der Erdgrube am Maunga Orito



Foto: Hans-Rudolf Bork

Der Humushorizont. Zwischen den Pflanzlöchern liegen Relikte eines wenige Zentimeter mächtigen Humushorizontes, der offenbar in wenigen Jahrhunderten unter Dauergrünland entstand. Er ist holzkohlereich; einige Holzkohlen sind schütter und diffus auf der damaligen Geländeoberfläche verstreut. Daneben existieren zwei Konzentrationstypen: einerseits mehrere Zentimeter mächtige Holzkohlenester mit horizontalen Ausdehnungen jeweils unter einem Quadratmeter und ovaler bis runder Struktur; andererseits mehrere Hundert Quadratmeter große Flächen mit Holzkohlemächtigkeiten von wenigen Millimetern. Verbrannte Nüsse der seit Jahrhunderten ausgestorbenen Palme *Jubaea spec. Paschalococos disperta* mit Fraßspuren von polynesischen Ratten fanden wir im äußersten Osten der Poike-Halbinsel inmitten der Brandschicht. Radiokarbondatierungen weisen auf einen Brand in der zweiten Hälfte des 13. Jh. (Mieth et al. 2002).

Die untere Bodenbearbeitungsschicht. Die frühe, heute noch nachweisbare Bodenbearbeitung hat einen tonreichen, gelblich-braunen Boden tiefgründig vollkommen durchmischt. Über Jahrhunderte andauernde Grab-, Pflanz- und Erntetätigkeit hat das Bodenmaterial homogenisiert. Verblieben ist ein lockerer, krümeliger Boden. Die älteste Bodenbearbeitungsschicht greift durchschnittlich 30 bis 60 cm tief.

Autochthone Bodenrelikte. Oftmals hat die Bodenbearbeitung den gesamten gelblich-braunen Boden erfasst, der vor der ersten Landnutzung über Jahrtausende unter natürlicher Vegetation entstanden war. Nur selten liegen zwischen und unter dem Tiefsten der ersten Pflanzlochgeneration Relikte des Bodens – zumindest auf der Poike-Halbinsel. Der ursprüngliche, nicht durch menschliche Tätigkeit veränderte Boden ist dicht gelagert. Eine Humusdatierung für den Boden im Profil Maunga Orito 1 weist auf die vorwiegend holozäne Bildungszeit des Bodens. Oftmals geht der gelblich-braune Holozänboden mit zunehmender Tiefe meist abrupt und in nahezu gerader Grenze in rötliches Material über, das teilweise als Bodensediment, an anderen Standorten als Relikt präholozäner autochthoner Böden erhalten ist. Vermutlich wurden die rötlichen Böden u. a. während des Jungpleistozäns in wechselfeuchtem Klima gebildet.

Relikte von Palmen. In den stark verwitterten, braunen holozänen Böden und in dem liegenden rötlichen Sediment bzw. Boden sind sehr häufig nahezu vertikal verlaufende Röhren mit Durchmessern von 4 bis 7 mm konzentriert (Abb. 5). An der Obergrenze des Holozänbodens beginnend, erstrecken sie sich mehrere Meter tief bis in das schwach verwitterte Anstehende. Unmittelbar unter der Oberfläche des Holozänbodens laufen die Röhrensysteme leicht zusammen. Sie sind Relikte der völlig zersetzten Wurzeln einer Palme, sehr wahrscheinlich der seit Jahrhunderten ausgestorbenen Art *Jubaea spec. Paschalococos disperta*. Die Röhrensysteme enden oben an der ehemaligen Holozänbodenoberfläche in Holzkohleanreicherungen. Offenbar seit dem Brand der Palmstümpfe und anderer Pflanzenreste, darunter Palmnüsse mit Fraßspuren, sind die Wurzelsysteme dauerhaft stabilisiert. Die Ursachen der dauerhaften Fixierung der von den Palmwurzeln geschaffenen Hohlräume sind noch nicht bekannt. Einige Röhrenoberflächen sind mit Sesquioxiden ausgekleidet. Wenige Röhren enthalten dünne organische Beläge. Eine Radiokarbondatierung von organischer, schwarzer Palmwurzelsöhrenauskleidung aus dem 100,5 m langen Profil am Rand des Mikropedimentes im Südwesten der Poike-Halbinsel weist auf das hohe Alter einzelner gerodeter Palmen.

Abb. 5 Wurzelröhren der ausgestorbenen endemischen Palmenart in der Erdgrube am Maunga Orito



Foto: Hans-Rudolf Bork

5. Das Ausmaß der Bodenerosion

Die Folgen der Palmenwaldrodung. Die Rodung des Palmenwaldes ermöglichte, beginnend auf den Unterhängen, die Bildung von Abfluss und Bodenerosion. Ein schmaler Erosionsstreifen wanderte hangaufwärts. Für den 2,3 km langen Osthang des Maunga Puakatiki wurde das Ausmaß der quasi-flächenhaften Bodenerosion bilanziert, die zur Ablagerung des geschichteten Kolluviums von etwa 1280 n. Chr. am Unterhang Hang aufwärts wandernd bis etwa 1920 n. Chr. in Wasserscheidennähe führte. In diesem 640-jährigen Zeitraum wurden im Jahresmittel nur etwa $10 \text{ t ha}^{-1} \text{ a}^{-1}$ erodiert und ganz überwiegend wenige Zehnermeter unterhalb abgelagert. Diese Bodenerosionsraten sind in Anbetracht der auftretenden hohen Niederschlagsintensitäten sehr gering für Offenland. Etwa 3000 Ablagerungsereignisse lassen sich für den gesamten Hang rekonstruieren. Über einen Ablagerungszeitraum von etwa 640 Jahren traten damit jährlich im Mittel fast fünf Abfluss- und Erosionsereignisse auf. Der die gesamte Poike-Halbinsel umgebende Erosionsstreifen wanderte im Jahresmittel etwa 3 m Hang aufwärts.

Die Folgen der Schafweide im 20. Jahrhundert. Von etwa 1930 bis 1960 n. Chr. zerstörten jährliche Brände und die intensive Schafhaltung die dichte Grasvegetation hauptsächlich auf den konkaven Unterhängen der Poike-Halbinsel. Starkniederschläge verlagerten von hier Bodenreste, Sedimente und verwitterte Vulkanite in das Meer. Ausgedehnte Schluchten und Mikropedimente wanderten von der Oberkante des Kliffs Hang aufwärts. Die rekonstruierten extrem hohen Erosionsraten werden nur in wenigen anderen Räumen der Erde erreicht (Miet & Bork 2004a).

6. Die Interpretation

In einem Wald mit Palmen und anderen Gehölzen, Gräsern und Kräutern bildete sich in den vergangenen mehr als 10.000 Jahren ein kaum einen Meter mächtiger brauner Kaolinit-reicher Boden.

Etwa zur Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends erreichten die ersten Siedler, aus Polynesien kommend, die Osterinsel. Die folgenden Jahrhunderte waren durch ein umweltverträgliches Landnutzungssystem gekennzeichnet: Unter einem lichten, vor Austrocknung, Nährstoffverarmung, Wind- und Wassererosion weitgehend schützenden Palmenwald wurden zwischen den Gehölzen Kulturpflanzen angebaut. Analysen der prä-rodungszeitlichen Verbreitungsstrukturen der Palmwurzelsysteme geben Anlass zu der Annahme, dass etwa 10 Millionen Palmen auf der Osterinsel wuchsen. Nehmen wir an, dass die Rodung einer Palme, die Bearbeitung und der Transport eines Palmstammes oftmals über mehrere Kilometer bis zu seinem Verwendungsort 10 Personen über einen Tag beschäftigte. Gehen wir weiter davon aus, dass die Rodung des Palmenwaldes etwa 400 Jahre dauerte, dann waren permanent etwa 700 Personen mit den genannten Aufgaben beschäftigt.

Große Sorgfalt beim Landbau im Palmenwald ist noch heute nachweisbar: die Pflanzlöcher wurden bis nah an die Palmen aufgedigelt, ohne Palmwurzeln zu beschädigen. Lokale Brandspuren aus dieser ersten Nutzungsphase sind selten. Da die Palmwurzelsysteme bis heute erhalten sind, können die Positionen der Palmen oftmals exakt rekonstruiert werden.

Um 1280 n. Chr. begannen im äußersten Osten die Rodungen des Palmenwaldes, um 1400 n. Chr. im Südwesten der Poike-Halbinsel. In der Mitte des 15. Jh. waren die Oberhänge des Maunga Pukatiki erreicht. Erhalten blieben bis heute – zu unserer großen Verwunderung - die Wurzelsystems der Palmen, allerdings nur der letzten Palmengeneration. Die Palmen wurden mit Steinwerkzeugen kurz über dem Boden abgeschlagen, Palmstümpfe, herabgefallene Nüsse und andere Pflanzenreste verbrannt. Das nachhaltige Landnutzungssystem wurde aufgegeben.

Auf den abgebrannten Rodungsflächen wurden Äcker und Dörfer mit Zeremonialstätten (ahu), Friedhöfen und in Steine gemeißelten kleinen Zisternen angelegt. Da wir keine prä-rodungszeitliche Erdöfen aus der Phase nachhaltiger Landnutzung fanden, haben sich möglicherweise nicht nur die Anbaumethoden, sondern auch die Wahl und die Bedeutung einzelner Kulturpflanzenarten sowie die Ernährungsweisen mit diesem gravierenden Umbruch verändert. Einige Erdöfen, die mit oder unmittelbar nach der Rodung angelegt worden waren, bezeugen ausgiebige Mahlzeiten für viele Menschen, Pflanzlöcher intensiven Ackerbau. Letzterer bedingte im Offenland einen höheren Arbeitsaufwand und veränderte Nutzungssysteme. Der häufig starke Wind zerstörte die Blätter einiger Kulturpflanzen, z. B. der Bananenstauden, und trocknete die Oberböden aus.

Im Osten der Poike-Halbinsel setzte mit der Rodung um 1280 n. Chr. flächenhafte Bodenerosion ein. Im Südwesten bedeckten etwa von 1400 bis 1550 n. Chr. Gräser rasch die Oberfläche der Rodungsflächen. Der Boden war in dieser Zeit vor Erosion geschützt, ein Humushorizont entwickelte sich. Auf dem Hang oberhalb des Kliffs im Südwesten der Poike-Halbinsel begann nach 1550 die ackerbauliche Nutzung. Im folgenden Jahrhundert wurden wenige Pflanzlöcher in weitem Abstand angelegt. Um 1675 war die Oberfläche im Südwesten kaum mehr durch Vegetation geschützt, Bodenerosion begann. Lediglich unmittelbar oberhalb des Kliffs, auf dem auslaufenden konkaven Unterhang, wurden die Böden mit den Nutzungsspuren nicht zerstört und in den Pazifik verfrachtet, so dass dort

die ungewöhnlich detaillierten Rekonstruktionen möglich sind. In einem wohl nur wenige Zehnermeter schmalen, etwa höhenlinienparallel verlaufenden Saum wurde zunächst der holozäne braune Boden mit den verfüllten Pflanzlöchern abgetragen, dann das darunter liegende rötliche Verwitterungsmaterial. Unterhalb des aktiven Erosionsbereiches siedelte sich rasch Vegetation an, die das oberhalb, am langsam hangaufwärts wandernden Saum erodierte Material auskämte und zur Ablagerung brachte. So wuchs das geschichtete Kolluvium nach Transportstrecken von wenigen Metern bis Zehnermetern auf, an der Basis umgelagerten braunen Holozänboden enthaltend, im oberen Bereich oft umgelagertes rötliches Verwitterungsmaterial. Durchschnittlich drei Meter im Jahr verlagerte sich der Erosionssaum hangaufwärts. Kaum 10 Tonnen Boden wurden pro Hektar und Jahr erodiert; der weit überwiegende Teil sedimentierte in der geschichteten Kolluvien. Faust- bis kopfgroße Brandungsgerölle und andere Steine wurden vor allem zur Reduzierung der Evaporation, der Wind- und Wassererosion zu Zehntausenden auf die Oberfläche der zunächst noch weiter ackerbaulich genutzten Unter- und Mittelhänge gelegt. Sie werden höhere Erosionsraten verhindert haben.

Dennoch wurden die Ackerflächen zunehmend zerstört. Im frühen 20. Jh. waren außerhalb der Unterhänge und Talauen mit humosen Sedimenten kaum mehr ackerbaulich nutzbare Standorte vorhanden. Annähernd zeitgleich, vom 14./15. bis zum späten 18. Jh., nahm die Bevölkerungsdichte ab. Gehölze verschwanden. Ungenutztes Dauergrünland und zunehmend das durch die vollständige Abtragung der Böden und Verwitterungsdecken an die Hangoberflächen gelangte dunkle Festgestein dominierte.

Im späten 19. Jh. brachten Europäer Schafe auf die Insel. In den 1930er bis 1960er Jahren weideten 7.000 bis 10.000 Schafe auf einem 900 ha umfassenden Teil der Poike-Halbinsel. Zur Verbesserung der Futterqualität wurden Grasarten eingeführt und die Weidestandorte regelmäßig abgebrannt. Fraß und Brand zerstörten die schützende Vegetation. Viehtritt verdichtete die oberflächennahen Bodenpartien und reduzierte das Wasseraufnahmevermögen während der häufigen starken Niederschläge. Die

Bodenerosion erreichte im Osten und Südwesten der Poike-Halbinsel rasch ein dramatisches Ausmaß. Mehrere Hundert Tonnen Boden wurden pro Hektar und Jahr erodiert. Schluchten rissen ein, Mikropedimente entstanden. Viele Hektar Fläche verloren nicht nur die geschichteten Sedimente, die darunter liegenden Brandspuren, bedeutende Siedlungsreste, Pflanzlöcher und den braunen Holozänboden. Nahezu das gesamte Verwitterungsmaterial wurde zwei bis drei Meter tief ausgeräumt. Aussagekräftige Landschaftsarchive verschwinden unwiederbringlich.

Nach der Aufgabe der Schafhaltung und der regelhaften Brände in den späten 1960er Jahren erhöhte sich der Deckungsgrad der bodenschützenden Vegetation deutlich; das Wachstum der Schluchten und Mikropedimente wurde verlangsamt. Anpflanzungen ohne Zäune wurden durch die Rinderweide der letzten drei Jahrzehnte vernichtet. Zahlreiche verdichtete, vegetationsfreie Viehpfade – die Rinder wandern täglich über mehrere Kilometer zur Wasserstelle – fördern jedoch weiterhin Abflussbildung und linienhafte Bodenerosion.

Die Desertifikation hat zwar neue Landschaftsakkente geschaffen: intensivrote Oberflächen. Jedoch werden – aufgrund der hohen Niederschläge und damit des häufigen Oberflächenabflusses - viele Jahrzehnte vergehen, bis sich Vegetation auf den Schlucht- und Mikropedimentoberflächen etabliert hat. Eine ackerbauliche Nutzung wird erst in Jahrtausenden wieder möglich sein, wenn ein neuer Boden den Wurzeln Halt und ausreichend Bodenwasserspeichervermögen bietet.

7. Die Empfehlungen

Aus den vielfältigen Befunden des Projektes wurden die nachstehenden Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung der Osterinsel abgeleitet. Das Konzept hat die Sicherung und die langfristige Verbesserung der einzigartigen Identität von Rapa Nui, den Schutz der ökonomischen Existenzgrundlagen sowie die Umweltentlastung und (Wieder-)Schaffung einer besonderen Landschaftsästhetik zum Ziel. Die hier genannten Maßnahmen können nur im Verbund miteinander erfolgreich verwirklicht werden. Das Herausgreifen einzelner Maßnahmen könnte zu neuen ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen führen. Die Empfehlungen richten sich nicht vorrangig auf besonders kostenintensive Maßnahmen, sondern sie sollen mit vertretbarem Aufwand die ökonomischen Grundlagen sichern und kostenintensivere oder langfristig nicht zu finanzierende (Folge-)Kosten vermeiden helfen. Neben der Bewahrung wichtiger Werte können zahlreiche neue entstehen: Neue und erweiterte Nutzungsformen im Gartenbau, ein höherer Erlebniswert in der Landschaft, neue kulturelle Werte sowie eine Verbesserung der Umweltbedingungen, die sich sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für den Tourismus positiv auswirken können. Nicht behandelt werden im Folgenden Maßnahmen zur verbesserten Lenkung und inhaltlichen Ausgestaltung des Tourismus, die jedoch unbedingt mit einzubeziehen sind.

Die genannten Vorschläge müssen ausführlich gemeinsam mit den Bewohnern Rapa Nuis diskutiert und weiterentwickelt werden. Erst durch einen Konsens (und die Identifizierung der Einheimischen mit den Maßnahmen) ist ihre Umsetzung möglich. Akzeptanz und Erfolgskontrolle der Maßnahmen sollten durch einen zeitlich gestuften Stufen- und Prioritätenplan von den Rapa Nui optimiert werden.

7.1 Rinder- und Pferdehaltung

Unsere Untersuchungen haben eindeutig gezeigt, dass die intensive Huftierhaltung seit dem Ende des 19. Jh. (zunächst Schafe, später Rinder und Pferde) massive ökologische Probleme auf Rapa Nui bedingte und immer noch bedingt. Die flächenhafte Beweidung der Insel hat zur erheblichen Veränderung der einheimischen Flora, zur inselweiten Schädigung der Vegetationsdecke und in zahlreichen Gebieten zu massiver Bodenerosion geführt. Die wüstenhaften, von Vegetation entblößten Gebiete auf Poike und am Kliffrand des Rano Kau sowie die tiefen Schluchten an den Hängen vieler Vulkane sind durch Bodenerosion als Folge intensiver Beweidung entstanden. Die Bodenerosion wird weiter voranschreiten, wenn die intensive Beweidung fortgesetzt wird.

Rinder und Pferde schädigen durch Betreten und Berühren außerdem die alten kulturellen Stätten und die einmaligen Kunstwerke der Rapanui. Nahezu alle prähistorischen Kulturstätten liegen heute in beweidetem Land und sind damit in ihrer Erhaltung hochgradig gefährdet (Abb. 6). Der Rinder- und Pferdebestand sollte schnellstmöglich und drastisch reduziert werden. Nur die für den Fleischverzehr auf der Insel notwendige Rinderzahl sollte gehalten werden (vermutlich genügen etwa 300 bis 400 Rinder). Nur die für die Landwirtschaft und das Reiten notwendige Pferdezahl sollte bestehen bleiben (vermutlich genügen etwa 200 Pferde). Rinder und Pferde sollten ausnahmslos auf wenigen, eingezäunten Flächen gehalten werden (Tierdichte unter 0,2 pro Hektar Weidefläche). Ein Gesamtflächenbedarf von mindestens 2500 Hektar für die zukünftige Rinder- und Pferdehaltung resultiert. Diese Flächen sollten keine oder nur eine sehr schwache Hangneigung aufweisen und nicht erosionsgefährdet sein. Rinder und Pferde dürfen keinesfalls auf den Vulkankegeln und in der Nähe von Kulturdenkmälern gehalten werden. Der Zustand der Zäune ist regelmäßig zu prüfen.

Abb. 6 Pferde schädigen Kulturdenkmäler



Foto: Hans-Rudolf Bork

Mittelfristig sollten zur Vermeidung der Entwicklung von Viehpfaden und der Viehpfaderosion Rinderrassen eingeführt werden, welche die Flächen gleichmäßiger beweideten und die nicht, wie derzeit, bevorzugt auf Pfaden z. B. zu den Wasserstellen und entlang der Zäune laufen. Wasser sollte auf den einzelnen Weideflächen jeweils an mehreren Stellen bereitgestellt werden, um die Wegstrecken der Tiere (und damit auch die Viehpfadbildung und die Viehpfaderosion) zu mindern.

Die sichere Einzäunung der in der Fläche deutlich reduzierten Viehweiden bietet die Chance, Gärten und Ackerflächen zukünftig nicht mehr einzäunen oder von Mauern umgeben zu müssen. Zäune und Mauern schotten ab, sie verdecken und verbinden nicht. Mauern erinnern an die für die einheimische Bevölkerung verheerende Schafhaltungszeit. Sie entsprechen nicht der positiven Tradition der mentalen und räumlichen Offenheit innerhalb der Tribus.

7.2 Ziegenhaltung und frei lebende Ziegen

Ziegen haben sich durch ihre enorme Anpassungs- und Vermehrungsfähigkeit auf vielen Inseln im pazifischen Raum als überaus effiziente Lebensraumvernichter erwiesen. Extrem betroffen sind Vegetation und Böden. Derart geschädigte Systeme werden sich zum Teil nicht mehr in überschaubaren Zeiträumen regenerieren können. Inzwischen hat sich auf Rapa Nui eine kleine frei lebende Ziegenpopulation etabliert. Die von den Ziegen aufgesuchten Gebiete, hier vor allem die schwer zugänglichen und sensiblen Kliffregionen auf Poike und am Rano Kao, sind deutlich durch die Spuren der Tiere gezeichnet. Die

Schadwirkung der Ziegen muss beseitigt und eine unkontrollierte Ausbreitung und Vergrößerung des Ziegenbestandes unbedingt verhindert werden.

Die wilden Ziegen sind umgehend vollständig zu eliminieren. Die existierende Ziegenherde am Osthang des Rano Kau ist kurzfristig auf einer sehr gut eingezäunten Fläche in einem ausreichenden Abstand vom Kliff zu halten. Mittelfristig sollte wegen der hohen Schadwirkung und der geringen wirtschaftlichen Bedeutung auf die Ziegenhaltung vollständig verzichtet werden. Die Tiere können aufgrund von Unachtsamkeit oder Beschädigungen des Zaunes entweichen und sind dann nur schwer wieder einzufangen. Vorherige Schutzbemühungen würden dadurch zunichte gemacht.

7.3 Probleme mit anderen frei lebenden Tierarten

Ratten. Die durch die eingeführte Europäische Ratte (*Rattus rattus*) angerichteten Schäden in den Garten- und Ackerkulturen sind beträchtlich und weiter am Wachsen. In den besiedelten Bereichen können Ratten Krankheiten auf den Menschen übertragen. In der freien Landschaft können Ratten bestimmte Pflanzen- und Tierarten schädigen, z.B. durch den Verzehr von Vogeleiern. Die Europäische Ratte sollte daher mit dem Ziel einer dauerhaften Eliminierung systematisch bekämpft werden. Der Einsatz von Giften ist allerdings kontrolliert, unter Berücksichtigung des Schutzes von Mensch und anderen Tieren vorzunehmen.

Hunde. Ausgewilderte Hunde werden zunehmend zu einem Problem, insbesondere außerhalb der Siedlung, wo sie Nahrung suchen und sich unkontrolliert vermehren. Freilebende und hungernde Hunde sind zudringlich und bisweilen aggressiv. Sie durchwühlen Abfallbehälter in der Siedlung und an den touristischen Stätten und können Krankheiten übertragen. Sie töten Hühner und beeinträchtigen die kontrollierte Haltung von Rindern und Pferden. Die Anzahl der Hunde auf der gesamten Insel ist durch geeignete Maßnahmen drastisch zu reduzieren.

Falken. Die auf Rapa Nui ansässigen Chilenischen Geierfalken (*Milvago chimango*) wurden im 20. Jahrhundert von den Schaffarmern mit dem Ziel der Rattenbekämpfung eingeführt. Dieser Versuch schlug fehl. Die Falken vermehrten und vermehren sich unkontrolliert, da sie keine natürlichen Feinde besitzen. Die Vögel beschmutzen und zerstören mit ihrem Kot die empfindlichen Gesteine der Kulturstätten. Sie verdrängen andere Vogelarten und töten ihre Kücken. Die Falken sollten stark dezimiert werden.

7.4 Vegetation

Die Vegetation der Insel hat sich bereits vor etwa fünf bis neun Jahrhunderten durch die Brandrodung der Palmenwälder drastisch verändert. Mit dem Aussterben der Osterinsel-Palme (*Jubaea spec.*) verschwanden auch typische Begleitpflanzen des Palmenwaldes, darunter z.B. der Toromiro-Strauch (*Sophora toromiro*). Im vergangenen Jahrhundert hat sich das Vegetationsbild der Insel insbesondere durch die intensive Viehhaltung weiter gewandelt. Der Verbiss und Vertritt durch die Tiere und regelmäßiges Abbrennen der Weideflächen haben letzte Reste einer Strauchvegetation beseitigt und Grasland-Vegetation gefördert. Empfindliche endemische oder indigene Pflanzenarten sind verschwunden und stattdessen weit verbreitete Arten gefördert worden. Unter den bestandsbildenden Pflanzen sind heute zahlreiche invasive Arten zu finden. Sie wurden vor allem im vergangenen Jahrhundert gezielt oder unabsichtlich eingeführt und sind vielfach zu so genannten Problempflanzen geworden. Sie verdrängen die letzten einheimischen Pflanzen zunehmend und sind nur schwer durch Management-Maßnahmen zu bekämpfen. Zu diesen

Problemarten gehören z.B. *Melinis repens*, *Melinis minutiflora* und *Sporobolus africanus*. Eine wirksame Bekämpfung vieler invasiver Arten ist wahrscheinlich nicht möglich. Die Anlage von Feuern im Grasland sollte nach Möglichkeit stark zurückgeführt werden. Feuer gefährden die Erhaltung wertvoller prähistorischer Kulturstätten.

Die Entwicklung neuer Wälder. Aus Unkenntnis ihrer Wirkungen angepflanzte Baumarten sind möglichst bald zu ersetzen. Hier ist besonders *Eukalyptus spp.* zu nennen, der den Bodenzustand negativ beeinflusst, kaum Unterwuchs aufkommen lässt und die Abflussbildung und damit die Bodenerosion fördert. Eine Wiederbewaldung mit einheimischen Gehölzen ist unverzichtbar. Die Wiederanpflanzung von Bäumen sollte auf einzelnen Demonstrationsflächen in verschiedenen Teilen der Insel auf unterschiedlichen Standorten unverzüglich begonnen und in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in einem abgestimmten und gestuften Zeit- und Gebietsplan gezielt vorangetrieben werden. Die Anpflanzungen sollten eine Flächengröße von jeweils einem Hektar nicht unterschreiten und über die gesamte Inselfläche verteilt sein. Lücken zwischen Einzelanpflanzungen sind nach und nach zu schließen. Die Anpflanzungen dürfen ausschließlich außerhalb beweideter Bereiche erfolgen und sind bis zur erfolgreichen vollständigen Umsetzung der o.g. veränderten Pferde- und Rinderhaltung unbedingt einzuzäunen. Die Bäume der neuen Wälder dürfen keinesfalls in regelmäßigen Reihen gepflanzt werden. Auf eine diverse Altersstruktur ist zu achten.

Vorrangig sollten zunächst Honigpalmen (*Jubaea chilensis*) gepflanzt werden. Diese oder eine nahe verwandte Art bildeten in den vergangenen Jahrtausenden bis in die ersten Jahrhunderte der Besiedlung ein wichtiges Element in der natürlichen Vegetation der Osterinsel. Unter dem sich entwickelnden Kronendach der Bäume sollten später weitere einheimische Arten gepflanzt werden, insbesondere *Sophora toromiro*, sofern seine Nachzucht erfolgreich gelingt. In einigen Jahrzehnten sollte ein erheblicher Teil der Oberfläche der Osterinsel mit einem Palmen-Toromiro-Mischwald bestockt sein.

Die Anpflanzung der genannten Arten in den von starker Bodenerosion betroffenen Gebieten ist wenig Erfolg versprechend, da die Erosion, der Durchwurzelungswiderstand, die schlechte Wasser- und Nährstoffversorgung sowie die klimatisch ungünstigen Expositionsbedingungen die meisten Pflanzungen nach kurzer Zeit absterben lassen würden. Jedoch könnten in ausgewählten Flächen der Erosionsflächen von Poike Anpflanzversuche mit speziellen, an solche wüstenartigen Extrembedingungen angepassten Arten (z.B. mit Vertretern der Gattung *Prosopis*) unternommen werden. Eine Begleitforschung zu den Auswirkungen derartiger Pflanzexperimente ist nötig.

Der neue Wald auf Rapa Nui wird eine (heute kaum vorstellbar) wohltuende Wirkung auf die einheimische Bevölkerung haben und auch von den Touristen als sehr positiv empfunden werden. Die heute dominierende extreme Rau- und Kargheit der steinreichen Grasflächen wird von einem erdweit einzigartigen Waldbild unterbrochen werden. Der Landschaftseindruck aus der frühen polynesischen Besiedlungszeit wird nachvollziehbar. Der Wald wird in einigen Jahrzehnten neue Nutzungen ermöglichen. So können zum Beispiel Palmnüsse verwertet werden. Vereinzelt könnte Gartenbau im Palmwald betrieben werden.

7.5 Landwirtschaft und Gartenbau

Schutz der Steinmulchungsdecke. Nach der Rodung der Palmenwälder wurden auf Rapa Nui ab etwa dem 14./15. Jahrhundert zum Schutz der Gartenböden über eine Milliarde Steine auf der Oberfläche verteilt (Bork et al. 2004). Für diese so genannte Steinmulchung wurde ein enormer, über Jahrhunderte dauernder Arbeitseinsatz geleistet. Die bis

heute weitgehend erhaltene Steinmulchungsdecke von Rapa Nui mit ihrer Ausdehnung und ihren zahlreichen Varianten ist ein erdweit überaus bedeutsames kulturhistorisches Dokument.

Diese Steinmulchungsdecke sollte auch bei der Anlage neuer Äcker, Anpflanzungen und Wälder nicht beseitigt – oder falls dies nicht möglich ist – später wieder aufgebracht werden. Eine dichte Steinmulchungsdecke besitzt mehrere unverzichtbare, typische und für Rapa Nui überaus positive ökologische Funktionen:

- Die Austrocknung des Bodens wird verhindert.
- Weidetiere können Flächen mit sehr dichter Steinmulchungsdecke nicht betreten.
- Bodenerosion durch Wasser und Wind wird verhindert oder zumindest minimiert.
- Die Bodentemperaturen sind oberflächennah deutlich höher.
- Das Aufkommen unerwünschter Pflanzen, z.B. Gräser, wird verhindert.
- Die beschriebenen Effekte verbessern das Pflanzenwachstum, erhöhen die Erträge und die Qualität der angebauten Früchte.

Auch durch den Anbau von z.B. Kumara und Kürbis können einige Grasarten erfolgreich verdrängt werden.

Der Kulturpflanzenbau auf Rapa Nui besitzt eine außergewöhnliche Tradition der organischen Düngung. Früher wurden hauptsächlich Pflanzenreste in die Gartenböden eingearbeitet. Heute könnte zusätzlich Rinder- und Pferdemit zur organischen Düngung der Gärten und Äcker verwendet werden. Die Sammlung des Mistes ist arbeitsaufwändig. Der Einsatz von Mineraldünger ist auf Rapa Nui nicht erforderlich. Zwar mögen die Erträge mit Mineraldüngereinsatz über denjenigen des ökologischen Anbaus liegen. Jedoch wird dieser Nachteil durch das zukünftig anzustrebende internationale Image einer umweltverträglich bewirtschafteten Osterinsel mehr als ausgeglichen.

Zur Bedeutung von Obst- und Gemüsegärten

Die Obst- und Gemüsegärten auf Rapa Nui haben eine positive Funktion, da sie zur Selbstversorgung der Bevölkerung und der Touristen mit frischen Früchten beitragen. Die Anbaubedingungen auf Rapa Nui ermöglichen die umweltverträgliche Erzeugung hochwertiger Produkte. Diese Gärten könnten daher ausgedehnt werden. Artenreiche Kulturen sollen dabei gefördert und Monokulturen vermieden werden. Ausreichend Fläche steht zur Verfügung, um große Pflanzabstände einzuhalten. Die Übertragung von Schädlingen lässt sich so minimieren.

Der hohe Arbeitsaufwand zur Pflege der Gärten wird durch die Nutzung der Steinmulchungsdecke mit ihren zahlreichen Vorteilen entscheidend vermindert. Neue Bäume, Sträucher und Stauden sollten daher vorzugsweise direkt in bestehende Steinmulchungsdecken gepflanzt werden.

7.6 Qualität der Böden und des Trinkwassers

Das Trinkwasser für die Einwohner und Gäste von Rapa Nui wird heute aus Brunnen in Mataverí gewonnen. Diese Trinkwasserressource ist unverzichtbar für die Existenz von Menschen auf Rapa Nui. Alternativen existieren nicht. Die Qualität und Gesundheitsverträglichkeit des Trinkwassers ist allerdings aufgrund der hohen Durchlässigkeit und der

geringen Sorptionsfähigkeit der vulkanischen Böden und Gesteine gegenüber Schadstoffen hochgradig gefährdet. Als bedenklich wird in diesem Zusammenhang der in den letzten Jahren zunehmende Einsatz von Unkrautvernichtungsmitteln und Insektiziden auf Rapa Nui gesehen. Diese Chemikalien weisen eine hohe Persistenz in den Böden auf und gelangen mit einer zeitlichen Verzögerung von Jahren und Jahrzehnten im Grundwasser an. Auch dort werden die Schadstoffe nur extrem langsam abgebaut und machen das Trinkwasser auf lange Zeit ungenießbar. Mit dem Import moderner technischer Güter gefährden zunehmend auch Abfälle die chemische Boden- und Trinkwasserqualität auf Rapa Nui.

Mit hoher Priorität sollte für Rapa Nui ein Umweltschutzplan entwickelt werden, der sich auf die Sicherung der chemischen Boden- und Trinkwasserqualität richtet. Auf den Einsatz von Umweltchemikalien sollte weitestgehend verzichtet werden. Herbizide sollen überhaupt keine Anwendung mehr finden. Insektizide sollen nur noch in Ausnahmefällen appliziert werden. Die eingesetzten Mittel sind nach neuen Umweltverträglichkeitsstandards auszuwählen. Auf Insektizide im Garten- und Obstbau sollte völlig verzichtet werden. Hier sollen biologische Schutzmaßnahmen (s. o.) Vorrang haben. Für giftige bzw. Gifte enthaltene Abfälle (Elektrogeräte, Autos, Batterien, Farbanstriche, Kunststoffe etc.) sind geeignete Sammelsysteme einzurichten. Diese Abfälle dürfen nicht auf Rapa Nui deponiert oder verbrannt werden, sondern müssen mit den auf dem Rückweg kaum ausgelasteten Versorgungsschiffen auf den Kontinent zurücktransportiert und dort umweltgerecht entsorgt werden.

7.7 Schutz der Kulturdenkmäler

Schützenswert sind auf Rapa Nui nicht nur ahu und moai, sondern eine Vielzahl von Kulturgütern. Neben den touristisch viel beachteten Kulturstätten gibt es zahlreiche weniger bekannte, jedoch archäologisch bedeutsame Kulturdenkmäler, die aufgrund ihrer Nichtbeachtung bedroht sind und zerstört werden können. So werden beispielsweise zur Zeit in einer Erdgrube am Fuß des Maunga Orito u.a. alte Kochstellen, Vorratsgruben und Pflanzlöcher sowie zahlreiche Artefakte aus der oberhalb gelegenen bedeutendsten Obsidianwerkstatt von Rapa Nui, durch die unkontrollierte Entnahme von Boden und Gestein unwiederbringlich vernichtet. Parallel dazu wird die Fundstelle mit Abfällen illegal zugeschüttet. Diese Erdgrube am Maunga Orito sollte unverzüglich für den Zugang mit Transportfahrzeugen gesperrt werden. Der Bodenaufschluss mit den beschriebenen archäologischen Strukturen sollte gesichert und für Einheimische und Touristen unter kundiger Führung zugänglich gemacht werden. Informationstafeln sollten aufgestellt werden, um eines der vielgestaltigsten Fundgebiete für alte Nutzungsspuren in den Böden zu erläutern.

Schädlich ist das regelmäßige Abbrennen der Grasflächen für Kulturstätten und Kulturobjekte. Die Hitzewirkung der Feuer greift zum Beispiel das weiche Tuffgestein der moai an. Aber auch Hausfundamente, ahu, Petroglyphen und Erdöfen (umu), die verborgen im Grasland liegen, werden durch die Feuer sukzessive zerstört. Durch regelmäßige Brände besonders gefährdet sind zum Beispiel die moai, Hausfundamente und andere Strukturen am Außenhang des Rano Raraku. Auch aus diesem Grunde sollte die Brandaktivität stark reduziert werden. In archäologisch sensiblen Bereichen sollte das Abbrennen gänzlich unterlassen werden.

Als zunehmendes Problem wird die schleichende Zerstörung der moai gesehen, des wichtigsten Kulturgutes von Rapa Nui. Das weiche Tuffgestein insbesondere der auf den ahu wieder aufgerichteten moai zersetzt sich unter der Wechselwirkung von Feuchtigkeit und Austrocknung, von Aufheizung und Abkühlung sowie unter dem schädlichen Einfluss

von Salzwasserspray und Vogelkot. Während in prähistorischer Zeit die einzelnen moai nur für eine begrenzte Zeit von spiritueller Bedeutung waren und dann von neuen Figuren ersetzt wurden, sind sie aus heutiger Sicht wegen ihrer Einmaligkeit, für die Bewahrung der Rapa Nui Kultur und wegen des erdweitem Interesses von Menschen an dieser Kultur unersetzlich. Dadurch entstehen bisher nicht gelöste Zielkonflikte zu den richtigen Strategien, Techniken und Prioritäten der nachhaltigen Konservierung der moai. Wir geben folgende Empfehlungen:

Die weitere Ausgrabung von moai oder ihre weitere Aufrichtung auf ahu ist zu vermeiden. Der kulturelle Kontext wird durch die Aufrichtung eher zerstört als wieder hergestellt. Entscheidendes technisches und kulturelles Wissen zur Aufstellung der moai ist verloren gegangen. Heute sind auch gut ausgebildete Techniker nicht in der Lage, die Fundamente ausreichend vor Setzungen und vor Bodenerosion zu sichern, wie das Beispiel des ahu tongariki überdeutlich zeigt. Aufgerichtete moai verwittern sehr viel schneller als liegende. Auf der Oberfläche liegende moai oder aus dem Sediment herausragende Teile von Steinfiguren verwittern wiederum sehr viel schneller als begrabene moai.

Eine chemische oder mechanische Oberflächenbehandlung der Steinfiguren ist zu vermeiden. Sie würde das Kulturgut spirituell und optisch unwiederbringlich verändern. Nicht auszuschließen ist, dass konservierende Maßnahmen erst in Jahrzehnten oder Jahrhunderten negative Wirkungen entfalten können und im Extremfall den Verfallprozess sogar beschleunigen.

Die Kultur und die Philosophie der Menschen, der Rapanui, sind bei allen Schutzbemühungen uneingeschränkt zu berücksichtigen. Eine entsprechende Erziehung der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Zuziehenden und der Touristen ist unverzichtbar.

7.8 Verkehr

Pferde sind ein umweltverträgliches Transportmittel. Sie werden jedoch von einer stark zunehmenden Zahl von Autos und Motorrädern verdrängt. Die räumliche Begrenzung der Insel lässt schon die jetzige Verkehrsdichte zu einem Problem werden (Ausdehnung des Straßennetzes, Zerfahren des Graslandes, Förderung von Erosion an Vulkanhängen, Störung der Ruhe an erlebbaren Kulturstätten, Beschädigung von Kulturstätten, Abgasproblem, steigende Unfallzahlen etc.).

Fahrspuren führen direkt an zahlreiche Kulturstätten wie z. B. unmittelbar an den Fuß des Rano Raraku, obwohl etwas weitere (Fuß-) Wege oder auch der Transport mit Pferden den Erlebniswert für Bewohner und Touristen befördern würden. Für Touristen, die nur kurze Wege zu Fuß zurücklegen und keine Pferde nutzen können, sind umweltverträgliche Verkehrsmittel bereit zu stellen. Das Befahren von Standorten außerhalb des bestehenden Wegenetzes sollte generell minimiert werden.

Den Osten der Poike Halbinsel veränderten Motocross-Fahrer. Kulturstätten wurden in Unkenntnis nicht respektiert. Die Totenruhe wurde gestört, da Gräber überfahren wurden. Fahrspuren entstanden, auf denen die Bodenerosion noch rascher voranschreitet. Eine häufig benutzte Motocross-Strecke wurde mit aufgestellten Reifen markiert. Aufgrund erster Aufklärungsgespräche scheint diese für den Kultur- und Ökosystemschutz sehr schädliche Aktivität verringert worden zu sein, muss jedoch in Zukunft gänzlich unterbleiben.

Für Rapa Nui sollte ein umweltverträgliches Verkehrskonzept entwickelt werden, dass Punkte wie Straßenbau, Flächenversiegelung, Zahl und Begrenzung der Autos, alterna-

tive und öffentliche Verkehrsmittel zum Inhalt hat. Hierzu sollten vor allem die Inselbewohner selbst ein konsensuales Ziel- und Umsetzungskonzept entwickeln.

8. Dank

Die Verfasser danken

- den Bewohnern von Rapa Nui für ihre Gastfreundschaft und die Unterstützung unserer Forschungsarbeiten,
- dem Consejo de Monumentos Nacionales de Chile, dem Gobernador Provincial de Isla de Pascua Enrique Pakarati und der Corporación Nacional Forestal (CONAF) für die Genehmigung der Forschungsarbeiten, ihre Unterstützung und ihr Interesse,
- Prof. Dr. Piet Grootes und seinem Team des Leibniz-Labors für Altersbestimmung der Universität Kiel für die zahlreichen Radiokarbondatierungen sowie
- Ingo Feeser, Helene Martinsson-Wallin, Grant McCall, Stephanie Pauly, Karlo Huke Atán, José Ramirez, Christopher Stevenson, Marlen Thiermann de Varela, Gerardo Velasco, Francisco Torres Hochstetter und Bernd Tschochner für ihre Unterstützung.

9. Literaturverzeichnis

Bork, H.-R., A. Mieth und B. Tschochner (2004): Nichts als Steine? Auslöser, Verbreitung und technischer Aufwand der prähistorischen Steinmulchungstechnik auf Rapa Nui (Osterinsel), *Geo-Öko*, Vol. 25: 113-126.

Mieth, A. und H.-R. Bork (2004a): Easter Island – Rapa Nui. Scientific Pathways to Secrets of the Past. *Man and Environment I*. Ökologie-Zentrum, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Mieth, A. und H.-R. Bork (2004b): Bodenfruchtbarkeit und Bodenerosion: Schlüsselindikatoren der Kultur- und Landschaftsgeschichte der Osterinsel (Chile). *Geo-Öko*, Vol. 25: 259-306.

Mieth, A., H.-R. Bork und I. Feeser (2002): Prehistoric and Recent Land Use Effects on Poike Peninsula, Easter Island (Rapa Nui). *Rapa Nui Journal* 16 (2): 89-95.

Bewegung durch Regionalanalyse und Regionalpolitik

Policies of rehabilitation and of consolidation of small and medium sized enterprises in Sachsen-Anhalt and in Brandenburg (East Germany): Programme structure, procedures, results, evaluation¹

von Elke Hochmuth und Wilfried Heller (Göttingen/Potsdam)

1. Frame conditions for the policies of rehabilitation and consolidation in East Germany

Even twelve years after the reunification the transformation process of the East German economy continues to be characterized by great problems. In the course of the last years entrepreneurial losses of stock are among the diverse difficulties in adapting the market economy. They aggravate the problems of growth that threaten heavily the economic development. More and more East German enterprises come into an economic situation of existential danger. Up to now this trend continues despite of the assistance by the state.

Immediately after the reunification in 1990 "only" 392 collapses of enterprises have been registered. But since 1991 a permanent increase of closures of enterprises in East Germany can be observed. Already in 1995 the number of closures increased to 5,874. And the tendency continues to increase. More than 9,900 enterprises became insolvent just in the year 2001. Thereby within one year, about 173,000 people lost their employment in East Germany (Creditreform 2001:11,18).

There are diverse causes of this negative development. As main causes of the break down of enterprises in East Germany are regarded: firstly, the consequences of the transformation process which even still today create closures of enterprises because of the structural change, and secondly, internal problems of the enterprises like the lack of enterprise capital and bad management (e. g. BRUCH-KRUMBEIN/HOCHMUTH/ZIEGLER 1996).

Some state institutions of the Federal Republic of Germany as well as of the East German countries ("Länder") look after the problem of collapses of enterprises. They established so-called consolidation funds. Since several years, these funds offer diverse opportunities to help. They mainly provide financial support to the rehabilitation and consolidation of small and medium sized enterprises in East Germany. (Foot note 1: By the definition of the European Union small and medium sized enterprises are enterprises which have not more than 250 employees, an annual turnover of up to 40 millions Euro or an annual balance not exceeding 27 millions Euro. Moreover, not more than 25 % of the capital of the enterprise must belong to one or several larger enterprises.)

The consolidation funds respectively the rehabilitation programmes made by the "Länder" are forms of financial assistance by the state. Therefore, they must be approved by the European Commission. In the course of its policy of assistance the European Union created guidelines for enterprises that represent the fundamental framework of laws. Thereby, the European Union influences the programmes of rehabilitation within the

¹ This paper was presented by Wilfried Heller at the international seminar on „Entrepreneurial Initiatives and Regional Development“ organized by Jean Baptiste Humeau (University of Angers/France) and Ioan Ianos (University of Bucharest/Romania) at the University of Bucharest on 22 nd July 2002.

"Länder" of East Germany. By these guidelines the European Union laid down very exactly what kinds of enterprises can be supported. It is the aim of the guidelines to avoid distortions of competition on the common European market. Therefore, the EU commission thinks that supports should only be given to those small and medium sized enterprises that are certainly disadvantaged concerning structural policy compared with large enterprises.

Considering these EU rules the Federal Republic of Germany created funds of consolidation for East Germany in order to compensate the negative consequences of the German reunification and in order to build up a competitive economy in East Germany (Table 1).

Table 1 The most important programmes and funds of the federal level of Germany to rehabilitate and to consolidate small and medium sized enterprises in East Germany 1990-2002

1. Programme of the federal institution "Treuhand" (1990 - 1994):
Treuhand privatized the former state enterprises
2. Funds of consolidation for East Germany (since the end of 1994):
3 variants (1: 1995; 2: 1996 - 1999; 3: since 1999); the volume of these funds amounted to 1,4 billions DM 1995 - 2000; the funds offer loans and shares
3. Share programmes (since 1990):
example: share fund East (since 1995)
4. Sureties (since 1990)
5. Consulting programmes (since 1990):
(e. g. rationalization and innovation centres, senior experts services)

Source: own compilation

The central element of this policy is the consolidation fund which was established by the Federal Republic at the end of 1994. Initially, this fund was provided with 500 millions DM for the purpose to establish consolidation programmes for East Germany. The East German "Länder" themselves supplemented this fund with 250 millions DM (compare BRUCH-KRUMBEIN/HOCHMUTH/ZIEGLER 1996). Already in 1996, the Federal Republic additionally gave 250 millions DM. Furthermore, in 1999 the Federal Republic put additional 400 millions DM at the fund's disposal. This fund was then called Fund of Consolidation and Growth for East Germany.

(Foot note 2: On 1 July 1999, this fund has been established by the federal government in order to help small and medium sized enterprises. It is the idea of this fund to continue to develop the federal policy of rehabilitation and consolidation. This fund means a concept of further development because of two reasons: On the one hand, the East German "Länder" must contribute by their own means to the fund. On the other hand, each enterprise which is supported by the fund must accept to be consulted by state institutions and respectively by private institutions which act authorized by state institutions. This fund is administrated by a joint stock company which is totally owned by "Deutsche Ausgleichsbank". The "Deutsche Ausgleichsbank" is a state owned bank. It is the task of this bank to support projects of private persons and enterprises of East Germany and of Germans who are migrants from Eastern Europe and the territories of the former Soviet Union.)

For the period from the end of 1994 through 2000, that is for a period of six years, the Fund of Consolidation and Growth for East Germany put 1.4 billions DM at the disposal of East German enterprises which were going through a difficult crisis (Hochmuth 2002). This fund gives financial support to the East German "Länder" to develop own policies of rehabilitation and consolidation and to create different programmes of rehabilitation and consolidation which consider the specific circumstances of the different "Länder".

At the same time on the federal level of Germany some other programmes for East Germany have been developed, e. g. the share fund East („Beteiligungsfonds Ost"). Therefore, since the end of 1994 enterprises which have troubles can get state assistance by manifold programmes. So, the policy arena for the rehabilitation and consolidation of enterprises could constitute and stabilize itself. (Foot note 3: HOCHMUTH/ZIEGLER 1999 c give an overview on the manifold opportunities to support crisis enterprises offered both by the federal and by the "Land"-level. HOCHMUTH 2002 gives still more actual overviews on the federal level and especially for the „Länder" Brandenburg and Sachsen-Anhalt.)

2. The policy of rehabilitation and consolidation in Sachsen-Anhalt

From 1995 through 2000 the "Land" of Sachsen-Anhalt made a very active policy of rehabilitation and consolidation. The "Land" offered manifold opportunities to help enterprises which had troubles. Such enterprises could get support by the programme package „IMPULS 2000“, by the share programme for consolidation and by the real estate company „GSA-Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH" (see Table 2).

Table 2 Rehabilitation and consolidation funds and programmes of Sachsen-Anhalt („Land" level) 1995 - 2002

Programmes	Kinds of supports	Supported enterprises
"IMPULS 2000": (1995-2000)	Loans, shares, and consulting; loans of not more than 500,000 DM to a crisis enterprise; consulting was financed by the "Land" with 90 % of the costs;	small and medium sized crisis enterprises
Share programme for consolidation (since 1995)	Shares up to max. 2 millions DM	<ul style="list-style-type: none"> • 1995-2000: all crisis enterprises, • since 2001: only small and medium sized enterprises
"GSA-Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH" (limited company): This real estate company is a 100 % daughter of a company of the Land Nordrhein-Westfalen (of the limited company "Landesentwicklungsgesellschaft")	Its main task is to buy plants, machines and areas of already insolvent enterprises in order to get over their narrow passes of liquidity. It is the intention to win time by this way in order to look for further possibilities to rehabilitate the insolvent enterprise.	already insolvent enterprises
Consulting, information, round tables carried out by the Ministry of Economy and Technology of Sachsen-Anhalt	very seldom applied in Sachsen-Anhalt	crisis enterprises

Source: own compilation

2.1 Programme structure

Until 2000 the programme package „IMPULS 2000“ consisted of a loan and a share programme as well as of an additional consulting programme. The loan programme granted loans of not more than 500,000 DM to crisis enterprises. The most important precondition to get a loan was the elaboration of a convincing concept of rehabilitation. The enterprise had to prove that it has real chances to prosper in the future. The consulting programme of this programme package was of secondary importance. Its role was a supplementary one. It could be used only in that case that an enterprise came into troubles because of mistakes made by the management. In such cases the grant of financial means by the loan and the share programme was connected with consulting. The consulting was financed by the "Land" with 90 % of the costs. So, the own share of the enterprise amounted to 10 %. The Ministry of Economy and Technology of the "Land" Sachsen-Anhalt gave the task of consulting to a private consulting company (Prognos-consult GmbH). This company established a pool of consultants specialised in crisis management.

The share programme for consolidation could offer up to two millions DM to crisis enterprises. The size of the enterprises was not of importance in order to get support. This programme continues after the year 2000, but only for small and medium enterprises. The difference between a share and a loan programme for consolidation concerns the modalities of repayment. The share programme for consolidation is more advantageous for enterprises concerning repayment. In order to be able to participate in this share programme the enterprise must elaborate a concept which makes clear how the economic problems can be solved.

In 1999, the "Land" government increased the share programme for consolidation by financial means of the Federal Republic's fund of consolidation and growth for East Germany (see above foot note 2). Since that time the share of up to two millions DM is granted only if the enterprise makes use of an external consulting (see above).

Beside the Ministry of Economy and Technology of the "Land" Sachsen-Anhalt the above mentioned real estate company "GSA-Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH" offers support to crisis enterprises, too. This company is a 100 % daughter company of a company of the "Land" Nordrhein-Westfalen ("Landesentwicklungsgesellschaft"). The legal form of a company was chosen because by this way it is possible to get financial support by certain EU means. The real estate company "GSA-Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH" has the main task to buy plants, machines and areas of already insolvent enterprises in order to get over their narrow passes of liquidity. It is the intention to win time by this way in order to look for further possibilities to rehabilitate the insolvent enterprise. This job is done by an employee of the real estate company or by an administrator of insolvency.

2.2 Procedures

Up to the end of the year 2000 a certain department of the Ministry of Economy and Technology -called Task Force - was the first shelter institution for crisis enterprises. The Task Force was established in 1995. It consisted of five employees who were exclusively engaged with the problems of enterprises which had troubles. At the beginning of the year 2001 this institution was closed. Since that time the tasks of this institution were carried out by another department ("Grundsatzfragen der Mittelstandspolitik") of the ministry which is engaged with other subjects concerning small and medium sized enterprises, too.

The decision about the question whether a crisis enterprise should be supported or not is made by a special consolidation committee of the Ministry of Economy and Technology. The Task Force respectively - since 2001 - the above mentioned department has the task to evaluate the economic situation of the crisis enterprise and to consult the consolidation committee concerning the risks of financial support. The whole procedure to come to a decision follows a traditional administrative procedure, in principle. At the beginning it is proved by considering hard facts whether the crisis enterprise has chances to exist on the market after restructuring. If there are chances for the enterprise to solve the problems by help of a convincing plan of restructuring, the above mentioned department of the ministry elaborates a concept to solve the problems. Mostly, this concept consists of a combination of all existing programmes. After the enterprise had applied for these programmes, the ministry of economy and technology decides about the grant. The Ministry of Finance of the "Land" Sachsen-Anhalt participates in this decision.

"Soft" instruments like negotiation, consulting, information and moderation (presentation) are applied very seldom in Sachsen-Anhalt concerning rehabilitation and consolidation. An exemption is given if an enterprise of regional importance applies for assistance. Under this circumstance certain institutions and persons which know the enterprise are asked concerning the evaluation of the economic situation of the enterprise. These institutions and persons are e. g. the bank, medical insurances, unions, the staff and the labour force of the enterprise. Often round tables with the main partners of the enterprise were established. The participants discussed about solutions which mostly meant compromises. So, e. g. the banks prolonged loans or the employees did without a part of their salaries. The above mentioned department of the ministry as a neutral institution organized and presented this process.

But these soft instruments were and are applied as supplementary instruments in Sachsen-Anhalt. They do not touch essentially the traditional administrative behaviour. They mainly are used by the Ministry of Economy and Technology to find a viable solution for the crisis enterprise and to keep as low as possible the financial participation of the "Land" Sachsen-Anhalt.

2.3 Results

In the course of the first two years of the shelter institutions for crisis enterprises – that were the years 1995 and 1996 – the ministry of economy and technology granted 488 applications for financial support. It can be estimated that the rate of grant was about 50 %.

Table 3 reveals that from 1997 through 2000 significantly less enterprises than before got financial support. Only 240 applications have been accepted during this period. But the rate of grant did not decrease. That is the information of the ministry. That means that the demands for support decreased.

Besides, Table 3 shows that more loans than shares were granted between 1995 and 2000. But if you calculate the average amount of financial support for an enterprise you see that since 1996 the average sums of the loans are lower than the average sums of the shares.

Nearly 10,000 jobs could be saved by help of the programme package "IMPULS 2000" in Sachsen-Anhalt in the period from 1997 to 2000 (see Table 4). The grant of loans was a more effective support compared with the grant of shares because much more jobs were supported by loans than by shares although the financial sums of the loans were not

much higher than the sums of the shares. That means that the average financial support per enterprise granted by a loan was about 25 % lower than the average financial support per enterprise given by a share.

Table 3 Financial support by the programme package IMPULS 2000 in Sachsen-Anhalt in the period 1995 – 2000

	Kind of support	Number of granted applications	Total financial Support (mio. DM)	Average financial support per enterprise (mio. DM)
1995	Loan			
	Share			
	Total	299	198.2	0.67
1996	Loan	134	46.6	0.35
	Share	55	40.1	0.73
	Total	189	86.7	0.46
1997	Loan	70	25.4	0.36
	Share	19	15.5	0.81
	Total	89	40.9	0.46
1998	Loan	52	14.6	0.28
	Share	17	22.8	1.30
	Total	69	37.4	0.54
1999	Loan	36	18.9	0.53
	Share	16	18.5	1.16
	Total	52	37.4	0.72
2000	Loan	26	14.0	0.54
	Share	4	5.1	1.28
	Total	30	19.1	0.64

Source: Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt, Tätigkeitsbericht; own calculations

Table 4 Financial amount and jobs saved by the programme package IMPULS 2000 in Sachsen-Anhalt 1997 – 2000

Number of grants	
Total	240
Loans	184
Shares	56
Financial amount (DM)	
Total	134,835,750
Loans	72,989,750
Shares	61,846,000
Saved jobs	
Total	9,668
by loans	5,924
by shares	3,744
Average financial amount per job (DM)	
Total	13,946.6
by loans	12,321.0
by shares	16,518.7

Source: Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt

Fig. 1 shows a regional pattern of the financial volumes to promote jobs, the numbers of granted applications and the number of jobs promoted by the financing programme "IMPULS 2000". This regional pattern is made on the level of counties ("Landkreise"). Already at first glance you see a gradient from north to south. Between 1997 and 2000 most of the financial support concern the northern counties (Altmark-Salzwedel, Stendal, Ohrekreis, Jerichower Land, and the city of Magdeburg). The southern counties as Schönebeck, Anhalt-Zerbst, Quedlinburg and Burgenlandkreis received only very limited financial support.

Besides, Fig. 1 shows a direct relation between the financial volumes to promote jobs and the numbers of promoted jobs. The bigger the financial volumes the more jobs were saved respectively promoted. In the city of Dessau the financial support was especially effective. There, 665 jobs were saved by the support with "only" 5.8 millions DM. In the contrary, in the county of Köthen only 116 jobs were saved by spending nearly the same amount of money (Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt; HOCHMUTH 2002, annex).

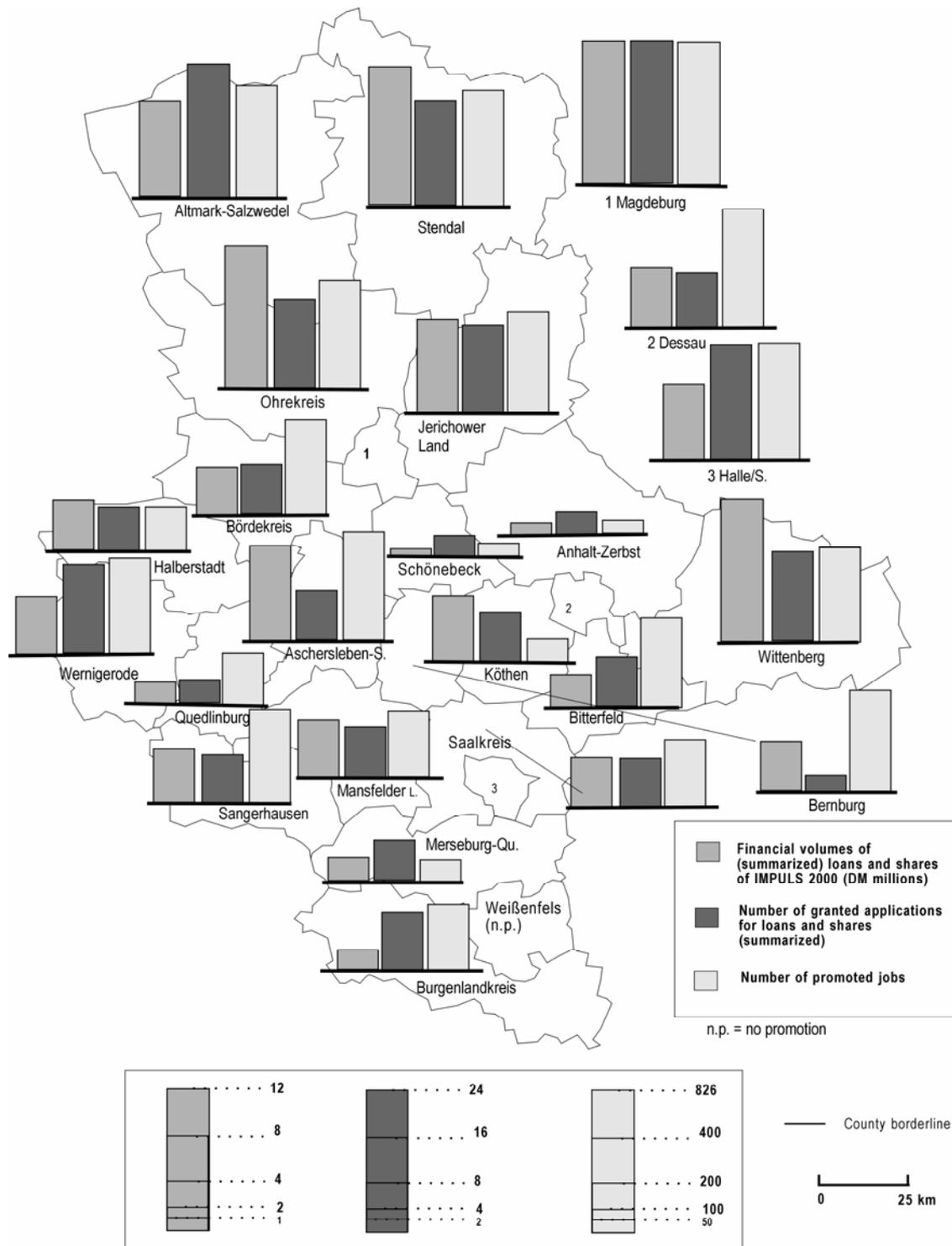
If you compare the amount of the two different kinds of support of the programme package „IMPULS 2000“ you will see following: The grants that most (14 of 23) of the counties received mainly consisted of loans and not of shares (Fig. 2). Four counties received only loans. Only in five counties the amount of shares was higher than that of loans (Foot note 4: Unfortunately there is no information about the distribution of the loans and grants on economic branches).

Fig. 3 shows activities of the real estate company "GSA-Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH" which was founded in 1995. Up to the year 2000 this company bought the plants of 23 insolvent enterprises. By this way nearly 1,500 jobs could be saved. The activities of the company (Fig. 3) were concentrated on old manufacturing industry which is located above all in the southern and south-eastern parts of the "Land" Sachsen-Anhalt. The comparison of the regional pattern of the financial volumes of the programme "IMPULS 2000" (Fig. 1) with the regional pattern of the activities of the above mentioned real estate company (Fig. 3) shows that the two kinds of activities complement each other to some extent. For example: The real estate company bought large areas of insolvent enterprises in those counties where the support of the financing programme "IMPULS 2000" was below the average. Good examples are the counties Schönebeck, Bitterfeld, Köthen and Weißenfels.

It seems as if the financing programme „IMPULS 2000“ was an additional instrument to support above all economically weak regions. But if you suppose that financial support by the programme „IMPULS 2000“ was granted mainly to counties where the unemployment rates are high you will be disappointed by the practice. There is no significant correlation between the unemployment rates and the financial volumes given by the programme „IMPULS 2000“. You see in Fig. 4 that counties with high rates of unemployment were not generally preferred to receive financial support.

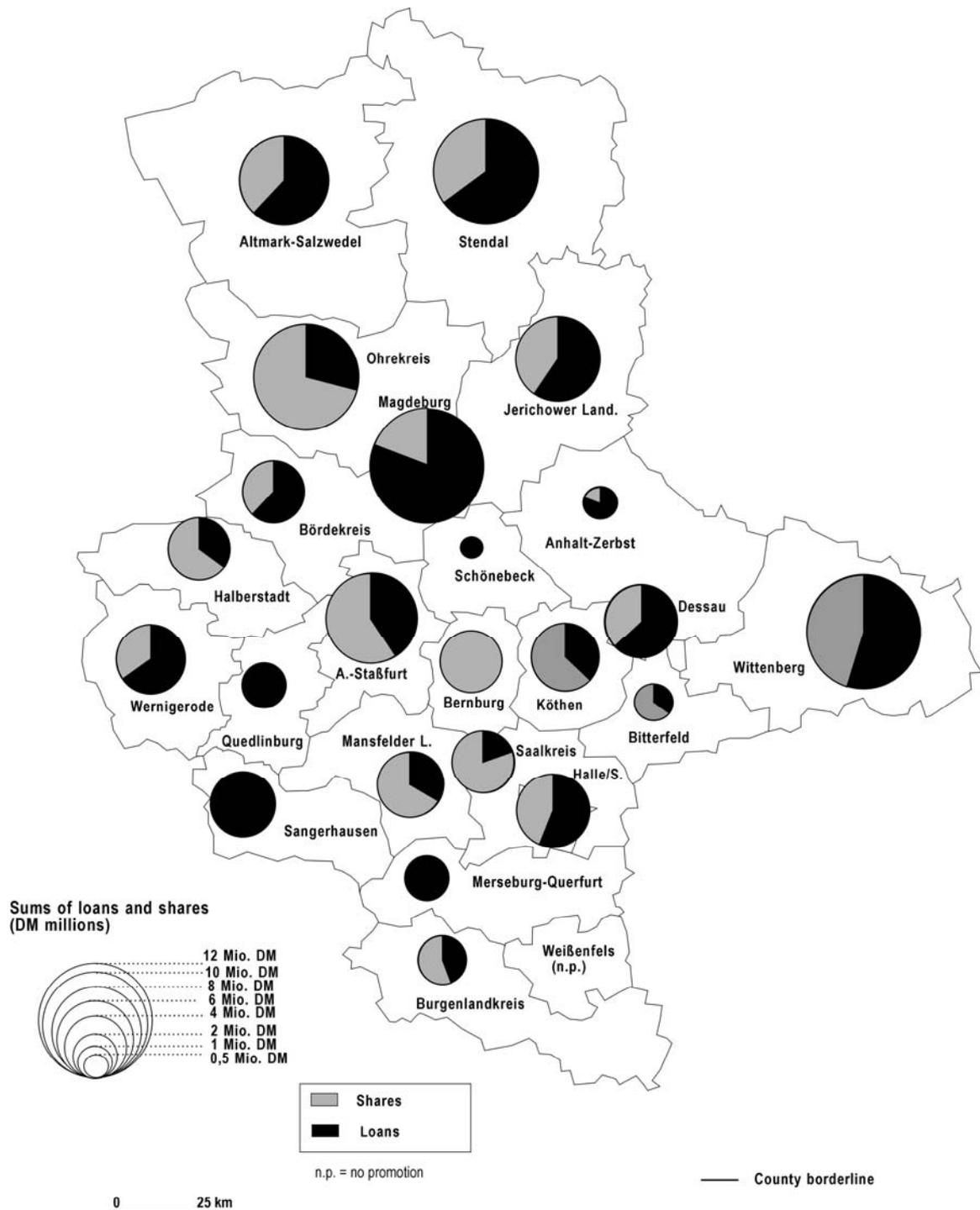
This practice reminds a little bit to the principle of giving everyone a more or less small slice of the cake. The main reason for that are the regulations of the official guidelines. You read in the guidelines of the programme that indicators of economic development and employment (as e. g. the unemployment rate) are not to be considered concerning the approach of financial support. The only criterion is a conclusive concept of rehabilitation and consolidation elaborated by the applying enterprise.

Figure 1 Financial volumes to promote jobs, number of granted applications, and number of jobs promoted by the financing programme IMPULS 2000 for small and medium sized enterprises in Sachsen-Anhalt 1997 – 2000



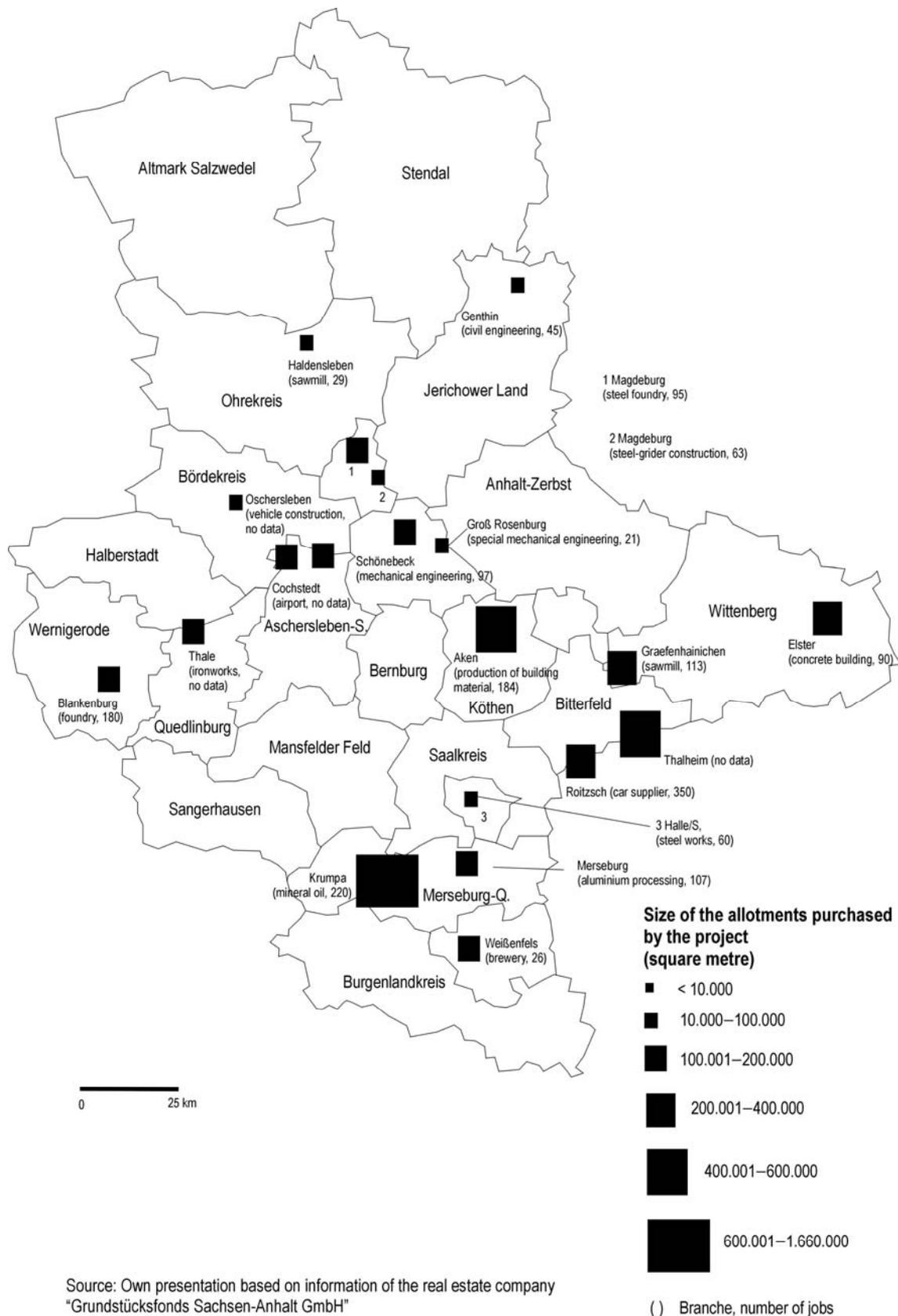
Source: Own presentation based on information of Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt

Figure 2 Financial volumes of loans and shares (separated) of the financing programme IMPULS 2000 for small and medium sized enterprises in Sachsen-Anhalt 1997 – 2000



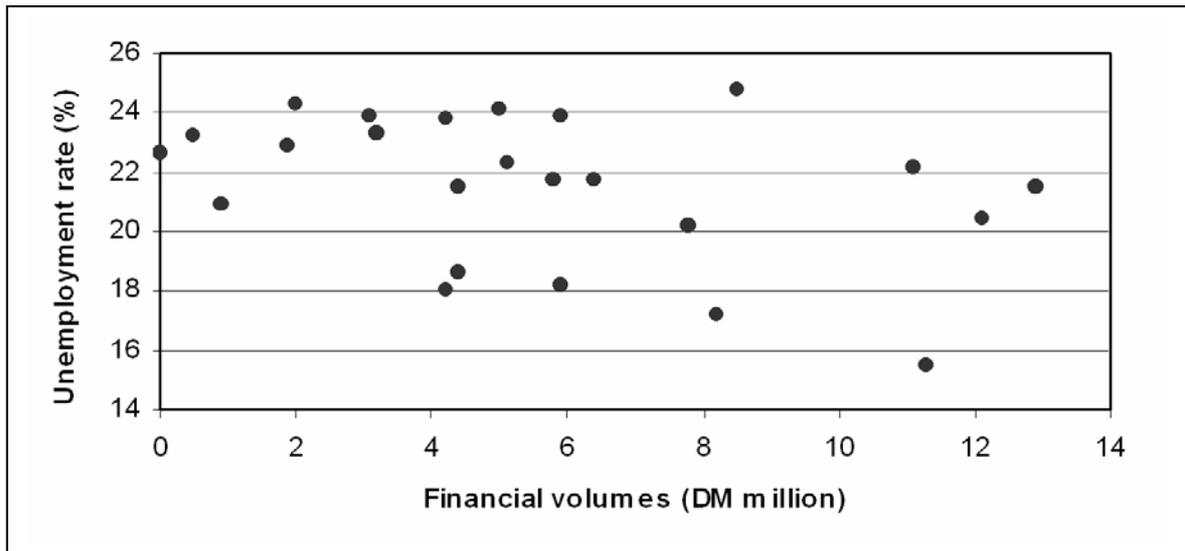
Source: Own presentation based on information of Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt

Figure 3 Plant locations bought by the real estate company “Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH” in Sachsen-Anhalt 1995 – 2000



Source: Own presentation based on information of the real estate company “Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH”

Figure 4 Unemployment rate 2000 and financial volumes of the financing programme IMPULS 2000 for small and medium sized enterprises in Sachsen-Anhalt 1997 – 2000



Explication: The points symbolize counties ("Landkreise")

Source Own presentation based on information of Landesförderinstitut and of Statistical Office of Sachsen-Anhalt

2.4 Evaluation

At first glance, the policy of rehabilitation and of consolidation of the "Land" Sachsen-Anhalt seems to be all in all positive. But, at second glance, the effects on regional development of this policy are very limited. The reason for that is not only the fact that the regional structure of economy is not a criterion for the application of the funds of rehabilitation and of consolidation of small and medium sized enterprises, but also the relatively small financial volumes of these funds. The following example can show this very clearly:

The most important financial instrument of regional policy in Germany is the so-called "Joint task to improve the regional structure of economy" ("Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"). This instrument is not only applied in East Germany, but also in West Germany, and there also before reunification. "Joint task" means that the federal level of Germany and the different "Länder" cooperate. The "Joint Task" gives financial contributions to investments of economic enterprises, not only to those of small and medium sized enterprises but generally. In 1998, the "Joint Task" gave to Sachsen-Anhalt nearly 10 billions DM (9.952 millions DM) for investments. In contrast to that, the financial volume of the programme package „IMPULS 2000“ for small and medium sized crises enterprises amounted in the same year only to a little bit more than 37 millions DM, that is less than a half percent of the sum granted by the "Joint task" (Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt 1998: 52). Unfortunately the fund of "Joint Task" cannot be used for crisis enterprises.

Because of the small sums of „IMPULS 2000“ the effects on the labour market are modest. It is true that from 1997 to 2000 nearly 10,000 jobs could be saved by „IMPULS 2000“ in Sachsen-Anhalt, but more than 270,000 persons were registered as unemployed in Sachsen-Anhalt in 2000. Therefore the policy of rehabilitation and consolidation of small and medium sized enterprises does not play an important role concerning the quantity.

But, at third glance, if you consider that tremendous economic problems characterize many parts of East Germany it could also be important for some regions to save even only a small number of enterprises. Besides, the effects of the rehabilitation and consolidation policy are not so small as the figures show. Because you have to consider that one single insolvency of an enterprise often is the reason for some more insolvencies. The enterprises are dependent on other enterprises. So, if the jobs of one enterprise have been saved the jobs of another enterprise could have been indirectly saved, too. In this sense the policy of rehabilitation and consolidation of small and medium sized enterprises which have troubles could be an important additional contribution to regional policy in order to create a balanced and consistent regional development.

But, unfortunately, in 2001 the government of Sachsen-Anhalt changed its policy. Now, the "Land" concentrated on the support of small and medium sized enterprises which are characterized by innovation and economic growth. At the same time the government reduced the assistance opportunities for crisis enterprises. That is, that since 2001 favourable loans and consulting services have being cancelled. Now, crisis enterprises have only the possibility to apply to a state share for the process of consolidation.

3. The policy of rehabilitation and consolidation of small and medium sized enterprises in Brandenburg

In contrast to Sachsen-Anhalt the government of the "Land" Brandenburg continues officially its autonomous policy of rehabilitation and consolidation of enterprises facing insolvency. The government still thinks that it is undeniable to support such enterprises. The Ministry of Economy, Small and Medium Sized Enterprises and Technology of the "Land" Land Brandenburg holds the opinion that it is more promising to preserve jobs by supporting already existing enterprises than by supporting the foundation of new enterprises. This policy is regarded as indispensable especially concerning a successful re-industrialization of Brandenburg (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg 1999: 101).

3.1 Programme structure

In Brandenburg, the main instruments to support small and medium sized crisis enterprises are the consolidation fund to stabilize small and medium sized enterprises ("Konsolidierungsfonds zur Sicherung mittelständischer Unternehmen") and the programme to ensure the liquidity of small and medium sized enterprises ("Programm zur Liquiditätssicherung für kleine und mittlere Betriebe"). Furthermore, since 2002 there is a programme which offers mainly share capital to crisis enterprises. Its name is "DUO"-programme. This programme is called "DUO" because this programme is funded by two institutions, that is by the "Land" Brandenburg and by the Federal Republic of Germany. The basic precondition in order to receive support by the mentioned funds and programmes is the presentation of a good concept of rehabilitation and consolidation by the applying enterprise (see Table 5).

The consolidation fund offers loans and shares. The financial support shall contribute to the consolidation of former state owned small and medium sized enterprises of the manufacturing industry which have liquidity problems. The programme to ensure liquidity can be used to prefinance orders, to compensate delays of payments respectively slumps in sales as well as to change the terms of a enterprises's debts. But the last mentioned opportunity to use the programme is only given in exceptional cases.

The above mentioned "DUO" programme which offers mainly share capital to crisis enterprises is not only financed by the "Land" Brandenburg but also by means of the Consolidation and Growth Fund East. This is a fund of the Federal Republic of Germany (see above chapter 1). This programme offers only shares, not loans. Above all, small enterprises not exceeding 50 employees are supported.

Table 5 Rehabilitation and consolidation funds and programmes of Brandenburg („Land" level) 1995 – 2002

Programmes	Kinds of supports	Supported enterprises	Special conditions for grants	Special conditions for procedures
Fund of consolidation to stabilize small and medium sized enterprises (since 1995)	Loans and shares up to max. 2 millions DM per enterprise	mainly enterprises of manufacturing industry; up to 1998 only former state enterprises ("Treuhand" enterprises)		hard and soft factors are considered, often the instrument of the so-called "round table" is used in order to discuss about the way and the amount of the support
Programme to ensure liquidity of small and medium sized enterprises (since 1995)	Loans and shares up to max. 2 millions DM per enterprise	up to 1998 only enterprises which were not so-called "Treuhand" enterprises		
Share programme "DUO" (since 2002)	Shares up to max. 2 millions DM per enterprise	small enterprises of manufacturing industry of max. 50 employees	Financial support is only granted if the enterprise participates in a management consulting programme	
Consulting programme of the rationalizing and innovation centre of Brandenburg (since 1997)	Consulting; the crisis enterprises has to bear 10% of the consulting costs	enterprises supported by the fund of consolidation and by the programme to ensure liquidity are preferred		

Source: own compilation

Besides, there is a consulting programme to support the establishment and the stabilizing of small and medium sized enterprises which have serious troubles. The consulting programme is also a governmental programme. Since 1997 the Ministry of Economy, Small and Medium Sized Enterprises and Technology engaged a special limited company, that is "Rationalisierungs- und Innovationszentrum Brandenburg GmbH", to carry out this programme. It is the idea of this programme to consult enterprises concerning business administration, concepts and strategies. Enterprises supported by this programme belong mainly to those crisis enterprises which are supported by the consolidation fund and the programme to ensure liquidity.

3.2 Procedures

The Brandenburgian Ministry of Economy, Small and Medium Sized Enterprises and Technology is responsible for the decision on the question which crisis enterprise shall be supported. There is a special department within the ministry which is engaged with consulting and consolidation of crisis enterprises. This department is the first shelter for enterprises facing economic difficulties. Typically, the enterprises ask for financial support in order to solve liquidity problems. The enterprises must show their balance sheets and cost-benefit-analyzes of the last years in order to prove that they are able to be supported in principle.

But the ministry does not only consider facts of microeconomics in order to win a good idea of the enterprise and the management. Moreover, the ministry tries to clarify in a face-to-face talk with the managing director respectively with the manager the questions which kinds of support exist and whether the offers of financial support should include external coaching, consulting and/or time management because of possible management deficits.

As a rule, the ministry establishes a so-called round table where all important partners of the crisis enterprise co-operate, as e. g. banks, suppliers and customers. The ministry plays a neutral role as presenter. Often the government's participation in such round tables is like a signal to set again going contacts between the partners. It is the ideal case if the discussions and the results of these round tables contribute to the establishing of an entrepreneurial concept of rehabilitation which is the fundamental precondition to grant financial support.

After the enterprise has applied for financial support, the ministry decides within a procedure of bureaucracy routine whether the crisis enterprise will get financial support by the government. By doing so, the ministry also considers the information about the enterprise collected by the ministry.

It is remarkable concerning the procedure that the ministry does not only decide on the basis of hard facts as balances of business administration or cost-benefit-analyzes but also on the basis of soft factors as information, consulting, negotiations, discussions and presenting. So, the ministry hopes to come to a problem solution adequate to all concerned groups.

3.3 Results

Table 6 shows the results of the financial support given by the most important programmes for small and medium sized crisis enterprises, these are the consolidation fund and the programme the ensure liquidity: During the period from 1997 to 2000, altogether 163 enterprises could be saved from insolvency. So, more than 8,200 jobs could be saved in Brandenburg.

If you look firstly, at the numbers of grants, that correspond to the numbers of supported enterprises, and secondly, at the numbers of saved jobs, you see following results:

The programme to ensure liquidity was mainly focused on crisis enterprises of building and construction trade, and the consolidation fund was concentrated on manufacturing industry. But the financial amount of each of both programmes was higher with regard to manufacturing industry.

Table 6 Financial amount and jobs saved by the programme (fund) to ensure liquidity of small and medium sized enterprises and by the consolidation fund in Brandenburg by branches of economy for the period 1997 – 2000

Programmes, branches of economy	Number of grants (that is the number of supported enterprises)	Financial amount (millions DM)	Number of saved jobs	Average financial amount per job (DM)
Programme to ensure liquidity				
Total	115	50.1	3,809	13,153
Agriculture, forestry	1	0.3	14	21,489
Manufacturing industry	36	21.5	1,287	16,706
Building and construction trade	59	21.2	2,006	10,568
Services	19	7.1	502	14,143
Consolidation fund				
Total	48	63.9	4,423	14,447
Agriculture, forestry	1	0.6	50	12,000
Manufacturing industry	30	24.5	2,910	8,419
Building and construction trade	9	20.1	1,075	18,698
Services	8	18.7	388	48,196
Total	163	114.0	8,232	13,848
<i>Source: InvestitionsBank Brandenburg; own calculations</i>				

The financial amount of the programme to ensure liquidity continued nearly on the same level from 1997 to 2000 (Table 7). But the financial amount of the consolidation programme decreased by about 40 % from 1997 to 2000. It is supposed that the generally tense budget of Brandenburg caused the cuts of the consolidation fund.

Fig. 5 shows the financial support of the programme to ensure liquidity and of the consolidation fund separately considered by counties. The spatial pattern of the granted support shows the following preliminary results of the spatial dimensions of the policy of rehabilitation and consolidation:

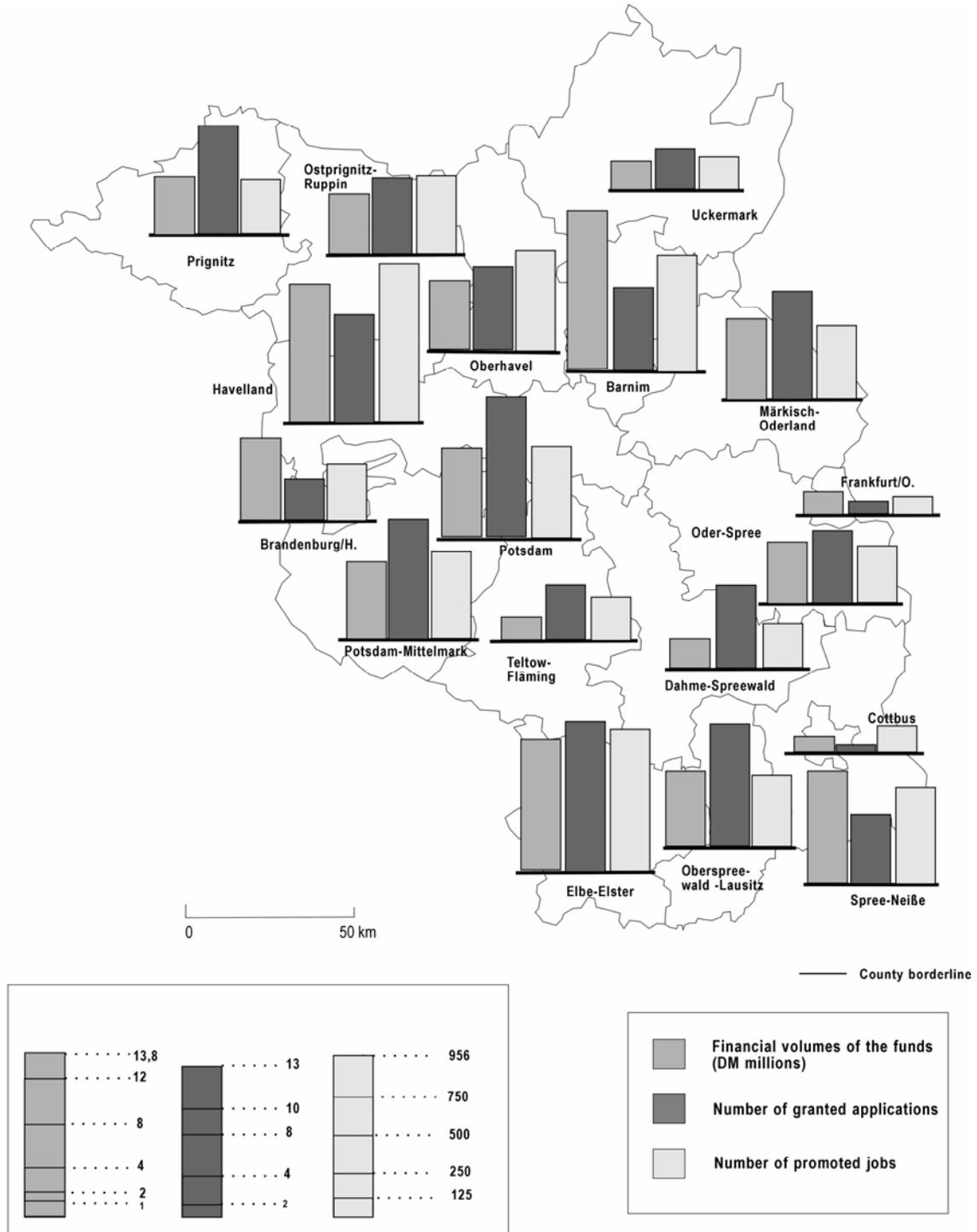
The lowest sums of support granted by the two programmes characterize the eastern parts of Brandenburg, these are the cities of Frankfurt/Oder and Cottbus and the counties of Uckermark and Dahme-Spreewald. An exemption is the county Teltow-Fläming situated in south west Brandenburg. The highest sums of support characterize some regions adjacent to Berlin, which are the counties of Barnim, Havelland and Märkisch-Oderland as well as the city of Potsdam. But among the regions characterized by relatively high sums of support are also the counties Elbe-Elster and Spree-Neiße in the south of Brandenburg. So, you cannot see a spatial pattern which can be explained by a policy of clear regional preference like you can observe in Sachsen-Anhalt (see above chapter 2.3), where the northern parts are preferred. It seems as if the financial support is distributed arbitrarily on the regions of Brandenburg. Besides, there is no certain correlation between the financial volumes of the funds and the numbers of the granted applications.

Table 7 Financial amount and jobs saved by the programme (fund) to ensure liquidity of small and medium sized enterprises and by the consolidation fund in Brandenburg by branches of economy in the years 1997 - 2000 considered separately

Programmes; branches of economy	1997			1998			1999			2000		
	Number of grants	Financial amount (millions DM)	Number of saved jobs	Number of grants	Financial amount (millions DM)	Number of saved jobs	Number of grants	Financial amount (millions DM)	Number of saved jobs	Number of grants	Financial amount (millions DM)	Number of saved jobs
Programme to ensure liquidity - Total	34	11.1	862	20	10.9	658	42	16.8	1,583	19	11.3	706
- Agriculture, forestry	0	0	0	0	0	0	1	0.3	14	0	0	0
- Manufacturing industry	11	3.4	458	7	6.4	292	11	5.5	325	7	6.2	212
- Building and construction trade	17	6.1	256	9	3.7	292	22	6.5	972	11	4.9	486
- Services	6	1.6	148	4	0.8	74	8	4.5	272	1	0.2	8
Consolidation fund - Total	14	21.8	1,358	14	11.5	1,006	11	17.5	914	9	13.1	1,145
- Agriculture, forestry	0	0	0	1	0.6	50	0	0	0	0	0	0
- Manufacturing industry	10	2.9	876	8	6.2	433	5	10.6	541	7	4.8	1,060
- Building and construction trade	2	5.4	295	3	3.6	433	2	2.8	262	2	8.3	85
- Services	2	13.5	187	2	1.1	90	4	4.1	111	0	0	0
Total	48	32.9	2,220	34	22.4	1,664	53	34.3	2,497	28	24.4	1,854

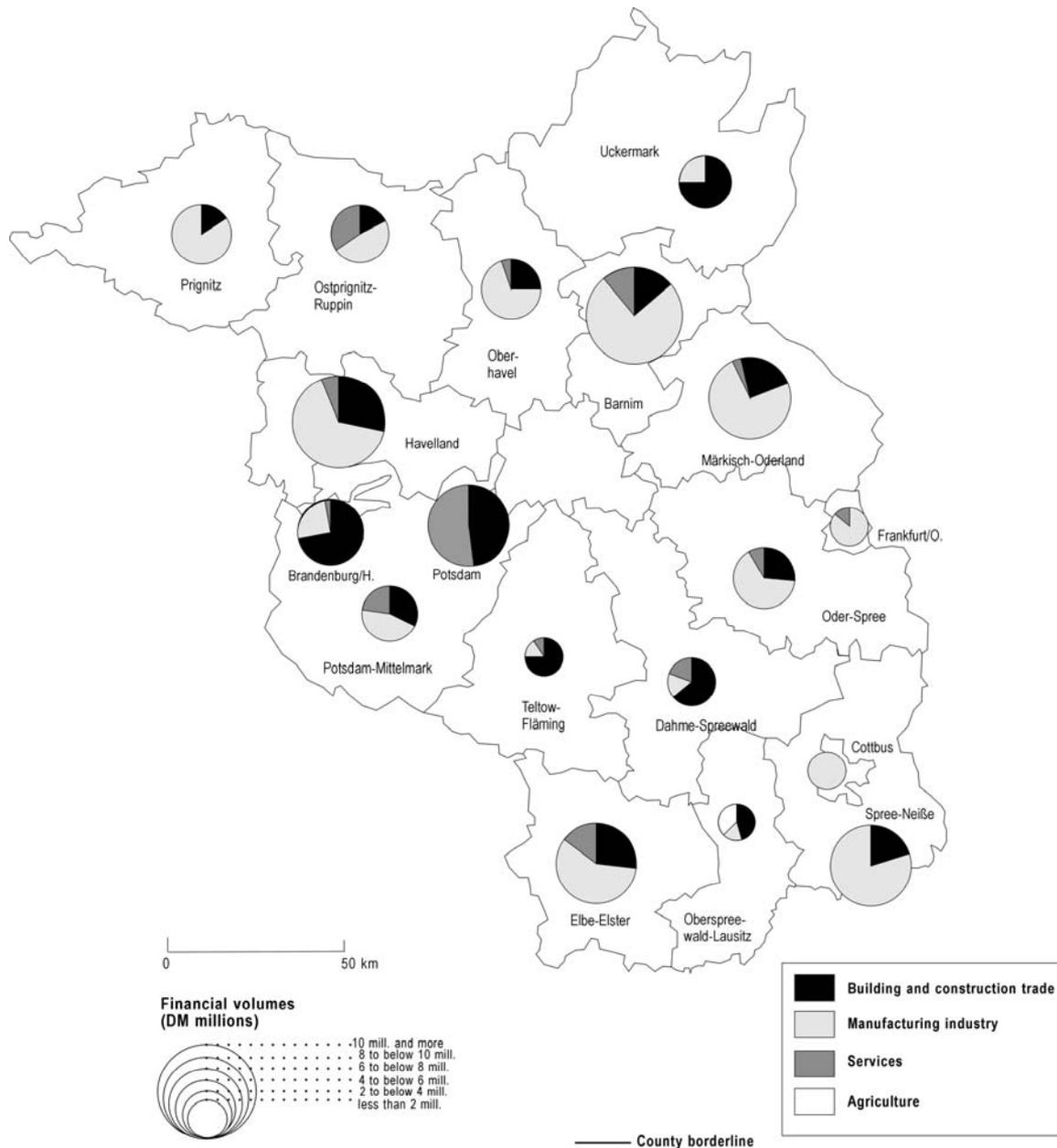
Source: *InvestitionsBank Brandenburg, own calculations*

Figure 5 Financial volumes of the state fund to ensure liquidity and of the state consolidation fund for small and medium sized enterprises, number of granted applications, and number of promoted jobs in Brandenburg 1997 – 2000



Source: Own presentation based on information of investmentsBank Brandenburg

Figure 6 Financial volumes of the state fund to ensure liquidity and of the state consolidation fund for small and medium sized enterprises, and shares of the different branches of economy regarding the whole financial assistance volumes in Brandenburg 1997 – 2000



Source: Own presentation based on information of investitionsBank Brandenburg

For example: From 1997 to 2000 7 millions DM were granted for three applications in the city of Brandenburg/Havel. In contrast, only 2.7 Millions DM were granted to seven applications in the county of Dahme-Spreewald during the same period.

The manufacturing industry receives the largest share of the financial support. That is with regard to Brandenburg as a whole (Table 8) as well as to most of the counties (Fig. 6). Only in the city of Potsdam no enterprise of the manufacturing industry was supported. There the sector of services was financially supported by relatively high sums.

Table 8 Financial volumes of the programme (fund) to ensure liquidity of small and medium sized enterprises and by the consolidation fund in Brandenburg 1997 - 2000 by branches of economy (millions DM)

Total	Agriculture, forestry	Manufacturing industry	Building and construction trade	Services
114.0	0.9	46.0	41.3	25.8

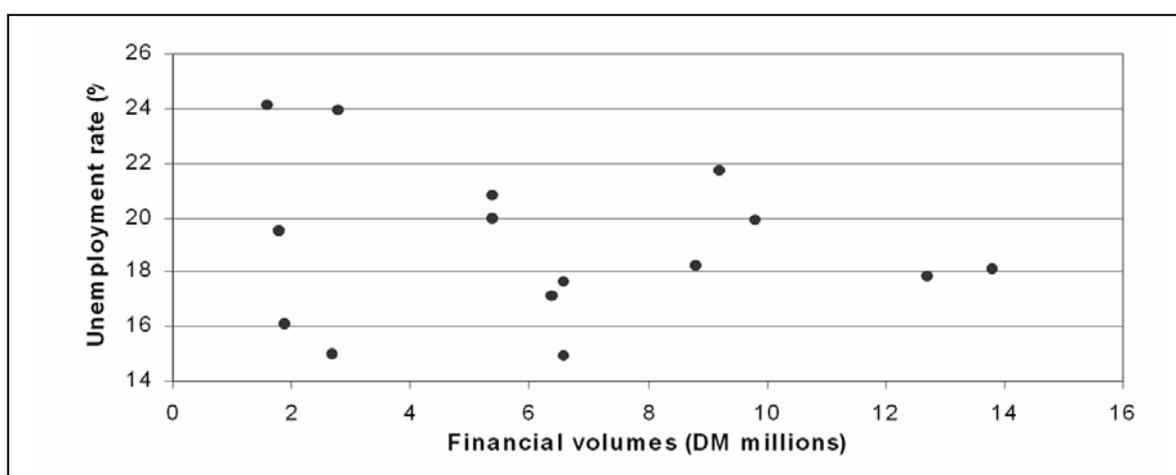
Source: *InvestitionsBank Brandenburg; own calculations*

In Brandenburg as a whole, nearly the same amount of financial support as that of the manufacturing industry concerns the building and construction trade. Apart from the cities of Cottbus and Frankfurt/Oder the building and construction trade could attract more or less relatively high sums of financial support in all regions of Brandenburg. The regions west of Berlin, these are the cities of Potsdam and of Brandenburg/Havel as well as the counties of Havelland and Potsdam-Mittelmark, received the biggest volumes of financial support concerning this sector.

Similar to the case of Sachsen-Anhalt the guidelines of the Brandenburgian programmes of rehabilitation and consolidation do not consider regional aspects. The financial support given to enterprises that are situated in regions of more problems of economy or infrastructure than the average region has, does not have priority. The financial support depends only on the enterprise and not on the location. It depends only on the quality of the concept of rehabilitation and consolidation. Regional indicators of development are not considered.

Fig. 7 shows that the programmes of rehabilitation and consolidation are not concentrated on problem regions. At least, there is no significant correlation between high regional unemployment rates and the use of financial support by state funds.

Figure 7 Unemployment rate 2000 and financial volumes of the state fund to ensure liquidity and financial volumes of the state consolidation fund for small and medium sized enterprises in Brandenburg 1997 - 2000



Explication: The points symbolize counties ("Landkreise")

Source: Own presentation based on information of InvestitionsBank Brandenburg and of Statistical Office of Brandenburg

3.4 Evaluation

The situation in Brandenburg is similar to that of Sachsen-Anhalt because it is difficult to identify which concrete incentives for regional development are caused by the policy of rehabilitation and consolidation. On the one side, many jobs were saved, that is more than 8,200 in Brandenburg from 1997 to 2000 (Table 6). On the other side, the labour market effect is small if compared to the total number of 223,637 unemployed persons in Brandenburg. But it was wrong to deny all kinds of positive influences of the rehabilitation and consolidation policy on regional economic development because without the programmes' financial support many enterprises would have had given up, and a lot of persons would have become unemployed. By that the concerned communes would have witnessed negative consequences like decrease of taxes, drop in purchasing power and emigration. Moreover, further collapses of enterprises would have been caused. Even for regions of weak economy it can be an important contribution to stabilize the economic basis if only one single enterprise can be saved.

4. Conclusion

There are some people of economic and political institutions of the Federal Republic of Germany and of the EU, who think that the policy of rehabilitation and consolidation is not compatible to the rules of free and fair economic competition. But despite of these doubts and under strict control carried out by the EU commission since 1995 the political institutions of the federal and of the „Land“ level tried to stop the collapses of enterprises in East Germany and to steer against the continuing trend of de-industrialization by applying a policy of rehabilitation and consolidation.

The examples of Sachsen-Anhalt and Brandenburg show that the "Länder" use very similarly the opportunities to give financial support to crisis enterprises: If the enterprises have a conclusive concept of rehabilitation and consolidation they can get loans or shares in order to avoid insolvencies and to have new chances to exist and to flourish.

In both „Länder“ the procedures to grant financial support are characterized by traditional paths of bureaucratic administration. However, there are also innovative elements improving the efficiency as e. g. the partial participation of the crisis enterprise in the procedure to grant financial support. Such elements are consulting, negotiation and presenting. These soft instruments are used in Brandenburg, especially. Mainly face-to-face talks and round tables often make important contributions to establish concepts of rehabilitation and consolidation. In contrast to Brandenburg the „Land“ Sachsen-Anhalt applies these soft instruments only in exceptional cases.

At first glance, the results of the policies of rehabilitation and consolidation are impressive. Since 1995 in both „Länder“ nearly 900 enterprises with more than 18,000 jobs could be saved. But at second glance, these numbers give reasons to be not enthusiastic because the positive effects on the tense labour markets are very limited.

Only future research could give an answer to the question whether the financial support could have been used more efficiently. In both „Länder“ the guidelines of financial support show that the measures of the policies of rehabilitation and consolidation do not consider aspects of regional policy. That is that problem regions are not supported more than other regions. So, you could put the question whether the policy of rehabilitation and consolidation could be used more effective if this policy was completed by regional components of structural policy. In Germany e. g. the so-called "Joint Task" to improve the Regional Structure of Economy („Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der

regionalen Wirtschaftsstruktur") consists of such regional components. The title "Joint task" means that the Federal Republic and the different „Länder" of Germany co-operate in this field. The fund of the "Joint task" can be used for all sizes of enterprises, not only for small and medium sized ones. The pre-condition to receive financial support by the "Joint task" is that the enterprises must belong to a disadvantaged region. However, this fund cannot be used for crisis enterprises. So, until now the policy to support crisis enterprises practises the principle of indiscriminate all-round distribution. This principle is only watered down by the rule that above all enterprises of regional importance should be supported. But this rule offers only few opportunities to consider the regional dimension of economic support. It is not clear in what case an enterprise can be defined as regionally important. This criterion seems to be relatively subjective.

Because of all these reasons the governments should open more fields to the policy of rehabilitation and consolidation in order to be able to use the different funds of financial support in a more effective and profitable manner for a positive and out-balanced regional development.

5. References

- BRUCH-KRUMBEIN, W./HOCHMUTH, E./ZIEGLER, A. (1996): Sanierungsbeihilfen für Betriebe in den ostdeutschen Bundesländern. Eine Handreichung für die Praxis, Göttingen und Düsseldorf.
- CREDITREFORM (2001): Insolvenzen, Neugründungen, Löschungen. Eine Untersuchung zur Unternehmensentwicklung der Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung, Neuss.
- HOCHMUTH, E. (2002): Sanierungs- und Konsolidierungspolitik in Sachsen-Anhalt und Brandenburg: Zur Konzeptionierung und Durchführung eines unbeachteten Politikfeldes in Ostdeutschland aus regionalwissenschaftlicher Perspektive, Potsdamer Geographische Forschungen, Band 21, Potsdam.
- HOCHMUTH, E./ZIEGLER, A. (1999a): Unternehmenskrisen und Sanierung – Eine Dokumentation von betrieblichen und akteursbezogenen Informations- und Kommunikationssystemen, Göttingen und Düsseldorf.
- HOCHMUTH, E./ZIEGLER, A. (1999b): Im Spannungsfeld von Unternehmenspleiten und Früherkennung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 11/1999, S. 684 – 692.
- HOCHMUTH, E./ZIEGLER, A. (1999c): Sanierungsbeihilfen der ostdeutschen Bundesländer - Überblick und Weiterentwicklung seit 1996, Göttingen und Düsseldorf 1999.
- INVESTITIONSBANK BRANDENBURG: Datenbank. Potsdam.
- LANDESFÖRDERINSTITUT SACHSEN-ANHALT: Tätigkeitsbericht. 1997 - 2000, Magdeburg.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE DES LANDES SACHSEN-ANHALT (1998): Jahreswirtschaftsbericht, Magdeburg.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND TECHNOLOGIE DES LANDES BRANDENBURG (30.11.1999): Gründen, Festigen, Wachsen. Ein Leitfaden für Unternehmerinnen und Unternehmer im Land Brandenburg. Potsdam.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND TECHNOLOGIE DES LANDES BRANDENBURG (1999): Jahreswirtschaftsbericht Brandenburg 1999. Potsdam.
- STATISTISCHES LANDESAMT IN BRANDENBURG: Datenbank, Potsdam.
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Datenbank, Magdeburg.

Wir sorgen für Bewegung! Studienmobilität und Studienortwahl in Berlin und Brandenburg im Rahmen der zukünftigen demographischen Entwicklung.

von Manfred Rolfes (Potsdam)

Einleitende Überlegungen

Die Folgen des demographischen Wandels für das Bildungssystem sind in den Grund- und Sekundarschulen bereits heute ablesbar. Insbesondere im ländlichen Raum (zunehmend aber auch in Agglomerationen) sind Grundschulen von Schließungen bedroht oder betroffen. Es werden Zusammenlegungen vorgenommen, weil sonst die erforderlichen Klassenstärken nicht mehr erreicht werden. Die zu erwartenden Versorgungsdefizite und die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen sind derzeit Gegenstand öffentlicher und fachwissenschaftlicher Diskussionen (vgl. Thrun, 2003, S. 712 ff.; Arefäll, 2003, S. 755 ff.; Kaufmann/Rautmann, 2003, S. 761 ff.).

Die Folgen, mit denen das tertiäre Bildungssystem auf Grund des demographischen Wandels zu rechnen haben wird, werden bisher kaum zur Kenntnis genommen oder diskutiert (vgl. Nutz, 2004, S. 1 f). Dies überrascht ein wenig, zumal Arbeitsmarktprognosen davon ausgehen, dass der Bedarf an Hochqualifizierten weiter steigen wird (vgl. Plünnecke, 2004, S. 6 ff.; Reinberg/Hummel, 2002, S. 581 f.). Schenkt man demgegenüber den aktuellen Studienanfänger- und Studierendenprognosen Glauben, so ist in etwa 7 bis 10 Jahren ein deutlicher Einbruch zunächst der Studienanfänger- und dann ein Rückgang der Studierendenzahlen zu erwarten. So genannte „dramatische“ Bevölkerungsrückgänge werden insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer vorhergesagt. Nach einer Prognose der KMK¹ (2003) wird je nach Berechnungsszenario die Zahl der Studienanfänger in den alten Ländern von derzeit 275.000 bis zum Jahr 2010 zunächst auf knapp 310.000 steigen. Für die folgenden 5 Jahre wird dann aber ein starker Rückgang auf etwa 290.000 Studienanfänger erwartet. Eher und sehr viel drastischer fällt der erwartete Rückgang der Studienanfänger in den neuen Ländern aus. Auf dem gegenwärtigen Niveau von ungefähr 77.000 wird sich die Studienanfängerzahl bis etwa 2007/08 bewegen. Danach wird ein starker Rückgang bis 2015 auf deutlich unter 45.000 prognostiziert (vgl. KMK, 2003, S. 28).

Trotzdem bestimmen derzeit andere Themen die hochschulpolitische Diskussion in Deutschland, beispielsweise um die Einführung von Studiengebühren oder den Bologna-Prozess und die daraus resultierenden Hochschulreformen (gestufte Studiengänge, neue Formen der Hochschulsteuerung und des Hochschulmanagements, Elitenförderung...), um nur wenige Schlagworte zu nennen. In der Tatsache, dass die vermuteten Rückgänge der Studierendenzahlen nicht öffentlich diskutiert werden, sieht Wolff ein taktisches Kalkül der KMK: Diese zögere das ernsthafte zur Kenntnis nehmen und Thematisieren des Studierendenrückganges bewusst heraus, um den Bundes- und Länderfinanzministern keine Angriffsflächen für Einsparungen im Hochschulsektor zu bieten (vgl. Wolff, 2001, S. 58).

Möglicherweise liegt die nur geringe Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklungen im tertiären Bildungssystem auch darin begründet, dass die Prognosen von einer Vielzahl sich verändernder Parameter abhängig sind (zum Beispiel steigende Abiturquoten, zunehmende Studierneigung, nationale und internationale Bildungswanderungen). Dement-

¹ KMK: abgekürzt für Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

sprechend sind Studienanfänger- und Studierendenprognosen zweifellos mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Trotz dieser Prognoseunsicherheiten ist zu erwarten, dass es vor allem in Ostdeutschland rückläufige Studierendenzahlen geben wird, die einige Brandenburger Hochschulen vor Herausforderungen stellen werden.

Um Aussagen über die Einflüsse der potenziellen Bevölkerungsveränderungen auf die regionale Hochschullandschaft treffen zu können, müssen zunächst die grundlegenden Studierenden- und Mobilitätsstrukturen in der Hochschulregion Berlin-Brandenburg untersucht werden.² Es ist der Frage nachzugehen, woher die Studierenden der Berliner und Brandenburger Hochschulen stammen (Kap. 2) und wohin es die Berliner und Brandenburger zum Studium führt (Kap. 3). Aus der Kombination und Analyse dieser Daten mit der prognostizierten, regionalen Bevölkerungsentwicklung in Berlin und Brandenburg (Kap. 4) sollen dann Empfehlungen für die Hochschulpolitik der beiden Bundesländer abgeleitet werden (Kap. 5).

1. Zur Situation des tertiären Bildungssystems in Berlin und Brandenburg

Einige Kennzahlen illustrieren die Situation des tertiären Bildungssystems in Berlin und Brandenburg im Vergleich zum Bund. So wies der Landeshochschulrat Brandenburg 2003 darauf hin, dass das Land Brandenburg in den Jahren 1999 bis 2001 mit einem Anteil der Hochschulausgaben von unter 3 Prozent am Landeshaushalt an letzter Stelle aller deutschen Länder steht (vgl. Landeshochschulrat, 2003, S. 26). Auch wenn bundesweite Vergleiche in diesem Kontext nur eingeschränkt möglich sind (so existieren in Brandenburg keine finanzinvestiven medizinischen und agrarwissenschaftlichen Fakultäten), so sinken nach Angaben des Landeshochschulrates in Brandenburg seit Jahren die Ausgaben je Studierenden und insbesondere die Ausgaben für Investitionen. Nach seiner Einschätzung sind die Ausgabenentwicklungen an den Brandenburger Hochschulen wenig geeignet, zu ihrer Profilstärkung oder Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit beizutragen (vgl. Landeshochschulrat, 2003, S. 27 f.). Der Wissenschaftsrat stellt allerdings für das Land Brandenburg im Jahr 2002 wieder eine gestiegene Investitionstätigkeit fest (vgl. Wissenschaftsrat, 2004, S. 5).

Tabelle 1 zeigt die (etwas älteren) Studienanfänger- und Bruttostudierquoten in Berlin und Brandenburg 1999 und 2000 im bundesdeutschen Vergleich. Die im Vergleich zu Berlin und zum Bund sehr geringen Quoten im Land Brandenburg zeigen auffällige Parallelen zum ebenfalls geringen Umfang der Investitionen des Landes Brandenburg in das tertiäre Bildungssystem. Bei den Studienanfänger- und Bruttostudierquoten bewegt sich das Land Brandenburg im Bundesvergleich mit 25,4 % und 57% am unteren Ende der Skala, auch im Vergleich zu anderen deutschen Flächenländern. Besonders auffällig ist die extrem niedrige Bruttostudierquote bei den Brandenburger Studienanfängern mit Fachhochschulreife. Hier fällt das Land gegenüber dem Bundesdurchschnitt und Berlin ganz erheblich ab. Berlin liegt auf Grund seiner gut ausgebauten hochschulischen Infrastruktur und dem damit verbundenen sehr guten Angebot für die studierwilligen Berliner sowohl bei der Studienanfängerquote als auch bei der Bruttostudierquote deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

² Für diesen Beitrag wurden Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden über die Anzahl der Studienanfänger (Studierende im 1. Hochschulsemester) und der Studierenden nach Land bzw. Kreis des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (Stand: Wintersemester 1998/99 und 2003/2004) ausgewertet. Die Daten des Statistischen Bundesamtes wurden für alle deutschen Hochschulen zusammengestellt. Für alle öffentlichen wie privaten Brandenburger und Berliner Hochschulen wurde für die Studienanfänger und Studierenden eine gesonderte Auszählung zur Verfügung gestellt.

Hinsichtlich eventueller Gründe für die geringen Studienanfänger- oder Bruttostudierquoten in Brandenburg liefert eine 2002 durchgeführte HIS-Befragung unter Studienberechtigten allenfalls in Ansätzen Erklärungshintergründe (vgl. Heine/HIS, 2003, S. 49). In der Befragung zeigt sich, dass die Brandenburger Studienberechtigten ohne Studienabsicht den Grund „mich interessiert eine praktische Tätigkeit mehr als ein theoretisches Studium“ vergleichsweise häufiger genannt hatten als die Studienberechtigten aus den übrigen neuen Ländern. Dieses Ergebnis korrespondiert mit einem recht hohen Anteil von Brandenburger Studienberechtigten, die „nie die Absicht gehabt haben, an einer Universität oder Fachhochschule zu studieren“. Dies deutet nach Ansicht von Heine darauf hin, dass es in Brandenburg einen relativ großen „harten Kern“ von Studienberechtigten gibt, für den der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung nicht primär auf die Aufnahme eines Studiums hinaus läuft. Für Studienberechtigte diesen Typs ist das Studium zwar eine Qualifizierungsoption, die sie aber nicht zu realisieren gedenken.

Tab. 1 Studienanfänger- und Bruttostudierquoten in Berlin und Brandenburg 1999 und 2000 im bundesdeutschen Vergleich

	Studienanfänger- quote ³ 2000	Bruttostudier- quote ⁴ 1999	Bruttostudier- quote 1999 (allg. HS-Reife)	Bruttostudier- quote 1999 (FH-Reife)
Berlin	36,1%	74%	74%	69%
Brandenburg	25,4%	57%	62%	27%
Bundesgebiet	32,1%	65%	69%	49%

Quelle: Heine/HIS, 2003, S. 24, 30, 36

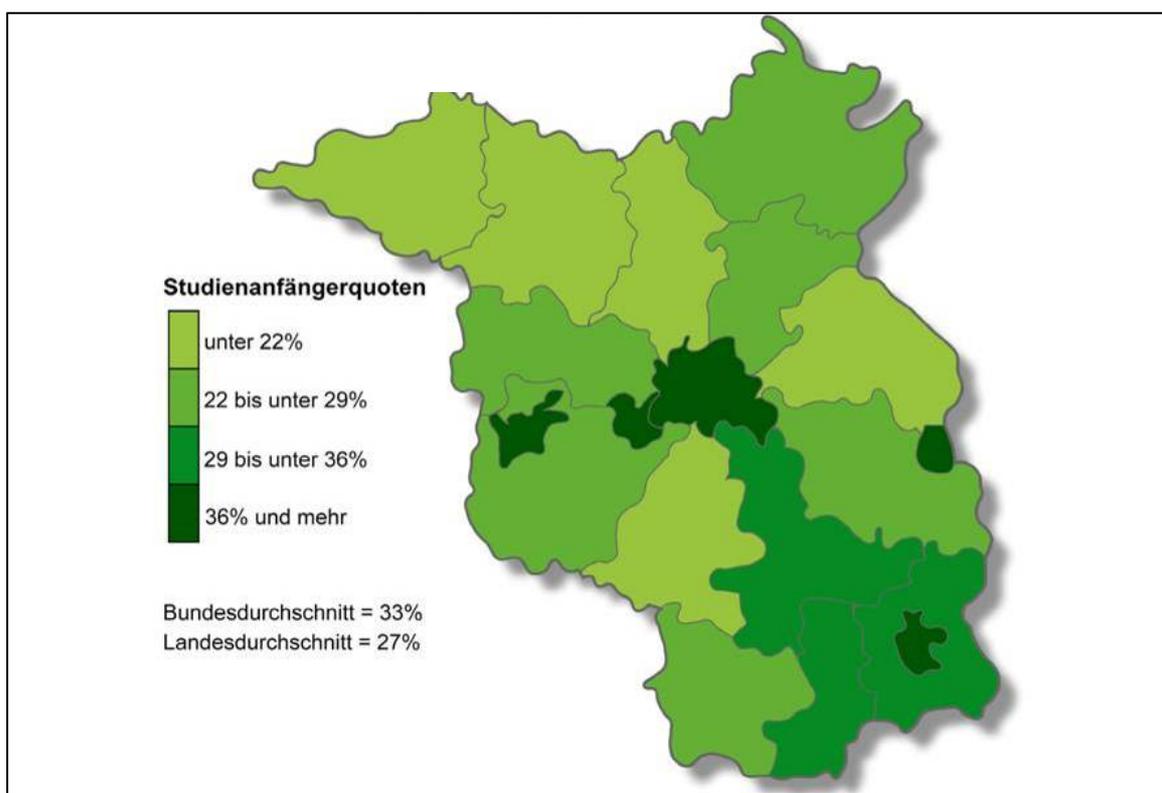
Die Abbildung 1 zeigt, dass die Studienanfängerquoten in Berlin und Brandenburg regional stark schwanken. Deutlich zu sehen sind die hohen Studienanfängerquoten in den Hochschulstädten und deren Umland (Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Brandenburg a. d. Havel und Cottbus). Insbesondere einige periphere Kreise im Nordwesten fallen dagegen durch deutlich unterdurchschnittliche Studienanfängerquoten auf (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel).

Auch in den Landkreisen Teltow-Fläming oder Märkisch-Oderland sind etwa 80% der Personen im Alter zwischen 19 bis unter 25 Jahren nicht an einer Hochschule immatrikuliert. Geht man davon aus, dass innerhalb der großen Brandenburgischen Flächenkreise die Studienanfängerquoten regional schwanken, so werden in einigen ländlichen Gemeinden die Studienanfängerquoten noch einmal deutlich unter dem Wert von 20% liegen.

Somit scheint insbesondere in den peripheren und ländlichen Regionen Brandenburgs ein erhebliches Potenzial für das tertiäre Bildungssystem brach zu liegen. Dies legen die sehr geringen Studienanfängerquoten nahe. Insbesondere für praxisorientierte und an regionalen Bedarfen ausgerichtete Fachhochschulen zeichnet sich ein rekrutierbares Klientel ab. Dies gilt insbesondere für den Nordwesten Brandenburgs.

³ Anteil der Studienanfänger an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen

⁴ Anteil der Studienanfänger an allen Studienberechtigten der entsprechenden Altersgruppen

Abb. 1 Studienanfängerquoten in Berlin und Brandenburg 2002

Kartographie: Ute Dolezal, Institut für Geographie, Universität Potsdam

Quelle: Landeshochschulrat Brandenburg (2003) und eigene Berechnungen

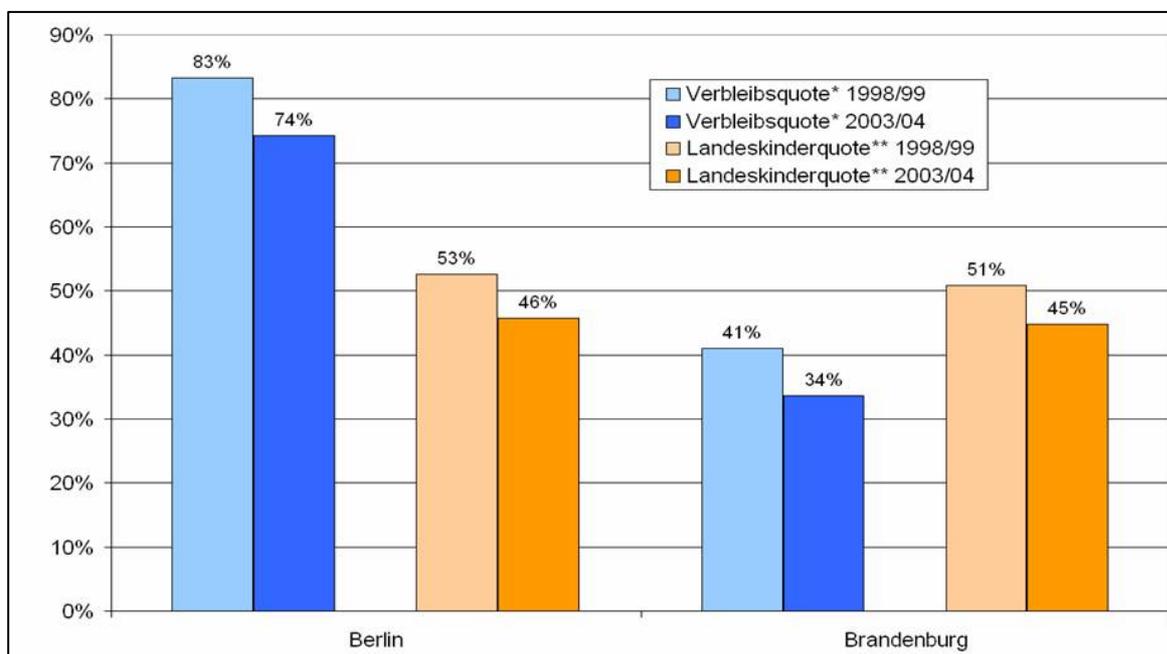
2. Herkunft der Studierenden an den Berliner und Brandenburger Hochschulen

Ein Blick auf die Abbildung 2 verdeutlicht die unterschiedlichen Ausmaße der Studierendenim- und -exporte an den Berliner und Brandenburger Hochschulen. Dargestellt sind die Verbleibsquoten (oder Territorialquoten) für die Wintersemester 1998/99 und 2003/04, also die Anteile der Studienanfänger aus den Bundesländern Berlin bzw. Brandenburg, die in ihrem jeweiligen Heimatbundesland ein Studium aufnehmen. Berlin hat eine im Bundesvergleich sehr hohe Verbleibsquote: 83% bzw. 74% von allen Studienanfängern, die in Berlin ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, nehmen hier auch ein Studium auf. In Brandenburg lag demgegenüber im Wintersemester 2003/04 die Verbleibsquote bei nur 34%. Brandenburg exportiert also etwa zwei Drittel seiner Studienanfänger in andere Bundesländer. In Deutschland ist Brandenburg das Bundesland mit der geringsten Verbleibsquote. In einer bundesweiten Untersuchung aus dem Jahr 2000/01 verblieben nur gut 40 % der Studienanfänger mit einer Brandenburger Hochschulzugangsberechtigung an einer Hochschule in Brandenburg. In Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und dem Saarland lag die Verbleibsquote 2000/01 ebenfalls niedrig, aber immerhin noch deutlich über 50% (vgl. Heine/HIS, 2003, S. 58). Allerdings gehen die Verbleibsquoten sowohl in Berlin als auch Brandenburg zurück. D.h. immer weniger Studierende bleiben für ein Studium in dem Bundesland, in dem sie die Hochschulreife erworben haben. Dieser Trend zeigt sich in fast allen Bundesländern (vgl. Heine/HIS, 2003, S. 50, 54).

Diese Situation und die Entwicklung spiegeln sich dagegen kaum in den entsprechenden Landeskinderquoten von Berlin und Brandenburg wider (also den Prozentsätzen der Landeskinder an den Studierenden im Berlin und Brandenburg). Hier weisen die Berliner und

Brandenburger Hochschulen ähnliche Werte auf. Von allen Studierenden an den Hochschulen in Berlin oder Brandenburg stammen also etwas weniger als der Hälfte aus dem jeweiligen Bundesland. Dies sind im Bundesvergleich recht niedrige Landeskinderquoten. In einigen westdeutschen Flächenländern liegen die Landeskinderquoten zum Teil deutlich über 70% (vgl. Heine/HIS, 2003, S. 57). Berlin und Brandenburg „importieren“ somit eine erhebliche Zahl von Studierenden aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Für die Berliner und Brandenburger Hochschulen zeigen sich bei den Landeskinderquoten in beiden Ländern Rückgänge. Demzufolge nehmen die Zuwanderungsanteile an den Studierenden zu (vgl. Heine/HIS, 2003, S. 57). Das Land Brandenburg gehört gemäß neuerer KMK-Untersuchungen zusammen mit Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zu den Bundesländern mit den höchsten Studierendenim- und -exporten (vgl. KMK, 2002, S. 24).

Abb. 2 Berlin und Brandenburg als Herkunfts- und Zielregionen von Studierenden



* Anteil der Studienanfänger, die in ihrem Heimatbundesland studieren

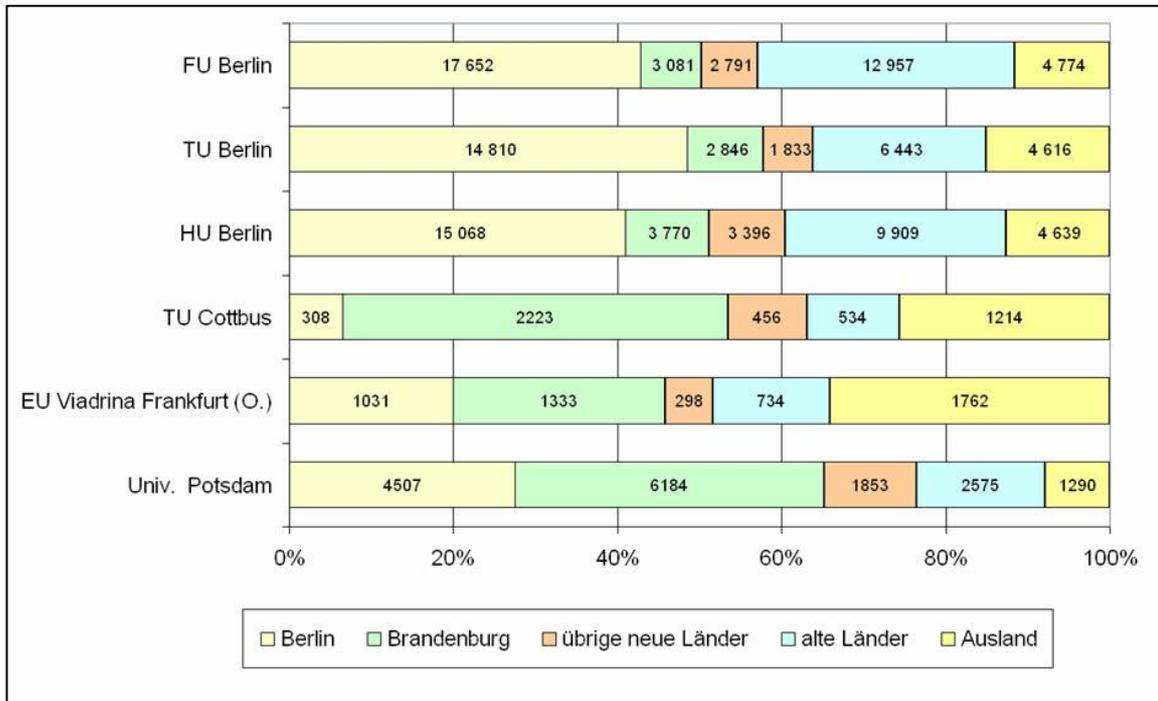
** Anteil der Landeskinder an allen Studierenden im Bundesland

Quelle: Statistisches Bundesamt 2000 und 2004 und eigene Berechnungen

In den Abbildungen 3 und 4 ist die regionale Herkunft der Studierenden für die größten Universitäten und Fachhochschulen in Berlin und Brandenburg abzulesen. Betrachtet man zunächst die Universitäten (vgl. Abb. 3) so ist auffällig, dass die Einzugsbereiche der Berliner Universitäten sehr ähnlich aussehen. Die Studierenden der Berliner Universitäten (aber auch der BTU Cottbus und der Universität Potsdam) stammen zu über 40% aus dem jeweiligen Sitzland der Hochschule. Darüber hinaus haben Berlins Universitäten, im Gegensatz zu den Brandenburger Universitäten, erhebliche Anteile aus den übrigen Bundesländern zu verzeichnen. Hier kommt u.a. der Hauptstadteffekt zum Tragen.

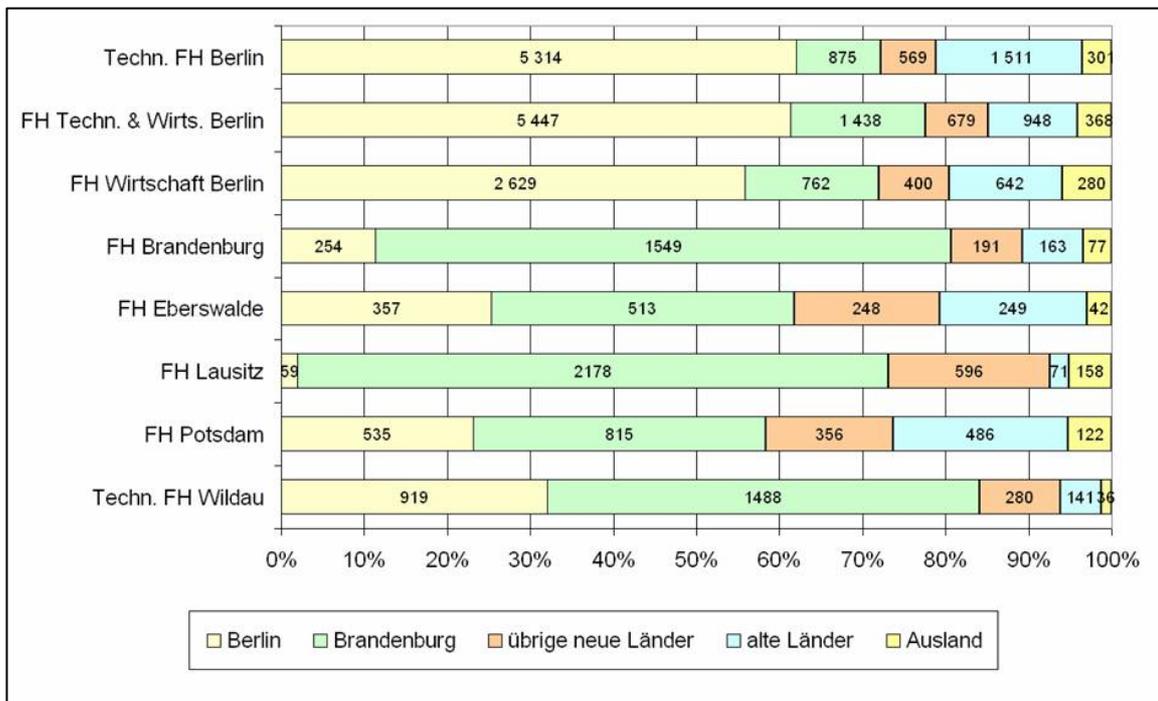
Für die Brandenburger Universitäten, sieht man einmal von der BTU Cottbus ab, ist Berlin ein wichtiges Quellgebiet. Die grenznahen Universitätsstandorte Cottbus und Frankfurt haben zudem hohe Ausländeranteile zu verzeichnen. Während die Europäische Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) das am stärksten diversifizierte Einzugsgebiet aufweist, sind die Einzugsbereiche der BTU Cottbus und der Universität Potsdam am deutlichsten auf Brandenburg fixiert.

Abb. 3 Herkunftsregionen der Studierenden an Universitäten in Berlin und Brandenburg im Wintersemester 2003/04



Quelle: Statistisches Bundesamt (2004) und eigene Berechnungen

Abb. 4 Herkunftsregionen der Studierenden an Fachhochschulen in Berlin und Brandenburg im Wintersemester 2003/04



Quelle: Statistisches Bundesamt (2004) und eigene Berechnungen

Stellt man dem nun die Einzugsbereiche der Fachhochschulstandorte in Berlin und Brandenburg gegenüber (vgl. Abb. 4), so wird sogleich die stärkere regionale Orientierung der Fachhochschulen auf ihre Sitzländer deutlich. Mehr als 60% der Studierenden an den Berliner bzw. Brandenburger Fachhochschulen haben ihre Hochschulzugangsberechtigung in dem jeweiligen Bundesland erworben. Wie bei den Universitäten ist dabei Berlin für die Brandenburger Fachhochschulen ein wichtigeres Quellgebiet als Brandenburg für die Berliner Fachhochschulen.

In Brandenburg sind Eberswalde und Potsdam die Fachhochschulstandorte mit den regional diversifiziertesten Einzugsgebieten. Dies hängt unter anderem mit den besonderen Studienfachangeboten an diesen beiden Standorten zusammen. Eine sehr starke regionale Orientierung auf das Land Brandenburg weisen neben der Technischen Fachhochschule Wildau insbesondere die z.T. dezentralen Fachhochschulstandorte in Brandenburg und die Fachhochschule Lausitz mit Standorten in Cottbus und Senftenberg auf.

Die Einzugsbereiche der Berliner und Brandenburger Universitäten und Fachhochschulen werden in zunehmendem Maße regional breiter streuen. Dies zeigt sich bereits jetzt, wenn man die hier nicht näher dargestellten Herkunftsregionen der Studienanfänger des Wintersemesters 2003/04 betrachtet. Die Anteile der Studienanfänger an den Berliner und Brandenburger Hochschulen, die in Berlin und Brandenburg ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, sind im Wintersemester 2003/04 bereits deutlich geringer als die entsprechenden Anteile bei den Studierenden. Gleichzeitig ist ein steigender Anteil von Studienanfängern aus dem Ausland zu verzeichnen.

Tab. 2 Einzugsbereiche ausgewählter Brandenburger Hochschulen (Wintersemester 2003/04)

Herkunftsregion	Technische Univ. Cottbus (4.735 Stud.)	Universität Potsdam (16.409 Stud.)	Fachhochsch. Brandenburg (2.234 Stud.)	Fachhochsch. Lausitz (3.062 Stud.)	Technische FH Wildau (2.864 Stud.)
Land Berlin	6,5%	27,5%	11,4%	1,9%	32,1%
Land Brandenburg	46,9%	37,7%	69,3%	71,1%	52,0%
<i>Brandenburg (Havel)</i>	0,3%	2,2%	22,6%	0,2%	0,6%
<i>Cottbus</i>	15,7%	1,4%	0,5%	20,4%	1,5%
<i>Potsdam</i>	0,8%	10,1%	11,5%	0,6%	3,4%
<i>Dahme-Spreewald</i>	2,7%	1,6%	0,7%	2,8%	19,1%
<i>Elbe-Elster</i>	2,8%	0,8%	0,4%	6,8%	0,8%
<i>Havelland</i>	0,3%	2,2%	9,5%	0,2%	0,6%
<i>Oberspreewald-Lausitz</i>	4,4%	0,8%	0,1%	19,7%	1,3%
<i>Potsdam-Mittelmark</i>	0,6%	4,8%	13,4%	0,4%	2,7%
<i>Spree-Neiße</i>	9,5%	0,7%	0,4%	12,7%	0,8%
<i>Teltow-Fläming</i>	1,2%	2,5%	1,6%	0,5%	7,0%
<i>restl. Kreise Brandenb.</i>	8,6%	10,6%	8,6%	6,8%	14,3%
Übrige Bundesländer	46,5%	34,8%	19,3%	26,9%	16,0%

Quelle: Stat. Bundesamt (2004) und eigene Berechnungen

In diesem Beitrag sollen regionalisierte Aussagen über die Konsequenzen der zukünftigen Studienanfänger- und Studierendenentwicklung für die Brandenburger Fachhochschulen und Universitäten getroffen werden. Zu diesem Zweck wurden für diejenigen Brandenburger Hochschulen mit einem überdurchschnittlich hohen studentischen Klientel aus Bran-

denburg kreisgenau die Einzugsbereiche ermittelt. Das Ergebnis zeigt die Tabelle 2.

Besonders die Einzugsbereiche der Universität Potsdam und der Technischen Fachhochschule Wildau sind stark durch die Nähe zu Berlin beeinflusst. Studierende aus dem Land Berlin stellen an diesen beiden Hochschulen mit jeweils knapp einem Drittel die größten Studierendenanteile. Auch aus den Sitzkreisen dieser beiden Hochschulen werden überdurchschnittlich Studierendenanteile mobilisiert.

Die übrigen Fachhochschulen und Universitäten orientieren sich deutlich stärker auf Brandenburger Kreise. Bei den Fachhochschulen Brandenburg (Havel) und Lausitz sind es nur drei bzw. vier Landkreise bzw. kreisfreie Städte, aus denen dann in der Summe deutlich mehr als die Hälfte der Studierendenschaft stammen. Diese Kreise sind zum einen die Sitzkreise der beiden Fachhochschulen sowie die unmittelbar angrenzenden Landkreise oder kreisfreien Städte. Vergleichsweise enge regionale Orientierungen gibt es ebenfalls bei der BTU Cottbus und – wie schon gesehen – an der Technischen Fachhochschule Wildau.

Diese „echten“ Regionalhochschulen wären somit von eventuellen Rückgängen der Studienanfänger- und Studierendenzahlen besonders dann betroffen, wenn diese in ihren Einzugsbereichen überdurchschnittlich stark auftreten. Je diversifizierter der Einzugsbereich einer Hochschule ist, desto weniger gravierend können sich regional differenziert auftretende Veränderungen oder Rückgänge der Studienanfänger- und Studierendenzahlen auswirken. Bei engen regionalen Einzugsbereichen steigen die Abhängigkeiten von den demographischen Entwicklungen in nur wenigen Kreisen.

3. Studienortwahl und Heimatorientierung der Studierenden aus Berlin und Brandenburg

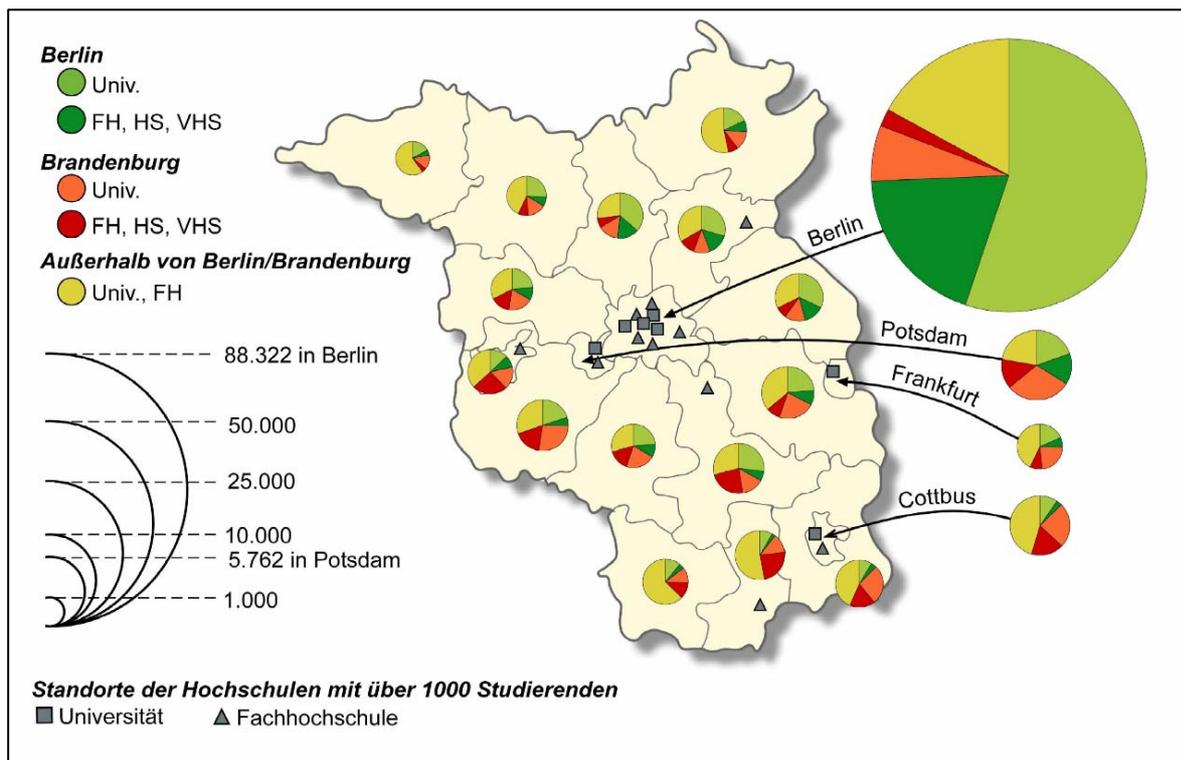
In diesem Kapitel stehen nun die *Studienortwahlpräferenzen* derjenigen Studienberechtigten und Studierenden im Mittelpunkt, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Berlin oder Brandenburg erworben haben. Zum einen geht es um die Frage, wohin die Berliner und Brandenburger Studienanfänger und Studierenden zum Studium gehen. Zum Zweiten sollen Aussagen über die vergangenen und zukünftigen Entwicklungen des Studienortwahlverhaltens der Berliner und Brandenburger Studierenden getroffen werden.

Abbildung 5 zeigt für das Land Berlin sowie für die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs, an welchen Hochschulen die Landeskinder eingeschrieben sind. Die Abbildung sei beispielhaft erläutert: Im Wintersemester 2003/04 waren rund 88.300 Berliner Studierende an deutschen Hochschulen (einschl. der Berliner Hochschulen) immatrikuliert (vgl. das größte Kreisdiagramm oben rechts in Abbildung 5). Von den Berliner Hochschulzugangsberechtigten verbleiben 74% an Berliner Fachhochschulen und Universitäten (=Verbleibsquote, dunkel- und hellgrüne Kreissegmente), etwa 10% orientieren sich nach Brandenburg (hell- und dunkelrote Kreissegmente) und die übrigen Studierenden mit einer Berliner Hochschulzugangsberechtigung wählen Studienorte außerhalb von Berlin und Brandenburg (gelbgrünes Kreissegment). Berlin kann also, wie bereits in Kapitel 1 thematisiert, einen hohen Anteil seiner studienberechtigten Bevölkerung halten.

Abbildung 5 verdeutlicht weitere typische Muster der Studienortwahl: So wählen Studierende überproportional häufig Hochschulstandorte in der Nähe ihres Wohnsitzes. Dies wird (neben Berlin) zum einen für die kreisfreien Städte Potsdam, Frankfurt (Oder) sowie Cottbus sichtbar. Liegt ein Universitätsstandort in räumlicher Nähe des Wohnortes, so orientieren sich die Studienberechtigten auf diese Universität. Die Orientierungen auf wohnortnahe Hochschulstandorte sind auch für die Fachhochschulstandorte Brandenburg

(Havel) und Lausitz nachweisbar. Die Stadt Brandenburg (Havel) sowie die Landkreise Dahme-Spreewald oder Oberspreewald-Lausitz haben überdurchschnittliche Anteile von Studierenden an Brandenburger Fachhochschulen zu verzeichnen. 21% aller Studierenden aus der Stadt Brandenburg studieren an der dortigen Fachhochschule, ebenfalls 21% der Studierenden im Landkreis Oberspreewald-Lausitz sind an der Fachhochschule Lausitz eingeschrieben, und Studierende des Landkreises Dahme-Spreewald stellen 18% der Studentenschaft an der Technischen Fachhochschule Wildau.

Abb. 5 Studienortwahl der Studierenden in Berlin und Brandenburg im Wintersemester 2003/04



Kartographie: Ute Dolezal, Institut für Geographie, Universität Potsdam
 Quelle: Statistisches Bundesamt (2004) und eigene Berechnungen

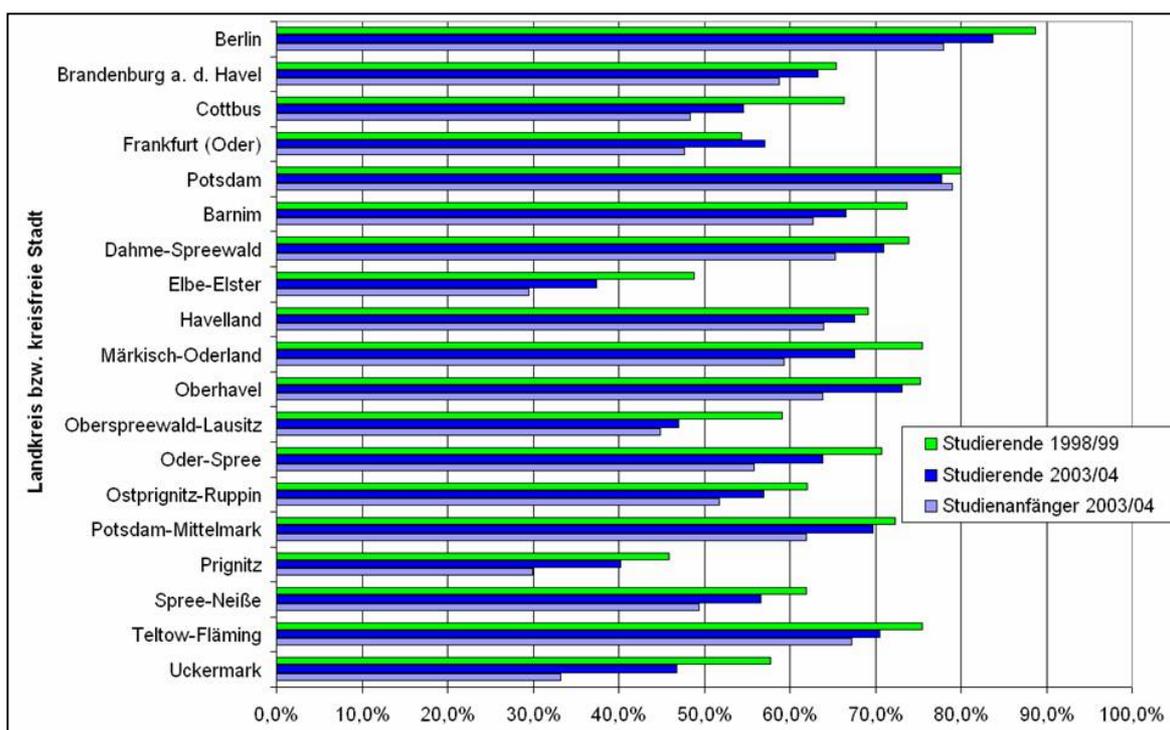
Ein weiteres Ergebnis lässt sich aus Abbildung 5 ablesen: In den peripheren Landkreisen Brandenburgs liegt der Anteil von Studierenden, die sich für Universitäts- und Fachhochschulstandorte in anderen Bundesländern entschieden haben, überdurchschnittlich hoch. So war von allen Studierenden aus den Landkreisen Uckermark, Prignitz, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster nicht einmal die Hälfte an einem Hochschulstandort in Brandenburg oder Berlin eingeschrieben. Für Studienberechtigte und Studierende aus den Brandenburger Randregionen sind häufiger die Hochschulen in den benachbarten Bundesländern die erste Wahl.

Eine solche Bildungsmigration ist für die Quellregionen mitunter problematisch. Schließlich ist davon auszugehen, dass ein Verlassen der Heimatregion zur Studienaufnahme vielfach eine dauerhafte Abwanderung bedeutet. Damit gehen aber gerade den ohnehin sehr strukturschwachen, ländlich strukturierten Landkreisen in Brandenburg durch diese bildungsselektive Abwanderung in großem Maße hochqualifizierte und innovative Arbeitskräfte verloren. Gleichwohl muss aber auch berücksichtigt werden, dass der Arbeitsmarkt in diesen Regionen für Hochqualifizierte nur wenige adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten hat.

Zudem scheint grundsätzlich die Heimatorientierung der Berliner und Brandenburger Studierenden abzunehmen. In der Abbildung 6 sind die kreisbezogenen Verbleibsquoten für zwei unterschiedliche Zeiträume dargestellt: einmal für die Studierenden im Wintersemester 1998/99 und im Wintersemester 2003/04, und zusätzlich für die Studienanfänger im Wintersemester 2003/04. Für jede Raumeinheit ist angegeben, wie viele Studienanfänger oder Studierende an einer Berliner oder Brandenburger Hochschule immatrikuliert sind.

Vergleicht man die regionalen Orientierungen der Studierenden aus Berlin und Brandenburg auf die Regionalhochschulen so sind (mit Ausnahme der Stadt Frankfurt/Oder) für alle Raumeinheiten rückläufige Heimatorientierungen festzustellen. Besonders deutlich fallen diese beispielsweise in den Landkreisen Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Uckermark und in der Stadt Cottbus aus. Nimmt man zudem die Studienanfängerzahlen des Wintersemesters 2003/04 als Indikator für eine zukünftige Entwicklung des Studienortwahlverhaltens, so wird deutlich, dass die regionalen Orientierungen auf die Brandenburger und Berliner Hochschulen in den nächsten Jahren in fast allen Gebietseinheiten weiter zurückgehen werden.

Abb. 6 Anteile der Studienanfänger bzw. Studierenden in Berlin und Kreisen sowie kreisfreien Städten in Brandenburg, die die Hochschulen in Berlin und Brandenburg besuchen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2000 und 2004) und eigene Berechnungen

Im Hinblick auf die Studienortwahl und die Heimatorientierung der Berliner und Brandenburger Studienanfänger und Studierenden muss also konstatiert werden, dass insbesondere in den hochschulfernen Landkreisen Brandenburgs überproportional häufig Hochschulstandorte in anderen, in der Regel den benachbarten Bundesländern gewählt werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass in diesen aus Brandenburger Sicht hochschulfernen Landkreisen die Studienanfängerquoten landesweit zu den geringsten gehören.

Zusammenfassend könnte also gesagt werden, dass sich die Studienberechtigten in den Brandenburger Randregionen durch eine erheblich unterdurchschnittliche Studierneigung auszeichnen (vgl. die Ausführungen in Kap. 1 und Abb. 1). Diejenigen Studienberechtigten aus den peripheren Landkreisen Brandenburgs, die schließlich ein Studium aufnehmen, wählen dann aber mehrheitlich Studienorte außerhalb der Region Berlin-Brandenburg. In der Regel bevorzugen sie Hochschulen in den benachbarten ostdeutschen Bundesländern.

4. Zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Berlin und Brandenburg und ihre regionalen Ausformungen

In den vorangegangenen Kapiteln wurden zunächst die Quellgebiete der Brandenburger und Berliner Hochschulen analysiert und dann die Studienorte und regionalen Präferenzen der in den Bundesländern Berlin und Brandenburg beheimateten Studierenden in den Fokus genommen. Auf der Grundlage dieser Informationen soll nun der Frage nachgegangen werden, wie sich grundsätzlich die Bevölkerungssituation in Berlin und Brandenburg in den nächsten etwa 15 Jahren entwickeln wird und inwieweit hierbei regionale Differenzierungen in den Landkreisen und kreisfreien Städte zu erwarten sein werden.

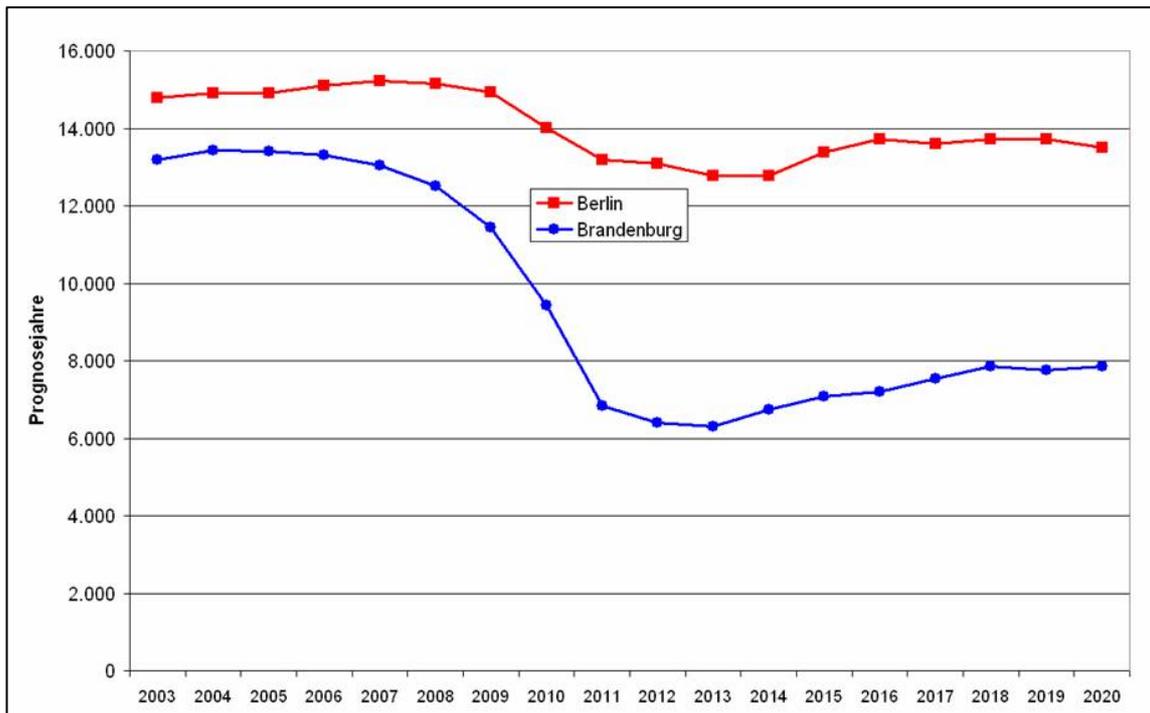
Besonders verlässlich zu prognostizieren sind Zahlen der Schulabsolventen mit Fachhochschul- und Hochschulreife. Dazu wird in der Regel die altersspezifische Bevölkerungsentwicklung fortgeschrieben und ein bestimmter, teilweise veränderlicher Anteil als Hochschulzugangsberechtigte festgelegt. Hierbei können unterschiedliche Szenarien und Übergangsquoten durchspielt werden. In der für diesen Beitrag herangezogenen Prognose der Kultusministerkonferenz (vgl. KMK, 2003, S. 1, Anhang) wurde nur die mittlere Variante publiziert. Insofern ist hinsichtlich der Größenordnungen der vorhergesagten Bevölkerungszahlen und Schulabsolventen von einer gewissen Bandbreite oberhalb wie unterhalb der mittleren Prognosevariante auszugehen. Dennoch ergeben sich gerade durch die regionalen Unterschiede der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung wichtige Anhaltspunkte für mögliche Veränderungen in den Einzugsbereichen der Brandenburger und Berliner Hochschulen bis 2020.

Die Abbildung 7 weist aus, dass für Berlin (gemäß der mittleren KMK-Prognosevariante) bis etwa 2009 weitgehend gleich bleibende Zahlen von Schülern mit Hochschul- und Fachhochschulreife prognostiziert werden. In der Folge gibt es bis 2014 in dieser Gruppe einen leichten Rückgang. Ab 2015 wird wieder mit steigenden Schulabsolventenzahlen gerechnet⁵. Für das Land Brandenburg wird eine gänzlich andere Entwicklung vorhergesagt. Hier beginnt der Rückgang der Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife erheblich früher, nämlich bereits 2007. Er sinkt dann bis 2011/12 auf etwa die Hälfte des heutigen Bestandes ab. Zwar erholt sich die Zahl etwas, aber das Niveau der Anfangsjahre wird bei dieser Prognosevariante nicht annähernd erreicht.

Bei dieser Vorhersage für Brandenburg machen sich zum einen die sehr stark zurückgehenden Geburtenzahlen in den ersten Jahren nach der politischen Wende bemerkbar. Auf Grund ökonomischer Unsicherheiten und oftmals fehlender beruflicher Perspektiven verzichteten viele Paare zunächst auf Nachwuchs. Zusätzlich kommen auch die starken, altersselektiven Wanderungsverluste Brandenburgs zu Beginn der 90er Jahre zum Tragen.

⁵ Diese Entwicklungen decken sich mit den Werten der Bevölkerungsprognose des Landes Berlin (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 2002)

Abb. 7 Prognose der Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife in Berlin und Brandenburg bis 2020 (mittlere Variante der KMK)



Quelle: Kultusministerkonferenz, 2003, Anhang S. 1 ff.

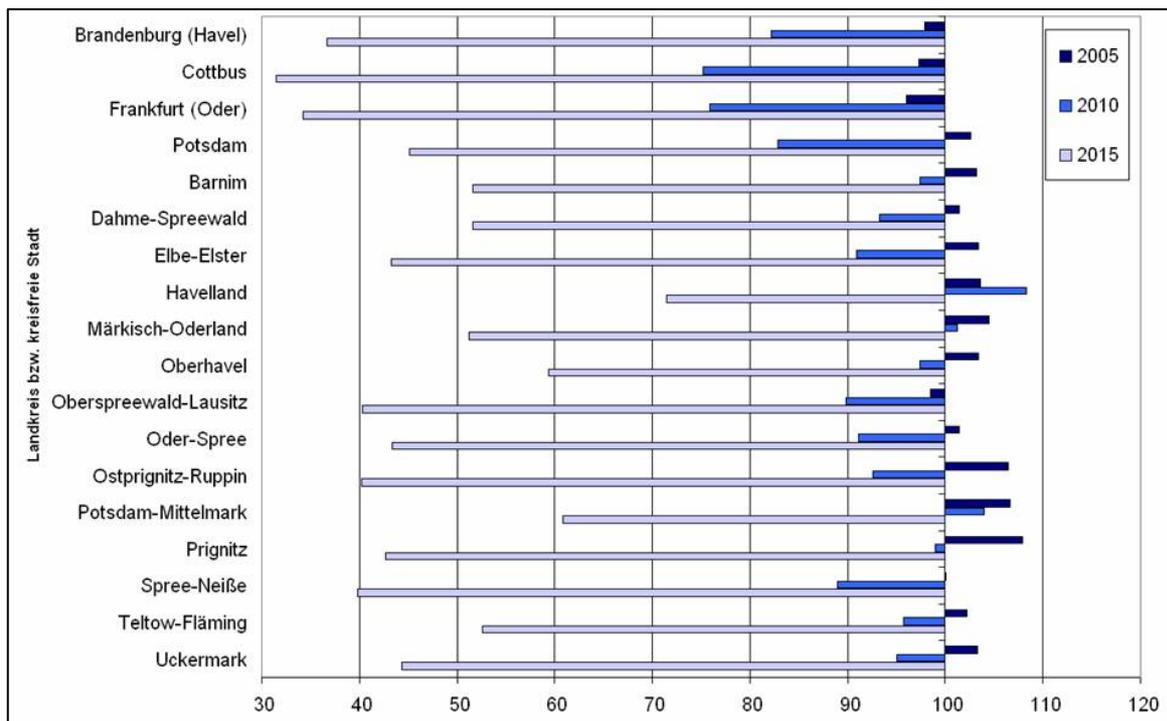
Auf der Grundlage der prognostizierten Studienberechtigtenzahlen könnten nun auch die Entwicklungen für die Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen vorhergesagt werden. Ein Rückgang der Studierendenzahlen wird gleichwohl kaum so drastisch ausfallen, da die erwarteten, rückläufigen Studienanfängerzahlen die Gesamtstudierenden- und Absolventenzahlen nur partiell und zeitverzögert sinken lassen werden. Darüber hinaus sind die Prognosen von Studienanfänger-, Studierenden- und Hochschulabsolventenzahlen ungleich schwieriger und variantenreicher als eine Prognose von Schülerzahlen. So sind erheblich mehr zusätzliche Annahmen zu treffen, die die Vorhersagen komplexer werden lassen. Bei den Studienanfängern sind dies z.B. die Studierneigung in Form der hochschulartspezifischen Übergangsquoten (Bruttostudierquoten). Bei den Studierenden und Absolventen müssen Annahmen über die Abbrecherquoten getroffen werden. Auch Veränderungen der Studiendauer oder die Einführung von Studiengebühren werden Einfluss auf die Studierendenzahlen haben. Für alle Prognosen sind zudem unterschiedliche Szenarien innerhalb des Prognosezeitraumes anzunehmen (z.B. sinkende, stagnierende oder steigende Bruttostudierquoten). Auf Grund dieser kaum aufzulösenden Unsicherheiten soll in diesem Beitrag auf entsprechende Prognosen der Studienanfänger- und Studierendenzahlen verzichtet werden. Sie sind für die zentrale Forschungsfrage des Beitrages auch nicht von Belang.

Gleichwohl können Prognosen der Bevölkerungsentwicklung und darauf basierend der Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife durchaus wichtige Hinweise auf mögliche Entwicklungen und zu erwartende Problemlagen des Hochschulsystems in Berlin und Brandenburg geben. Aussagekräftig sind die Prognosen nämlich insbesondere dadurch, dass sie Auskunft über die regional sehr unterschiedlichen, zukünftigen Entwicklungsverläufe der Studienberechtigtenzahlen geben. Grundlage der nachfolgenden Erörterungen ist die Bevölkerungsprognose des Landesumweltamtes Brandenburg (2004, S. 39 ff.). Der Schwerpunkt wird dabei auf die Bevölkerungsentwicklung in der Alters-

gruppe der 19 bis unter 25-Jährigen gelegt, also der potenziellen Studienanfänger und Studierenden.

Die Abbildung 8 zeigt, dass der erwartete Bevölkerungsrückgang in der Altersgruppe der 19 bis unter 25-Jährigen regional sehr unterschiedlich eintreffen wird. In der Abbildung sind Indexwerte aufgeführt. Es soll verdeutlicht werden, wie stark die prognostizierten Bevölkerungszahlen für die Altersgruppe 19 bis unter 25-Jährigen in den Jahren 2005, 2010 und 2015 von der Ausgangspopulation im Jahr 2002 abweichen werden.

Abb. 8 Prognose der Zahl der 19 bis unter 25-Jährigen in Brandenburg für die Jahre 2005, 2010 und 2015 (2002 = 100)



Quelle: Landesumweltamt Brandenburg, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, 2004, S. 39 ff.

Im Anfangsstadium (zwischen 2002 bis 2005) sind kaum Änderungen festzustellen. Im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg werden durch Zuwanderungsgewinne aus Berlin sogar noch leichte Zunahmen in der Gruppe der 19 bis unter 25-Jährigen erwartet. Bis zum Jahr 2010 sind dann aber insbesondere in den Städten Brandenburg, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam deutliche Rückgänge zu erwarten. Auch die Landkreise außerhalb des engeren Verflechtungsraums Berlin-Brandenburg und in der Grenzregion zu Polen verlieren bis 2010 in dieser Altersgruppe. Insbesondere zu nennen sind die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree und Spree-Neiße. Damit wären große Teile der Einzugsbereiche der Fachhochschule Lausitz, der BTU Cottbus und der Fachhochschule Brandenburg von einem merklichen Bevölkerungsrückgang in der Altersgruppe der 19 bis unter 25-Jährigen betroffen. Die Umlandkreise im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg zeigen demgegenüber eher moderate Rückgänge. Hier wirken offenbar die Suburbanisierungsprozesse in der Hauptstadtregion auf die zahlenmäßige Entwicklung dieser Altersgruppe tendenziell abfedernd.

Bis zum Jahr 2015 werden dann aber in allen Brandenburger Landkreisen in erheblichem Maße die Bevölkerungszahlen in der Gruppe der 19 bis unter 25-Jährigen abnehmen. Nicht ganz so stark, aber in beträchtlichen Größenordnungen, sind auch im engeren Verflechtungsraum Rückgänge zu erwarten. Hier wirken aber nach wie vor die Suburbanisierungsgewinne aus den Städten Berlin und Potsdam offenbar nivellierend.

5. Folgen der Bevölkerungsentwicklung für die regionalen Hochschulen und die Hochschulpolitik in der Region Berlin-Brandenburg

Werden die zentralen Ergebnisse aus den vorangegangenen Kapiteln zusammengefasst, so ergeben sich für Berlin und Brandenburg sehr unterschiedliche Ausgangslagen, die entsprechend differenzierte Interventionen und Maßnahmen erfordern. Beschreibt man die Ausgangslage und die Entwicklungsmöglichkeiten der *Berliner Hochschulen* angesichts des erwarteten demographischen Wandels, so werden diese in der Gesamtheit bis 2015 nur einen vergleichsweise leichten Rückgang der Studienanfängerzahlen und damit der Studierendenzahlen zu verzeichnen haben. Einbrüche der Studierendenzahlen auf Grund des demographischen Wandels sind somit nicht zu erwarten. Aber auch steigende Studierendenzahlen durch Veränderungen von Verbleibs- und Übergangsquoten scheinen eher unwahrscheinlich. Die Verbleibsquote ist in Berlin ohnehin schon sehr hoch und kaum noch steigerungsfähig. Vergleichbares trifft auch für die Studierquote zu. Auch diese liegt im Bundesvergleich bereits sehr hoch. Weitere Zunahmen sind aber nicht auszuschließen. Auch der deutlich überregional ausgerichtete Einzugsbereich der Berliner Hochschulen lässt sich kaum noch ausweiten. Chancen für einen Studentenimport bieten sich möglicherweise durch eine verstärkte Rekrutierung von Studierenden aus dem Ausland. Als Handlungsstrategie auf dem nationalen Hochschulmarkt wäre somit für die Berliner Hochschulpolitik anzustreben, eine solide Bestandspflege und Konsolidierung zu betreiben, um Berlin als Hochschulstandort auf hohem Niveau attraktiv zu halten.

In *Brandenburg* müsste demgegenüber eine sehr viel offensivere Strategie zur Entwicklung des Hochschulsystems verfolgt werden. Wie gesehen scheint ein merklicher Rückgang der Studienanfängerzahlen sehr wahrscheinlich, insbesondere an den peripheren Hochschulstandorten im Land. Allerdings ist ebenfalls deutlich geworden, dass es im Land Brandenburg hohe Potenziale gibt, die es noch zu aktivieren gilt: Die Verbleibsquote ist im Bundesvergleich extrem niedrig, dementsprechend wäre sie aber auch steigerungsfähig. Bundesweit unterdurchschnittlich gering fällt auch die Studierquote aus. Insbesondere Personen mit Fachhochschulreife orientieren sich kaum in Richtung Fachhochschulstudium, und es müssten sich noch erheblich mehr Brandenburger Fachhochschulzugangsberechtigte zu einem Studium bewegen lassen. Auch die Einzugsbereiche der Brandenburger Hochschulen könnten deutlich erweitert werden. Hier gibt es eine sehr enge Orientierung auf Berlin und Brandenburg. Die grenznahe Lage zu den neuen EU-Ländern birgt erhebliche Potenziale. Dass diese aktivierbar sind, zeigt die steigende Zahl von Studienanfängern aus dem Ausland in den grenznahen Hochschulen (z.B. Frankfurt/Oder), aber auch in anderen ostdeutschen Bundesländern (vgl. z.B. das IHI Zittau).

Die Handlungsstrategien des Landes Brandenburg zur Steigerung der Studienanfängerzahlen und damit zum Ausgleich eventueller Studierendeverluste müssten angesichts des erwarteten demographischen Wandels sehr viel umfassender und komplexer ausfallen als im Bundesland Berlin. Selbstverständlich muss der Bestand gepflegt werden. Darüber hinaus sind aber auch die Studienplatznachfrage im Land zu aktivieren und neue Märkte für überregionale Studierendengruppen zu erschließen.

Der Landeshochschulrat Brandenburg hat in den Jahren 2001 und insbesondere 2003 sehr fundierte Handlungsempfehlungen zur Hochschulentwicklung in Brandenburg formu-

lierte und dabei sehr konstruktive Vorschläge und Leitlinien für die Landesregierung erarbeitet. Dort wird deutlich gemacht, wo im Land Brandenburg Handlungsbedarf besteht. Die Empfehlungen sollen hier nicht referiert werden, sondern nur ihr grundlegender Tenor wiedergegeben werden: „Im Mittelpunkt stehen die Vernetzung der wissenschaftlichen Infrastruktur des Landes, die Verbesserung des Studienangebots durch attraktive Fachkombinationen und größere Arbeitsmarktnähe, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Beitrag von leistungsfähigen Hochschulen zur Stärkung der ökonomischen Basis des Landes. Die Empfehlungen werden flankiert durch Hinweise auf die Notwendigkeit nachhaltiger Hochschulfinanzierung und qualitätsorientierter Hochschulsteuerung. Die Empfehlungen entspringen einer Sichtweise, die sich auf die Bedeutung der Hochschulen für ihr gesellschaftliches Umfeld und auf ihre Verantwortung für den weiteren Aufbau des Landes Brandenburg richtet.“ (Landeshochschulrat Brandenburg, 2003, S. 15). Vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Entwicklungen in Berlin und Brandenburg gewinnen diese Handlungsempfehlungen ein ungleich größeres Gewicht.

6. Literatur

- Arefäll, Eva-Lena (2003): Schulische Infrastruktur und Schülertransport in ländlichen Gemeinden Schwedens. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 12-2003, S. 755-759.
- Heine, Chr. (2003): Entscheidungen zu Studium und Beruf in Brandenburg. Studienberechtigte, Studierende und Absolventen. Materialien für das Expertengespräch des Landeshochschulrates des Landes Brandenburg mit HIS Hochschul-Informationssystem. Hannover: HIS. (HIS Kurzinformationen, A2/2003).
- Kaufmann, Christoph; Rautmann, Dirk (2003): Region Mecklenburgische Seenplatte: Die Entwicklung der Berufsschulstandorte im Moderationsverfahren. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 12-2003, S. 761-765.
- Landesumweltamt Brandenburg, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (2004): Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2003-2020. Potsdam: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik.
- Landeshochschulrat Brandenburg (2003): Empfehlungen zur Hochschulentwicklung im Land Brandenburg. Eine Systembetrachtung. Potsdam: Landeshochschulrat Brandenburg.
- Landeshochschulrat Brandenburg (2001): Stellungnahme des Landeshochschulrates zur Studienanfänger- und Studierendenprognose der HIS-GmbH für das Land Brandenburg. (verabschiedet in der 9. Sitzung am 5. Februar 2001).
- Nutz, Manfred (2004): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf das Hochschulwesen. Vortrag auf dem Gemeinsamen Wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden. Fundstelle: <http://kolloq.destatis.de/2004/nutz.pdf> am 27. Mai 2005.
- Plünnecke, Axel (2004): Demographischer Wandel und Bildungsbedarf. In: Handbuch der Aus- und Weiterbildung (2840), 161. Ergänzungslieferung, Oktober 2004. S. 1-22.
- Reinberg, Alexander; Hummel, Markus (2002): Zur langfristigen Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs in Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Heft 4/2002, S. 580-600.

- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) (Hrsg.) (2003): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020. Bonn: Sekretariat der Kultusministerkonferenz. (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 167, März 2003).
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) (Hrsg.) (2002): Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1980 - 2000. Bonn: Sekretariat der Kultusministerkonferenz. (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 160, März 2002).
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2002): Bevölkerungsprognose für Berlin 1998-2015. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.
- Thrun, Thomas (2003): Handlungsansätze für ländliche Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 12-2003, S. 709-717.
- Wissenschaftsrat (2004): Empfehlungen zum 34. Rahmenplan für den Hochschulbau 2005-1008. Investitionen für die Hochschulen in Brandenburg (ohne Medizin). Merseburg: 28. Mai 2004 (Drs. 6112/04).
- Wolff, K. D. (2001): Die Studienzeiten meiner Enkel. Fast ein bildungspolitisches Zukunftsmärchen. In: Beiträge zur Hochschulforschung, Heft 3/2001. S. 56-66.

Konflikte in der Nachhaltigkeit – Reflexionen über die Insel Rügen und die Nockberge

von Karen Ziener (Klagenfurt)

Der Nachhaltigkeitsgedanke hat ausgehend vom Brundtland-Bericht und der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) wie kaum ein anderer das Ende des 20. Jahrhunderts geprägt. Mit der Verknüpfung von ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Perspektiven wurden die Vorstellungen räumlicher Planung und Entwicklung auf eine neue Stufe gehoben und Ansätze wie sanfter Tourismus, ökologische Verkehrs- und Stadtentwicklung qualitativ erweitert. Die globale und zugleich lokale und regionale Dimension der Nachhaltigkeit haben zu einer Vielzahl von Strategien und Konzepten geführt, zu Leitbildern und Zielvorstellungen, Operationalisierungen und Maßnahmekatalogen. Regionen, die diesen Gedanken aufgenommen haben, sind in der Tat zu bewegten Räumen geworden. Zu den Grundsätzen der Nachhaltigkeit gehört neben der Ausrichtung auf die Zukunft und das Leben zukünftiger Generationen die Partizipation möglichst vieler Menschen an dieser Entwicklung. Ansätze für die praktische Umsetzung regionaler Nachhaltigkeit gibt es inzwischen viele. Zumindest aus Sicht von Pragmatikern und Realisten lassen sich dabei auch einige Erfolge verzeichnen, Schritte in die richtige Richtung. Eine konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeit in der Regionalentwicklung setzt jedoch das (gemeinsame) Wirken unterschiedlicher Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene, staatliche, kommunale und private Initiativen voraus.

In über 10 Jahren wissenschaftlicher Nachhaltigkeitsforschung und praktischer Ansätze hat sich gezeigt, dass eine Orientierung auf nachhaltige Entwicklung nicht das Ende der Interessen- und Nutzungskonflikte bedeutet, sondern sie werden oft erst sichtbar. Regionalentwicklung und Konflikte gehören zusammen. Wie stark die Konflikte um eine nachhaltige Regionalentwicklung werden können, zeigt das Beispiel der Insel Rügen, wo der Nachhaltigkeitsbegriff schon früh aufgegriffen, dann aber eine entsprechende Ausrichtung durch vielfältige Auseinandersetzungen behindert und blockiert wurde. Im Nationalpark Nockberge stellt sich gegenwärtig eine völlig andere Frage. Ursprünglich als Abwehr gegen Ferienanlagen im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung eingerichtet, und zwar lange bevor dieser Begriff aufkam, zeigt sich heute, dass das Instrument des Nationalparks für die Nockberge nicht geeignet ist. Nun geht es darum, einen *halben* Nationalpark in ein *ganzes* Biosphärenreservat umzuwandeln.

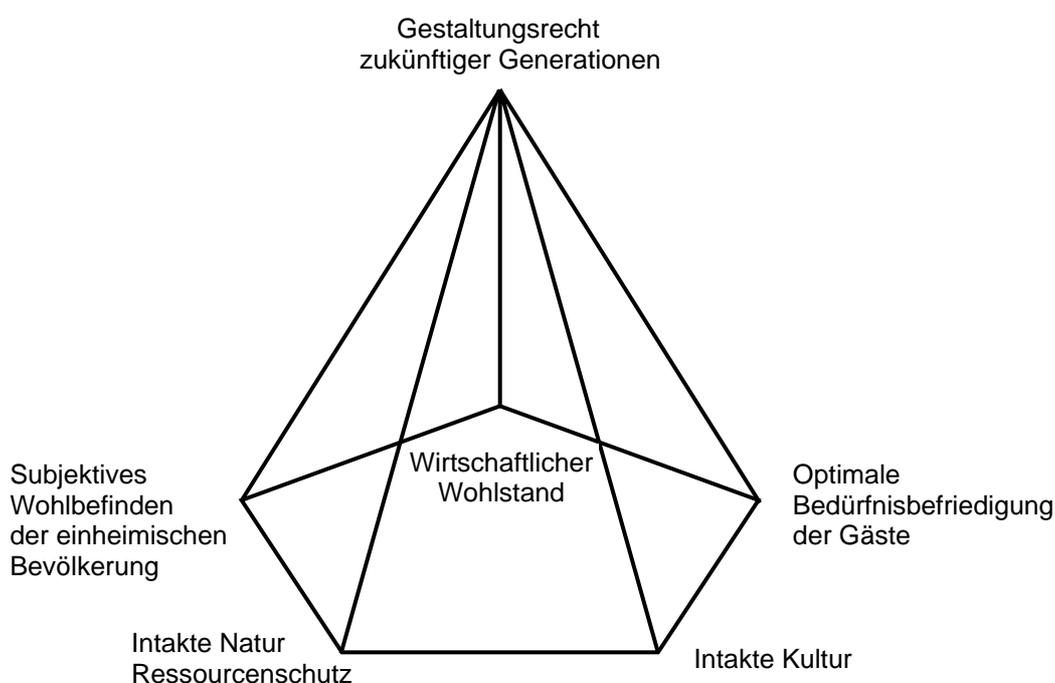
1 Strategien einer nachhaltigen Regionalentwicklung – Konfliktpotenziale und Lösungsmöglichkeiten

Ende des 20. Jahrhunderts ist nachhaltige Entwicklung als ein neues Paradigma sowohl in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft als auch auf allen Ebenen räumlicher Planung etabliert. Die Auffassungen von Nachhaltigkeit differieren jedoch beträchtlich. Konzepte einer starken Nachhaltigkeit zielen auf eine Erhaltung des Naturkapitals, bei der nur der Zuwachs an erneuerbaren Ressourcen genutzt werden darf. Als schwache Nachhaltigkeit werden dagegen solche Ansätze gekennzeichnet, die eine Substitution innerhalb des gesamten gesellschaftlichen Kapitals (Naturkapital, Sach- und Finanzkapital, Human- und Sozialkapital) zulassen (z.B. SCHMID 1999). LOSANG (1999) unterscheidet in Bezug auf eine nachhaltige Tourismusedwicklung zwischen Fundamentalisten, Pragmatikern und Realisten. Fundamentalisten orientieren auf eine Bewältigung der globalen Probleme (holistischer Nachhaltigkeitsansatz) und kritisieren daher die Mehrzahl der bestehenden Ansätze als Partiallösungen. Pragmatiker setzen auf eine Umsetzung der Nachhaltigkeit in kleinen Schritten (z.B. Konzepte einer nachhaltigen Regionalentwicklung mit Tourismus, kommunale und überkommunale Handlungsprogramme in der Agenda 21) und den

Realisten ordnet er eine Reihe von Ansätzen zu, die eine Art Zwischenstellung einnehmen wie "Nachhaltige Entwicklung und Produkt-/Qualitätsmanagement".

Neben ökologisch ausgerichteten Nachhaltigkeitsansätzen, die im Grunde eine Fortsetzung ökologischer oder ökologieorientierter Konzepte darstellen, treten integrative Konzepte, in denen alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – gleichermaßen berücksichtigt werden. Erst ihre Zusammenführung, häufig erweitert durch kulturelle, soziokulturelle, politische oder institutionelle Aspekte, wird als nachhaltige Entwicklung verstanden. Diese Zusammenführung birgt aber zugleich das größte Konfliktpotenzial. Nicht erst bei der Umsetzung in konkrete Aktivitäten, sondern bereits bei der Operationalisierung der Ziele und Formulierung von Strategien entstehen Interessen-, Wert- und Zielkonflikte. Für einen nachhaltigen Tourismus verdeutlicht die fünfseitige Pyramide von MÜLLER (1993) die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit und bezieht zugleich das Gestaltungsrecht künftiger Generationen ein (siehe Abb. 1).

Abb. 1 Magische Fünfeck-Pyramide einer nachhaltigen touristischen Entwicklung



Quelle: MÜLLER, H.R. 1993, so dargestellt in MÜLLER/FLÜGEL 1999, S. 44

Aus der Zielstellung, die Naturressourcen und Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten, resultiert innerhalb der drei Nachhaltigkeitsdimensionen ein gewisses Primat der Ökologie, so dass sich Strategien für ökonomische Nachhaltigkeit bzw. nachhaltiges Wirtschaften (z.B. ZABEL 2002) und Konzepte für eine nachhaltige Lebensweise (z.B. BOGUN 1997, RINK 2002, KANATSCHNIG/WEBER 1998) herauskristallisieren. Unter sozialer Nachhaltigkeit wird jedoch mehr verstanden als eine Veränderung des Konsumverhaltens, Dematerialisierung, Suffizienz, Effizienz oder Natürlichkeit (vgl. Werte eines nachhaltigen Lebensstils in KANATSCHNIG/WEBER 1998, S. 49 ff.), beispielsweise Fragen von Lebenschancen, Partizipation, kulturelle Aspekte und Traditionen. Lange Zeit vernachlässigt, ist die Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit in jüngster Zeit Gegenstand verschiedener Arbeitsgruppen (Interdisziplinäre Forschungsgruppe für

Soziale Nachhaltigkeit an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) und Publikationen (z.B. GRIESSLER/LITTICH 2004, EMPACHER/WEHLING 2002).

Das Leitbild einer nachhaltigen Raumentwicklung ist mittlerweile auf allen Ebenen raumbezogener Planung und Entwicklung, beginnend vom Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK, Potsdam 1999) über nationale Dokumente und Konzepte (z.B. Raumordnungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1998, Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung 2002, Österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung 2002) bis zu Regionalen Raumordnungsplänen, Regionalen Entwicklungskonzepten (REK), kommunalen Planungen und Projekten (z.B. Agenda 21), verankert. Auch sektorale Konzepte orientieren sich an der Nachhaltigkeit, z.B. nachhaltiger Tourismus, nachhaltige Verkehrsentwicklung, wenngleich hierbei immer ein Bezug zur gesamten Regionalentwicklung hergestellt werden sollte. Für die räumliche Planung als einer Querschnittsplanung, die die unterschiedlichen Nutzungsansprüche zu vereinbaren und abzuwägen hat, bedeutet nachhaltige Entwicklung eine Weiterentwicklung ihrer traditionellen Aufgaben. So gehört zu den Aufgaben der Regionalplanung sowohl die Abstimmung widersprüchlicher wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Interessen bei Nutzungskonkurrenzen und Raumnutzungskonflikten (Ordnungsaufgabe) als auch eine Förderung und Koordinierung regionaler Entwicklung (Entwicklungsaufgabe), die zunehmend mit dem Begriff des Regionalmanagements verknüpft wird. Die Strategie einer nachhaltigen Regionalentwicklung schafft hierfür einen neuen Rahmen und wichtige Impulse. Daraus sind eine Reihe anwendungsorientierter Forschungsprojekte zur Operationalisierung nachhaltiger Regionalentwicklung für die Regionalplanung und Aufstellung von Indikatorkatalogen entstanden (z.B. ARL 2000).

Durch die nachhaltige Entwicklung wurden nicht zuletzt auch die Schutzgebietskonzepte zur Erhaltung naturnaher und historisch gewachsener Kulturlandschaften beeinflusst. Die Biosphärenreservate (in Österreich Biosphärenparke) haben sich als Modellregionen für nachhaltige Regionalentwicklung profiliert (vgl. Sevilla-Strategie 1995) und verstehen sich inzwischen weniger als Schutzgebiete, sondern vielmehr als Entwicklungsgebiete mit einer Schutz-, Entwicklungs- und Logistikfunktion (Biosphärenreservatsmanagement). Für den Biosphärenpark Grosses Walsertal wurde beispielsweise im Rahmen eines EU Life Projektes (EcoMonte) ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsprogramm erarbeitet. Die Nationalparkverwaltungen engagieren sich zunehmend für eine nachhaltige Entwicklung in der Nationalparkregion, etwa der Nationalpark Harz im Rahmen der Europäischen Charta für nachhaltigen Tourismus in Schutzgebieten oder die Nationalpark Donau-Auen GmbH als Mitglied bei der Auland-Touristik bzw. im neugegründeten Tourismusverband Auland-Carnuntum.

Ein zentrales Problem bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung besteht in der notwendigen Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen. Einige wenige praktische Beispiele reichen nicht aus, um den Nachhaltigkeitsgedanken als Wirtschafts- und Lebensprinzip zu verankern. Sie können jedoch die Machbarkeit und die positiven Effekte einer nachhaltigen Nutzung und Entwicklung aufzeigen, als Vorbild für andere dienen sowie einer unreflektierten und zunehmend formalen Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs entgegenwirken. Ein Nachhaltigkeitsdenken im Tourismus würde beispielsweise bedeuten, dass die Belange des Naturschutzes von vornherein einen höheren Stellenwert erhalten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht gehört hierzu etwa eine Umstellung auf umweltschonende und ressourcensparende Technologien (z.B. Solarenergie, Wasserkreisläufe, Wärmedämmung), die Reduzierung des Abfallaufkommens und Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe (z.B. regionale Produkte in der Gastronomie). Eine moderate Tourismusedwicklung, die möglichst wenig Flächen verbraucht, keine überdimensionierten Tourismusprojekte zulässt und regionstypische Bauweisen fördert,

wird weitaus weniger konfliktrchtig sein. Die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeitsdiskussion wirken sich vor allem indirekt auf die Konfliktaustragung aus. Die Forderung nach einer breiteren Partizipation der einheimischen Bevölkerung an den touristischen Einnahmen und den regionalen Entscheidungsprozessen unterstützt die regionale Bevölkerung in ihrem Widerstand gegen touristische Großprojekte. Ein gewachsenes gegenseitiges Verständnis für die Interessen des anderen und ein veränderter Umgang der Akteure miteinander können einen Beitrag zur Konfliktvermeidung leisten. Die Operationalisierungsanstze und Indikatorenkataloge – z.B. der Strategierahmen für eine nachhaltige Regionalentwicklung mit Tourismus (BECKER 1995) oder das prozessorientierte Bewertungsschema für Nachhaltigkeit im Tourismus von BAUMGARTNER (2002) – zeigen die Vielschichtigkeit dieser Aktivitäten. Letztlich wird es darauf ankommen, wie operationalisierbare Kriterien und objektive Bewertungen einerseits und die vielfältigen Einzelinitiativen regionaler Akteure zu einer nachhaltigen Entwicklung zusammengeführt werden können.

2 Nachhaltige Regionalentwicklung aus Sicht der Akteure – Ergebnisse einer standardisierten Befragung im Rahmen von Expertengesprächen

„Es erfordert ein bewußtes oder unbewußtes Verständnis zum Begriffsinhalt der Nachhaltigkeit, um auf regionaler oder lokaler Ebene im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu handeln“ (vgl. SAUPE/ZIENER 1995, S. 111). Diese Überlegung bildete den Untersuchungsansatz für eine Studie zum Biosphärenreservat Spreewald, die Frau Saupe und ich im Frühjahr und Sommer des Jahres 1995 mit Blick auf einen Beitrag beim 50. Deutschen Geographentag in Potsdam erarbeitet haben. Der Nachhaltigkeitsbegriff war damals noch wenig bekannt und schon gar nicht etabliert, so dass im Rahmen von ca. 30 problemzentrierten Interviews untersucht werden sollte, inwieweit der Nachhaltigkeitsgedanke in den Vorstellungen und Handlungen lokaler und regionaler Entscheidungsträger bereits verankert ist. Dies geschah zunächst durch eine Reihe von Fragen, die eine Interpretation in Richtung Umweltverträglichkeit, Dauerhaftigkeit oder Nachhaltigkeit erlauben (z.B. Aktivitäten in Bezug auf Tourismus, Leitbilder, Handlungsbedarf). Erst in der letzten (schriftlich zu beantwortenden) Frage wurde der Nachhaltigkeitsbegriff verwendet – Was ist für eine "nachhaltige (dauerhafte) Regionalentwicklung" im Spreewald am wichtigsten? Die Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben und die Gesprächspartner wurden aufgefordert, nur maximal drei Aspekte anzukreuzen (einschließlich möglicher Angaben unter Sonstiges). – Diese eine geschlossene Fragestellung zur Nachhaltigkeit habe ich dann bei den (qualitativen) Interviews zu Konflikten in Nationalparks und Biosphärenreservaten bis 2002 fortgeführt, so dass insgesamt 101 Aussagen aus sechs Regionen – Spreewald (35), Rügen und Hiddensee (26), Harz und Rhön (28), Neusiedler See und Donauauen bei Wien (13) – sowie drei Zeiträumen – 1995/1996 (39), 1997-1999 (27), 2000-2002 (35) – vorliegen.

Trotz der häufig gehörten Aussage „Das gehört doch alles zur Nachhaltigkeit“ zeigt die Befragung eine deutliche Gewichtung. Die Zusammenarbeit der Entscheidungsträger, Nutzung endogener Potenziale sowie regionale Leitbilder kristallisieren sich als Hauptaspekte der Nachhaltigkeit heraus (von mindestens 50% der Befragten genannt). Ein stetiges Wirtschaftswachstum und die Minimierung von Konflikten zwischen Tourismus und Naturschutz spielen eine vergleichsweise geringe Rolle. Eine Differenzierung der Aussagen nach sachlichen, regionalen und zeitlichen Bezügen kann lediglich Trends aufzeigen, statistische Auswertungen sind aufgrund der geringen Gesamtzahl der Fragebögen und der starken Auffächerung nach dem Aufgabenbereich der Interviewpartner, der Region und dem Befragungszeitraum nicht sinnvoll. Zwischen Vertretern des Naturschutzes bzw. der Großschutzgebiete (32) und den touristischen Entscheidungsträgern (33) zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede. Während die Touristiker wie erwartet auch ein stetiges Wirtschaftswachstum in die Nachhaltigkeit einbezogen (6 der 14 Nennungen), hatten für den Naturschutz die drei Hauptaspekte jeweils einen höheren Stellenwert (Zu-

sammenarbeit 78% gegenüber 62%, endogene Potenziale 69% gegenüber 41% und Leitbilder 56% gegenüber 32%). Interessant ist die geringe Bedeutung regionaler Leitbilder für den Tourismus. Die Kulturlandschaft wurde wiederum vom Tourismus hervorgehoben und insbesondere im Spreewald häufig genannt.

Tab. 1 Ausgewählte Nachhaltigkeitsaspekte aus Sicht lokaler und regionaler Akteure

Vorgabe	Nennungen
Nutzung und Förderung lokaler und regionaler Potentiale	53
Abwägung ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange bei planerischen Entscheidungen	44
Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums in der Region	14
Minimierung von Konflikten zwischen Tourismus und Naturschutz	16
Zusammenarbeit unterschiedlicher Entscheidungsträger in der Region zur Koordinierung und Bündelung von Maßnahmen	68
Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft	44
Formulierung von Leitbildern und langfristigen Entwicklungsstrategien für die gesamte Region	50

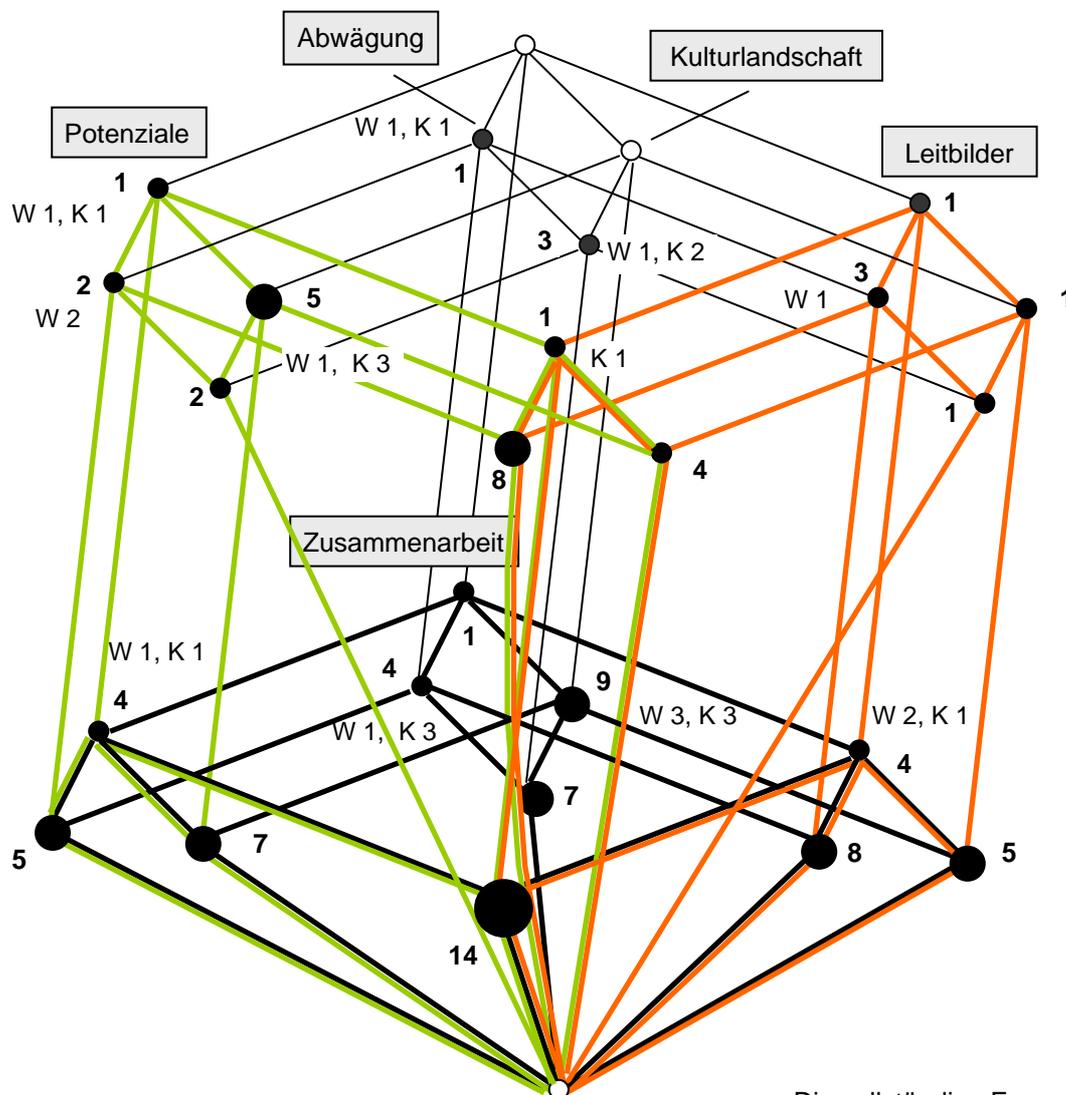
Quelle: eigene Erhebung in den Regionen Spreewald, Rügen, Harz, Rhön, Neusiedler See und Donauauen 1995-2002, 101 Befragte

Regional betrachtet wurde nur die Zusammenarbeit der Entscheidungsträger durchgängig sehr hoch bewertet, und zwar zwischen ca. 80% in der Rhön und 50% auf der Insel Rügen, was durchaus in Bezug zur Konfliktsituation in diesen beiden Regionen gesehen werden kann (vgl. ZIENER 2003). Im Spreewald wird statt der Leitbilder die Kulturlandschaft (60%) zu einem der Hauptnachhaltigkeitsaspekte. Gleiches gilt aufgrund des regionalen Schwerpunkts Spreewald für den Zeitraum 1995/96. Zwischen dem ersten und dem dritten Zeitraum tendenziell an Bedeutung verloren haben die Konfliktminimierung (18% auf 9%) und die Kulturlandschaft (64% auf 26%), an Bedeutung gewonnen haben dagegen die endogenen Potenziale (49% auf 57%) und die Leitbilder (38% auf 54%).

Doch wie sahen die Antworten nun tatsächlich aus? Die Vorstellungen der Interviewpartner zur Nachhaltigkeit ergaben insgesamt 35 Kombinationen der 7 Nachhaltigkeitsaspekte, wobei 16 Kombinationen von jeweils nur einer Person genannt worden sind. Für ihre Analyse und Darstellung wurde das Verfahren der Formalen Begriffsanalyse¹ gewählt, wobei allerdings nur die fünf häufigsten Nachhaltigkeitsaspekte zur Bildung des Begriffsverbands herangezogen wurden. Die beiden anderen – stetiges Wirtschaftswachstum und Konfliktminimierung – sind nachträglich in das Liniendiagramm eingetragen (vgl. Abb. 2).

¹ Die Formale Begriffsanalyse wurde in den 1980er Jahren von WILLE entwickelt und theoretisch begründet (vgl. GANTER/WILLE 1996). Ihre mathematischen Grundlagen stammen aus der Verbandstheorie. Kernstück ist die Bildung eines Begriffsverbandes aus einem vorgegebenen Kontext von Gegenständen und den ihnen zugeordneten Merkmalen (Kreuztabelle). Die Darstellung erfolgt in einem Liniendiagramm. Das Verfahren bietet die Möglichkeit, qualitative Merkmale einzubeziehen und unterschiedlich skalierte Daten zu verknüpfen, sofern hierarchische Beziehungen existieren. Begriffsverbände eignen sich zur Auswertung standardisierter Befragungen, weil anders als bei Typisierungen die einzelnen Merkmalsausprägungen erhalten bleiben (vgl. auch SAUPE/ZIENER 1994, ZIENER 2001).

Abb. 2 Kombination der Nachhaltigkeitsaspekte aus der Sicht lokaler und regionaler Entscheidungsträger



101 Befragte

1 bzw. W 1 Anzahl der Befragten

- Zusammenarbeit
- endogene Potenziale
- regionale Leitbilder

W - stetiges Wirtschaftswachstum
 K - Konfliktminimierung Tourismus - Naturschutz

Die vollständige Formulierung der Nachhaltigkeitsaspekte ist in Tab. 1 angegeben.

Entwurf und Bearbeitung: K. Ziener

Quelle: eigene Erhebung in den Regionen Spreewald, Rügen, Harz, Rhön, Neusiedler See und Donauauen 1995-2002

Einige Hinweise zur Lesbarkeit des Diagramms: Der oberste Punkt verkörpert die Verneinung aller fünf Nachhaltigkeitsaspekte, der unterste Punkt die Auswahl aller fünf Nachhaltigkeitsaspekte. Beides trat bei der Befragung nicht auf. Das Diagramm wurde so konstruiert, dass in einer Richtung jeweils ein Merkmal hinzukommt. Der Knoten, an dem ein Merkmal das erste Mal auftritt ist entsprechend beschriftet (z.B. rechts oben Leitbilder). Alle Knoten, die unterhalb dieses Knotens stehen und durch eine Linie mit ihm verbunden sind, haben dann dieses Merkmal. Für Zusammenarbeit, Potenziale und Leitbilder sind

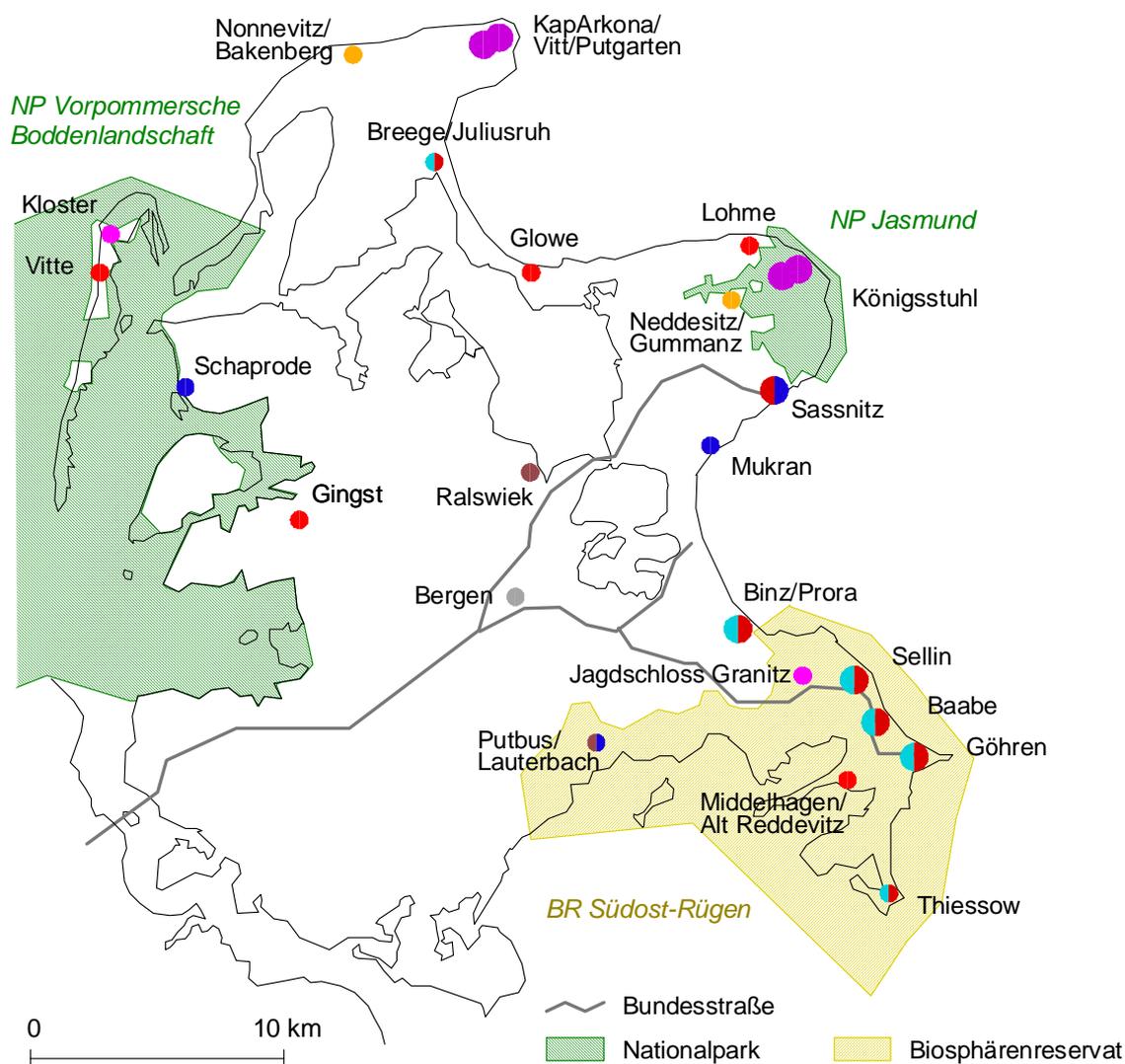
diese Verbindungen zusätzlich farblich hervorgehoben, d.h. alle Knoten, die auf einer orangefarbenen Linie liegen haben das Merkmal Leitbilder. Die mit 14 Nennungen am häufigsten aufgetretene Antwortkombination setzt sich aus Zusammenarbeit, Potenziale und Leitbildern zusammen. Es zeigt sich aber auch, dass mit dem am meisten genannten Nachhaltigkeitsaspekt „Zusammenarbeit der Entscheidungsträger“ sehr unterschiedliche Nachhaltigkeitsaspekte verknüpft worden sind. Die Einbeziehung der beiden weniger genannten Nachhaltigkeitsaspekte erhöht diese Vielfalt noch weiter.

3 Die Modellregion Rügen – Wirkungen einer konkurrierenden Konfliktsituation

Die Insel Rügen gehört zu jenen Regionen, in denen der Nachhaltigkeitsgedanke schon sehr früh aufgegriffen wurde. Bereits 1993 wurden von der Bürgerinitiative FÜR RÜGEN in der Broschüre "Vorschläge zur wirtschaftlichen Entwicklung der Insel Rügen: Eine Aufforderung zum Handeln" zahlreiche Vorschläge für eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung auf der Insel sowie zur „Entwicklung als Modellregion für zukunftsfähiges, d.h. naturverträgliches und sozial gerechtes Wirtschaften“ gemacht (Bürgerinitiative FÜR RÜGEN 1993, S. 15). Günstige Bedingungen für eine Profilierung zur „Modellregion für nachhaltige Regionalentwicklung“ bildeten die bereits erfolgten Unterschutzstellungen (Nationalparke Jasmund und Vorpommersche Boddenlandschaft, Biosphärenreservat Südost-Rügen, alle 1990, Natur- und Landschaftsschutzgebiete), der geplante Naturpark Rügen, die Besonderheit der Inselform sowie die Tatsache, dass der Landkreis Rügen mit der Insel Rügen und den kleineren Nachbarinseln Hiddensee, Ummanz und Vilm (vgl. Abb. 3) einen einheitlichen Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraum darstellt. Sowohl die Landschafts- und Umweltschäden aus der Zeit der DDR (z.B. Campingplätze und Ferienanlagen im Dünenwald, militärische Anlagen, ungeklärte Abwässer) als auch die große Zahl geplanter Tourismusprojekte zu Beginn der 1990er Jahre (vgl. HELFER 1993) haben die Notwendigkeit einer umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung deutlich werden lassen.

Der Landkreis Rügen hat sich schon frühzeitig um eine geordnete, landschaftlich angepasste und umweltverträgliche Entwicklung auf Rügen bemüht (z.B. Strukturkonzept Rügen 1991, Ökologisch orientiertes Verkehrskonzept für Rügen 1993). In Binz wurde 1991 nach heftigen Bürgerprotesten und einer Bürgerbefragung (91% gegen das Projekt) die Gemeinde quasi gezwungen, von dem Vertrag mit einer Tochterfirma des westdeutschen Baukonzerns Philipp Holzmann Abstand zu nehmen, der dem Bauunternehmer faktisch die infrastrukturelle Entwicklung des Ostseebades übertragen und überlassen hätte (z.B. Ferienpark mit 400 Bungalows und Wasserfreizeitanlage auf 80 ha Fläche nach dem Modell der CenterParcs, Bau einer Kläranlage, Sanierung der Strandpromenade und Wiedererrichtung der Seebrücke). Ebenso wurde durch die Intervention von Seiten ökologisch bzw. touristisch interessierter Rügäner das Werftprojekt der Schiffbau-firma Meyer aus Papenburg am Hafenstandort Sassnitz-Mukran (1 500 Arbeitskräfte angekündigt) verhindert, das durch das Aufschütten einer 60 ha großen künstlichen Insel und den Bau von Schiffsbauhallen mit den Ausmaßen 68 m Höhe, 400 m Breite und 300 m Länge gravierende Eingriffe in das Landschaftsbild Rügens und den Strandaufbau an der Prorer Wiek bedeutet hätte (Interessenkonflikt Binz – Sassnitz, siehe auch HELFER 1993, S. 196-198).

Abb. 3 Tourismusregion Rügen



Touristische Knoten

- großer Knoten
- mittlerer Knoten
- großer Knoten als geteilter Knoten (bei funktionaler Einheit und räumlicher Distanz, z.B. Großparkplatz Hagen am Königsstuhl)
- Tourismus / Beherbergung
- Ostseebad
- Ausflugsziel
- Campingplatz / Ferienanlage
- Kultur
- Hafen
- Kreisstadt mit Tourismusfunktionen

Entwurf und Bearbeitung: K. Ziener
 Quelle: eigene Bewertung, vgl. ZIENER 2003
 Kartengrundlage: Verwaltungskarte Mecklenburg-Vorpommern 1994

Auf der anderen Seite gab es jedoch eine Reihe von Faktoren und Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Entwicklung auf Rügen behindert oder blockiert haben. Die politische Wende in der DDR und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten haben zu einem gewaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch geführt. Die Folgen waren dramatische Arbeitsplatzverluste in nahezu allen wichtigen Wirtschaftsbereichen auf der Insel Rügen: Landwirtschaft, Kreideindustrie, Fischfang und -verarbeitung, Hafengewirtschaft und Fährverkehr in Sassnitz/Mukran. Allein der Tourismus verzeichnete

nach einer kurzzeitigen Umstrukturierungsphase wieder steigende Gäste- und Übernachtungszahlen. Dennoch konnte der Rückgang an Erwerbsmöglichkeiten durch die Entwicklung im Dienstleistungssektor nicht kompensiert werden, was wiederum zu hohen Einwohnerverlusten geführt hat (1988-2003: Rügen -16%, Sassnitz -19%, Amt Wittow -36%). Gleichzeitig war der Nutzungsdruck durch auswärtige Investoren in kaum einer Tourismusregion Ostdeutschlands so groß wie auf der Insel Rügen. Planen und Bauen auf Rügen wurde zum Prestigeobjekt und versprach darüber hinaus hohe Renditen (z.B. SonderAFA). Jede weitere Restriktion durch den Naturschutz wurde aus dieser Sicht als Bedrohung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erwerbsmöglichkeiten auf der Insel angesehen und hart bekämpft. Dazu gehören das Landschaftsschutzgebiet und der Naturpark Rügen (bis jetzt nicht ausgewiesen), die Meldeliste der FFH-Gebiete und eben auch die Vorschläge der Bürgerinitiative für eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung auf Rügen. In der Broschüre sind zahlreiche Ideen enthalten, etwa für einen preisgünstigen Verkehrsverbund, einen qualitativen Tourismus, zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben und zur Nutzung endogener Potenziale. Es wird aber auch eine Reihe von Beschränkungen gefordert, die auf große Kritik stießen, z.B. Reglementierung der Wohnmobile und Caravans und des Fährverkehrs nach Hiddensee, Zurückdrängen des Kurzurlaubs oder die vorgeschlagene Maut am Rügendam, die ein Umsteigen auf die Bahn erreichen sollte (vgl. Bürgerinitiative für Rügen 1993).

Ausgehend von dieser Broschüre wurde die Idee einer „Modellregion für nachhaltige Regionalentwicklung“ – auf einer so kleinen Insel kennt man auch die Initiatoren recht gut – in der Wahrnehmung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Kommunen Rügens einseitig mit Ökologie und Naturschutz verbunden, obwohl dies nicht den Intentionen der Initiatoren entsprach und so aus dem Text auch nicht hervorgeht. Die wirtschaftliche und vor allem touristische Entwicklung und der Ausbau der Infrastruktur (z.B. zweite Rügenanbindung) würden durch eine solche Ausrichtung gefährdet. Der daraus entstehende Gegensatz „Entweder Wirtschaftsentwicklung oder Erhaltung der Landschaft“ hat zu einer konkurrierenden Konfliktsituation geführt und die Auseinandersetzungen auf der Insel weiter verschärft. Das Vorhaben, zusätzlich zu den drei bestehenden Großschutzgebieten praktisch den gesamten Rest der Insel zum Naturpark zu machen, muss aus heutiger Sicht als Überforderung der Bewohner und Akteure Rügens bewertet werden. Zusammen mit dem an sich positiven Engagement des Nationalparkamtes Rügen für die Entwicklung der gesamten Insel entstand der Eindruck, vom Naturschutz vereinnahmt zu werden. Auch die Bezeichnung Nationalparkamt für eine Institution, die so unterschiedliche Gebietskategorien wie Nationalpark, Biosphärenreservat und Naturpark (Aufbau) betreut, weist in diese Richtung. Schließlich waren die Dauerkonflikte im Biosphärenreservat Südost-Rügen und die Konflikte um den langjährigen Leiter des Nationalparkamtes (vgl. ZIENER 2003) für die Entwicklung einer Modellregion Rügen nicht förderlich. So konnte auch das moderierte Umsetzungsverfahren „Modellregion Rügen“ (1998/99, Auftraggeber Landkreis und Nationalparkamt) keinen entscheidenden Beitrag zur Konfliktbewältigung auf der Insel leisten. Der Begriff der Modellregion war zunehmend diskreditiert, weil er entweder weitgehend inhaltsleer als Schlagwort verwendet wurde oder als Synonym für eine ökologisch orientierte Entwicklung negativ besetzt war (vgl. auch THEEL 2002). Bei der Erarbeitung des Regionalen Entwicklungskonzeptes Rügen (2000/2001) wurde er konsequent vermieden. Das Projekt „Modellregion Rügen“ war damit praktisch beendet.

Diese Feststellung bedeutet nicht, dass es auf Rügen keine Ansätze und Projekte für eine nachhaltige Entwicklung gibt. Die Bestandsaufnahme von LANDVOGT (1999) zum Entwicklungsstand des nachhaltigen Tourismus auf Rügen belegt dies nachdrücklich. Die Projekte reichen von einzelnen Renaturierungsmaßnahmen (z.B. Nonnensee) und den Großschutzgebieten, in denen die Vereinbarkeit von Schutz und Nutzung im Vordergrund steht, über die Vermarktung Rügener Produkte (z.B. erste Rügener Edeldestillerie, Rügen

Produkte e.V., Rügener Heilkreide) und touristischen Angeboten (z.B. Gutshof Arkona, Urlaub auf den Biobauernhöfen, Handwerkerstuben Gingst) bis zu entwicklungsorientierten regionalen Projekten und Netzwerken wie Rügener Holzmesse, Job-Motor Biosphäre oder Verkehrsgemeinschaft RügenVerkehr (2000 aufgelöst). Ein gutes Beispiel für nachhaltige Entwicklung unter den Bedingungen einer massentouristischen Nutzung ist die Gemeinde Putgarten am Kap Arkona. Nach der bereits zu Beginn der 1990er Jahre erfolgten Verkehrsberuhigung (Großparkplatz Putgarten) wurden die Anlagen am Kap Arkona (z.B. Leuchttürme, Peilturm) und der Gutshof Arkona in Wert gesetzt und zahlreiche Veranstaltungen (z.B. Theater am Kap, Handwerkermärkte) initiiert, wodurch nicht nur die Aufenthaltsdauer der Touristen am Kap verlängert wurde, sondern auch eine Reihe von Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden konnten. Vertan wurde auf Rügen jedoch die Chance, durch eine frühzeitige Profilierung als Modellregion im Sinne der Nachhaltigkeit einen Vorsprung im Wettbewerb der Regionen und einen zusätzlichen Imagefaktor zu erhalten, was sich letztlich auch auf den Tourismus positiv auswirken würde (Alleinstellungsmerkmal).

Einen erneuten, auch konzeptionellen Schritt zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung auf Rügen stellte schließlich das Regionale Entwicklungskonzept für Rügen (REK) 2000/2001 dar. Teilweise durch die Firma FUTOUR erarbeitet (v.a. Potenzialanalyse) und moderiert (diskursive Leitbildentwicklung, REK-Arbeitsgruppen), jedoch durch den Landkreis und den Kreisplaner Herrn Dr. Christian Theel (REK-Büro) koordiniert, wurden ein Regional-Leitbild Rügen entwickelt und ein Katalog von Projekten und Maßnahmen aufgestellt (siehe FUTOUR 2002). Die Motivation war nun nicht mehr eine schwer definierbare idealisierte, visionäre Zukunftsvorstellung, sondern die reale Aussicht auf Fördermittel von der EU (z.B. LEADER+ Programm 2002). Hinzu kommt, dass die Rügäner inzwischen in mehreren diskursiven Verfahren, Projekt- und Arbeitsgruppen (z.B. Umsetzungsverfahren Modellregion Rügen, Tourismus Leitbild Insel Rügen) Erfahrungen mit modernen Formen regionaler Entwicklung sammeln konnten. Das Regional-Leitbild Rügen orientiert auf eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21, mit der die Rügäner die „national und international hohe Bedeutung und Wertschätzung für ihren Lebens- und Wirtschaftsraum Rügen bewahren und mehren“ wollen. „Dies ist auf Rügen nur dann dauerhaft zu gewährleisten, wenn neben wirtschaftlichem Erfolg auch soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen Priorität genießen.“ (vgl. FUTOUR 2002, S. 50). Auf diese Wertschätzung der Insel Rügen war bereits in der Broschüre der Bürgerinitiative FÜR RÜGEN 1993 verwiesen worden. Wenn in dem gemeinsam erarbeiteten regionalen Leitbild daraus eine nachhaltige Entwicklungsstrategie abgeleitet wird, kann man sagen, dass sich nun doch in gewisser Weise der Kreis schließt.

4 Die Nockberge – Eine Region auf dem Weg vom Nationalpark zum Biosphärenpark

Die Region der Nockberge ist ins überregionale Bewusstsein gerückt, als vor nunmehr 25 Jahren die Kärntner in einer landesweiten Volksbefragung für den Schutz der Nockberge und damit gegen eine massentouristische Erschließung votierten, die einen gravierenden Eingriff in die noch weitgehend naturbelassene bergbauerliche Kulturlandschaft bedeutet hätte. Der landesplanerische Ansatz hatte zunächst darin bestanden, das strukturschwache Nockgebiet für den Fremdenverkehr zu erschließen („Kärntner Arlberg“) und so insbesondere der Abwanderung entgegenzuwirken. Im Dreiländereck Kärnten – Salzburg – Steiermark sollten mehrere Skigebiete durch Aufstiegshilfen erschlossen und einige größere Hotel- bzw. Ferienanlagen errichtet werden. Im Jahre 1977 wurde das Entwicklungsprogramm Nockgebiet von der Kärntner Landesregierung beschlossen und 1979 die 34 km lange Nockalmstraße zwischen Innerkrems und Ebene Reichenau fertig gestellt. Die vier Projekte im Bereich Winkl – Rosentaler Alm (über 1 300 Betten) – weit entfernt

von den bestehenden Dauersiedlungen geplant – sollten über Liftanlagen und Anfahrtsstraßen mit den Skigebieten von Turach, Falkertsee und Bad Kleinkirchheim verbunden werden. Das Entwicklungsprogramm sah sogar noch weitere Projekte entlang der Nockalmstraße vor (z.B. in der Grundalm, vgl. GRÄBNER 2001).



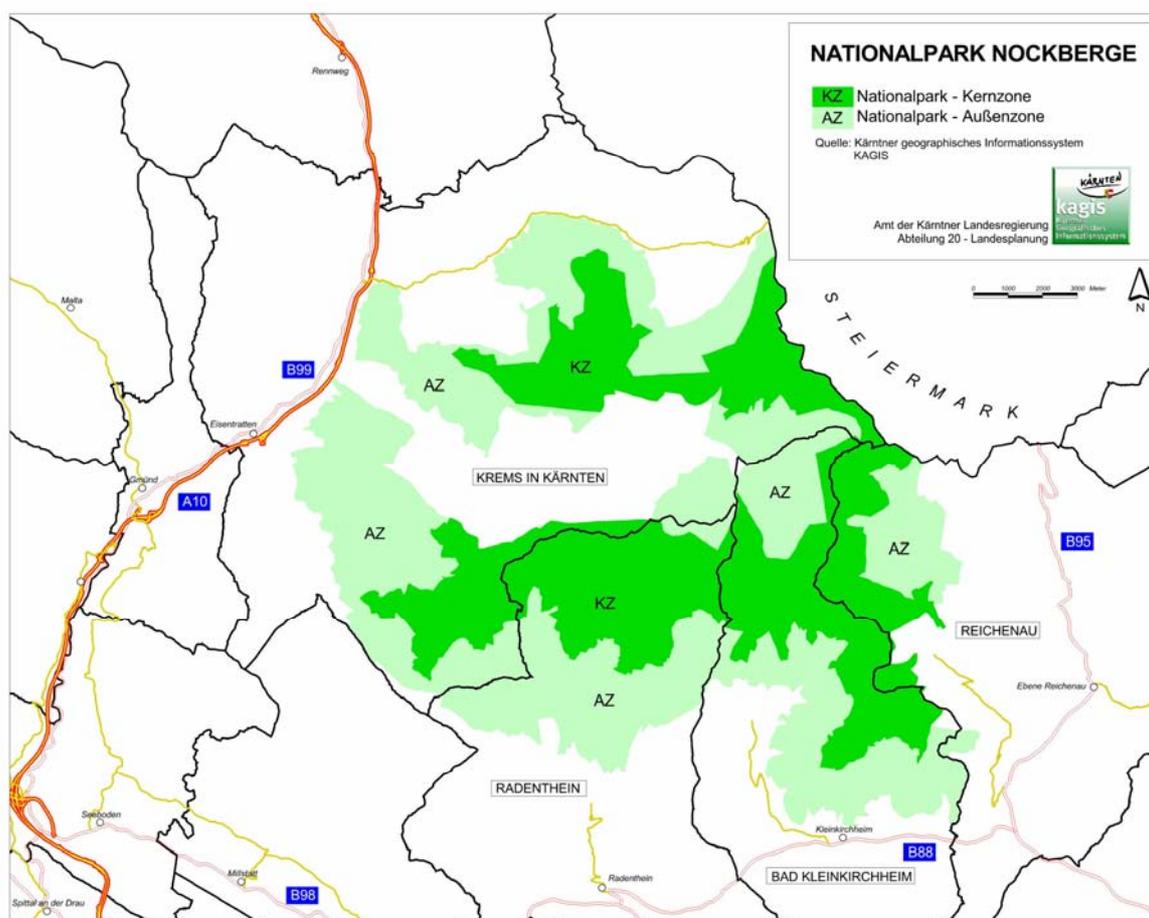
Nockalmstraße: Auffahrt von der Grundalm zur Schiestlscharte Foto: Nationalpark Nockberge

Die vergleichsweise späten Erschließungspläne für die Nockberge fielen in eine Zeit wachsenden Umweltbewusstseins und zunehmender Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie (z.B. Staustufen an der Drau, massentouristische Vermarktung der Hochalmspitze). Die massive Kritik an den Ausbauplänen für die Nockberge (z.B. Resolution des Österreichischen Alpenvereins in Kärnten, Darstellungen in der Kleinen Zeitung) führte im Frühjahr 1980 zur Bildung der Nockalminitiative, deren Mitglieder (z.B. Österreichischer Alpenverein, Österreichischer Naturschutzbund, Verein natürlichen Lebens, World Wildlife Fund) sich für den Schutz der Nockberge einsetzen wollten. Die rasch eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Projektbefürwortern und -gegnern wurden auf mehreren Ebenen geführt, zwischen Naturschutz und Projektwerbern, Naturschutz und Gemeinden, den politischen Parteien im Landtag, auch die Naturschutzverbände positionierten sich nicht einheitlich. Bereits die Unterschriftenaktion zur Volksbefragung² war von einer starken Gegenpropaganda und Polemik (persönliche Interessen der Initiatoren, von der Tiroler Konkurrenz bezahlt) sowie massivem politischem Druck begleitet. Die Genehmigungen wurden vorangetrieben, der Baubeginn mehrfach angekündigt, so dass die Volksbefragung zu einem Wettlauf mit der Zeit wurde und der Ausgang des Konflikts keineswegs sicher war. Trotz einiger Aktivitäten, die Wahlbeteiligung gering zu halten (z.B. eingeschränkte Kundmachung, kurze Öffnungszeiten der Wahllokale) gaben über 21% der Kärntner ihre Stimme ab. Von ihnen beantworteten 94.3% die Frage „Soll zur Erhaltung des Nockgebietes die freie Landschaft im Bereich der Nockalmstraße zum Schutzgebiet (Landschafts- bzw. Naturschutzgebiet) erklärt werden?“ mit „Ja“ (vgl. GRÄBNER 2001, S. 43).

² 15 000 Unterschriften waren erforderlich, 18 648 wurden schließlich erreicht

Der Protest gegen die touristischen Projekte und Planungen in den Nockbergen war seinem Charakter nach ein Widerstand gegen nicht nachhaltige Entwicklungen. Als Schutzgebietskategorie stand damals neben dem Natur- und Landschaftsschutzgebiet (1984) nur ein Nationalpark zur Diskussion. Biosphärenreservate, in Österreich zwar schon eingerichtet (z.B. Neusiedler See, Lobau), aber völlig unbedeutend, stellten keine wirkliche Alternative dar. Nach einer mehrjährigen Planungsphase, in der wiederum Konflikte – diesmal mit Grundeigentümern, Landwirten und Jagdberechtigten – auszutragen waren (Interessengemeinschaft gegen den geplanten Nationalpark, „Nationalpark auf Probe“), wurde 1987 ein 184 km² großes Areal der westlichen Gurktaler Alpen zum Nationalpark Nockberge erklärt. Wegen der charakteristischen abgerundeten Gipfel (Nock'n) gelten die Nockberge trotz einer Höhe von über 2 300 m als Mittelgebirgslandschaft und als Gegenstück zu den Hohen Tauern. Zu den schutzwürdigen Biotoptypen gehören Fichten-Lärchen-Zirben-Wälder, Zwergstrauchheiden, Bürstlingsrasen, subalpine Hochgrasfluren, Gewässer, Flach- und Hochmoore (z.B. HARTL 1996). Die hohe Biodiversität resultiert aus dem Aufeinandertreffen von Karbonat- und Silikatgesteinen. Im Bereich der Tierwelt sind u.a. das Alpenschneehuhn, Auerhuhn und Birkhuhn, Bartgeier, Habicht, Gebirgsstelze und Fichtenkreuzschnabel sowie Gemse, Schneehase, Murmeltier, Alpenmolch und Alpensalamander zu nennen. Für die touristische Erschließung des Nationalparks spielt die Nockalmstraße mit ihren Hütten und Informationsstellen eine zentrale Rolle.

Abb. 4 Zonierung des Nationalparks Nockberge



Die Nockberge sind aber vor allem eine durch Almwirtschaft geprägte Kulturlandschaft, und die Almwirtschaft ist Einkommensgrundlage für Landwirte und Grundbesitzer. Wenn diese als eine solche erhalten werden soll, ist eine dauerhafte Förderung als Erschwer-

nisausgleich notwendig. Dies steht jedoch im Widerspruch zum Nationalparkkonzept und hat immer wieder zu Konflikten geführt (z.B. wegen unzureichender Fördermöglichkeiten im Nationalpark, Entwertung der Grundstücke). Konflikte gibt es auch im Bereich des Tourismus (z.B. Bauverbot in der Kernzone, Nachteile im Wintertourismus) und vor allem durch die Jagd. So verwundert es nicht, dass die Kernzone zu klein ist und mit einem Anteil von nur 42% an der Gesamtfläche nicht den Anforderungen an einen Nationalpark entspricht (vgl. Abb. 4). Zudem ist ein großer Teil der Kernzone almwirtschaftlich genutzt und bis auf wenige unzugängliche Bereiche wird im gesamten Nationalparkgebiet gejagt. Jagd und Fischerei sind von den Verboten in der Kernzone ausdrücklich ausgenommen. Die Jagdwirtschaft stellt eine wichtige Einkommensquelle für die Eigentümer und ein entscheidendes Konfliktpotenzial im Nationalpark dar. Überdies hat die Kärntner Jägerschaft einen bedeutenden Einfluss auf die Landespolitik, so dass eine Lösung des Konflikts nicht in Sicht ist (vgl. auch HAFNER 2002).

Der Nationalpark Nockberge ist weder international von der IUCN noch national anerkannt worden³, was wiederum Konsequenzen für die finanzielle Ausstattung⁴ und die überregionale Präsenz des Nationalparks hat (oft wird er gar nicht erwähnt, z.B. Internetseite des Lebensministeriums). Dennoch war die Einrichtung des Nationalparks ein wichtiger Schritt für die Erhaltung naturnaher Kulturlandschaften in den Alpen, ist der Nationalpark Nockberge heute fest im Bewusstsein der Kärntner verankert. Nachdem nun aber immer deutlicher wurde, dass eine Anerkennung als Kategorie II durch die IUCN für die Nockberge nicht zu erreichen ist, entstand bereits vor einiger Zeit die Idee, den Nationalpark in einen Biosphärenpark umzuwandeln. Mit der Initiative des Kärntner Landeshauptmanns und Nationalparkreferenten Dr. Jörg Haider und einer Informationsveranstaltung im Oktober 2004 in Radenthein hat dieser Prozess eine große Dynamik erhalten. Der Vorschlag eines Biosphärenparks stieß auf eine breite Zustimmung. Mit diesem Grundkonsens wurde die Umstrukturierung auf mehreren Ebenen in Angriff genommen – Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen, Bildung von drei Arbeitskreisen (Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Naturschutz) sowie eines Steuerungsgremiums. Zentrale Grundsätze sind eine breite Beteiligung der regionalen Bevölkerung, der Eigentümer und Interessengruppen sowie ein offener Diskurs über alle Fragen und Probleme. Das umfangreiche Programm umfasst u.a. Zoneninhalte und Zonierungsvorschläge, den Vertragsnaturschutz, sektorale Leitvisionen und einen Interessenausgleich zwischen Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Naturschutz (vgl. Panorama Nockberge Oktober 2004 und Mai 2005, Nationalpark-Verwaltung Nockberge 2004 und 2005).

Die Zeit ist reif für einen Biosphärenpark Nockberge. Entsprechend der Sevilla-Strategie (1995, UNESCO 1996) bietet ein Biosphärenreservat, bzw. nach österreichischem Sprachgebrauch ein Biosphärenpark, nicht nur für die Kulturlandschaft der Nockberge, sondern auch für die Regionalentwicklung bedeutend mehr Chancen. Auf nationaler Ebene sind die Biosphärenreservate der UNESCO nun endlich stärker ins Bewusstsein gerückt. Mit der Erarbeitung von Kriterien für die Anerkennung als Biosphärenpark sowie eine Weiterentwicklung der „alten“ Biosphärenparks (z.B. Neusiedler See) im Sinne der Sevilla-Strategie werden gegenwärtig die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen. Bezüglich seiner Schutzfunktion bietet ein Biosphärenpark die adäquate (Schutz-)Gebietskategorie für Kulturlandschaften. Umweltschonende Landnutzungen und nachhaltige Wirtschaftsweisen stehen im Vordergrund. Anders als bei Nationalparks widerspiegelt die Zonierung eines Biosphärenparks die große Spanne des Nutzungsgradientens von

³ Anders als in Deutschland wird in Österreich auf nationaler Ebene sehr großer Wert auf die Anerkennung der Nationalparke durch die IUCN (Kategorie II Nationalpark) gelegt.

⁴ 1998 erhielt der Nationalpark Nockberge 7.34 Mio ATS, der Nationalpark Hohe Tauern (Kärntner Teil) bei etwa doppelt so großer Fläche aber 22.12 Mio ATS (PEPEUNIK 2000 unter Bezug auf den Jahresbericht des Kärntner Nationalparkfonds).

einer nahezu unberührten Naturlandschaft in der Kernzone bis zu intensiveren Nutzungen – z.B. Dörfer und Kleinstädte, umweltverträgliches Gewerbe, Tourismus – in der Entwicklungszone. In einem Biosphärenpark können die vielfältigen Initiativen zur Regionalentwicklung, Vermarktung regionaler Produkte (z.B. Nockfleisch, Speik-Produkte), touristische Angebote und Fördermöglichkeiten gebündelt werden (Entwicklungsfunktion – Biosphärenparkmanagement). Im Jahr 2003 wurden in der Gemeinde Bad Kleinkirchheim 834 563 Übernachtungen und in den drei anderen Nationalparkgemeinden zusammen 702 604 Übernachtungen registriert, wobei ca. 40 bis 45 % der Übernachtungen auf das Winterhalbjahr entfallen. Da die Nockalmstraße nur im Sommer geöffnet ist, wäre also zu überlegen, wie der künftige Biosphärenpark durch Informationsangebote und regionale Produkte auch in der Wintersaison eine stärkere Präsenz erreichen kann. Wie Nationalparke sind auch Biosphärenparke in das weltweite Netz der Schutzgebiete eingebunden, was den Erfahrungsaustausch und gemeinsame Projekte mit anderen UNESCO Biosphärenreservaten erleichtert (siehe Kontakte zum Biosphärenreservat Rhön). Und schließlich besteht die große Chance, langjährige Konflikte grundlegend zu lösen. In der Region selbst besteht eine große Bereitschaft, an dieser Umgestaltung aktiv mitzuwirken. Diese Aufbruchstimmung gilt es in den Mühen der täglichen Arbeit aufrecht zu erhalten. Die Einrichtung des Biosphärenparks Nockberge mag relativ rasch realisierbar sein, seine Profilierung als Modellregion für die Alpen wird aber einen längeren Prozess erfordern.

Die Perspektive für die Nockberge heißt also: Aus einem halben Nationalpark einen vollwertigen Biosphärenpark machen. Angesichts der noch immer geringeren Etablierung der Biosphärenreservate/Biosphärenparks ist hierbei zunächst zu realisieren, dass damit keine Abwertung, sondern eine Aufwertung verbunden ist. Biosphärenparke sind keine Schutzgebietskategorie zweiter Klasse, sondern ein eigenständiges Instrument mit komplexen Funktionen zur großflächigen Erhaltung der (Kultur-)Landschaft und einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Voraussetzung hierfür ist eine Gleichstellung von Nationalparks und Biosphärenparks auf Bundes- und Landesebene in Bezug auf finanzielle Mittel, Fördermöglichkeiten und Image für die Region. Im Kontext der Regionalentwicklung stellt sich dann aber sofort die Frage nach der Größe des künftigen Biosphärenparks Nockberge. Die Entscheidung, die Gebietskulisse des Nationalparks bei der Umstrukturierung beizubehalten, um nicht zwei Schritte auf einmal zu machen, soll damit nicht kritisiert werden. Mittelfristig ist jedoch zu prüfen, welche regionale Abgrenzung im Hinblick auf die Vermarktung regionaler Produkte, einschließlich Wintersport und Thermen, ein Gütesiegel oder eine Regionalmarke die Region Nockberge am besten repräsentiert und zu fragen, wer an dem Projekt Biosphärenpark Nockberge mitwirken möchte. Auch in dieser Beziehung ist der Schritt vom Schutzinstrument zum Regionalmanagement zu beschreiten. Ein erweiterter Biosphärenpark (nicht Biosphärenparkregion) könnte anders als der Nationalpark Bad Kleinkirchheim mit einbeziehen, bis zur Turracher Höhe und den Landesgrenzen oder auch bis Millstatt reichen. Insbesondere in der Entwicklungszone sind die Restriktionen weit weniger scharf, die Möglichkeiten aber beträchtlich. Ein solches großräumiges Biosphärenparkverständnis stellt das Konzept des Biosphärenparks auf eine neue Basis und wird sich auch in Österreich durchsetzen (z.B. Biosphärenpark Wienerwald mit ca. 105 000 ha). Ein eigenständiges Biosphärenpark-Management für die Nockberge erscheint aus dieser Sicht ebenso selbstverständlich wie eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung.

Fünfundzwanzig Jahre nach der Nockalm-Initiative werden in der Region Nockberge heute wieder neue Wege beschritten: die Schaffung eines Biosphärenparks als gemeinsame Aufgabe aller in der Region und für die Region Tätigen. Mit dem Konzept für den Biosphärenpark Nockberge wird dann auch ein neues „Entwicklungsprogramm“ vorliegen, ein Entwicklungsprogramm, das auf eine nachhaltige Entwicklung der Region orientiert und die bereits vorhandenen Initiativen zu einer Gesamtstrategie bündelt.

Literatur

- Amt der Kärntner Landesregierung (1977): Entwicklungsprogramm für das Nockgebiet, Landesgesetzblatt Nr. 41/1977, Klagenfurt, S. 129-132.
- Arbeitsgemeinschaft aus Forschungsgruppe Verkehr Rostock, Ingenieurbüro Merkel + Sellin und Ingenieurbüro Wasser und Umwelt (1993): Ökologisch orientiertes Verkehrskonzept für Rügen, Bergen.
- ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (Hrsg.) (2000): Nachhaltigkeitsprinzip in der Regionalplanung: Handreichung zur Operationalisierung, Hannover (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL).
- BAUMGARTNER, Christian (2002): Prozessorientiertes Bewertungsschema für Nachhaltigkeit im Tourismus. Institut für Integrativen Tourismus und Freizeitforschung, Wien (Dissertation).
- BECKER, Christoph (1995): Nachhaltige Regionalentwicklung mit Tourismus: ein Strategie-rahmen. In: Becker, Christoph (Hrsg.): Ansätze für eine nachhaltige Regionalentwicklung mit Tourismus, Berlin (FU Berlin, Institut für Tourismus, Berichte und Materialien Nr. 14), S. 21-31.
- Biosphärenparks in Österreich: <http://www.biosphaerenparks.at/biosphaerenparks/bsr/deutsch/wienerwald/wienerwald.html>, 1.7.2005.
- BOGUN, Roland (1997): Lebensstilforschung und Umweltverhalten. Anmerkungen und Fragen zu einem komplexen Verhältnis. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung: Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen.
- Bürgerinitiative für Rügen (Hrsg.) (1993): Vorschläge zur wirtschaftlichen Entwicklung der Insel Rügen: Eine Aufforderung zum Handeln, Vilmnitz/Rügen.
- Die Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung – Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland: Stand April 2002, Berlin.
- EMPACHER, Claudia und Peter WEHLING (2002): Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit: theoretische Grundlagen und Indikatoren, Frankfurt am Main (Studientexte des Instituts für Sozial-Ökologische Forschung).
- EUREK: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/som_de.htm, 13.6.05
- FUTOUR (2002): Regionales Entwicklungskonzept Rügen, Abschlussbericht, Dresden, veröffentlicht unter http://www.kreis-rueg.de/media/custom/267_308_1.PDF?La=1&object=med|267.308.1, 29.6.2005.
- GANTER, Bernhard und Rudolf WILLE (1996): Formale Begriffsanalyse: Mathematische Grundlagen, Berlin.
- GRÄBNER, Herwig (Hrsg.) (2001): Die Kärntner Nockberge – Ringen um ein Schutzgebiet (1980), Innsbruck.
- GRIESSLER, Erich und Beate LITTIG (2004): Soziale Nachhaltigkeit, Wien.
- HAFNER, Thomas (2002): Jagdwirtschaft im Nationalpark Nockberge: Eine Raumnutzungs- und Konfliktanalyse unter Anwendung eines geographischen Informationssystems, Klagenfurt (Diplomarbeit).
- HARTL, Helmut (1996): Nationalpark Nockberge. In: Wolkingner und Umweltdachverband ÖGNU (Hrsg.): Natur- und Nationalparks in Österreich, Graz, S. 186-195.

- HELPER, Malte (1993): Tourismus auf Rügen: Chancen und Risiken der Umstrukturierung infolge der deutschen Einigung, Saarbrücken.
- KANATSCHNIG, Dietmar und Gerlind WEBER (1998): Nachhaltige Raumentwicklung in Österreich, Wien (Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung).
- Landkreis Rügen (1991): Strukturkonzept Rügen, Überarbeitete Fassung Mai 1991, Bergen.
- LANDVOGT, Markus (1999): Entwicklungsstand des nachhaltigen Tourismus auf Rügen, Stralsund.
- Lebensministerium: <http://www.lebensministerium.at>, 30.6.2005.
- LOSANG, Eric (1999): Nachhaltige Tourismusedwicklung – Quo vadis? In: Becker, Cristoph (Hrsg.): Forschungsergebnisse zur nachhaltigen Tourismusedwicklung, Trier, Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie, Heft 52, S. 45-78.
- MÜLLER, Hansrüdi und Martin FLÜGEL (1999): Tourismus und Ökologie: Wechselwirkungen und Handlungsfelder, Bern (Berner Studien zu Freizeit und Tourismus).
- Nationalpark-Verwaltung Nockberge (Hrsg.) (2004): Panorama Nockberge, Oktober 2004, Ebene Reichenau.
- Nationalpark-Verwaltung Nockberge (Hrsg.) (2005): Panorama Nockberge, Mai 2005, Ebene Reichenau.
- PEPEUNIK, Johann F. V. (2000): Strukturanalyse und Auswirkungen des Nationalpark Nockberge auf den Tourismus in den Nationalparkgemeinden, Klagenfurt (Diplomarbeit).
- RINK, Dieter (Hrsg.) (2002): Lebensstile und Nachhaltigkeit: Konzepte, Befunde und Potentiale, Opladen.
- SAUPE, Gabriele und Karen ZIENER (1994): Begriffsverbände zur Analyse von Nachfragestrukturen in Erholungs- und Freizeitgebieten. In: AURADA, Klaus (Hrsg.): Beiträge des 10. Kolloquiums für Theorie und quantitative Methoden in der Geographie (Göhren auf Rügen, 23. - 26.2.1994), Greifswald (Greifswalder Geographische Arbeiten, 11), S. 80-88.
- SAUPE, Gabriele und Karen ZIENER (1995): Problembewußtsein für eine nachhaltige Tourismusedwicklung im Spreewald. In: Becker, Christoph (Hrsg.): Ansätze für eine nachhaltige Regionalentwicklung mit Tourismus, Berlin (FU Berlin, Institut für Tourismus, Berichte und Materialien Nr. 14), S. 111-135.
- SCHMID, Willy A. (1999): Raumplanung und Umweltschutz vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit. In: WEBER, Gerlind (Hrsg.): Raummuster – Planerstoff: Festschrift für Fritz Kastner zum 85. Geburtstag, Wien, S. 117-125.
- THEEL, Christian (2002): Regionalentwicklung durch Naturschutz und Tourismus auf Rügen – Konflikte und Kooperationen, Berlin.
- UNESCO (Hrsg.) (1996): Biosphärenreservate: Die Sevilla-Strategie und die Internationalen Leitlinien für das Weltnetz, Bundesamt für Naturschutz, Bonn.
- ZABEL, Hans-Ulrich (Hrsg.) (2002): Betriebliches Umweltmanagement – nachhaltig und interdisziplinär, Berlin.
- ZIENER, Karen (2001): Das Bild des Touristen in Nationalparks und Biosphärenreservaten im Spiegel von Befragungen, Potsdam (Praxis Kultur- und Sozialgeographie, Band 26).
- ZIENER, Karen (2003): Das Konfliktfeld Erholungsnutzung – Naturschutz in Nationalparks und Biosphärenreservaten, Aachen (Habilitationsschrift).

Bewegung durch individuelle Raumwahrnehmung und raumorientiertes Handeln

Der Süden des Nordens: Die Niederlausitz

Auf der Suche nach kulturräumlichen Grundzügen eines bedeutenden Teilraums Brandenburgs

Christof Ellger (Berlin)

1. Einführung

Seit der Neugliederung der Bundesländer und der dabei erfolgten Neukonstitution des Landes Brandenburg im Jahr 1990 bildet das historische Territorium der Niederlausitz den südlichen Teil dieses Bundeslandes. Als Ergebnis einer spezifischen territorial-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung hat dieser Raum eine besondere kulturräumliche Genese aufzuweisen, die sich in einer entsprechenden räumlichen Eigenart niederschlägt. Offensichtlich ist dabei stets die Nutzung der Braunkohleressourcen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen und die Herausbildung der den Raum beherrschenden Montanwirtschaft, die jetzt, am Anfang des 21. Jahrhunderts, ihrem Ende zugeht. Die daraus entstehende großräumige Devastierung der Landschaft einerseits sowie der erforderliche Strukturwandel der Wirtschaft und die Suche nach neuen wirtschaftlichen Aktivitätsfeldern für die Bevölkerung – rund eine Million Menschen – in diesem durchaus stärker besiedelten, verdichteten Raum stellen diesen Teilraum Brandenburgs gegenwärtig vor große Herausforderungen. Weniger offensichtlich ist die besondere kulturlandschaftliche Prägung, die die Niederlausitz in den Jahrhunderten vor der Braunkohlewirtschaft vor allem als böhmisches oder sächsisches Gebiet am Rande dieser jeweiligen Herrschaftsgebiete erfahren hat, die sie jedoch ebenfalls zu einem besonderen Teilraum des deutschen Nordostens macht.

Gabriele Saupe hat sich im Zusammenhang mit ihrer vor allem angewandt ausgerichteten geographischen Arbeit von ihrem Standort Potsdam aus immer wieder mit dem Raum der Niederlausitz beschäftigt und am Findungsprozess für neue Aufgaben für diesen Raum am und nach dem Ende der Braunkohlenutzung aktiv mitgewirkt, immer wieder auch als Beraterin der IBA Fürst-Pückler-Land, der führenden Institution in diesem Prozess der Weiter- und Neuentwicklung in der Niederlausitz (u.a. Saupe 1996, Saupe und Ziener 1996, Saupe 1998, Jeserigk et al. 1998, Saupe 1999a, Saupe 1999b, Saupe 2002, Saupe 2004).

Der vorliegende Beitrag versucht auf der Basis einer historisch verankerten, kulturräumlich ausgerichteten Anthropogeographie aus diesem Ansatz erarbeitete grundlegende Wesenszüge des betrachteten Raumes mit aktuellen Fragestellungen der angewandten Raumforschung und -entwicklung zu verknüpfen. Es geht dabei vor allem auch darum, Elemente der territorial-, siedlungs-, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung des Raumes, die in der jüngeren Vergangenheit und auch der hochschulgeographischen Gegenwart etwas in Vergessenheit geraten sind (vgl. hierzu auch Tauché 1998, S. 10), zusammenzustellen und für eine angewandt-geographische Verwendung fruchtbar zu machen.

2. Zum Begriff der „Niederlausitz“

„Niederlausitz“ ist eine im alltäglichen wie im wissenschaftlichen und planerischen Sprachgebrauch fest etablierte Bezeichnung. Das Wort findet Verwendung in der (brandenburgischen) Politik, in der Wirtschaft, in Tourismus und Kulturleben, es taucht jedoch zum Beispiel auch markant auf als raumbeschreibender Begriff im täglichen Wetterbericht des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB). Andererseits gibt es für dieses Gebiet keine allgemein bekannte und akzeptierte Abgrenzung; diese erscheint eher vage als jener Raum, der weithin als Verflechtungsraum des Oberzentrums Cottbus, als das Braunkohle-revier, an dem das Land Brandenburg den größten Anteil hat, oder eventuell auch noch als der angestammte Siedlungsraum der Sorben wahrgenommen wird.

Abb. 1 Nieder- und Oberlausitz im 17. Jahrhundert



Quelle: Großer Historischer Weltatlas, Tl. 3. Neuzeit, Bayerischer Schulbuch-Verlag - München 1981; Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Dresden, Cottbus, Urania-Verlag - Leipzig, Jena 1988.

Entwurf: C. Ellger;
Kartographie: D. Engel

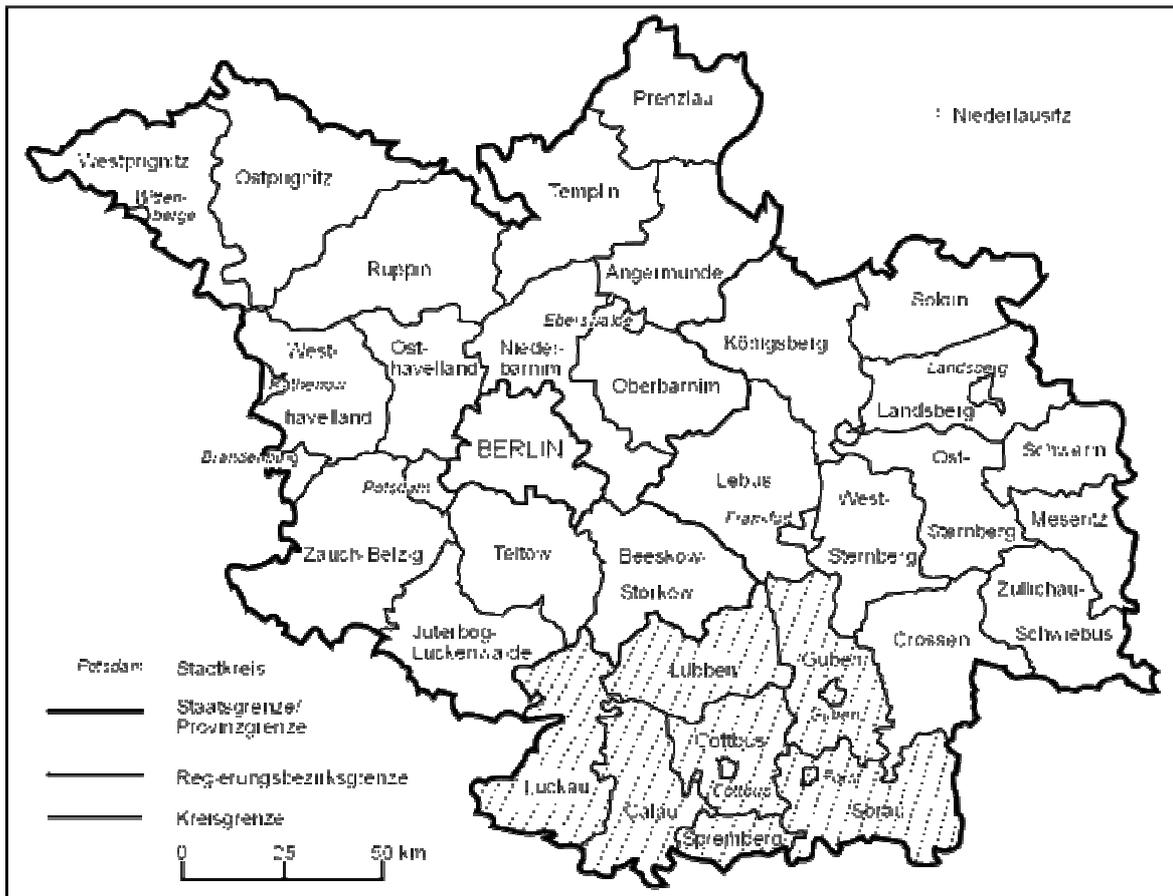
Allgemein haben die mehr oder weniger etablierten Bezeichnungen für „brandenburgische Landschaften“ (vgl. etwa die kartographische Darstellung dazu bei Baudisch 1995, S. 23) – wobei grundsätzlich die Gliederung Brandenburgs in „Landschaften“ und deren Wahrnehmung bzw. Verankerung in den kognitiven Karten der Menschen sicherlich noch zu diskutieren ist – zwei mögliche Wurzeln: Zum einen sind sie eher naturräumlicher Herkunft, wie bei Fläming, Zauche, Teltow oder Barnim, Spreewald oder auch im Fall der Bezeichnung „Havelland“ für einen bestimmten Abschnitt des Berliner Urstromtals. Zum anderen bezeichnen sie (ehemalige) Territorien: Prignitz, Uckermark, Ruppiner Land, Lebus. Der Begriff der „Niederlausitz“ fällt in letztere Kategorie: Auch wenn damit ein bestimmter Bereich des südlichen, altglazial geprägten nordostdeutschen Tieflandes angesprochen ist, ist die Herkunft der Bezeichnung doch in der Territorialgeschichte zu suchen. Auch heute handelt es sich bei der Niederlausitz – bzw. oft auch nur „Lausitz“ – nicht um einen aktuell existierenden Verwaltungsraum, auch wenn „Lausitz“ in „Landkreis Oberspreewald-Lausitz“ und in der Bezeichnung „Lausitz-Spreewald“ für die südöstliche der fünf Planungsregionen des Landes auftaucht.

Ursprünglich nur „Lausitz“ genannt und erst seit dem 14. Jahrhundert im Unterschied zu den weiter südlich gelegenen Gebieten, die ab dieser Zeit ebenfalls zur Lausitz gehörten, als „Niederlausitz“ bezeichnet wird eine Markgrafschaft, die sich im Zuge der Ostexpansion des Heiligen Römischen Reiches im Bereich zwischen Dahme und Bober, zwischen Spree und Schwarzer Elster herausbildet, mit Lübben, Luckau, Dobrilugk (heute Doberlug), Guben, Forst, Cottbus, Calau, Spremberg und Sorau (heute Żary) als den bedeutendsten städtischen Zentren. Bis 1370 gehört dieser Raum im Wesentlichen zur Mark Meißen bzw. zum Haus Wettin, danach über zwei Jahrhunderte zu Böhmen, bis er 1635 durch den Prager Sonderfrieden an das Kurfürstentum Sachsen fällt (vgl. Köbler 1995, S. 418f.). Die Stadt Cottbus und eine Reihe von Dörfern und Gutsbezirken um Cottbus ging dabei bereits Mitte des 15. Jahrhunderts an Brandenburg, der Raum um Storkow und Beeskow folgte in den 70er Jahren des 16. Jahrhunderts – Zeugnis dafür, dass der Raum zwischen Brandenburg und Sachsen bzw. Böhmen durchaus umstritten war. Auch Teupitz und Zossen sowie Sonnewalde, Finsterwalde und Senftenberg gehörten zunächst zur Lausitz und fielen dann jedoch nach und nach an Brandenburg bzw. – die letztgenannten – an Sachsen. Nach diesen Veränderungen wies das Territorium der Niederlausitz im 17. Jahrhundert eine reichlich windungsreiche Grenzlinie auf und schloss darüber hinaus mit der Herrschaft Cottbus eine brandenburgische Exklave ein (Abb. 1). Hauptorte waren Lübben, das ja das Schloss als bauliches Monument der Markgrafenherrschaft bewahrt hat, und (zuvor) Luckau. Für diese historische Phase bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts ist dabei festzuhalten: Seit der Herausbildung von überhaupt räumlich in irgendeiner Weise festzumachender Herrschaftsverhältnisse im Mittelalter wird dieser Raum – von kürzeren Ausnahmephasen abgesehen – von Süden aus regiert: von Meißen, Dresden (bzw. auch für eine gewisse Zeit Merseburg) oder Prag aus.

1815, im Zuge der territorialen Neuordnung Europas nach der napoleonischen Zeit, fällt die Niederlausitz an Preußen. Damit erlischt auch bereits zu diesem Zeitpunkt die administrative Bezeichnung „Niederlausitz“. Das Gebiet wird in die Provinz Brandenburg eingegliedert und kommt zum Regierungsbezirk Frankfurt. Es ist seitdem lediglich so, dass in Erinnerung an die historische Situation eine Anzahl von Landkreisen als „niederlausitzische“ bezeichnet wird, nämlich Luckau, Lübben, Guben, Calau, Cottbus, Spremberg und Sorau. Dieses Gebiet umfasst rund 800 km² (Abb. 2). 1945 werden die Gebiete östlich der Neiße polnisch. Die administrative Neugliederung der DDR im Jahr 1952 schafft einen (vergleichsweise großen) Bezirk Cottbus, der wesentliche Teile der alten (westlichen) Niederlausitz wieder vereint, darüber hinaus jedoch südlich und westlich auch Bereiche ehemals kursächsischer bzw. ursprünglich magdeburgischer Gebiete (mit den Städten Weißwasser, Hoyerswerda, Mühlberg, Dahme, Herzberg oder Jessen) umfasst. Die Neu-

gründung der Bundesländer 1990 lässt im Süden zwischen Brandenburg und Sachsen die Landesgrenze ungefähr so wiedererstehen, wie sie zwischen 1815 und 1952 bestand, weiter westlich greift jedoch auch das heutige Brandenburg weit auf ehemals sächsisches Gebiet aus, was sich zum Beispiel auch darin zeigt, dass weite Teile des Elbe-Elster-Kreises im Rahmen der territorialen Gliederung der evangelischen Kirche zur Kirchenprovinz Sachsen gehören.

Abb. 2 Die preußische Provinz Brandenburg im 19. Jahrhundert und die niederlausitzischen Kreise



Quelle: Baudisch 1995

Kartographie: Maria Bramke

In einem aktualgeographischen Verständnis, in einer „Übersetzung“ des beschriebenen historischen Territoriums auf die gegenwärtige politisch-administrative Regionalisierung, wird man heute unter „Niederlausitz“ vermutlich zumeist den Raum zwischen Lübben und Luckau einerseits und der brandenburgischen Landesgrenze im Osten, Süden und Südwesten fassen, also die Planungsregion Lausitz-Spreewald ohne den Korridor des nördlichen Landkreises Dahme-Spreewald, der im Norden an Berlin grenzt. Dabei bleiben dann allerdings einerseits Teile der historischen Niederlausitz „draußen“ (wie z.B. vor allem das Gebiet von Neuzelle), andererseits werden weite Bereiche im brandenburgischen Südwesten zur Niederlausitz dazugezählt werden, die territorialgeschichtlich nichts mit dieser Raumeinheit zu tun haben.

3. Kulturräumliche Wesenszüge der Niederlausitz: „Der Süden des Nordens“

In einer humangeographisch angelegten Synthese erscheint die Niederlausitz vor allem als ein Raum, in dem Elemente des südlichen Ostdeutschlands einen Abschnitt des nordostdeutschen Tieflandes (bzw. „Ostelbiens“) durchdringen.

3.1 Die Niederlausitz als Teil des „Nordens“ (bzw. Nordostens)

Politisch-administrativ ist die Niederlausitz heute – und das heißt in diesem Fall seit 1815, seit dem Übergang an Preußen – ein Teil des nördlichen Deutschlands, heute eben als Südtteil des Flächenlandes Brandenburg.

Auch in einer aktuellen Wahlgeographie erscheint der deutsche Nordosten mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg insofern einheitlich, als hier die Linksparteien insgesamt etwas stärker sind und in diesen drei Ländern (jedenfalls im Jahr 2005) SPD-Regierungschefs regieren (wenn auch in unterschiedlichen Koalitionen). Naturräumlich gehört die Niederlausitz ebenfalls zum „Norden“, zum großen norddeutschen Tiefland. Wie dieses insgesamt ist sie in ihrer Geologie bzw. Tektonik Teil des jüngeren Senkungsraumes, der von tertiären und quartären Sedimenten gefüllt ist und dessen Geomorphologie und Naturraumausstattung insbesondere von der Wirkung der Eiszeiten geprägt sind. Vor allem wechseln sich höher gelegene Grundmoränengebiete und Endmoränenketten ab mit tiefer liegenden Talsandebenen der Urstromtäler und sonstigen Niederungen.

In Abhängigkeit von dieser naturräumlichen Zuordnung zu Nord- bzw. Nordost-Deutschland teilt die Niederlausitz mit dem Nordosten Deutschlands auch die vergleichsweise ungünstigere agrarökologische Ausstattung: Die Bodenwerte auf den Talsand- bzw. auch den altglazialen Grundmoränenböden sind durchweg weit schlechter als in den in der Regel tonreicheren Mittelgebirgsräumen und sehr viel schlechter als in den Lössböden am Fuße der Mittelgebirgsschwelle. Daraus resultiert nicht zuletzt zum Teil auch der Waldreichtum Brandenburgs, an dem die Niederlausitz einen großen Anteil hat.

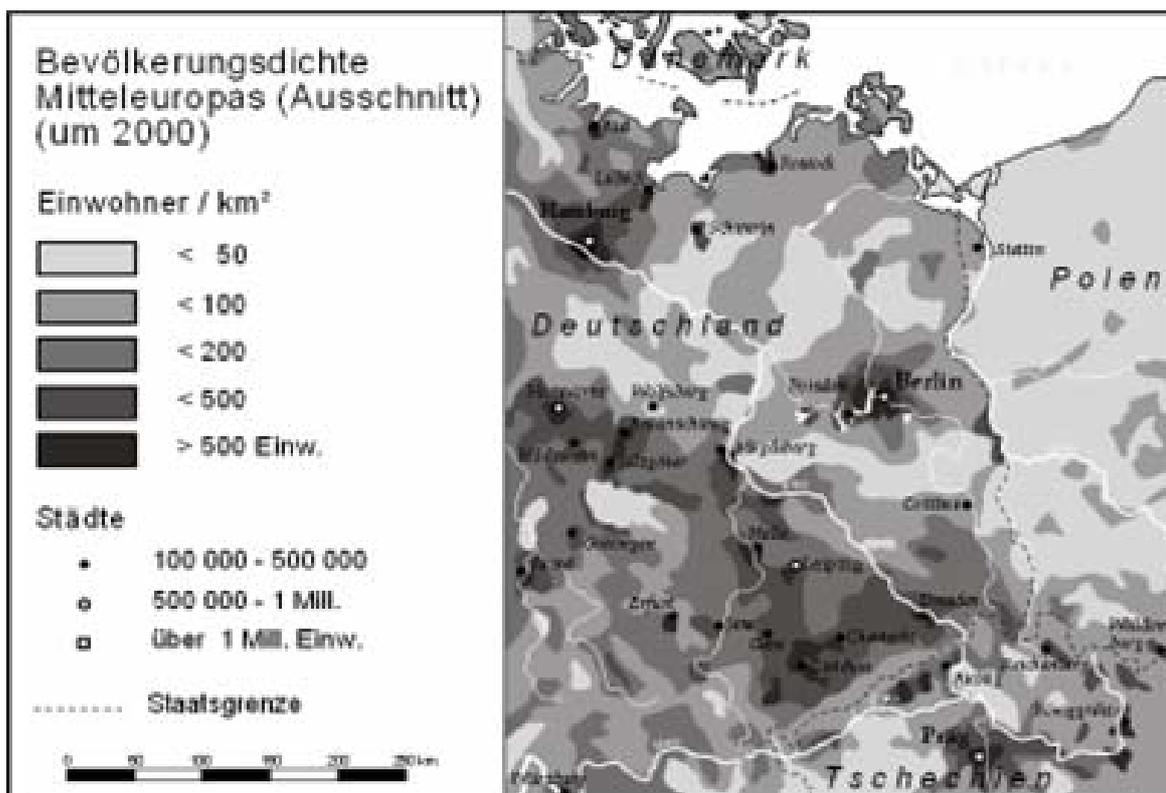
Ein weiteres Charakteristikum, das die Niederlausitz eher mit Nordostdeutschland als mit den südlich angrenzenden Räumen verbindet, ist sozialgeschichtlicher Natur und betrifft die relativ starke Verbreitung der Gutswirtschaft: Ähnlich wie weiter im Norden kam in der Niederlausitz die relative Schwäche des (weit entfernt sitzenden) Landesherrn dem niederen Adel zugute, der über weite Strecken der Geschichte der Markgrafschaft die Geschicke der Region mehr oder weniger in die eigenen Hände nahm und der dabei die ungünstige Rechtssituation der (vielfach sorbischen) Unterschicht ausnützen konnte, um den Gutsbildungsprozess voranzubringen. Deshalb kann (mit Ausnahme der hohenzollerischen Kernlande Brandenburgs) sozialgeschichtlich in vieler Hinsicht gelten: „Ostelbien begann an der [Nord-]Grenze der kursächsischen Erblände“ (Heydick et al. 1988, S. 22). Die Vielzahl der Gutsdörfer, jeweils mit Gutshaus, Nebengebäuden, Landarbeiterkasernen und der dazugehörigen Flur, die auf den historischen topographischen Karten, vor allem der ersten Landesaufnahme in preußischer Zeit, erkennbar sind, zeugt davon. Gutswirtschaftliche Strukturen haben in der DDR-Zeit häufig als volkseigene Güter (VEG) weiterexistiert und sind damit siedlungsgeographisch quasi „konserviert“ worden.

3.2 Die Niederlausitz als Teil des „Südens“

In manch anderer Hinsicht ist jedoch die Lausitz eher den südlich anschließenden Gebieten ähnlich als dem nordostdeutschen Raum. Die Gründe dafür sind zum einen in der langen böhmischen oder sächsischen Herrschaft zu suchen, zum anderen in der Braunkohlenutzung und der Herausbildung des Montanreviers.

Die Zuweisung zum „Süden“ eher als zum „Norden“ gilt zunächst einmal hinsichtlich des grundlegenden humangeographischen Kriteriums der Bevölkerungsdichte: Die Niederlausitz ist vergleichsweise dichter besiedelt als Nordostdeutschland: Auf kleinmaßstäblichen Karten der Bevölkerungsdichte für Deutschland oder Mitteleuropa, zum Beispiel im Raumordnungsbericht 2000, setzt sich Nordostdeutschland, als Zusammenfassung von Mecklenburg-Vorpommern, des nördlichen Teils Sachsen-Anhalts sowie der nord- und mittelbrandenburgischen Gebiete deutlich von den übrigen Gebieten ab, mit Ausnahme der hochverdichteten „Insel“ des Metropolenraums Berlin (vgl. Abb. 3). Die Bevölkerungsdichte liegt in Nordostdeutschland flächenhaft bei unter 50 Einwohnern/km², im Süden Ostdeutschlands dagegen deutlich über diesem Schwellenwert. Auch ist die Niederlausitz durch den äußerst dünn besiedelten Gebietsstreifen südlich von Berlin in markanter Weise vom Kernraum Berlin-Brandenburgs getrennt, während die Abgrenzung in Richtung auf den Verdichtungsraum Dresden weniger stark ausgeprägt ist.

Abb. 3 Die Niederlausitz als Teil des dichter besiedelten Bereichs Mitteleuropas



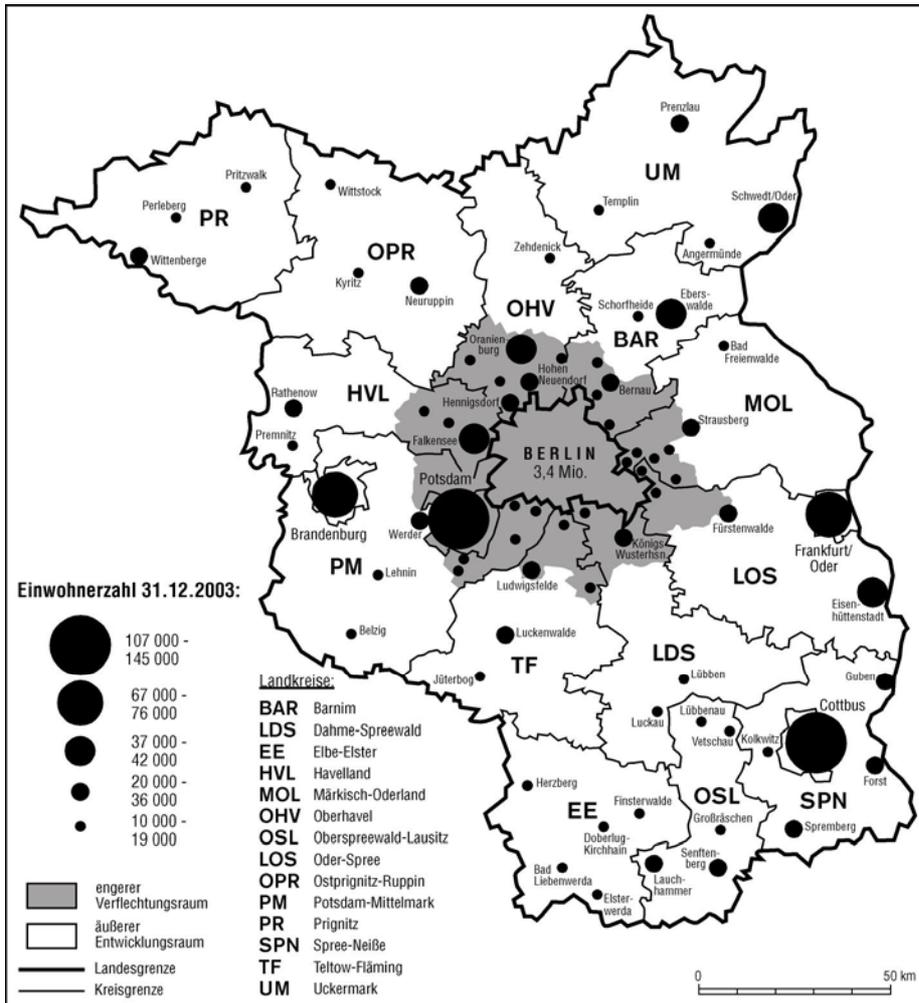
Quelle: Diercke Weltatlas, 5. Aufl. Braunschweig 2002

Kartographie: Katrin Soschinski

Diese höhere Dichte hängt zum einen mit der Entwicklung der Braunkohlewirtschaft und der Folgeindustrien in diesem Raum zusammen, andererseits jedoch auch – historisch weiter zurückreichend – mit der Städte- und Gewerbeentwicklung in der frühneuzeitlichen Epoche, d.h. in böhmischer und sächsischer Zeit. Insbesondere die Herstellung von Texti-

lien sowie der Handel in den zentralen Orten entlang der wichtigen Altstraßen, die Ost- und Westmitteleuropa verbanden, ließen in der Niederlausitz ein vergleichsweise engmaschiges Städtetz entstehen und florieren, das nicht in solch hohem Maße von der Sogwirkung einer beherrschenden (zunächst politischen, später auch verkehrlichen und wirtschaftlichen) Metropole wie Berlin erfasst und frühzeitig ausgesaugt wurde. Mit seiner bereits mittelalterlich etablierten Textilproduktion, vor allem in Cottbus, Forst, Guben und Spremberg, die in der Phase der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entsprechend mechanisiert und organisatorisch weiterentwickelt wurde, oder auch der frühen Eisenverhüttung in Peitz, kann die Niederlausitz durchaus als „altindustriell“ bezeichnet werden, was für den Rest des Landes Brandenburg (mit der Ausnahme weniger historischer Produktionsstandorte wie Brandenburg an der Havel oder Potsdam-Nowawes/Babelsberg) nicht gilt. In der Textilindustrie und in der außerdem im 19. Jahrhundert stark expandierenden Glasindustrie (auf der Grundlage tertiärer Glassande) kam die Braunkohle zuerst zum Einsatz, bevor sich Brikettierung der Kohle (für den Ballungsraum Berlin, aber auch für Exporträume weit darüber hinaus), Kohlechemie und Verstromung entwickelten. Noch heute weist das Siedlungssystem im Raum Berlin-Brandenburg im Südosten eine deutliche Verdichtung auf, während der Norden (Prignitz, Uckermark), aber auch der mittlere Süden (zwischen Belzig und Jüterbog im Westen und Frankfurt und Eisenhüttenstadt im Osten) sich als städte-, ja siedlungsarm zeigen, zumindest (selbst nach der jüngsten Gemeindegebietsreform des Landes!) was Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern betrifft (Abb. 4).

Abb. 4 Das Siedlungssystem im Raum Berlin-Brandenburg: Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.



Entwurf: C. Ellger,
Kartographie:
Detlef Engel

Kulturgeschichtliche, landschaftsprägende Zeugen aus vor-preußischer Zeit dokumentieren ebenfalls die stärkere Verbindung nach Süden. Zwei Beispiele des besonderen sächsischen Einflusses seien hier betont: So ist das historisch einzigartige Überleben des Klosters Neuzelle bis 1817 nur in der spezifischen historischen Konstellation der Niederlausitz denkbar: Beim Übergang an Sachsen 1635 wurde sichergestellt, dass das Kloster als katholische Kongregation im protestantischen Sachsen weiterbestehen konnte, und eine rege Bautätigkeit setzte ein, so dass Ostbrandenburg heute ein geradezu „süddeutsch“ anmutendes Barockkloster aufzuweisen hat. (Andererseits war die Niederlausitz zuvor der einzige Raum innerhalb des Habsburger-Reiches, in dem in der Reformation eine stärkere evangelische Durchdringung und die Gründung eines evangelischen Konsistoriums möglich gewesen waren). Eine ähnlich süddeutsch wirkendes Bild bietet die barocke Stadtkirche St. Nicolai von Lübbenau, erbaut von Dresdner Baumeistern im Auftrag des Lübbenauer Stadtherrn Moritz Karl von Lynar, sächsischer Gesandter in Berlin und St. Petersburg; ihr markanter Westturm mit seiner charakteristischen Haube beherrscht den Einladungs-Blick zum Spreewald aus Richtung Südwesten.

Auch sprachlich, hier bezogen auf das Deutsche, ist die Niederlausitz ein Teil des ost-deutschen Südens: Das Niederlausitzische ist ein ost-mitteldeutscher Dialekt, der viel mit dem Niederschlesischen gemeinsam hat (weshalb sich Flüchtlinge aus Schlesien in der Niederlausitz sprachlich auch vergleichsweise vertraut fühlten), und ist klar abzugrenzen vom Märkisch-Brandenburgischen, das zur niederdeutschen Dialekt-Familie gehört (Agricola et al. 1969).

Eine weitere – und weithin bekannte – Besonderheit der Niederlausitz liegt in der Existenz der sorbischen Minderheit (vgl. Kunze 1996). Auch dies verbindet die Niederlausitz (mit ihrer niedersorbischen Bevölkerung) mit der sächsischen Oberlausitz, deren sorbische Bevölkerung allerdings eine andere Variante des Sorbischen, das Obersorbische, spricht. Während ansonsten im deutschen Ostelbien die deutsche Siedlungsbewegung in einer völligen Assimilation der slawischen Bevölkerung (wenn nicht Vertreibung oder Vernichtung) mündete, überlebte in den Lausitzen sorbisches Volkstum und die sorbische Sprache rund ein Jahrtausend bis ins 20. Jahrhundert. Als Gründe hierfür werden eine zahlenmäßige Überlegenheit der Sorben gegenüber den Deutschen angeführt (so dass in einigen Gebieten auch die deutschen Zuwanderer in der sorbischen Bevölkerung aufgingen und nicht umgekehrt!) sowie die schwache Landesherrschaft der Lausitzen und die größere Toleranz gegenüber der ethnischen und sprachlichen Minderheit in Sachsen (so u.a. bei Schieman 1999). Nachdem das Niedersorbische im 20. Jahrhundert zuerst die nationalsozialistische Verfolgung und dann den Verlust vieler angestammter Dörfer durch den immensen Ausbau der Braunkohlewirtschaft in der DDR-Zeit überstanden hatte, ist die niedersorbische Sprache und Kultur – anders als im Obersorbischen – gegenwärtig allerdings massiv bedroht.

Als letztes Argument für die „Süden“-Hypothese sei die informations- und wissensbezogene Verflechtung des Raumes herangezogen. Ohne dass dies ausreichend durch empirische Ergebnisse belegt werden kann, scheint doch in vieler Hinsicht in der Niederlausitz traditionell eine stärkere kognitive Verbindung mit Menschen und Institutionen im südlichen Ostdeutschland als z.B. solchen im berlin-brandenburgischen Kernraum zu bestehen bzw. auf jeden Fall bestanden zu haben. Die Orientierung vieler heutiger Funktionen, z.B. der zahlreichen Landesbehörden und sonstigen Landeseinrichtungen wie der Brandenburgischen (!) Technischen Universität oder der Fachhochschule Lausitz mit Sitz in Cottbus und Senftenberg, ist sicherlich oft in erster Linie auf die Landeshauptstadt Potsdam ausgerichtet, aber traditionell gab es im Bergbauwesen der Niederlausitz starke Verbindungen zur TU Dresden und zur Bergakademie in Freiberg. Andersherum sind ja die meisten der Urlauber am Senftenberger See Gäste aus Sachsen, und auch die neuen

Braunkohle-Nachfolgeszen werden sich ihre Nutzer vor allem auf der sächsischen Seite suchen müssen, steht doch Erholungssuchenden aus Berlin eine ganz andere Auswahl an Seengebieten in erreichbarer Entfernung zur Verfügung. Und fragt man Jugendliche in der Niederlausitz nach ihren entfernteren, gelegentlich aufgesuchten Freizeitzielen, nach ihren „Oberzentren“ für urbanes Erleben, für den Besuch von Popkonzerten u.ä., erhält man häufiger Dresden als Antwort als Berlin.

4. Die Frage nach der „Niederlausitz-Identität“

Aus dem Dargestellten, insbesondere aus der langen historischen Existenz als eigenständiges, wenn auch kaum einheitlich administriertes Territorium, ergibt sich die Frage nach einer spezifischen „Identität“ der Niederlausitz, die insbesondere von der in diesem Raum lebenden angestammten Bevölkerung auch als eine solche wahrgenommen wird – eine Identität, die mit Identifikation der Bewohner mit ihrem Lebens- und Bezugsraum einhergeht und aus der möglicherweise auch regionales Engagement erwächst, das sich in Netzwerken, in reziproken Beziehungen, wie sie „kreative Milieus“ auszeichnen, niederschlägt und das der Raum auch gut gebrauchen könnte. Diese Frage hat der Verfasser auf einer Reihe von Geländepraktika in der Niederlausitz immer wieder – neben anderen Fragen zur Vorsorgungs- und Bildungssituation im ländlichen Raum, zur zentralörtlichen Orientierung der Konsumenten etc. – in empirisch-sozialwissenschaftliche Untersuchungen einbezogen. Dabei konnte sicherlich kein sozialwissenschaftlich erhärtetes Ergebnis erzielt werden, aber die vorläufige Antwort ist negativ: Probanden/-innen in der Niederlausitz identifizieren sich nicht als „Niederlausitzer“ oder „Niederlausitzerinnen“. Sie weisen sich selbst zunächst einmal ihrer Stadt- oder Landgemeinde zu; „Wir sind hier Luckauer“ oder „...Spremberger“ oder „...Forster“ sind die Antworten; eine „Niederlausitzer Gesamtidentität“ ist wenig erkennbar. Ein „regionales Zu(sammen)gehörigkeitsbewusstsein“ für die Bewohner/innen der Niederlausitz zu postulieren, erscheint doch etwas vorschnell und von außen ungefragt aufgedrückt (Woderich et al. 2001). Die Bewohner geben dagegen oft auch an, in der Tat im neuen Bundesland Brandenburg ihre Heimat, ihren Raum der Selbstdefinition gefunden zu haben. Insgesamt wird die Frage auch nicht gerade als vorranglich von den Menschen angesehen – hat man doch weit gravierendere Probleme als Bewohner dieses Raumes, insbesondere solche, die mit Arbeit und Arbeitslosigkeit zusammenhängen; insofern verstehen sich die Menschen häufig in erster Linie eben auch als Ostdeutsche, die noch immer mit den insbesondere wirtschaftlichen Folgen der deutsch-deutschen Vereinigung zu kämpfen haben.

Eigentlich beginnt die Identitäts-Arbeit gegenwärtig erst. Historische Wurzeln und Ansatzpunkte für ein kollektives Gedächtnis werden erst allmählich (wieder) entdeckt und kommuniziert, nachdem in der DDR-Zeit andere Leitbilder, die insbesondere mit der staatsweit wichtigen Aufgabe des „Energiebezirks Cottbus“ (gefeiert z.B. in Schubert et al. 1989) zusammenhängen, gefördert wurden. Ein Stück derartiger Identitäts-Arbeit in jüngster Zeit ist der Bau der Nachbildung der Slawenburg Raddusch, archäologisch sicherlich umstritten, jedoch zugleich Sitz eines hervorragenden frühgeschichtlichen Museums, das als Schatzkammer früherer historischer Zeugnisse sicherlich gut regionale Identität bilden, fördern und transportieren kann. Auch die IBA Fürst-Pückler-Land versteht sich sicherlich unter anderem als Identitäts-Bildner für die Niederlausitz, auf der Suche nach einer regionalen Identität, die sich über die gestaltete Landschaft als Lebensraum definiert und dabei auch die ehemalige Braunkohle-Identität mit einschließt.

5. Schlussfolgerungen

Das verallgemeinernde Konstrukt „Norden versus Süden“ hat sicherlich seinen Reiz als Erklärungsmodell für die räumliche Eigenart des beschriebenen Raumes – aber auch seine Grenzen. Es vermag in plakativer Weise einige Grundzüge der regionalen Eigenart beschreiben. Es sollte jedoch andererseits auch nicht überstrapaziert werden und für den Kulturraum Niederlausitz als ein Gedanke neben anderen stehen.

Ein anderer zentraler Aspekt für die Niederlausitz ist dabei die über die Jahrhunderte hin geltende Situation als Peripherie. Zu welchem Territorium die Niederlausitz auch gehörte – sie lag am Rande: am Rande des wettinischen Bereichs, am Rande des böhmischen Königreiches, am Rande des Kurfürstentums Sachsen und heute am Rande des Landes Brandenburg. Aus alten Macht- und Handelszentren heraus entwickelt, entstanden die großstädtischen Verdichtungsräume Ostdeutschlands – Berlin einerseits, Dresden (oder Leipzig) andererseits – in relativ weiter Entfernung, so dass sie als Pendler/innen-Zielräume und selbst als Absatzmärkte für die Niederlausitz nur eine nachrangige Funktion einnehmen können.

Auch aus dieser Überlegung resultiert, dass der Raum seinen eigenen Weg gehen muss – was die Bedeutung einer Entwicklungsagentur, wie sie in besonderer und besonders gelungener Form die IBA Fürst-Pückler-Land darstellt, noch erhöht. Mit dem Aufbau zum Energiebezirk seit den 1950er Jahren wurden viele Neubürger und Neubürgerinnen aus anderen Teilen der DDR in diesen Raum geholt und im Rahmen eines spezifischen Regionalentwicklungsmodells, dem der Montanregion Niederlausitz, eingesetzt. Heute hat sich dieses Modell überlebt, und die Region hat schwer an den Folgewirkungen zu tragen. Für die Nachkommen der Zuwanderer gilt es, ein neues Bild der Niederlausitz zu erdenken, mit neuen Aufgaben, die Beschäftigung und Einkommen für die Bewohner zu schaffen in der Lage sind – ein Bild, das dabei auch die geschichtliche Herkunft und kultur-räumliche Prägung des Raumes aufnimmt und weiterträgt.

Literatur

- Agricola, E., W. Fleischer und H. Protze (Hrsg.) (1969): Die deutsche Sprache. Kleine Enzyklopädie in zwei Bänden. – Leipzig.
- Baudisch, R. (1995): Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs. – In: Materna, I. und W. Ribbe (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte. – Berlin: S. 15-44.
- BergbauFolgeLandschaft. Jahrbuch (1998): Hrsg. v. Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V. und Stiftung Bauhaus Dessau. –Dessau.
- Heydick, L., G. Hoppe und J. John (Hrsg.) (1988): Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Dresden, Cottbus.
- Jeserigk, H., G. Saupe und K. Ziener (1998): Badeseen in der Niederlausitz – Erwartungen und Realisierungsmöglichkeiten. – In: BergbauFolgeLandschaft. Jahrbuch 1998. Hrsg. v. Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V. und Stiftung Bauhaus Dessau. – Dessau, S. 130-135.
- Köbler, G. (1995): Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien und reichsunmittelbaren Geschlechter vom Mittelalter bis zur Gegenwart. 5. Auflage. – München.
- Kunze, P. (1996): Die Sorben/Wenden in der Niederlausitz. – Bautzen.

- Saupe, G. und K. Ziener (1996): Tourismus und Naturschutz im Spreewald im Spiegel lokaler und regionaler Verantwortlicher und Entscheidungsträger. Ergebnisse einer Befragung. Unveröffentlichtes Arbeitspapier. – Potsdam.
- Saupe, G. (1999a): Entwicklung und Gestaltung von Erholungsgebieten in Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz. – In: Potsdamer Geographische Forschungen, Bd. 17. – Potsdam.
- Saupe, G. (1999b): Tourismus – Chance im ländlichen Brandenburg? – In: Eckart, K. und K. Birkholz (Hrsg.): Berlin – Brandenburg, Raum- und Kommunalentwicklung im Spannungsfeld von Metropole, Umland und ländlichem Raum. – Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 67. – Berlin, S. 77-92.
- Saupe, G. (1998): Erholung in der Bergbaufolgelandschaft? Vorstellungen, Erwartungen und Handeln, Ergebnisse von Befragungen in der Niederlausitz. – In: Potsdamer Geographische Forschungen 16, Potsdam.
- Saupe, G. (1996): Problembewusstsein für eine nachhaltige Tourismusentwicklung im Spreewald. In: Berichte und Materialien Nr. 14 (Ansätze für eine nachhaltige Regionalentwicklung mit Tourismus), Berlin.
- Saupe, G. (2002): Die Die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land. Ein Vorhaben zwischen Regionalmanagement und Regionalem Entwicklungskonzept. – In: Keim, K.-D. und M. Kühn (Hrsg.): Regionale Entwicklungskonzepte: Strategien und Steuerungswirkungen. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial 287. – Hannover 2002: S. 61-72.
- Saupe, G. (2004): Niederlausitz – Zukunft mit und ohne Kohle. – In: Wieckert, R. und C. Ellger (Hrsg.): Berlin + Brandenburg zwischen Kiez, Metropole und ländlicher Peripherie. Exkursionsführer. – Berlin: S. 289-294.
- Schiemann, M. (Red.) (1999): Die Sorben in Deutschland, Serbja, Serby. 3. überarb. Aufl. – Dresden. – auch unter: <http://www.sorben-wenden.de> (17.06.2005).
- Schubert, H., P. Saße, A. Max (1989): 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik. Bezirk Cottbus: Spiegelbild erfolgreicher sozialistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hrsg. vom Rat des Bezirks Cottbus. – Gotha.
- Tauché, B. (1998): Zur Herausbildung der Niederlausitzer Kulturlandschaft. – In: BergbaufolgeLandschaft. Jahrbuch 1998. Hrsg. v. Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V. und Stiftung Bauhaus Dessau. – Dessau, S. 10-16.
- Woderich, R. und M. Thomas unter Mitwirkung von T. Koch (2001): Akteure in Konstruktionsprozessen regionaler Identität. Dargestellt und untersucht an Diskursen um Projekte und Leitbilder in der brandenburgischen Lausitz. Forschungsbericht. – Berlin.

„Best Ager“ – Eine Chance für die Peripherie? Raumwirksame Konsequenzen der Migration Älterer

Von Elke Goltz (Berlin) und Jirka Stachen (Potsdam)

Best Ager - Geographen entdecken eine neue Zielgruppe

Ältere Menschen rücken zunehmend in den Fokus der Gesellschaft. Ausgelöst wird ein solcher Perspektivwechsel zum einen durch die gestiegene Lebenserwartung, zum anderen durch viel zu niedrige Geburtenraten. Die Bevölkerungsstatistik verzeichnet eine sowohl absolut als auch relativ wachsende Zahl älterer Menschen und insofern verwundert es nicht, wenn zunächst die Werbewirtschaft in dieser Klientel eine neue Zielgruppe entdeckte. Wer kennt sie nicht, die Werbung für Treppenlifte oder Zahnprothesenhaftcreme? Sollten die umworbenen Produkte zunächst vordergründig die Lebensqualität im Alter sichern, so propagieren jüngste Werbekampagnen eher das neue Lebensgefühl, das sich durch den Konsum bestimmter Produkte einstellt. Dabei richten sich die Marketingstrategien insbesondere auf eine neue „Spezies“ alter Menschen – die so genannten „Best Ager“ (Abb. 1).

Abb. 1 Alte Menschen in der Werbung – Zielgruppe 50+

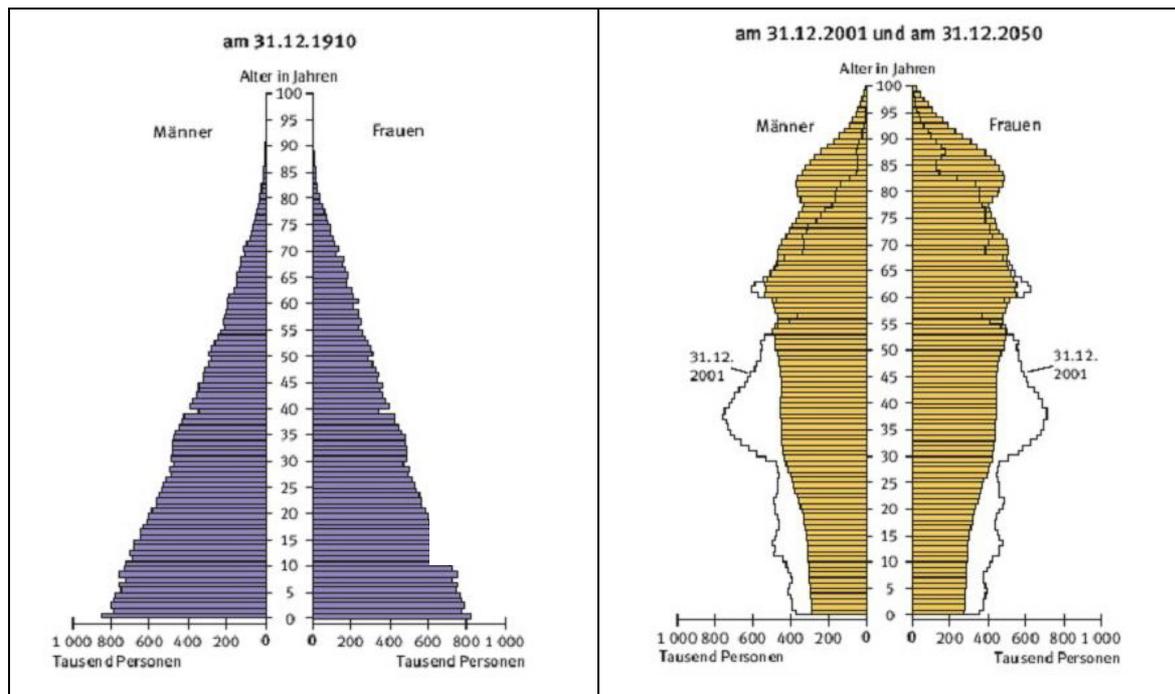


Quelle: <http://www.psychonomics.de/trade/productview/87/2/>; <http://www.50plushotels.at/partner/50plus/>;
<http://www.doppelherz.de/>; <http://www.web.de/bilder>

Obwohl der Begriff nicht einheitlich definiert ist, vereint die verschiedenen Ansätze doch der Sachverhalt, dass damit „neue Alte“ gemeint sind. In erster Linie gehört dazu natürlich ein gewisses Alter, wobei in der Regel das Erreichen des 50. Lebensjahres den unteren Schwellenwert darstellt. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe allein ist aber nicht ausreichend. Vielmehr ist es eine Reihe von Charakteristika, die einen Best Ager ausmachen. So zeichnen sie sich im Gegensatz zur Generation ihrer Eltern oder Großeltern insbesondere durch bessere Gesundheit, höhere soziale und räumliche Mobilität oder aktiveres Freizeitverhalten aus. Sie wollen ihren Lebensabend genießen und artikulieren dadurch Ansprüche an die Familie und/oder das soziale Umfeld.

Warum werden die "Best Ager"¹ nun aber auch für Geographen interessant? Aus der Sicht der Bevölkerungsgeographie und mit Blick auf Abb. 2 dürfte dies schnell deutlich werden. Steht doch unsere Gesellschaft zunehmend vor der Aufgabe, den größer werdenden Anteil älterer Menschen nicht nur zu versorgen, sondern ihnen auch entsprechende Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Dies erfordert auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene Veränderungen in der Raumausstattung, etwa bei den Wohnformen, der sozialen und medizinischen Infrastruktur oder den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Abb. 2 Alterstruktur in Deutschland – 1910 und 2050

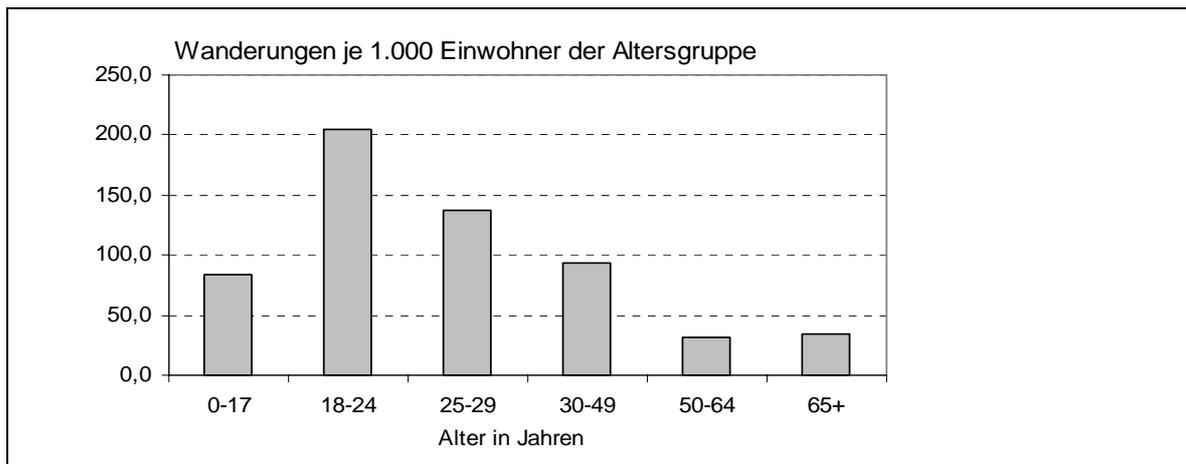


Quelle: Statistisches Bundesamt 2003

Aus der Diskussion um die Notwendigkeit neuer, zunehmend altengerechter Raumausstattungen leitet sich des Weiteren die Frage ab, welche Räume denn insbesondere solcher Veränderungen bedürfen bzw. wo Menschen nach ihrem Erwerbsleben Lebensräume für das Alter sehen? Daher liegt es nahe, sich auch mit dem Migrationsverhalten älterer Menschen zu beschäftigen. Lassen doch Wanderungsströme von Menschen und die Evaluation von Wanderungsmotiven Rückschlüsse auf künftige Raumentwicklungsprozesse zu und ermöglichen Einschätzungen zu den raumwirksamen Potenzialen, die Migranten ggf. an ihren neuen Wohnstandorten freisetzen können. Nun wird aus Abb. 3. zunächst ersichtlich, dass ältere Menschen nicht zu den räumlich mobilsten Altersgruppen gehören. Insofern hätte der Fokus auf andere Altersgruppen – beispielsweise die Ausbildungsplatzwanderer (18-24 Jahre) – durchaus seine Berechtigung. Dennoch werden in diesem Betrag die Wanderungen älterer Menschen im Vordergrund stehen. Dies erfolgt aus zwei Gründen: einerseits wurde Wanderungen älterer Menschen bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt, andererseits erschließen sich aus den präferierten Zielorten (Abb. 4) Potenziale für Lokal- und Regionalpolitiken in ländlichen Räumen, die oft als strukturschwach und „hoffnungslos“ bezeichnet bzw. „abgestempelt“ werden.

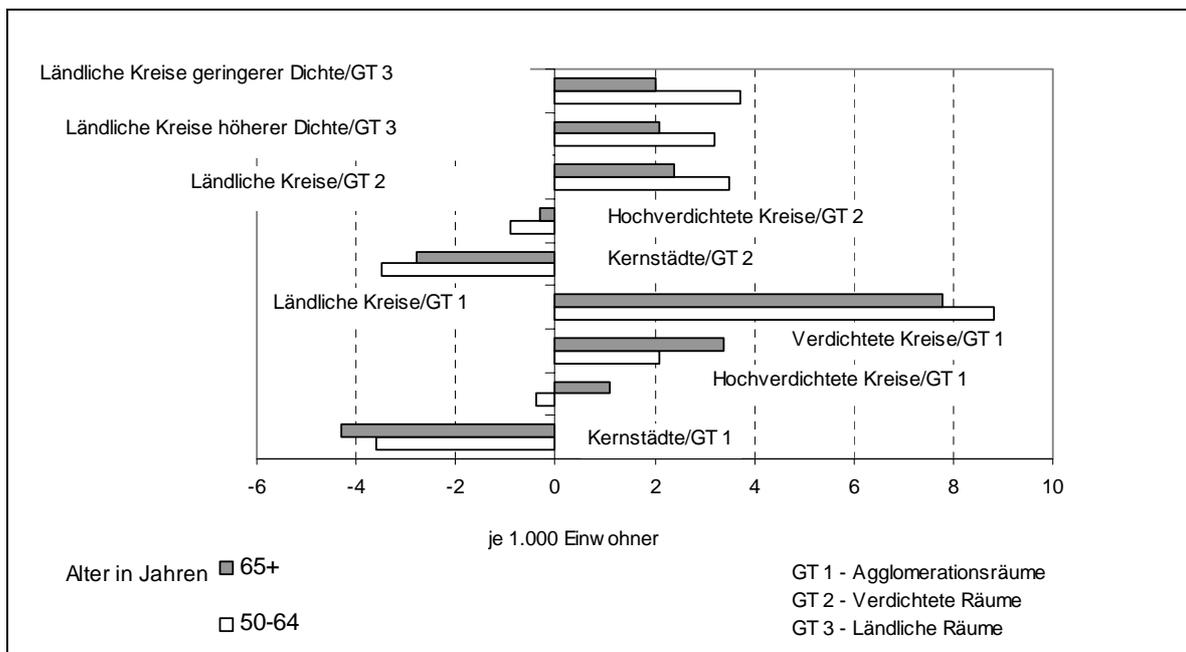
¹ In der Literatur finden sich neben dem Begriff der Best Ager noch andere Bezeichnungen für die "neuen Alten": u.a. "WOPIES" (Well-off older people) oder „OPALS“ (older people with affluent life styles); Quelle: Falkingham und Viktor (1991 zitiert in Schmäl 1998: 7)

Abb. 3 Altersspezifische räumliche Mobilität – Beispiel Land Brandenburg (2000)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung Brandenburg (2002); eigene Berechnungen

Abb. 4 Binnenwanderungsalten älterer Menschen nach Kreistypen – BRD (2000)



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2004)

Die nachfolgenden Ergebnisse entstammen zum einen einer Fallstudie, die unter Federführung von Frau Prof. G. Saupe im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Brandenburg-Berlin erstellt wurde (Born/Goltz/Saupe 2002), zum anderen der Masterarbeit von J. Stachen (2004), in der die Untersuchungen zur Migration älterer Menschen fortgesetzt wurden. Neben einer ausführlichen Betrachtung von – vorwiegend aus dem angloamerikanischen Raum kommenden – Modellen und Erklärungsansätzen zum Wanderungsverhalten älterer Menschen konnten dabei Typen von älteren Migranten identifiziert werden, die im weitesten Sinne dem Bild von Best Agern entsprechen. Im Rahmen dieses Artikels stellen die Autoren wichtige Erklärungsansätze kurz vor, zeigen auf, inwieweit sie sich in den empirischen Befunden aus Brandenburg widerspiegeln und diskutieren die Potenziale von Best Agern für ländlich periphere Räume.

Bisherige Ansätze der Altersmigration

Ruhesitzwanderungen sind ein vergleichsweise junges Phänomen. Wohnortverlagerungen älterer Menschen sind in größerem Umfang erst seit den 1960er Jahren zu beobachten. Erwähnt werden sollen dabei die Wanderungen aus den nördlichen in die klimatisch angenehmeren südlichen Bundesstaaten der USA – vorzugsweise nach Kalifornien und Florida (Longino 1994). In diesem Zusammenhang entstanden dann auch eigens auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtete Städte und Wohnsiedlungen wie etwa Sun City im Bundesstaat Arizona (Gober 1985). In der Bundesrepublik wurden zunächst vorzugsweise Kur- und Badeorte entlang der inländischen Küsten und in den Mittelgebirgsregionen gewählt (Koch 1976, Nestmann 1987). Seit den 1970er und 1980er Jahren lässt sich unter den westeuropäischen Seniorinnen und Senioren eine zunehmende Orientierung nach Ruhesitzen im Ausland feststellen. Dabei richten sich die Blicke der deutschen Ruheständler vor allem auf den mediterranen Raum, insbesondere auf Mallorca (Kaiser u. Friedrich 2002). Inzwischen leben schätzungsweise 25.000 bis 40.000 Deutsche mit einem Alter von über 50 Jahren mindestens drei Monate im Jahr auf der Insel (ebd.).

Der Altersmigration wurde in der Vergangenheit von der Migrationsforschung wenig Bedeutung beigemessen. Generell kann Altersmigration als counterstream migration im Gegensatz zur mainstream migration der klassischen Migrationsansätze gesehen werden. Migration älterer Menschen kann grundsätzlich mit entscheidungstheoretischen Ansätzen besser erklärt werden, als mit klassischen Migrationsansätzen, die unterschiedliche Lohnraten als Ursache für Wanderungen sehen. Bei älteren Menschen werden neben push- und pull-, auch persönliche Faktoren und die Perzeption derzeitiger und zukünftiger Lebensbedingungen als bedeutend für eine Migrationsentscheidung angesehen. Die Maximierung des Nettonutzens der Wohnortqualität (place utility) hat oberste Priorität und umfasst neben den harten Faktoren (Infrastruktur) auch weiche Faktoren wie physische Landschaftscharakteristika, die soziale Umgebung und die Qualität der Wohnung. Neben entscheidungstheoretischen Ansätzen sind auch netzwerktheoretische Ansätze zur Erklärung der Migration Älterer geeignet (vgl. Haug 2000).

Migrationsmotive von Älteren wurden in der Vergangenheit vor allem durch anglo-amerikanische Autoren typisiert (Long/Hansen 1979, Litwak/Longino 1987, Speare/Meyer 1988 u.a.; zu den wenigen deutschen Autoren gehört Friedrich 1995 und 1997). Diese Typisierungen sind eng mit dem Lebenszyklus der Älteren verbunden. Den berufs- und arbeitsorientierten Motiven jüngerer Menschen, stehen nicht-ökonomische Motive älterer Binnenmigranten gegenüber. Allgemein wird Altersmigration in verschiedene Motivgruppen eingeteilt. Alle Autoren unterscheiden zwischen klima- und umgebungsorientierten Motiven, vielfältigen Gründen und familienbezogenen Motiven. Zu den Ersteren gehören die klassischen oder auch als amenity-movers bezeichneten Ruhestandswanderer. Sie stehen am Anfang ihres Ruhestandslebens und sind auf der Suche nach einer angenehmen Ruhestandsumgebung. Dazu legen diese Menschen relativ große Entfernungen zurück in klimatisch und landschaftlich günstig gelegene Gebiete, wie die als Sunbelt bezeichneten südlichen US-Staaten oder Südeuropa². Den Autoren zufolge haben diese Menschen erst kürzlich das Rentenalter erreicht, sind gesund, leben in einer funktionierenden Ehe und gehören der gehobenen Mittelschicht an.

² In den USA gehören dazu die Staaten Kalifornien, Florida, Arizona und Texas (vgl. Litwak/Longino 1987, Friedrich 1995: 13) und in Europa die Küstengebiete des nördlichen Mittelmeeres wie die Küste und die Inseln Spaniens, die Algave, die Cote d'Azur, die Provence und die Toskana (vgl. Kaiser 2002: 229, King/Warnes/Williams 1998: 104)

Die zweite große Gruppe der älteren Umgezogenen, gab eine Vielzahl von Gründen an. Speare/Meyer (1988) beschreiben diese als preparation-for-aging-movers, die durch einen Umzug Nachteile für ein bevorstehendes Alter ausgleichen wollen. Dazu zählt meist auch der Umzug in eine altersgerechte Wohnung oder in die Nähe von Altenhilfeeinrichtungen.

Die dritte große Gruppe ist diejenige Gruppe, die aus familiär bedingten Gründen umgezogen ist. Friedrich (1995: 92f.) bezeichnet diese Menschen als Netzwerkwanderer, die durch endogene Gründe, wie altersbedingte Behinderungen, dazu gezwungen werden, in die Nähe der sie unterstützenden Familie zu ziehen. Die anglo-amerikanischen Autoren sprechen in diesem Fall von kinship-movern oder search-for-assistance (Speare/Meyer, 1988). Diese Migranten gehören zu den ältesten Umgezogenen. Sie sind meist über 75 Jahre alt und oft gesundheitlich eingeschränkt.

Besonders zu erwähnen, ist hier das Modell von Litwak/Longino (1987), in dem sie vergleichbar dem demographischen Übergangsmodell und Zelinskys Mobilitätstransition (1971) von verschiedenen Phasen der Altersmigration ausgehen. Sie typisieren die Altersmigranten nach ihrem Stand im Lebenszyklus. Dabei sind die jüngsten Migranten die amenity-movers, die auf der Suche nach einem attraktiven Ruhestandort sind. Mit zunehmendem Alter benötigen sie jedoch Unterstützung durch ihre Familien und sie werden zu Netzwerkwanderern, bis sie schließlich am Ende ihres Lebens in eine institutionelle Pflegeeinrichtung ziehen müssen. Die Umzugsrichtung ändert sich dabei von urban-peripher in der ersten Phase, zu peripher-urban in den letzten beiden Phasen.

Zwischen der anglo-amerikanischen und der deutschen, hauptsächlich von Friedrich geprägten Altersmigrationsforschung besteht ein Dissens bezüglich der Intensität und Bedeutung der einzelnen Motivationstypen. Die Wanderungen älterer Menschen in Deutschland sind nicht analog zu denen in den USA zu betrachten. Es bestehen Ähnlichkeiten in der räumlichen Orientierung, beispielsweise der Zentrum-Peripherie- und der Umland-Wanderung. Die meisten Wanderungen älterer Menschen sind sowohl in Deutschland als auch in den USA „entgegen der metropolitanen Hierarchie“gerichtet (Friedrich, 1997: 10). Es bestehen jedoch große Unterschiede in der allgemeinen Mobilität und dem Anteil der Fernwanderer. So herrscht bei den US-amerikanischen Senioren eine hohe Standort-Flexibilität, bei den deutschen Senioren jedoch eine hohe Standort-Kontinuität vor. Beispielsweise war die Binnenwanderungsbeteiligung älterer Menschen 1992 in Deutschland mit 6,3% etwa dreimal geringer als in den USA. Die starke amenity-Orientierung in der Umzugsmotivation bei den US-amerikanischen Senioren ist in Deutschland, Friedrich zufolge, jedoch nicht erkennbar. Hingegen dominieren bei den deutschen Wanderern die netzwerkorientierten Motive. Schließlich ist die Entfernung, die durch die US-amerikanischen Migranten zurückgelegt wird, und mehrere tausend Kilometer umfasst, nicht mit denen der deutschen Wanderer zu vergleichen. Hier findet der Großteil der Umzüge auf großmaßstäblicher Ebene statt. Die deutschen Senioren zogen hauptsächlich innerhalb ihres Bundeslandes um, und ein Viertel blieb sogar innerhalb des Kreises (Friedrich 1995: 103).

Wanderungstypen der lebensälteren Migranten in Brandenburg und deren Struktur

Im Folgenden soll untersucht werden, welche tatsächlichen Wanderungsmotive bei den Zugezogenen der Brandenburger Peripherie festzustellen sind, durch welche inneren Charakteristika sie sich auszeichnen und ob Unterschiede zu den bekannten Ansätzen der Altenmigration existieren.

In der Studie von Born/Goltz/Saupe (2002: 21) wurden nach Auswertung der offenen Fragen bezüglich der Umzugsmotivation, zwölf Motivgruppen herausgefiltert: Familie, Eigentum, Ruhe, Versorgung, Kosten, Arbeit, Gesundheit, Natur, Heimat, Stadtnähe, Altersruhesitz und sonstige Gründe. Bei der Auswertung der bis zu vier möglichen Antworten wurde festgestellt, dass bei den Gesamtnennungen (alle aufsummierten Motivnennungen = 907) am häufigsten die Motive Familie (25%), Ruhe (18,6%) und Eigentum (16,3%) genannt wurden. Die Präferenz in Richtung dieser drei Motive wird noch deutlicher, wenn die Anzahl der einzelnen Fälle (543 Befragte) untersucht wird, in denen diese Motive mindestens einmal genannt wurden. Hier wurden in über 40% der Fälle das Motiv Familie genannt, danach folgten die Motive Ruhe (31%) und Eigentum (27%). Dass Letztere zusammen fast 60% der Antworten ergaben, überraschte jedoch. Diese Erkenntnis steht der von Friedrich gemachten Aussage, dass die Mehrheit der Migranten im höheren Alter familienorientierte Netzwerkwanderer sind, entgegen. Die Kernmotive Familie, Ruhe und Eigentum waren Basis einer von Stachen (2004) durchgeführten Typisierung, die auf der These von Friedrich beruhte, dass „einzelne Motivationen in einem komplexen Entscheidungsprozess“ (Born/Goltz/Saupe, 2002: 22) stehen, der weniger von Einzelmotiven, sondern mehr von Motivkombinationen bestimmt wird. In diesen Typen konnten spezifische Strukturen und Muster festgestellt werden, die Auskunft über die Herkunft der Migranten, ihren Ziele und die sozio-ökonomischen Charakteristika geben konnten:

Der **familiäre Typ** ist der am klarsten abgrenzbare Typ mit der größten inneren Homogenität in der sozio-ökonomischen Struktur. In ihm sind Menschen inbegriffen, die zum größten Teil aus Flächenländern, insbesondere die angrenzenden ostdeutschen Bundesländer nach Brandenburg gezogen sind. Der Anteil derjenigen Menschen, die in ländlichen Gebieten groß geworden sind, ist höher als bei den anderen Typen. Somit ist es auch nicht verwunderlich, dass die Menschen unterproportional aus Großstädten über 50.000 Einwohnern kommen. Die dispers verteilten Zielgebiete (vgl. Abb. 5) weisen darauf hin, dass dieser Typ eher in dichter besiedelte Gebiete zieht. Menschen, die aus familiären Gründen umgezogen sind, befinden sich bereits im fortgeschrittenen Alter (Medianalter 72 Jahre). Die verfügbaren Einkommen sind, aufgrund einer durchschnittlich geringeren beruflichen Qualifikation, eher unterdurchschnittlich (> € 750) und der Anteil der sehr gering verdienenden Menschen ist, verglichen mit den anderen Typen hoch (33%; pekuniärer Typ 17%, Landschaftstyp 21%). Viele Mitglieder dieses Typs können zu den Rückwanderern in die alte Heimat oder zu ihrer Familie gezählt werden. Landschaftliche Aspekte spielen fast keine Rolle, was sicherlich damit verbunden ist, dass die Entscheidungsfreiheit der Menschen durch ihr fortgeschrittenes Alter eingeschränkt ist.

Landschaftstyp und **pekuniärer Typ** basieren auf den Kernmotiven Ruhe und Eigentum. Beide Typen sind nicht so leicht voneinander abgrenzbar, wie der Familientyp. Bei ihnen existieren Gemeinsamkeiten in fast allen sozio-ökonomischen Strukturmerkmalen. Im Gegensatz zu den Wandernden mit familiärem Motivhintergrund sind die Menschen des pekuniären und Landschaftstyps relativ jung. Die Umzugsentscheidung wurde zum großen Teil bereits am Ende des Berufslebens getroffen (pekuniärer Typ, Median 61 Jahre) oder spätestens in den ersten Jahren des Rentnerlebens (Landschaftstyp, Median 61,5 Jahre). Arbeit kommt als Umzugsmotiv nur noch im pekuniären Typ vor, im Landschaftstyp hingegen nicht mehr. Beide Typen können als finanziell besser situiert gesehen werden. Der Anteil der hohen und sehr hohen verfügbaren Einkommen (> € 1.500) ist sehr viel höher als im familiären Typ (49% bzw. 48% zu 26%). Ein Grund dafür ist auch die im Vergleich zum familiären Typ hohe bis sehr hohe berufliche

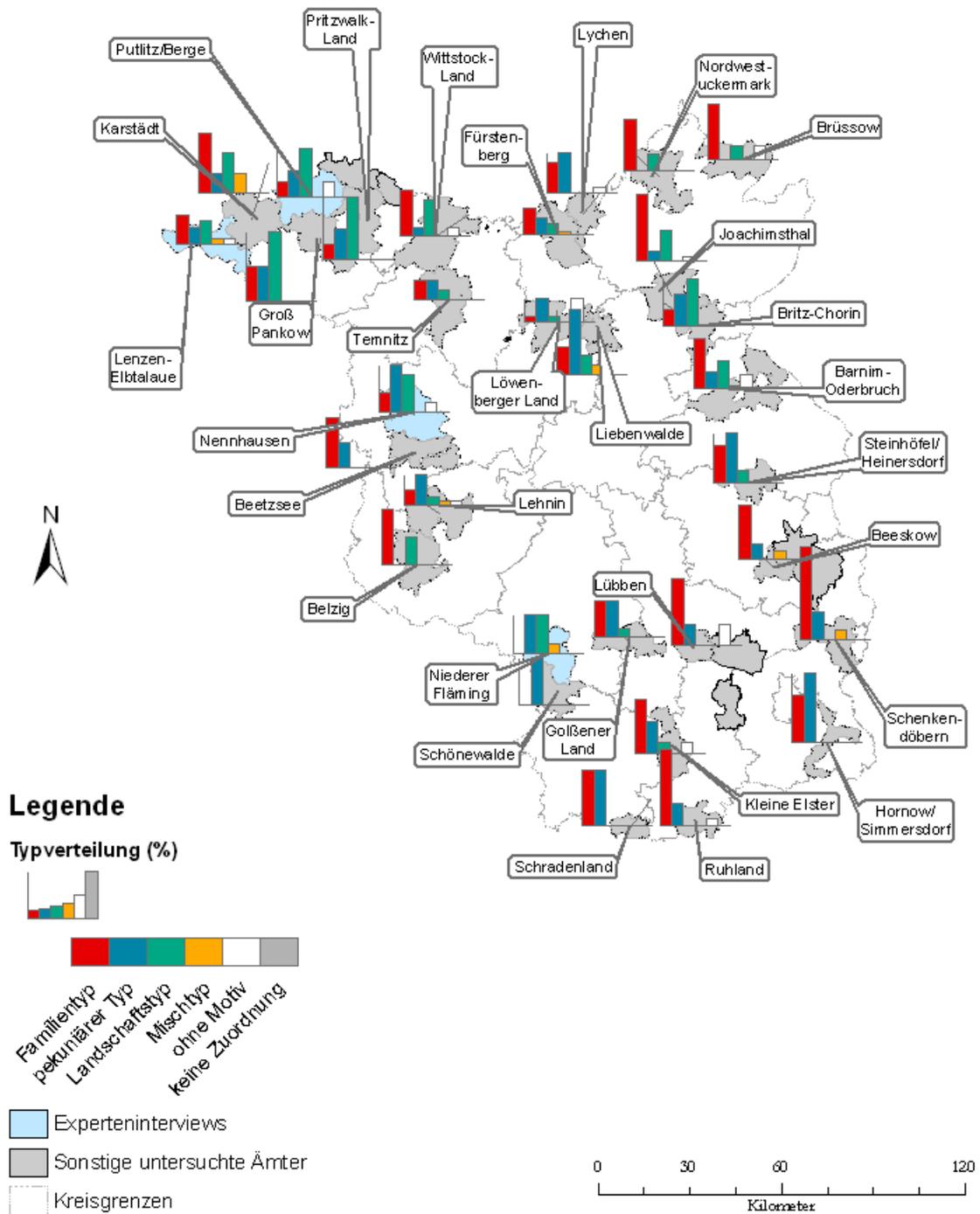
Qualifikation. Widergespiegelt wird der Einkommensaspekt auch in der Art zu wohnen. So wohnt nur eine Minderheit zur Miete, während die meisten zusammen mit dem Partner verschiedene Eigentumsformen bewohnen. Trotz der Homogenität in den sozio-ökonomischen Merkmalen unterscheiden sich pekuniärer und Landschaftstyp in ihrer räumlichen Herkunft. Der Wunsch nach einem Wohnortwechsel in Richtung einer ruhigen naturnahen Umgebung ist beim Landschaftstyp auch deshalb am größten, weil die überwiegende Mehrheit aus Großstädten mit über 250.000 Einwohnern kommt. Dagegen ist der aus Großstädten kommende Anteil beim pekuniären Typ geringer, und bedeutende Quellorte dieses Typs sind eher Mittelstädte. Die räumliche Deckungsgleichheit zwischen pekuniärem und Landschaftstyp lässt darauf schließen, dass auch bei Erwerb von Eigentum, wie es im pekuniären Typ zum größten Teil der Fall ist, die Umzugsentscheidung nach landschaftlichen Kriterien erfolgte.

Auf Grund ihres geringen Umfanges seien hier die **Mischtypen** nur am Rande erwähnt. Zu ihnen zählen all jene Motivkombinationen, die nicht zu den anderen drei Typen gezählt werden können. Sie sind in ihren Eigenschaften sehr heterogen, zeigen aber gewisse Richtungen an, die die Aussagen zu den reinen Typen bestätigen können. Die einzelnen Motivanteile des Typs bestätigen die Aussagen zu den vorhergehenden Typen. Es lassen sich zwei Gruppen ausmachen: Einmal die Mischtypen mit familiärer Beteiligung und einmal jene ohne. Diejenigen mit familiärer Beteiligung zeigen Eigenschaften des Familientypus, wie geringere Anteile an hohen bis sehr hohen Einkommen und die hohe Streuung in den Altersklassen. Ein höheres Medianalter in den Mischtypen mit familiärer Beteiligung kann nur angenommen, aber empirisch nicht exakt nachgewiesen werden.

Bezug nehmend auf die Ansätze zur Erklärung von Wanderungen älterer Menschen wird deutlich, dass die in der Brandenburger Peripherie identifizierten Typen nur zum Teil damit korrespondieren. Dies trifft vornehmlich auf den familiären Typ zu, der als typischer Netzwerkwanderer gesehen werden kann, wie er auch von Friedrich (1995: 92f.) postuliert wurde. Die familiären Verbindungen zwischen Zugewanderten und Gastgebern sind im Sinne einer kinship-Wanderung zu interpretieren. Im 3-Phasen-Modell von Litwak/Longino (1987) würden sie sich in der zweiten Phase befinden, in der sie aus endogenen Gründen zu ihren Kindern ziehen oder sie sind Rückwanderer in ihre alte Heimat. Hier ist eine Wanderungsrichtung in dichter besiedelte Gebiete erkennbar.

Hingegen sind Landschafts- und pekuniärer Typ anders zu bewerten. Aufgrund der Ähnlichkeit der Typen und deren fast deckungsgleichem räumlichen Auftreten (Abb. 5) ist es fraglich, ob der Landschaftstyp einzig allein zu den klassischen Ruhestandswanderern im Sinne der amenity-Diskussion gezählt werden kann und der pekuniäre Typ ausschließlich mit altersvorbereitenden Maßnahmen (preparation-for-ageing) in Verbindung zu bringen ist. Es ist eher darauf zu schließen, dass Altersvorbereitung und die Suche nach einem attraktiven Ruhestandsort unmittelbar miteinander zusammenhängen. Die Aussage Friedrichs, dass nur etwa 20% der lebensälteren Wanderer zu den so genannten Ruhestandswanderern zählen, kann auch nur zum Teil bestätigt werden und muss in dem Sinne modifiziert werden, als dass diejenigen hinzu zu zählen sind, die aus Gründen des Eigentumserwerbes umziehen. Die Summe der so Motivierten macht dann mehr als die Hälfte der älteren Wanderer aus.

Abb. 5 Anteile der Motivtypen in den untersuchten Ämtern



Entwurf & Kartographie Jirka Stachen (c) 2004
Kartgrundlage LDS Brandenburg 2002

Vergleicht man die hier erhaltenen Ergebnisse mit denen von Friedrich, muss beachtet werden, dass die Untersuchungsräume sich strukturell stark unterscheiden. Während Friedrich dicht besiedelte ländliche Räume (Santa Clara County/California und das Rhein-Main-Gebiet/Hessen) untersuchte, sind die hier betrachteten Gebiete sehr dünn besiedelt. Somit wird seiner Aussage, dass die Netzwerkwanderer eine Mehrheit bei den älteren Binnenmigranten bilden, nicht widersprochen. Man kann jedoch diese Aussage insofern

ergänzen, als dass die Netzwerkwanderer (Familientyp) in dicht besiedelten Räumen die Mehrheit bilden. In den dünner besiedelten Gebieten ist dagegen der Anteil der eher ruhestandsorientierten Wandernden (pekuniärer und Landschaftstyp) größer.

Damit wird auch die Aussage von Born/Goltz/Saupe (2002) untermauert, dass ein großer Teil der lebensälteren Wanderer nicht familiär motiviert ist. Ihre Trennung in rein familiär bezogene Umzugsgründe und raumbezogene Umzugsmotive ist somit gerechtfertigt. Die hier weiter vorgenommene Unterteilung der Raum bezogenen Umzugsmotive in pekuniäre und landschaftlich orientierte Umzugsmotive kann demzufolge nur der Spezifizierung der Grundmotive dienen. Der Umzug der raumorientierten Typen wird durch entscheidungstheoretische Ansätze unterlegt. Die Initiative zum Umzug erfolgt beim pekuniären und Landschaftstyp hauptsächlich durch die pull-Faktoren des potenziellen Zielortes und weniger durch die push-Faktoren ihrer Quellorte. Beide Typen zielen auf die Maximierung der Wohnqualität bei gleichzeitiger Minimierung der Erwerbskosten des Ruhesitzes.

Die Sunbelt-Migration der USA oder nach Südeuropa ist eine Wanderung, die über sehr große Entfernungen stattfindet. Die Altersmigration in die Brandenburger Peripherie findet dagegen zumeist auf intra-regionaler und in einem gewissen Maß auch auf nationaler Ebene statt. Sie ist aber keine Migration über große Entfernungen, wie sie bei den o.g. Autoren untersucht wurde. Die größten Entfernungen, die zurückgelegt wurden, sind jene aus den südlichen und westlichen Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Von den meisten Wanderern sind jedoch weniger als 200 km zurückgelegt worden, die maximale Entfernung zwischen Berlin und der äußeren Brandenburger Peripherie.

Ältere Zuwanderer als (endogenes) Potenzial der peripheren Räume?

Zum Abschluss dieses Artikels steht die Frage, ob die betrachtete Bevölkerungsgruppe der über 50-Jährigen für die ländlich-peripheren Räume ein Potenzial darstellt, welches durch eine aktive Strukturpolitik unterstützt werden sollte. Zu diesem Zweck wurden auf Basis der Theorie der endogenen Potenziale (vgl. Hahne/Hartke 1984: 23) aus Experteninterviews erhaltene Informationen und vorhandene statistische Daten genutzt, um besondere Potenziale für vier ausgewählte Ämter und Gemeinden³ gegenüberzustellen. Diese vier Ämter und Gemeinden wurden deshalb ausgewählt, da in ihnen der Anteil des pekuniären und des Landschaftstyps besonders hoch ist. Es wird davon ausgegangen, dass diese Typen aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Merkmale besonders raumwirksam sind.

Die ländlich-peripheren Räume sind in der Vergangenheit besonders durch ihre Strukturchwäche aufgefallen. Dem gegenüber stehen jedoch endogene Potenziale dieser Gebiete, die bisher unterschätzt wurden. Das Vorhandensein dieser Potenziale wird durch die Zuwanderung besonders von alten Menschen bestätigt. Sie lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

- A. **Die naturräumliche Attraktivität, Stadtferne und hohe Umweltqualität:** Alle vier Ämter und Gemeinden befinden sich in der Nähe von Schutzgebieten oder sind Teil von solchen. Es existiert kaum Gewerbe, das Emissionen produziert. Hinzu kommt das sozio-kulturelle Potenzial der spezifisch dörflich-ländlichen Lebensweise in den Gemeinden. Die kleine, überschaubare und vor allem homogene Dorfgemeinschaft wurde von vielen Zugezogenen sehr positiv wahrgenommen.

³ Amt Lenzen-Elbtalaue, Amt Putlitz (beide Landkreis Prignitz), Amt Nennhausen (Landkreis Havelland), Gemeinde Niederer Fläming (Landkreis Niederer Fläming).

- B. Eine gute bis sehr gute überregionale Anbindung an städtische Großräume durch Bundesstraßen und Regionalbahnlinien als externes Infrastrukturpotenzial:** Jedes der vier näher betrachteten Ämter und Gemeinden ist an das Bundesstraßennetz angebunden und nicht weiter als 30 min von Regionalbahnlinien und Bundesautobahnen entfernt.
- C. Die sehr niedrigen Preise für Immobilien und Grundstücke als Flächenpotenzial:** Besonders durch die Flächenknappheit in den Oberzentren des Landes Brandenburg sowie Berlin und dem Umland mit den damit verbundenen hohen Marktpreisen wird die ländliche Peripherie attraktiv für Zuwanderer. Die Bodenrichtwerte in den betrachteten Ämtern und Gemeinden bewegen sich auf einem Niveau, welches bis zu einem Hundertstel (Berlin-West vs. Niederer Fläming) unter den Preisen in den Zentren liegt.

Die beschriebenen endogenen Potenziale zeigen, dass der ländlich-periphere Raum nicht derart benachteiligt ist, wie oft beschrieben. Im Gegenteil, er besitzt oft solche Potenziale, die Städte nicht bieten können, und die somit Siedlungswillige unterschiedlicher Altersgruppen aus dem städtischen Raum anziehen. Da die Altersgruppe über 50 Jahre eine aktive Rolle bei den Zuzügen in diesen Raum spielt, ist sie ebenfalls als ein Potenzial zu sehen, dass sich für die ländlichen Räume ergibt:

Mit der Zuwanderung älterer Menschen, insbesondere des pekuniären und Landschaftstyps – aufgrund der beschriebenen Strukturmerkmale sind dies sehr häufig die typischen Best Ager – erwächst eine erhebliche Steigerung des Markt- und Nachfragepotenzials. Diese Menschen verfügen über ein erhebliches Finanz- und Freizeitbudget und können unabhängig von Vorsorgeinvestitionen⁴ der jüngeren Generation darüber fast vollständig frei verfügen (vgl. Schmä 1998: 21, Neufeld 1999: 7). Eine Zuwanderung von älterer Bevölkerung mit einem heterogen strukturierten Einkommen, wie sie insbesondere auch beim pekuniären und Landschaftstypen vorhanden sind, ist für ländlich-periphere Regionen sehr wünschenswert.

Das endogene Potenzial älterer Menschen und im Besonderen des pekuniären und Landschaftstyp äußert sich wie folgt: Der Ankauf von Immobilien in der ländlichen Peripherie ist auch mit deren Sanierung und einem späteren altersgerechten Umbau verbunden. Die Aufträge dafür werden zumeist an einheimische Unternehmen vergeben, die somit neue Einkommensquellen erschließen können. Zum Zweiten gehören besonders die so genannten Alten der „dritten Alterung“ (vgl. Gilleard und Higgs 1998: 234ff.; Michael 1992: 46ff.), der jüngeren Alten unter 70 Jahren, zu Konsumenten von langlebigen und hochwertigen Konsumgütern sowie Dienstleistungen. Dies begründet sich aus einem nachgeholten Konsum, wie z.B. Wohnungseinrichtungen, Küchenausstattungen oder hochwertigen Reisen. Damit bieten sich den Zielregionen dieser Zuwanderer Möglichkeiten für den Einzelhandel, neue Märkte zu erschließen. Der dritte Bereich, in dem alte Menschen zukünftig Bedeutung erlangen werden, ist ein Markt für Gesundheitsgüter und Dienstleistungen. Besonders im Bereich der Pflege- und Sozialdienstleistungen ist mit großen Effekten auf lokale Arbeitsmärkte zu rechnen (Neufeld, 1999: 27). Genannt werden können hier z.B. Hauswirtschaftshilfen, Reinigungsdienste oder Einkaufshilfen sowie die Flexibilisierung von Versorgungsleistungen bei Gütern des täglichen Bedarfs. Bereits heute sind ambulante Händler oft die einzige Versorgung von peripher gelegenen Dörfern. Damit bieten sich auch wieder Chancen für die lokale jüngere Bevölkerung, im außerlandwirtschaftlichen Sektor beruflich Fuß zu fassen. Somit ist die anfänglich gestellte Frage nach der Existenz von endogenen Potenzialen durch die Zuwanderung älterer Menschen

⁴ Dazu zählen die Erziehung und Ausbildung von Kindern oder die eigene Altersvorsorge.

mit einem Ja zu beantworten. Hiermit verbunden ist aber auch eine politische Weichenstellung, um dieses Potenzial ausnutzen zu können.

Forderungen an eine Entwicklungspolitik für die ländliche Peripherie

„Es gibt kein ‚endogenes Potenzial‘ des ländlichen Raumes, der dornröschenhaft von außen oder von oben durch Förderprogramme oder Strukturpolitiken ‚wachgeküsst‘ werden kann.“ So argumentierte Frahm (1996) in einem Redebeitrag einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Er hat in dem Sinne Recht, als dass eine von außen forcierte Entwicklung im Rahmen der Exportbasistheorie, wie sie jahrzehntelang in Deutschland angewendet wurde, nicht erfolgreich war. Brandenburg bietet hierfür ein sehr gutes Beispiel. Alle Großprojekte, die das Land in den letzten 10 Jahren subventionierte, scheiterten. Dazu zählen die Errichtung einer Hochgeschwindigkeitsstrecke für die Formel Eins (Lausitzring), der Bau der weltgrößten freitragenden Halle zum Bau von Luftschiffen (Cargolifter) und der Bau eines Halbleiterwerkes (Chipfabrik Frankfurt/Oder).

Die demographische Veränderung der Gesellschaft hat besondere Auswirkungen für den ländlich-peripheren Raum. Auf der einen Seite ist die Alterung der Bevölkerung in diesen Gebieten besonders hoch, verstärkt durch die Abwanderung junger und die Zuwanderung alter Menschen, auf der anderen Seite kann dies aber auch als Chance begriffen werden. Die Alterung der Generation der Babyboomer steht kurz bevor, und ihr verändertes Verhalten in Richtung einer eher hedonistischen Lebensweise wird besonders auch den Gebieten zugute kommen, in welchen die Babyboomer ihren Ruhestand genießen wollen. Dazu zählen vor allem die ländlich-peripheren Gebiete, die abseits großer Agglomerationen liegen und trotzdem über eine gute Infrastruktur mit den Städten verbunden sind. Die Kommunen müssen sich bewusst werden, dass sie für Menschen am Anfang ihres Ruhestandes attraktiver Ruhesitz sein können. Von den Zugezogenen gehen neue Impulse aus, welche gefördert werden müssen. Alle Maßnahmen, die zur Ansiedelung junger Alter führen, werden auch für die bereits ansässige Bevölkerung von Vorteil sein. Aber auch dort, wo der familiäre Zuwanderungstyp vorherrscht, werden durch ähnliche Maßnahmen positive externe Effekte erzeugt. Es muss eine Perpetuität des Zuzuges älterer Menschen erreicht werden, wobei vor allem die jungen Alten als primäres Ziel der Regionalplanung für den ländlich-peripheren Raum zu sehen sind. Sie fungieren als Impulsgeber für eine dienstleistungsorientierte lokale Wirtschaftsstruktur. Eine solche Wirtschaftsstruktur ist eher dazu fähig, in diesem Raum Arbeitsplätze zu schaffen, als traditionelle Industrien oder Technologiezentren, für die dieser Raum unattraktiv ist. Sicherlich werden durch den Zuzug älterer Menschen die peripheren Gebiete nicht zu prosperierenden Regionen, doch mit dem Bewusstsein, dass alte Menschen keine Last für die Gesellschaft sind, sondern ihre Existenz auch Chancen für bestimmte Gebiete bietet, kann der Niedergang der ländlichen Peripherie möglicherweise aufgehalten werden.

Eine Entwicklungspolitik in solchen ländlich geprägten Ländern wie Brandenburg muss sich auf die Stärkung jener Potenziale beziehen, die als pull-Faktoren dieses Raumes gelten: Naturraum, Verkehrsinfrastruktur und preiswerte Immobilien. Es muss für diesen Raum aktiv geworben werden, denn er bietet einen lebenswerten Siedlungsraum nicht nur, aber auch für Ältere. Dabei wird die Bedeutung von nicht-urbanen Landschaften in Zukunft zunehmen. Die alten Menschen sind erst die Pioniere einer urban-ruralen Bewegung. Mit der zunehmenden Vernetzung und Technisierung der Arbeitswelt werden Berufe raumunabhängiger und Menschen können dort arbeiten, wo sie leben wollen. Und das ist oft eine naturnahe Umgebung.

Literatur

- Born, K.-M.; Goltz, E.; Saupe, G. Untersuchung von Wanderungsmotiven lebensälterer Personen, die ihren neuen Wohnort in ländlichen Gebieten des äußeren Entwicklungsraumes gewählt haben. Studie für die Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg. Berlin, Potsdam 2002.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Berichte Band 17, Bonn 2004.
- Frahm, E. Perspektiven ländlicher Entwicklung: Potentiale und Kooperationen auf dem Lande. In: Dokumentation zur Fachtagung der LpB 02. - 04. 12. 1996 Bad Urach. URL: <http://www.lpb.bwue.de/publikat/land/land4.htm> (Zugriff am 30/08/2004). -
- Friedrich, K. Altern in räumlicher Umwelt. Sozialräumliche Interaktionsmuster älterer Menschen in Deutschland und in den USA. Steinkopff Verlag. Darmstadt 1995.
- Friedrich, K. Wohnortwechsel im Alter. Ergebnisse Geographischer Mobilitätsforschung in Deutschland. In: Betreutes Wohnen im Alter. Akademie der Diözese Rothenburg. S. 7-20. Stuttgart 1997.
- Gilleard, C.; Higgs, P. Old people as users and consumers of healthcare: a third age rethoric for a fourth age reality? In: Ageing & Society. Vol. 18 Issue 2/1998.
- Gober, P.: The Retirement Community as a Geographical Phenomenon. The Case of Sun City, Arizona. Journal of Geography 84.1985. S. 189-198.
- Haug, S. Klassische und neuere Theorien der Migration. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 30. Mannheim 2000.
- Hahne, U.; Hartke, S. Endogene Entwicklung ; Theoretische Begründung u. Strategiediskussion. Arbeitsmaterial. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1984
- Kaiser, C. Ruhesitzmigration und wandelnde Ansprüche an das Lebensumfeld. In: Schlag, B.; Megel, K. (Eds.) Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2002.
- Kaiser, C. und K. Friedrich: Deutsche Senioren unter der Sonne Mallorcas. In: Praxis Geographie 2 (2002). S. 14-15.
- King, R. Warnes, A. M.; Williams, A. M. International Retirement Migration in Europe. In: International Journal for Population Geography. Vol. 4/1998. S. 91-111.
- Koch, R. Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen: Raumstrukturelle Auswirkungen und raumordnerische Beurteilungen. Forschungen zur Raumentwicklung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 4. 1976.
- Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) Brandenburg. Ältere Menschen. Reihe Daten + Analysen 2/2001. Potsdam 2001.
- Litwak, E.; Longino C. F. Migration Patterns Among the Elderly: A Developmental Perspective. In: The Gerontologist Vol. 27 No. 3/1987. S. 266-272.
- Longino, C. F. Geographic Mobility and the Baby Boom. In: Generations 22/1988. S. 60-64.
- Long, L. H.; Hansen, K. A. *Reasons for Interstate Migration – Jobs, Retirement, Climate, and Other Influences*. Current Population Reports. Special Studies Series P-23, No. 81. Bureau of the Census. Washington D.C. 1979.

- Michael, B.M. Die „neuen Alten“ aus der Sicht des Konsums der Werbung und des Marketing. In: Die neuen Alten – Schlagwort der Medien oder marketingrelevante Zielgruppe? Bericht der GfK-Tagung von 10. Juli 1992. Nürnberg. S. 43-60.
- Nestmann, E.: Alterswohnsitze in Fremdenverkehrsgebieten. Information zur Raumentwicklung 4 (1987). S. 197-205.
- Neufeld, H. Der ältere Mensch als Wirtschaftsfaktor. Universität des 3. Lebensalters. Universität Frankfurt. 2. Auflage. Frankfurt 1999.
- Schmäl, W. Einkommensentwicklung als Grundlage für die Einkommensverwendung im Alter. Gesprächskreis Arbeit und Soziales. Zentrum für Sozialpolitik an der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bremen, Berlin 1998.
- Speare, A. and J.M. Meyer. Typs of Elderly Residential Mobility and their Determinants. In: Journal of gerontology. Social Sciences. 42 (1988), No. 3. S. 75-81.
- Stachen, J.: Zuwanderung älterer Menschen in ländlich-periphere Räume Brandenburgs – Motivgruppen, ihre Struktur und Raumrelevanz. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Universität Potsdam. 2004. S. 47ff.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2003.
- Zelinsky, W. The Hypothesis of the mobility transition. In The Geographical Review 61/1971. S. 219-249.

Bewegungen am Rande

Fußball und Geographie – Anmerkungen zu einem (Miss-)Verhältnis

von Wolfgang Aschauer (Chemnitz)

Vielleicht war es ja typisch: Als es am 28.5.2005 während der Tagung „Welt-Ansichten (in) der Geographie“ in Sankelmark bei Flensburg Abend wurde, teilte sich die Teilnehmergruppe. Die Mehrzahl der Anwesenden machte sich auf den Weg, den Sankelmarker See zu umrunden und dabei in klassischer Philosophenmanier wandernd sich ins Gespräch zu vertiefen. Die anderen hingegen zogen sich in den Fernsehraum der Tagungsstätte zurück, um dort das Fußball-Pokalfinale zu verfolgen, das der FC Bayern München hochverdient gegen den FC Schalke 04 gewann. Trotz unterschiedlicher Abendgestaltung gilt für beide Gruppen doch dasselbe: Fußball hat nichts mit Geographie zu tun; wenn jemand sich dafür interessiert, dann offensichtlich außerhalb des Tagungsprogramms und um sich unterhalten zu lassen.

Die manchmal nur ignorante, meist aber wohl negative Einstellung der Geographie dem Fußball gegenüber verwundert umso mehr, wenn man aktuelle Modeströmungen der Geographie betrachtet. Nachdem offensichtlich die Erkenntnis gewachsen ist, nichts von Bedeutung zu Themen beisteuern zu können, die in einer Tageszeitung im Politik- oder Wirtschaftsteil behandelt werden, findet eine große Aktivität in Themenbereichen statt, die Klüter eher dem Feuilleton zurechnet (Klüter 2005). Angesichts der thematischen Marginalitäten, Nonsense-Argumentationen und intellektuellen Selbstentblösungen, wie sie unter dem Stichwort „Kulturgeographie“ publiziert werden, mag man sich zwar fragen, ob hier nicht dem Feuilleton Unrecht getan wird, ist aber doch gut beraten, in der virtuellen Tageszeitung zum Sportteil weiterzublättern. Denn dass Fußball gegenüber aktueller Kulturgeographie nicht nur ein gesellschaftlich hochrelevantes Thema ist – so soll etwa die Weltmeisterschaft 2006 ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5 % bewirken –, sondern auch zahlreiche Aspekte bietet, die diesen Sport zu einem geradezu idealen Forschungsgegenstand der Geographie machen, soll in diesem Beitrag an einzelnen Beispielen, die sich fast beliebig vermehren ließen, illustriert werden. Dazu sollen zunächst einige Aspekte theoretischer Positionen aufgeführt werden, um dann einen möglichen Gegenstandsbereich „Fußball (in) der Geographie“ zu umreißen.

Fußball in der Kulturlandschaftsgeographie

Bereits in ihrer wissenschaftlichen Tradition ist die Geographie paradigmatisch im Fußball wiederzufinden. Das Verdienst, dies in unnachahmlich klarer Form ausgedrückt zu haben, gebührt Josef Schmithüsen, als er zu einem Tagungsreferat über die Differenzierung von Pflanzen auf einem Fußballplatz eine Wortmeldung beisteuerte, aus der im folgenden auszugsweise zitiert wird:

„Der Vortrag war ein echt ökologischer Vortrag. Er handelte von Wirkungszusammenhängen, die im Einzelnen kausalanalytisch fassbar sind. Entsprechende Methoden wurden ja auch angewandt. Aber dieser Vortrag konnte auch zeigen, wo dabei das Menschliche, also das Geistige in der Landschaft bleibt, bzw. wo es in die ökologische Fragestellung eintritt. Es ist nämlich in diesem Fall wie mit den Spielregeln des Fußballspiels. Da liegt ein geistiger Plan vor, der als solcher das Wirken des Menschen in diesem Raum regelt. Was jetzt untersucht wurde, das ist wirklich das Ökologische, wie nämlich das von diesem Plan aus geregelte Wirken des Menschen nun unter den Naturgesetzen abläuft und welche Folgerungen sich daraus ergeben, zunächst nur mit der Sicht auf das Ergebnis im Ob-

jekt der Pflanzengesellschaften, die dabei entstehen. Man könnte dann – damit wäre die ökologische Fragestellung vollständig – noch die umgekehrte Frage daran anschließen, welche Folgerungen die Entstehung der verschiedenen Pflanzengesellschaften aus dem Plan heraus, die dabei sich durchsetzenden Naturfaktoren, für zusätzliche Maßnahmen des Menschen zur Pflege des Platzes noch hätten. Das wäre noch das Gegenbeispiel im Wirkungsgefüge. Dann haben wir das vollständige ökologische Untersuchungsprogramm: einmal die unmittelbaren Wirkungen dessen, was der Mensch tut in der Abwandlung, die sie erfahren durch die vorgegebenen Naturbedingungen, und zweitens das Wiedereinrichten zusätzlicher Planungsmaßnahmen des Menschen, um evtl. jetzt noch die ungeeigneten Flächen, die dabei entstehen, so zu machen, daß sie auf den Plan direkt wieder passen unter Anpassung wiederum an die erkannten natürlichen Voraussetzungen. Das ist eigentlich das Gesamt-Programm einer vollständigen landschaftsökologischen Untersuchung in der Kulturlandschaft. Damit ist das Wirkungsgefüge in diesem naturwissenschaftlichen Sinne unter Rücksicht auf den geistigen Plan erforscht.“ (Schmithüsen, zit. n. Hard 1990; S. 19 f.)¹

In einem pflanzensoziologischen Referat über Fußballplätze findet Schmithüsen demnach die Kulturlandschaftsgeographie exemplifiziert. Die Begeisterung und Emphase – an anderer Stelle heißt es: „Ich habe bisher noch nie ein so schönes Beispiel gefunden, an dem man dieses Grundsätzliche aufzeigen kann“ – verweist aber nicht nur darauf, dass Fußball ein sehr gutes Beispiel für die Grundkonzeption der Kulturlandschaftsgeographie ist, sondern könnte auch als Hinweis darauf verstanden werden, dass die Geographie mit diesem Beispiel zu einem ihrer geheimen Ursprünge zurückgekehrt ist.

Geographie – entstanden aus dem Geist des Fußballs? Eine solche, regelrecht wahnwitzig anmutende Hypothese scheint nicht nur durch Schmithüsens Beitrag denkbar zu werden, sondern findet ihre – negative – Bestätigung in den Diskussionsbeiträgen im Online-Forum der geographischen revue, als eine Teilnehmerin bezweifelt, dass „Sport“ mit „Geist“ zu tun habe und kategorisch schließt: „Wissenschaft findet zum Glück nicht auf dem Fußballplatz statt!“ (geographische revue).

Gerade diese vehemente Distanzierung vom Fußball lässt sich disziplingeschichtlich sehr gut als Wiederkehr der verdrängten Historie interpretieren, wie es auch Schmithüsen nie mehr gewagt hat, erst recht nicht in einem „richtigen“ Buch oder Aufsatz, den Vergleich von Fußball und Geographie zu wiederholen. Ist demnach die Ablehnung des Fußballs als Thema der Geographie ein endgültig vollzogener Bruch mit dem historischen paradigmatischen Kern des Faches? Die Antwort darauf lautet wohl: nein. Denn gerade die aktuelle Begeisterung für bestimmte theoretische Ansätze zeugt überdeutlich von der Wiederkehr der Geschichte, ja diese Theorien scheinen geradezu am Fußball entwickelt worden zu sein.

So dürfte es kaum ein geeigneteres Themengebiet als den Fußball geben, an Hand dessen Werlens Theorie der alltäglichen Regionalisierungen entwickelt werden konnte (Werlen 1997, 1999). Die permanente Neuerschaffung von Räumen durch das Handeln der beteiligten Menschen, ihre Interaktion, die begrifflich wie beobachtbar Räume hervorbringt, ist eine Paraphrase des Geschehens auf dem Fußballplatz. „Raum“ ist etwas, das nicht als solches vorliegt, sondern durch das Handeln, genauer: die Interaktion der beteiligten Menschen entsteht. Mit dieser Grundkonzeption raumerzeugenden Handelns beschreibt Werlen, ohne es explizit zu machen, den Ablauf eines Fußballspiels. Dies wird noch deutlicher, ja unübersehbar, wenn er die Rolle des Körpers thematisiert:

¹ Ich verdanke den Hinweis auf diese Stelle Gerhard Hard.

„Die Konstitution der physischen Welt vollzieht sich ... über das Erleben des eigenen Leibes und durch das bewußte Ich in der Bewegung.“ (Werlen 1997; S. 130)

An anderer Stelle postuliert Werlen, dass sich

„die Intersubjektivität der sozialen und physisch-materiellen Welt ... in der Du-bezogenen Lebensform des handelnden Ich (konstituiert). Vor allem in der unmittelbaren Face-to-face-Situation wird diese Intersubjektivität konstituiert. Denn hier stehen sich die Körper der Handelnden unmittelbar gegenüber, womit die gegenseitigen Symbolisierungen und Deutungen der unmittelbaren (gegenseitigen) Überprüfung zugänglich sind.“ (Werlen 1997; S. 132).

Damit wird offensichtlich, warum die theorieintern etwas deplatziert wirkende Thematisierung des Leiblichen bei Werlen eine solch prominente Position einnimmt: sie ist zwingend erforderlich, um die tatsächliche Grundlage der Theorie integrieren zu können – den Fußball. Gesellschaftlichkeit und – als deren Element – Räumlichkeit entstehen auf dieser Grundlage ebenfalls auf dem Fußballplatz:

„Mittels der Verständigung in der Du-bezogenen Einstellung der Handelnden über die Bedeutung der ausgedrückten Symbole (Leibesbewegungen, Sprache [etwa: „Gib ab!“; sinngemäße Ergänzung W.A.], Artefakte [Ball, Tor, Eckfahne; W.A.]) wird die Übereinstimmung der subjektiven Räume bzw. die Art der Lokalisierung der Eindrücke in den jeweiligen Sinnregionen überprüft.“ (Werlen 1997; S. 251).

Insgesamt kann aus diesen – beliebig vermehrbaren – Zitaten, aber ebenso aus der Gesamtanlage der handlungstheoretisch fundierten Theorie alltäglicher Regionalisierungen nicht nur deren Eignung für die Beschreibung des Fußballs abgeleitet werden, sondern es wird deutlich, dass theorieimmanent immer wieder und nachgerade unvermeidlich ein Fußballspiel zur Aufführung kommt.

So groß die Übereinstimmung dieser luziden Theoriekonstruktion mit dem Fußball aber auch ist (was aufgrund der skizzierten Ableitung aus dem Fußball nicht weiter verwundern kann), so auffällig ist ein gravierendes Defizit: Es ist nicht zu übersehen, dass das erzeugte Raum-Gesellschaftsbild eine nachgerade urgeschichtliche Idylle evoziert, nämlich Fußball als Begegnung von – tendenziell gleichgestellten – Individuen, die durch ihr Verhalten permanent neue Räume schaffen. Man könnte hier z. B. an Raumtypen wie die Viererkette oder den Raum für Konter denken. All dies ist jedoch zu sehr auf einen Betrachter hin konzipiert, der sich selbst auf dem Spielfeld befindet. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass die beobachteten alltäglichen Regionalisierungen nicht im „leeren Raum“ stattfinden, sondern in einem Raum, der nicht von den Spielern selbst hervorgebracht wird, sondern von externen Akteuren: Die Rede ist vom Spielfeld, und her- bzw. bereitgestellt wird dieser Raum von zwei Seiten, materiell zumeist vom Verein oder einer Kommune, organisatorisch vom Deutschen Fußball-Bund (DFB). Denn aller Spielbetrieb – von Freizeitmanschaften abgesehen – gründet auf zahlreichen vorgegebenen Raumsetzungen. So wird etwa festgelegt, welche Maße das Spielfeld aufzuweisen habe:

Regel 1 – Das Spielfeld					
...					
Ausmaß					
Das Spielfeld muss rechteckig sein. Die Länge der Seitenlinien muss in jedem Falle die Länge der Torlinie übertreffen.					
Länge	mindestens	90 m	Breite	mindestens	45 m
	höchstens	120 m		höchstens	90 m

Quelle: DFB 2005

Aber auch, welche Aktionen auf dem Spielfeld erlaubt sind, entscheiden nicht die Spieler, sondern der DFB als Organisation für Raumverhaltenskompetenz. Gerade dies kann die Theorie der alltäglichen Regionalisierungen jedoch nicht wahrnehmen. Daher bietet es sich an, eine zweite Theorievariante zu betrachten, die ebendiesen blinden Fleck – die Wahrnehmung der raumbildenden Aktivitäten von Organisationen – in das Zentrum der Betrachtung stellt: Helmut Klüters systemtheoretische Analysen von Raum und Raumkonstruktionen.

Nach Klüter (2000) ist „Raum“ ein probates Mittel von Organisationen, soziale Steuerung von Adressaten zu anonymisieren und damit zu optimieren; hierbei kann es sich um Selbst- oder um Fremdsteuerung handeln. Ganz offensichtlich geht diese Überlegung von der aus dem Fußball gewonnenen Erkenntnis aus, dass durch die Festlegung sowohl des Spielfelds als auch der dort geltenden raumbezogenen Regeln (z. B. Abseitsregel) die Spieler gleichermaßen automatisch ihr Verhalten regulieren, ohne in jeder Interaktion mit einem Mit- oder Gegenspieler das gesellschaftliche Verhältnis neu zu regeln oder gleich zu problematisieren. Gerade für die funktional differenzierte Gesellschaft ist ein solch zunehmendes Ersetzen direkter sozialer durch indirekte räumliche Steuerung charakteristisch. Aufgrund der fußballfeindlichen Grundeinstellung der Geographie hat es Klüter aber wohl nicht gewagt, diese Erkenntnis auch an dem Objekt zu illustrieren, an Hand dessen er es gewonnen hat, sondern ist auf ein anderes, weit weniger nahe liegendes Beispiel ausgewichen:

„Wenn sich der Arbeiter zu Beginn der Arbeitszeit auf das Grundstück des Betriebs begibt, tritt er die Verfügung über seine Aktivitäten gemäß den Arbeitsverträgen vollständig an die Unternehmensführung ab. Der Anspruch ist total, weil nicht programmierte Aktivitäten nicht geduldet und entsprechend sanktioniert werden.“ (Klüter 1986; S. 122).

In diesem Zitat wird durch den Begriff „Grundstück“² bereits angezeigt, dass Klüter sich auf das Medium Geld bzw. Eigentum bezieht. Er verwendet darüber hinaus noch weitere Raumabstraktionen, die jeweils unterschiedlichen Medien sozialer Kommunikation zugeordnet sind. Dazu gehören der Administrativraum (Medium: Macht, Recht), Landschaft (Kunst), Heimat u.a. (Liebe), Vaterland (Glaube) und wissenschaftliche Raumkonstrukte (Wahrheit) (Klüter 1986; S. 110). Gerade dort aber, wo die Medien sozialer Kommunikation strukturell gekoppelt sind, wo also Geld, Recht, Kunst, Liebe, Glaube und vielleicht auch Wissenschaft sich gegenseitig in Schwingungen versetzen, können die genannten Raumabstraktionen nicht mehr als adäquate Begriffe verwendet werden; hier sollte konsequenterweise zum Ur-Begriff der systemtheoretischen Raumabstraktion zurückgekehrt werden: zum Spielfeld.

Klüter kann wie Werlen kaum verbergen, welche zentrale Rolle der Fußball in seiner Konzeption von Geographie hat. Dennoch thematisiert auch er diesen Zusammenhang nicht. Dies kann aufgrund der geschilderten Haltung der Geographie zum Fußball nicht weiter verwundern. Selbstverständlich gibt es – abgesehen vom wissenschaftshistorischen Interesse – keinen Grund dafür, diese Herkunft der Geographie für bedeutsam oder gar verpflichtend für zukünftige wissenschaftliche Aktivitäten zu halten. Man kann der Geographie ohne weiteres Forschungsgebiete zubilligen, die nichts mit Fußball zu tun haben. Zugleich schließt dies aber auch nicht aus, im weitgehend geheimen paradigmatischen

² „Grundstücke sind begrenzte, durch Vermessung gebildete Teile der Erdoberfläche, die in einem öffentlichen Grundbuch mit Eigentumsanspruch privater und öffentlicher Organisationen und Personen relationiert sind. Im Gegensatz zu Waren [etwa einem Ball; W.A.] sind sie weder beweglich noch beliebig vermehrbar.“ (Klüter 1986; S. 121).

Zentrum der Geographie (weiterhin) wichtige und interessante Forschungsthemen zu suchen und zu finden.

Allgemein kann die Beschäftigung mit dem Fußball für die Geographie dann wichtig sein, wenn sie dessen gesellschaftliche Bedeutung wahrnimmt und entsprechende Problemlösungsvorschläge macht. Dies ist vor allem in einer Situation gegeben, in der

eine „Organisation [z. B. der DFB]... nicht in der Lage (ist), programmräumliche Informationen erfolgreich an Adressaten weiterzugeben [vgl. die aktuellen Probleme mit der Absatzregel]. Der Erfolg bezieht sich auf die Differenz zwischen Eintreten und Nichteintreten gewünschter Adressatenhandlungen (Generalisierungs-/Schematisierungsprobleme).“ (Klüter 1986, S. 138).

Über diese abstrakte Bestimmung der Rolle von Geographie hinaus scheint es an dieser Stelle aber auch angebracht, einige konkrete Beispiele für die Anwendung dieser Erkenntnis, d.h. für interessante und gesellschaftlich relevante Forschungsthemen zu geben. Im Folgenden sollen daher einige exemplarische Gegenstandsbereiche angegeben werden, mit denen die Geographie sowohl zu ihrem Kern zurückkehren als auch richtige Arbeit leisten kann.

Gesellschaftlicher Raum und Fußball

Wie die Diskussion der Raumabstraktionen im Fußball zeigte, gibt die Veränderung (der Bedeutung) des Raums einen deutlichen Hinweis auch auf Veränderungen der Gesellschaft als Ganzes. So ist der Ersatz der Manndeckung durch die Raumdeckung nur die bisher letzte Etappe einer gesellschaftlichen Rationalisierung, die sich auch und bezogen auf die Verwendung von Raumabstraktionen insbesondere im Fußball vollzieht. Etwa zeitgleich werden klassische Formen der direkten Interaktion, der Raum-Werdung im Kontakt von Leibern (vgl. die Diskussion von Werlen; s.o.) durch Raumverhaltenskompetenzen ersetzt: es geht um Raumaufteilung, das Halten von (räumlichen) Positionen und um Räume, die zugestellt werden. Als Vorläufer dieser Entwicklung kann die Tiefe des Raums angesehen werden, in die den Ball zu passen eine besondere Qualität des Spiels darstellt. Doch all dies sind bereits Endformen einer Entwicklung, die weitaus gravierendere Umwälzungen als den bloßen Wechsel von Spielweisen gebracht hat.

Analog zu Norbert Elias (1939/1997), der am Beispiel von Verhaltensänderungen das Werden der modernen Gesellschaft als zunehmende Internalisierung gesellschaftlicher Zwänge beschreibt, zeigt Dunning (1971, 1975), wie sich gesellschaftliche Veränderungen in der Entstehung des heutigen Fußballs äußern. Aus geographischer Sicht sind hierbei die – in gewissem Gegensatz zu den Werlenschen Vermutungen zu einer Tendenz der Ent-Grenzung stehenden – zunehmenden Grenzziehungen von Bedeutung. Ein Vorläufer des Fußballs im südlichen England, das Hurling, wird von einem zeitgenössischen Beobachter im frühen 17. Jh. folgendermaßen beschrieben:

Some two or more Gentlemen doe commonly make this match, appointing that on such a holyday, they will bring to such an indifferent place, two, three, or more parishes of the East or South quarter, to hurle against so many other, of the West or North. Their goales are either those Gentlemens houses, or some townes or villages, three or foure miles asunder, of which either side maketh choice after the neernesse to their dwellings. When they meet, there is neyther comparing of numbers, nor matching of men: but a siluer ball is cast vp, and that company, which can catch, and cary it by force, or sleight, to their place assigned, gaineth the ball and victory. Whosoeuer getteth seizure of this ball, findeth himselfe generally pursued by the aduerse party; neither will they leaue, till (without all

respects) he be layd flat on Gods dear earth: which fall once receiued, disableth him from any longer detayning the ball: hee therefore throwet the same (with like hazard of intercepting, as in the other hurling) to some one of his fellowes, fardest before him, who maketh away withall in like maner. ...

The Hurlers take their next way ouer hilles, dales, hedges, ditches; yea, and thorow bushes, briers, mires, plashes and riuers whatsoever; so as you shall sometimes see 20. or 30. lie tugging together in the water, scrambling and scratching for the ball. A play (verily) both rude & rough, and yet such, as is not destitute of policies, in some sort resembling the feats of warre: for you shall haue companies layd out before, on the one side, to encounter them that come with the ball, and of the other party to succor them, in maner of a fore-ward. Againe, other troups lye houering on the sides, like wings, to helpe or stop their escape: and where the ball it selfe goeth, it resembleth the ioyning of the two mayne battels: the slowest footed who come lagge, supply the showe of a rere-ward.“ (Carew 1602; S. 75)³

Dunning interpretiert zu Recht die Durchsetzung „zivilisierter“ Verhaltensweisen, wie sie für die Entwicklung vom Hurling zum modernen Fußball charakteristisch sind – so etwa den (erzwungenen Verzicht) auf Schlägereien als Element des Spiels –, als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Realisierung neuer Macht- und Gewaltverhältnisse – hier die Monopolisierung von Gewaltanwendung beim Staat. Das Beispiel zeigt aber auch, wie die sich funktional differenzierende Gesellschaft auch neue Räume, genauer: neue Grenzen schafft. Hier ist nicht nur der Tatbestand anzuführen, dass – anders als beim „unbegrenzten“ Hurling – mit dem abgegrenzten Fußballfeld plötzlich Räume existieren, die allein durch einen dünnen Kreidestrich den Beteiligten einen Wechsel von Rechtsprinzipien anzeigen: ein Tritt in die Kniekehle ist außerhalb des Rasenvierecks eine Körperverletzung, die mit einer Gefängnisstrafe geahndet werden kann, während er auf dem Spielfeld ein Foul ist, das zu einer gelben Karte führt. Über diese Entstehung von räumlichen Grenzen bzw. abgegrenzten Räumen hinaus ist das Neue an der aktuellen Form von

³ in deutscher Übersetzung: „Zwei oder mehr Gentlemen bringen in der Regel das Spiel in Gang, indem sie verabreden, an einem gewissen Feiertag an einem gewissen Ort zwei, drei oder mehr Kirchspiele des Ost- oder Südviertels zusammenzubringen, um gegen ebenso viele andere des West- oder Nordviertels zu hurlen. Ihre Male sind entweder die Häuser dieser Gentlemen oder irgendwelche Städte oder Dörfer, drei oder vier Meilen auseinander, die von jeder Seite nach der Nähe zu ihren jeweiligen Wohnorten gewählt werden. Wenn sie aufeinander treffen, wird weder Zahl noch Stärke der Männer verglichen, sondern ein silberner Ball wird hochgeworfen, und die Mannschaft, die ihn fangen und durch Gewalt oder Geschicklichkeit zu dem bezeichneten Platz bringen kann, erhält den Ball und den Sieg. Wer immer den Ball zu fassen bekommt, sieht sich in der Regel von der gegnerischen Partei verfolgt. Und sie geben nicht auf, bis er – ohne Respekt gesagt – flach auf Gottes Erde gestreckt ist, welcher Sturz ihn hindert, den Ball weiterhin festzuhalten. Er wirft diesen daher – auf die Gefahr des Abfangens hin ... – einem seiner Spielgenossen zu, weit weg vor ihn hin, und dieser macht sich auf dieselbe Weise damit davon. ...

Die Hurler nehmen den direktesten Weg über Hügel, Täler, Hecken, Gräben, ja durch Büsche, Dornensträucher, Sümpfe, Teiche und Flüsse, was auch immer. So sieht man manchmal 20 oder 30 im Wasser liegen und sich abmühen, sich um den Ball reißen und kratzen. Ein Spiel – wahrlich – so roh wie rau und sogar, da es nicht frei von Politik ist, in gewisser Weise den Kriegstaten ähnlich. Denn man muß Abteilungen draußen hinauslegen, von der eigenen Partei, um denen, die mit dem Ball ankommen, entgegenzutreten, und von der anderen Partei, um ihnen in der Art von Stürmern zur Hilfe zu kommen. Andere Trupps wiederum liegen seitwärts auf der Lauer, wie Flügel, um das Entkommen zu unterstützen und aufzuhalten. Und wo der Ball selbst entlang getragen wird, sieht es aus wie der Zusammenstoß zweier Hauptschlachtarmeen. Die zu Fuß langsamsten, die als Nachzügler folgen, unterstützen die Rückwärtigen.“ (zit. n. Eichberg 1978; S. 91-92 auf der Grundlage von Elias/Dunning 1971; S. 127-29).

Fußball die Durchsetzung des dahinter stehenden Prinzips: Raumbildung als Differenzierung situativ gebundener Verhaltensweisen. Gerade diese Raumbildung durch Grenzziehung kann als genuin geographisches Thema ein wichtiges Forschungsfeld für eine gesellschaftstheoretisch relevante Geographie sein, das aber noch seiner Entdeckung harret.

Ein zweiter Aspekt des Wandels, der sich im Fußball vollzogen hat, ist in der Rolle der Zuschauer zu sehen. Waren sie vorher – ähnlich den Theaterbesuchern bei Sennett (1986) – in gewisser Weise Teil des Spiels, indem sie fallweise eingriffen, so reduziert sich ihr (erwünschtes) Verhalten immer mehr auf das eines passiven Rezipienten, verschärft sich die Grenze zwischen Spielfeld und Zuschauerrängen und kommt es somit zu einer stetig expliziteren Raumbildung. Mittlerweile etwas antiquiert wirken da Versuche, diese Raumgrenzen mit Anfeuerungsrufen, dem Werfen von Obst und Feuerzeugen oder freundlichen Aufforderungen an den Schiedsrichter („Hau ab, du schwarze Sau!“) zu überwinden. Auch hier sind der Raum und vor allem der Prozess der Raumbildung durch Grenzziehung ein geographisch hochsignifikanter Hinweis auf gesellschaftliche Veränderungen, die aus geographischer Sicht noch zu erforschen sind.⁴

Aber nicht allein die Erzeugung von Räumen im und durch den Fußball lässt Rückschlüsse auf die Gesellschaft zu; auch der Raumbezug in Form von artikulierten Orts- und Regionalzugehörigkeiten weist deutliche Gesellschaftsbezüge auf. Hier liegt scheinbar in erster Linie das Problem der Nationalmannschaften nahe, die gerne als Vehikel nationalistischer Aktivitäten benutzt werden⁵, wie etwa Strüver (2004) für das deutsch-holländische Grenzgebiet zeigen kann:

Soziokulturelle Grenzziehungen „stellen als ‘imaginäre Grenze in den Köpfen’ im Alltagsleben der Grenzbevölkerung einen gesellschaftlich wie wissenschaftlich interessanten und relevanten Aspekt jenseits von Fragen nach der institutionalisierten europäischen Integration dar. Zur Konzeptualisierung der deutsch-niederländischen Grenze als Imagination bzw. Repräsentation spielen ... auch nationale Identitäten und Stereotype im Sport bzw. Fußball wichtige Rollen.“ (Strüver 2004; S. 13 f.)

Es stellt sich zwar die Frage, ob es für die Untersuchung nationaler Bezüge von Fußballspielen einer Konzeption bedarf, die Räumlichkeit erst psychisch fixiert, um sie dann in Kommunikation übergehen zu lassen, oder ob es analytisch nicht sinnvoller ist, sich gleich und ausschließlich mit Kommunikation zu beschäftigen; dennoch ist die Bedeutung von Raumbezügen innerhalb des Fußballs als Ausdruck einer gesellschaftlichen Stellungnahme nicht zu leugnen. Dies können in der einfachsten Form und ähnlich wie im Fall der Nationalmannschaften räumlich definierte Kollektive sein, die meist über eine Stadt – den Sitz des Fußballvereins – oder eine darüber hinausgehende Region definiert werden. So illustriert Weichhart seine Konzeption raumbezogener Identitäten mit folgendem Beispiel:

„Beim Match des lokalen Fußballclubs gegen den Verein des Nachbarviertels wird sich der Zuseher als loyaler Viertelsbewohner fühlen, der gegen ‘die anderen’ pfeift, spielt die Nationalmannschaft, dann wechselt die Bezugsebene, und die nationale Identität tritt (so banal der Anlaß auch ist) in den Vordergrund.“ (Weichhart 1999; S. 3)

⁴ Hier bietet sich etwa eine Perspektive an, die – analog zu Elias – den Übergang vom Fußball als Form der stellvertretenden Auseinandersetzung zwischen Städten zu einer dem ästhetischen Genuss dienenden Unterhaltung beleuchten hilft.

⁵ vgl. John 1992

Diese Position⁶ ist so plausibel und naheliegend, dass zunächst kaum wahrzunehmen ist, welch antiquiertes und realitätsfernes Bild von Fans hier vertreten wird. Denn es wird schlichtweg unterschlagen, dass die Anhänger nicht nur der Vereine aus den oberen Ligen, sondern auch anderer „Traditionsmansschaften“ nur begrenzt regional zu verorten sind. Ein Anhänger von Bayern München mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein oder ein Fan von Manchester, der sich in China mit Gleichgesinnten zusammenschließt, drückt wohl nur in den seltensten Fällen „raumbezogene Identität“ aus. Ist dies aber nicht der Fall, kann auch bei Einwohnern Münchens oder Manchesters nicht auf derlei geschlossen werden. Dieses Fehlen lokaler oder regionaler Bezüge von Fußballmannschaften wird mittlerweile auch von den Clubs als Thema erkannt und mit explizitem Bezug auf die regionale Zugehörigkeit zu kompensieren versucht – ein Prozess, der immer wieder zu bissigen Kommentaren Anlass gibt:

„Vorbei die kargen Zeiten, als Otto Normalprofi jede Spielanalyse wahlweise mit ‘Na gut’ oder ‘Ich sag’ mal’ begann, inzwischen denkt er gesellschaftlich übergreifend und spricht staatstragend: ‘Das war wichtig für die Region’, brabbelt es wie aus der Pistole geschossen, sobald man einem das Mikro zwischen die Zähne presst.“ (Schulze 1997)

Die irriige Vermutung einer „regionalen Verbundenheit“, die durch Fußballvereine ausgedrückt werde, führt immer wieder zum Erstaunen von Beobachtern, die sich wundern, wie unproblematisch im Regelfall der Umbau der Profimansschaften mit einer Vielzahl von Ausländern vor sich geht, ohne dass offensichtlich von den Anhängern ein Verlust an „Regionalität“ wahrgenommen wird.

So stehen heute die großen Fußballclubs nicht (mehr) stellvertretend für einen Ort oder eine Region, und das heißt: für die dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern gleich direkt für bestimmte gesellschaftspolitische Positionen. Vereine wie der SC Freiburg haben sich bundesweit ein ökologienahes Image erarbeitet; andere wie der FC St. Pauli werden als Vertreter einer großstädtisch-linksalternativen Position wahrgenommen (Böttiger 1997; S. 131-152).

Diese Repräsentation von gesellschaftlichen Gegebenheiten im Fußball wird meist sehr unmittelbar begründet: Wenn die Spielweise des SC Freiburg mit der hohen Anzahl von (grün-wählenden) Studenten parallelisiert wird und der FC St. Pauli ein Ausdruck irgendwie subkultureller Milieus ist, dann ist die Ortsbezeichnung als Bestandteil des Vereinsnamens nur noch eine Chiffre für gesellschaftspolitische Zuschreibungen und Vorlieben. Selbstverständlich kommt es bei einer solchen Engführung leicht zu Vereinfachungen und Geschichtsklitterungen, wie das Beispiel des Gegensatzes von Schalke 04 (historisch: gehätschertes Ziehkind der NS-Politik; heutige Wahrnehmung: Repräsentant des linksproletarischen Underdogs) und Bayern München (historisch: als jüdisch geführter Verein Angriffsziel antisemitischer Aktionen; heutige Wahrnehmung: „Bonzen“-Club) zeigt.

Noch stärker als auf der Vereinsebene findet die Gleichsetzung von Verein und allgemeingesellschaftlichen Charakteristika bei der Betrachtung des internationalen Fußballs statt.⁷ Meist artikulieren sich dabei utopische Sehnsüchte, für die der Fußball seine regional

⁶ vertreten auch z. B. von Binder/Irion o. J., auf die sich Weichhart bezieht

⁷ Als Frühform einer Zusammenschau von Nationsmerkmalen und Sport kann die „Fußlümmelei“ des Karl Planck (1898) bezeichnet werden, in der er die begeisterte Aufnahme des (englischen) Fußballs in Deutschland als Gefahr im Kampf gegen das „länderverschluckende England“ (Planck 1898; S. 14) bezeichnet. Der Kampf gegen England soll demnach auch auf dem Sportplatz ausgefochten werden.

kodierten Zufluchten anbietet, wenn auch oft negativ, d. h. als drohender oder bereits realisierter Verlust:

„Die Zeiten, wo unterschiedliche Spielsysteme – Manifestationen von kulturell wie sozial unterschiedlichen Lebensumständen und -weisen – aufeinanderprallten, neigen sich dem Ende zu, was die Metropole Europa bevorteilt und die Langlebigkeit befördert. Auch in Südamerika war (und ist) der Fußball primär eine Disziplin der Unterschichten. Dennoch unterschied er sich vom europäischen Arbeiterfußball à la Deutschland und England erheblich: Südamerikanischer Unterschichtfußball war mehr vorindustriell als industriell geprägt, weniger diszipliniert, spielerischer und phantasiereicher. ... Die Europäisierung des südamerikanischen Fußballs bedeutet sein Ende als subversiver Unterklassenfußball und authentische kulturelle und soziale Manifestation. Zumindest vom Spielstil her wird nun auch der südamerikanische Fußball immer mehr ein Angestelltengekick.“ (Schulze-Marmeling 1992; S. 190)

Fußball kann damit in vielerlei Hinsicht als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, insbesondere bezogen auf deren räumliche Komponenten betrachtet werden. Sowohl bei der gesellschaftlichen Formierung von (Verhaltens-)Räumen als auch bei der Verwendung von Raumbegriffen als Synonyma von gesellschaftspolitischen Wertungen und Zielformulierungen spielt er eine wichtige Rolle. Damit erweist sich die Beschäftigung mit den Raumaspekten des Fußballs nicht nur als genuin geographisches Thema, sondern auch als eine Möglichkeit der Geographie, über ein Forschungsgebiet Fußball zu wichtigen gesellschaftsbezogenen Erkenntnissen zu gelangen.

Raumproduktionen durch Fußball und Politik

Ein weiteres wichtiges Forschungsthema ist die Verbindung von Fußball und Politik bei der Schaffung von Räumen. Ein Beispiel, das aus Marschik/Sottopietra 2000 entnommen ist, soll dies verdeutlichen. Wenn die Autoren ihr Buch über „Konzept und Realität Mitteleuropas im Sport“, so der Untertitel, mit dem Satz

„Mitteleuropa im Fußball, das bedeutet – allgemein formuliert – eine Repräsentation politischer Gemeinsamkeiten und Differenzen, ökonomischer Beziehungen und Strukturen in einem mehr ideell denn objektiv bestimmten Raum, der geographisch kaum zu verorten ist.“ (S. 392)

zusammenfassen, beziehen sie sich auf eine jahrzehntelange Parallelität von politischen Zielen und sportlicher Praxis, die jeweils denselben Raum zu konstruieren bestrebt sind: Mitteleuropa.

Nach dem Ersten Weltkrieg und damit mit dem Ende der k. u. k. Monarchie sieht sich Österreich vor der Aufgabe, das Verhältnis zu seinen ehemaligen Landesteilen, die nun zu Staaten geworden sind, neu zu bestimmen. Dies geschieht auf der politischen Ebene in Form von zahlreichen Konzeptionen einer engeren Zusammenarbeit, die von unterschiedlichen Kooperationsvorschlägen über die Idee einer Konföderation bis hin zum Wiedererstehen der Donaumonarchie reichen. Umgesetzt werden diese Vorschläge aufgrund der ablehnenden Haltung der Alliierten und angesichts der schließlich alternativ realisierten Politikziele des Dritten Reichs (Anschluss Österreichs, Zerschlagung der Tschechoslowakei) nicht.

Auf der sportlichen Ebene hingegen entstehen rasch konkrete Bestrebungen, das k. u. k. Territorium als Bezugsraum für die Schaffung eines gemeinsamen Spielbetriebs zu verstehen. So nehmen ab 1927 Mannschaften aus Österreich, Ungarn und der Tschecho-

slowakei, später auch aus Italien, Jugoslawien, Rumänien und – als Sonderfall – der Schweiz an einem Pokalwettbewerb teil, der sein Raumkonzept bereits im Namen trägt: Mitropa (aus: Mitteleuropa).

Die in der Zwischenkriegszeit praktisch eher zaghaften Versuche der österreichischen Politik, das Territorium der Habsburgermonarchie als Raumkonzept einer engen politischen Verbindung der beteiligten Staaten zu formulieren, wandeln sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer sehr viel expliziteren Form, nun zusätzlich interpretiert als Weg der Überwindung der in Verfestigung begriffenen Systemgrenze zwischen Ost und West. Diese Bestrebungen werden im Österreich der 50er Jahre auch durch die Einrichtung von Mitteleuropa-Instituten und gleichnamigen ministeriellen Arbeitsgemeinschaften organisatorisch stabilisiert. Parallel dazu kommt es nach einigen Anläufen auch zum Wiederaufleben des Mitropacups (1955), der seine Bedeutung aus der Zwischenkriegszeit jedoch nicht wiedererlangen kann und bald in der Konkurrenz mit den neu eingerichteten UEFA-Wettbewerben den Kürzeren zieht und schließlich wieder eingestellt wird.

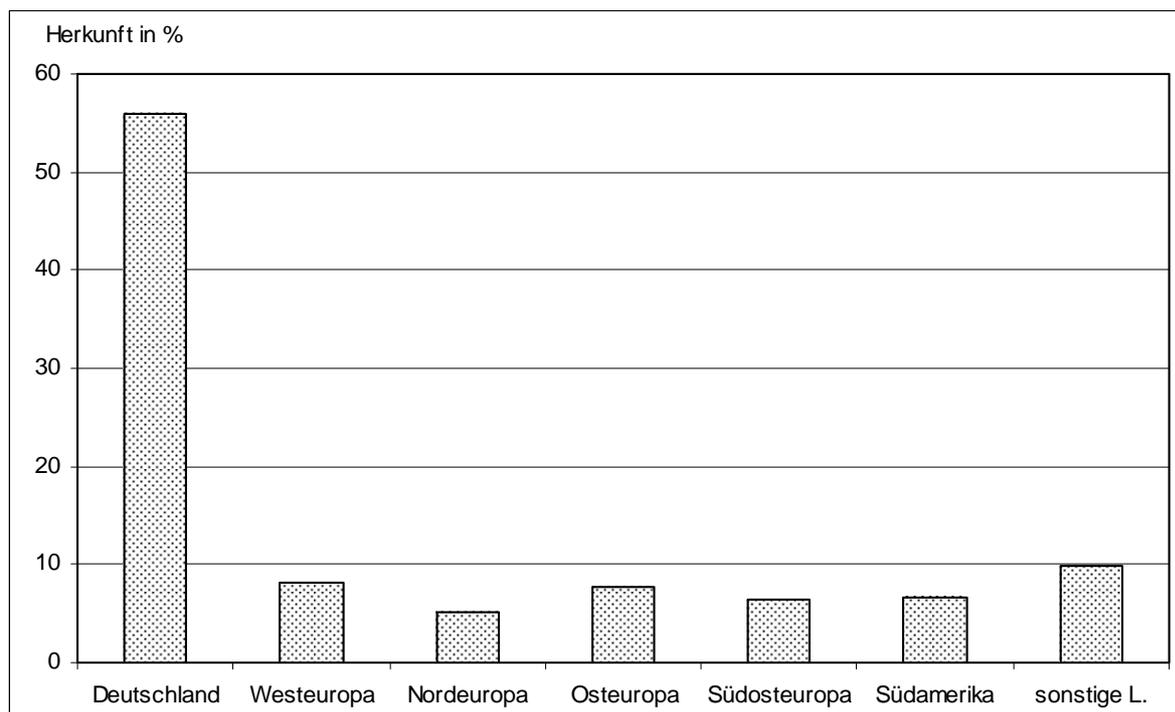
Insgesamt zeigt dieses Beispiel, wie Politik und Fußball denselben Raumbegriff innerhalb ihrer eigenen Sphäre verwenden. Aus der zitierten Forschungsarbeit lässt sich jedoch nicht eindeutig ableiten, dass etwa der Fußball sich ein politisch vorgegebenes Ziel zu eigen gemacht hätte oder umgekehrt. Dies zu be- oder widerlegen harret noch einer eingehenden Untersuchung.

Perspektivisch interessant ist in diesem thematischen Zusammenhang aber auch etwa die Frage, welche Wirkung die aktuellen politischen Diskussionen um die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa auf den Fußball hat. Während sich „Fußball-Europa“ von diesen Debatten bisher unberührt zeigt, regen sich in der türkischen Politik Stimmen, die eine Umorientierung nach Asien fordern. Inwieweit eine politische Raumkonzeption (die Türkei gehört nicht zu Europa) sich auf Dauer mit einer dem widersprechenden sportlichen Raumkonzeption (die Türkei gehört zu Europa) verträgt, wird abzuwarten sein. Insgesamt lässt sich feststellen, dass (Groß-)Raumkonzeptionen sowohl in der Politik als auch im Fußball existieren, dass deren Zusammenhang aber noch weitestgehend unerforscht ist.

Die fernen Räume des Fußballs: Bedeutung der Spielermigration

Ein letztes Themenfeld, das wie extra erfunden für die Geographie erscheint, bisher von ihr aber noch nicht wahrgenommen wurde, ist die Spielermigration, die internationale Zusammensetzung etwa der Bundesligamannschaften. Ein Überblick über den Kader aller Bundesligamannschaften der Saison 2004/05 (kicker) zeigt eine sehr bunte Mischung an Herkünften (Abb. 1), die sich zwischen den einzelnen Mannschaften recht deutlich unterscheidet (Abb. 2). Dieser Umstand als solcher lässt zahlreiche Fragestellungen aus der regionalwissenschaftlichen Forschung zu; vor allem scheint neben der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Herkunft der Spieler und dem Erfolg der Mannschaft⁸ vor allem eine Untersuchung lohnend, welche die Rekrutierungsformen und -ziele mit der Herkunft der Spieler in Beziehung setzt.

⁸ Korrelationen zeigen keinen direkten Zusammenhang der Zusammensetzung einer Mannschaft mit der Herkunft ihrer Spieler (lediglich in zweidimensionaler Betrachtung kann ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Anteil südamerikanischer Spieler und dem sportlichen Erfolg festgestellt werden), es ist aber die Wirksamkeit intermittierender Faktoren (etwa: Qualität = Ablösekosten = Gehalt) nicht auszuschließen. Hier bedarf es noch weiterer Untersuchungen.

Abb. 1 Herkunft der Spieler in den Bundesligavereinen der Saison 2004/05

Quelle: Zusammengestellt nach <http://www.kicker.de>

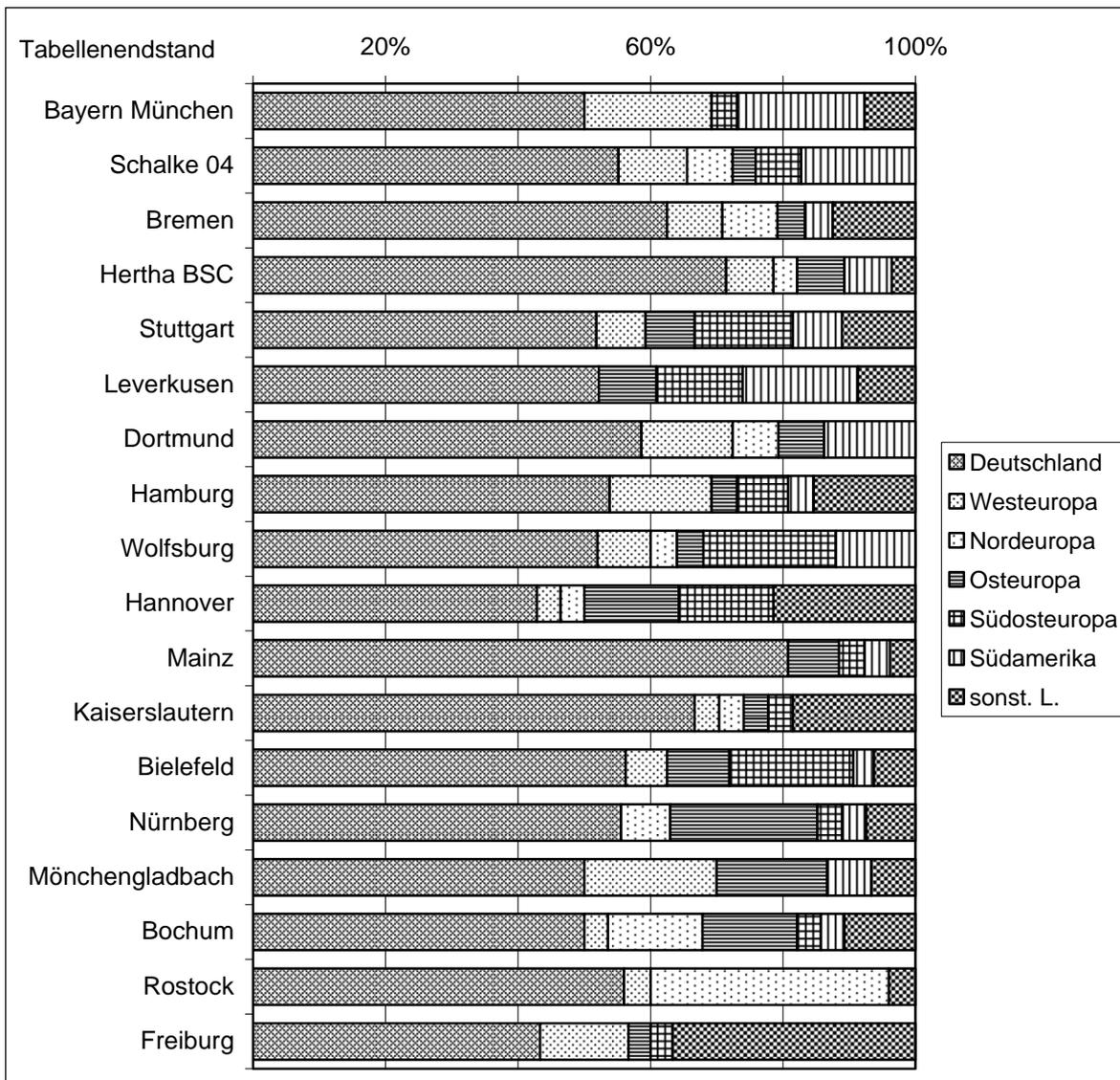
So dürfte für die Entscheidung eines ausländischen Spielers, in die Bundesliga zu wechseln, in erster Linie ein erhöhtes Einkommen verantwortlich sein. Auf der Seite der Vereine wirken demgegenüber mehrere Aspekte zusammen. Zwar haben sich durch die Konkurrenz der Clubs die Ablösesummen bzw. Gehälter für Spieler ähnlicher Güte stark angeglichen (von Einzelfällen mit hohen „Star“-Qualitäten abgesehen), so dass kaum Ersparnisse durch den Einsatz eines ausländischen statt eines deutschen Spielers zu erzielen sind. Dennoch besteht keine vollständige Markttransparenz, weshalb findige „scouts“ in exotischen Ländern immer noch Spieler zu verhältnismäßig günstigen Konditionen anwerben können. Insgesamt dürfte der Preis für einen ausländischen Spieler aber ein eher nachrangiges Kriterium für dessen Verpflichtung anstelle eines Deutschen sein. Vielmehr ist der Gewinn des Vereins, der sich aus einem solchen Transfer ergibt, auf der Einnahmeseite zu suchen: Ein neuer, ausländischer Spieler erhöht die Attraktivität und damit die Vermarktungschancen des Teams. Er – so wird zumindest gehofft – ergänzt auch die Mannschaft und verbessert ihre sportlichen Erfolgchancen. Und nicht zuletzt scheint es auch den Versuch zu geben, durch Spieler aus besonders erfolgreichen Fußballnationen die dort als irgendwie naturwüchsig vermuteten Qualitätsmerkmale („der brasilianische Zauberfußball“) zu importieren und damit dem Spiel der eigenen Mannschaft diese Qualitäten ebenfalls (ansatzweise) zu vermitteln.

Vor allem bei Spielern aus Südamerika und Afrika schwingen in den Beurteilungen der Spielweise immer auch allgemeine Mentalitätsattribute („heißblütig“, „spielerisch“ usw.)⁹

⁹ Als Musterbeispiel einer solchen Darstellung, die immer mit einem Schuss Rassismus verbunden ist, kann Böttiger 1997 angesehen werden, woraus nur eine Stelle zitiert werden soll: „Afrika [d. i. der afrikanische Fußball bei Weltmeisterschaften] kommt. Das hält die Vision wach. Die Vision vom Fußball als Kunst, von den Sandfußballern und der Verve, die auf der Straße ist.“ (S. 206)

mit, die einen Fußballspieler zum Repräsentanten nationaler Eigenheiten werden lässt. Dies schließt an eine Thematik an, die weiter oben bereits angesprochen wurde: die Widerspiegelung soziokultureller Merkmale einer Herkunftsgesellschaft in der Spielweise eines (hier: ausländischen) Spielers. Damit kann diese Betrachtungsweise, die klassisch regionalwissenschaftliche Untersuchungsmethoden mit diskurstheoretischen und kultur-geographischen Fragestellungen verbindet, ein weiteres und hier letztes Mal die immense Bedeutung und Attraktivität des Fußballs für die Geographie belegen.

Abb. 2 Vereine nach dem Tabellenstand und Zusammensetzung des Kaders (Saison 2004/05)



Quelle: Zusammengestellt nach <http://www.kicker.de>

Fußball (in) der Geographie

Der vorliegende Beitrag versuchte in stark geraffter Form aufzuzeigen, dass Fußball nicht nur dem Kernparadigma der (alten) Kulturlandschaftsgeographie zugrunde liegt, sondern auch die zentralen Bestandteile aktueller theoretischer Ansätze fundiert. Zugleich musste eingeräumt werden, dass es keinen zwingenden Grund dafür gibt, dass eine Wissenschaft, die vom Fußball kommt, auch dorthin zurückkehren muss. Deshalb wurden in einem zweiten Teil zahlreiche Aspekte einer möglichen Forschungspraxis aufgezeigt, die nicht nur die hohe intellektuelle Attraktivität des Themas belegen, sondern auch seine immense gesellschaftliche Relevanz. Der Ball liegt demnach auf dem Feld der Geographie. Sie muss ihn nur noch spielen.

Anpfiff.

Literatur

Binder, Helge und Irion, Klaus (o. J.): Ein "Europa der Fußballregionen"? Über den zunehmenden Lokalpatriotismus der Fußballfans in Baden-Württemberg analog zur Internationalisierung der Vereine. URL: <http://homepages.uni-tuebingen.de/student/klaus.irion/> (Zugriff 12.5.2005)

Böttiger, Helmut (1997): Kein Mann, kein Schuß, kein Tor. Das Drama des deutschen Fußballs. München (=Beck'sche Reihe 1021)

Carew, Richard (1602): A survey to Cornwall. London 1602 (zit. nach: <http://www.classic-literature.co.uk/british-authors/16th-century/richard-carew/the-survey-of-cornwall>;
Zugriff 12.6.2005)

DFB (Deutscher Fußball-Bund) (2005): Fußballregeln. URL: <http://www.dfb.de/dfb-info/regeln/index.html> (Zugriff: 24.6.2005)

Dunning, Eric (1975): Industrialization and the incipient modernization of football. A study in historical sociology. In: Stadion 1; S. 103-139

Dunning, Eric (1971): The development of modern football. In: Dunning, Eric (Hg.): The sociology of sport. A selection of readings. London 1971; S. 133-151

Eichberg, Henning (1978): Leistung, Spannung, Geschwindigkeit. Stuttgart

Elias, Norbert und Dunning, Eric (1971): Folk football in medieval and early modern Britain. In: Dunning, Eric (Hg.): The sociology of sport. A selection of readings. London 1971; S. 116-132

Elias, Norbert (1939/1997): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bände. Frankfurt/M. (zuerst 1939).

geographische revue: www.geographische-revue.de/archiv/harddisk.pdf – S. 3 (Zugriff 1.6.2005)

Hard, Gerhard (1990): Hard-Ware. Hg. Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation. Kassel (=Notizbuch 18 der Kasseler Schule)

John, Michael (1992): Kriege im Stadion. Bemerkungen zu Fußball und Nationalismus. In: Schulze-Marmeling, Dietrich (Hg.): Der gezähmte Fußball. Zur Geschichte eines subversiven Sports. Göttingen 1992; S. 257-268

kicker: <http://www.kicker.de/content/vereine/vereinsliste.asp> (Zugriff 14.5.2005)

Klüter, Helmut (1986): Raum als Element sozialer Kommunikation. Gießen (=Giessener Geographische Schriften 60)

- Klüter, Helmut (2000): Regionale Kommunikation in Politik und Wirtschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 9-10; S. 599-610
- Klüter, Helmut (2005): Geographie als Feuilleton. Anmerkungen zu dem Buch "Kultur-geographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen". Hrsg: H. Gebhardt, P. Reuber, G. Wolkersdorfer. Heidelberg, Berlin 2003. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 79(1); S. 125-136
- Marschik, Matthias und Sottopietra, Doris (2000): Erbfeinde und Haßlieben. Konzept und Realität Mitteleuropas im Sport. Münster usw. (= Sport: Kultur, Veränderung 28)
- Planck, Karl (1898): Fußlümmelei. Über Stauchballspiel und englische Krankheit. Stuttgart. Nachdruck: Stuttgart 1982 (Reihe Geschichte des Fussballs 2)
- Schulze, Ludger (1997): „Wichtig für die Region“. In: Süddeutsche Zeitung v. 28.4.1997, S. 36
- Schulze-Marmeling, Dietrich (1992): Zur sozialen und politischen Geschichte des Fußballsports. In: Schulze-Marmeling, Dietrich (Hg.): Der gezähmte Fußball. Zur Geschichte eines subversiven Sports. Göttingen 1992; S. 15-216
- Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt/M. 1986
- Strüver, Anke (2004): Die deutsch-niederländische Grenze als Repräsentation: Frau Antje und Herr Derrick spielen Fußball (Manuskript)
- Weichhart, Peter (1999): Raumbezogene Identitäten 4. Intensivkurs. Department of Human Geography. Nijmegen 16.-17.09.1999; URL: www.ru.nl/socgeo/n/colloquium/Placeld04new.pdf (Zugriff 15.6.2005)
- Werlen, Benno (1997): Gesellschaft, Handlung, Raum. 3. Aufl. Stuttgart
- Werlen, Benno (1999): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Bd. 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum. 2. Aufl. Stuttgart

Statt eines Schlusswortes

Von KlangBrücken und BrückenKlängen

von Günter Olias (Potsdam)

Manchmal greift man nach der ganzen Welt,
manchmal meint man, dass der Glücksstern fällt.

Manchmal nimmt man, wo man lieber gibt,
manchmal hasst man das, was man doch liebt.

Über sieben Brücken (Gruppe Karat)

Wer kennt ihn nicht, diesen Erfolgshit der Gruppe Karat aus den frühen 70ern. Für die DDR-Rockband wurde er einst zum Durchbruch, kam diese doch daraufhin wiederholt in den Genuss staatlich bewilligter Westreisen. Noch bekannter als das Original wurde später die Coverversion von Peter Maffay – der BrückenSong wurde zur SongBrücke. Anlässlich der ersten freien Wahlen in der DDR spielten Karat und Maffay sogar eine gemeinsame Version ein.

Im weiteren Sinne soll hier nun von KlangBrücken und BrückenKlängen die Rede sein, da sie sich – dem Motto des Festcolloquiums folgend – sowohl den „bewegenden Räumen“ zurechnen lassen als auch auf Verbindungswege hindeuten zwischen unterschiedlichen Fachbereichen. Vielleicht dürfen sogar Geografie und Musik gleichermaßen als „Brückenfächer“ bezeichnet werden, auch wenn wir in der zurückliegenden Zeit nur in sehr begrenztem Maße Gelegenheiten zum Hin- und Herpendeln zwischen den jeweiligen Uferseiten genutzt haben. Da war Frank Scherbaums Impuls etwa zu der mit Wolfgang Loos produzierten CD „Inner Earth“ mit ihren seismosonischen Überraschungen eine absolute Ausnahme.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang aber auch an Lieder wie „Sur le pont“, das - nicht nur - jedem Schulkind zugleich den Blick weitert auf die Schönheiten und Traditionen der südfranzösischen Landschaft, oder an den Song „Bridge Over Troubled Water“, mit dem Paul Simon und Art Garfunkel unübertrefflich bereits 1970 ihre Weltkarriere starteten und der seitdem wiederholt zum Symbol für zahlreiche soziale Brückenschläge wurde (z.B. als Motto für deutsch-polnische Studien an der Viadrina in Frankfurt/Oder, für einen Wettbewerb um bürgergesellschaftliches Engagement als Brücke in die Erwerbstätigkeit oder für ein Benefizkonzert für die Opfer der Tsunami-Flutkatastrophe in Südasien).

Spektakulärer waren schließlich die von Bill Fontana gemeinsam mit dem WDR Köln (Studio Akustische Kunst) 1985 und 1993 initiierten „Sound-Bridges“, die jeweils in einer Live-Rundfunksendung via Satellit die Klänge von San Francisco oder jene von Kyoto nach Köln - und ebenso auch in der Gegenrichtung - übertrugen, so dass sich zeitgleich an diesen weit voneinander entfernten Orten z.B. die Glockenklänge des Kölner Doms mit den Hupsignalen der Nebelhörner an der Golden Gate Bridge mischten, Geräusche von den verkehrsreichen Rheinbrücken aus Stahl und Beton mit den Schritten der Besucher des Heian-Schreins auf einer Holzbrücke verbanden oder simultan Zuggeräusche und Lautsprecherdurchsagen auf den Bahnhöfen in Köln und Kyoto, Resonanzen aus dem Innern der Petersglocke im Kölner Dom und der großen Glocke im Chion-in-Tempel, das Rattern des Uhrwerks im Kölner Dom und des hölzernen Wasserrades im Park des Nijo-Schlusses vernehmbar wurden.

Von Michael Rüsenberg wurden unterschiedlichste Klänge von Brücken aus der Umgebung von Köln zu dem CD-Projekt „Kölner Brücken Sinfonie“ vereint.

Noch nicht absehbar allerdings sind die Folgen jener erneuten Verbindungen, die mit Ihrer freundlichen Unterstützung, Frau Kollegin Saupe, zustande kamen und zur Mitgliedschaft von Ines Carstensen und Karl Geldmacher in unserem klangforum brandenburg e.V. führten. Ein erstes Projekt dieser Gruppe bezog sich auf eine CD-Produktion, die – beginnend mit Klängaufzeichnungen von brandenburgischen Wasserlandschaften – abzielt auf die Dokumentation und Erkundung von KlangOrten im Land Brandenburg, auf eine „regionale Topofonie“. Reizvoll auch für Geografen?

Der kurz bemessene Zeitraum zur Realisierung dieses von Kulturland Brandenburg e.V. geförderten Projekts gestattete zwar keine umfassende Vorbesinnung auf die auszuwählenden KlangRäume oder KlangOrte, so dass wir auf die Einbeziehung entsprechender geografischer Erwägungen noch weitgehend verzichten mussten. Doch ein Bereich erwies sich für mich bereits in mehrfacher Hinsicht als bedeutsam und ergiebig: die Brücken mit ihren klanglichen Besonderheiten, ihrem Ambiente und ihrer landschaftsprägenden Gediegenheit.

Hierzu nachfolgend einige ausgewählte Anmerkungen. Sie betreffen von mir durchgeführte Klängaufzeichnungen vom Juli und August 2004, die z.T. in Tracks der oben erwähnten CD des klangforum brandenburg e.V. eingegangen sind. Zum anderen bildeten diese Aufnahmen auch das Impulsmaterial für eine Projektarbeit mit SchülerInnen des Sally-Bein-Gymnasiums in Beelitz sowie für einen Workshop mit LehrerInnen am Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg (LISUM) im Dezember 2004 in Ludwigsfelde unter dem Motto „Die Landschaft mit den Ohren sehen“.

An der Humboldtbrücke am Morgen

Über 300 Jahre war die „Insel Potsdam“ durch sechs Brücken mit ihrem Umland verbunden. Erst 1981 folgte mit dem Bauabschluss der „Humboldt-Brücke“ die siebte. Bei einer Brückenlänge von 228 m und Gesamtweite von 40,50 m, vor allem aber auch infolge ihrer Stützweiten (60-80-60 m) war es die umfangreichste Anwendung des Ortbeton-Vorbaus zu DDR-Zeiten. Zudem erweist sie sich noch heute als eine der klangvollsten in der Umgebung von Potsdam.

Ein imposanter Hallraum eröffnet sich unter den Brückenpfeilern rechts und links der Havel, wenn oben die Autos auf vier Fahrbahnen sowie die Straßenbahnen - ebenfalls in beiden Richtungen - hin- und hereilen. Vor allem mit ihren Stoßgeräuschen beim Überfahren der einzelnen Betonanschlussplatten erzeugen die Fahrzeuge eine eindrucksvolle und scharf rhythmisierte Klangkulisse. Schwalben oder Radfahrer haben es dagegen weitaus schwerer, ihre hellen und schnellen Klänge zu entfalten. Länger anhaltendes Gedröhn von Lastkähnen, Rasenmähmaschinen oder Motorsägen führt allerdings zu einer eher bedrohlichen Lärmbündelung. Bleibt abzuwarten, welche akustischen Konsequenzen die bevorstehende Rekonstruktion der Brücke mit sich bringen wird.

In und auf der Havelbrücke bei Töplitz

Eindrucksvoll überspannt mit ihrer 704 m langen Streckenführung die Autobahnbrücke bei Töplitz am Zernsee die Havel. Entsprechend der Bauplanung von 1937 führt diese 22,3 m breite stählerne Balkenbrücke über elf Felder, deren verklinkerte Stützpfeiler z.T. bis zu 28 m tief gegründet werden mussten. Sie gilt als das bedeutendste Bauwerk im westli-

chen Teil des Berliner Ringes. Ihre erneute Rekonstruktion, die das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Ansprüche an eine höhere Tragfähigkeit erforderten (1997 Abschluss der Arbeiten am östlichen Brückenteil; seit 2002 Weiterführung der Arbeiten am westlichen Teil), konnte im Oktober 2004 abgeschlossen werden. Seitdem ist die Autobahnstrecke wieder in beiden Richtungen durchgängig befahrbar. Herrn Krüger von Schäfer-Bauten GmbH danke ich für die freundliche Unterstützung meiner Exkursion ins Innere der Brücke.

Im Inneren des Brückenkörpers führen die Fahrgeräusche fast zum Eindruck einer *singenden Brücke* (in As-Dur). In den Widerlagern, jenen Hohlräumen in den Brückenpfeilern auf den beidseitigen Uferseiten, wird die Resonanz jeweils noch um ein Vielfaches gesteigert. Während des Krieges wurden diese Räume als Schutzräume bei Luftangriffen von der Bevölkerung aufgesucht. Insgesamt passt sich die gesamte Brückenarchitektur harmonisch in die märkische Seenlandschaft ein.

An der Langen Brücke in Potsdam am Morgen – Alta trinita beata specialis

Nach aufwändigen Sanierungsarbeiten der zwischen 1958 und 1961 erbauten Spannbe- tonbrücke, die der Überquerung der Alten und der Neuen Fahrt diente, sowie nach Fertig- stellung der Fahrbahnumlenkungen, wie sie durch die Bus- und Straßenbahnanbindung an das Potsdam Center erforderlich wurden, fließt nun der Verkehr über die Lange Brücke seit Sommer 2004 wieder ungemindert in das Stadtzentrum hinein oder aus ihm heraus. Man kann sich heute kaum noch vorstellen, dass einst die an dieser Stelle sehr viel breiter und dafür auch flacher dahin fließende Havel von einer Furt aus durchquert werden konnte.

Unter dem Brückenbogen, der zu dem Havelarm der Neuen Fahrt führt, kann man beson- ders eindrucksvoll das geschäftige Treiben akustisch verfolgen, das das Potsdamer Stadtzentrum am Morgen erfüllt. Wenn man nicht selbst unmittelbar zur Eile gezwungen ist, um pünktlich Zug, Bahn oder Bus zur hastigen Weiterfahrt zu erreichen, bietet der Brückenbogen fast einen Schutz vor all der Hektik des alltäglichen Geschehens. Die hellen Vogelrufe dringen wie durch einen Tunnel von der anderen Brückenseite herüber, und in der Ferne entschwinden pausenlos dahinsurrende Züge. Bedrängender sind dage- gen die Fahrgeräusche der über uns hinwegdonnernden Straßenbahnen und Busse, wäh- rend vom benachbarten Havelarm der Neuen Fahrt heftige Trainerrufe die emsigen Rude- rer zu kraftvollem Schlag auffordern.

Die hier vorgenommene Kombination von realer klanglandschaftlicher Dokumentation und Chorgesang (Chor des Sally-Bein-Gymnasiums Beelitz) deutet auf musikpädagogische Impulse hin (Realität und Virtualität von Sound und Soundscapes) und lässt zudem Brücken als optimale Hallräume auch für musikalische Darbietungen im innerstädtischen Alltagsleben (vgl. Straßenmusiker) erfahrbar sowie Vergleichbares im crescendierenden Wechsel von vokalen und urbanen Klangverläufen erkennbar werden.

Unter der Brücke am Templiner See

Der Ausbau des östlichen Teils des Berliner Ringes, wie er bereits vor dem Bau der Berliner Mauer zielstrebig verfolgt wurde, führte zur Errichtung eines von beiden Ufer- seiten in die Weite des Templiner See hineinreichenden Dammes. Als gigantisches Jugendobjekt wurde dieses Vorhaben in den 50er Jahren vorangetrieben, um schließlich beide Seiten mit einer Stahlbogenbrücke zu verbinden. Während Fußgänger ursprünglich rechts und links neben der für den Eisenbahnverkehr vorgesehenen Trasse den

Templiner See überqueren konnten, führte der Personenverkehr nun in einem weiten Bogen um Berlin-West herum.

Seit der Öffnung der Mauer hat insbesondere der Bootsverkehr aus Richtung Potsdam und Berlin rasch zugenommen und fächert sich nach dem Durchqueren der Brücke dann bald auf in Weite des Templiner Sees - mit einer Gesamtfläche von 600 ha der zweitgrößter See in der Potsdamer Umgebung. Heute ist nur noch die Potsdam zugewandte Seite auf der Brücke für die Fußgänger zu benutzen, und hält man sich gerade in der Brückenmitte über dem Templiner See auf, zuckt man regelrecht zusammen bei der donnernden Vorbeifahrt eines Zuges und hofft, möglichst sicher die andere Uferseite zu erreichen. Auch unterhalb der Brücke kann man das Poltern der Fußgänger vernehmen, das sich hier jedoch mit den ständigen Wassergeräuschen der auslaufenden Bugwellen vorbeifahrender Boote verbindet.

Bewegende Räume verweisen uns nicht nur auf Dingeigenschaften, auf die Beschaffenheit und Materialität von Räumen, in denen etwas bewegt wird, in denen Abraumbewegungen stattfinden, etwas um-, auf- oder abgeräumt werden kann. Es geht vielmehr um Beziehungsqualitäten, um das Atmosphärische von Räumen, Orten, Landschaften und Dingen. Dabei ist von Bedeutung, dass „Atmosphäre etwas zwischen Subjekt und Objekt ist, nämlich ihre gemeinsame Wirklichkeit. Sie werden erfahren in affektiver Betroffenheit, d.h. in der eigenen Befindlichkeit, haben aber jeweils einen Charakter bzw. eine charakteristische Weise“ (Gernot Böhme), in der uns Dinge, Orte, Räume, Personen, Landschaften etc. anmuten.

Wir begegnen hier gleichsam einer besonderen „Brücke“, die uns vom geografischen Erkunden zum Sich-Befinden in und Angemutet-Sein von Umgebungen führt, von ökologischen schließlich zu ästhetischen Fragestellungen veranlasst. Doch auch bei diesem Brückenschlag gilt: *Moving Spaces are Sonoric Spaces*.

When you're weary, feeling small,
When tears are in your eyes, I will dry them all;
I'm on your side. When times get rough
And friends just can't be found,
Like a bridge over troubled water
I will lay me down.
Like a bridge over troubled water
I will lay me down.

(Paul Simon: Bridge Over Troubled Water, 1. Strophe)

Autorinnen und Autoren

Wolfgang Aschauer; Prof. Dr. – wolfgang.aschauer@phil.tu-chemnitz.de
TU Chemnitz, Studiengang Europa-Studien/European Studies

Marie Bachmann; Dipl.-Geogr. – bachmann@geog.fu-berlin.de
Freie Universität Berlin, Institut für Geographische Wissenschaften

Gerhard Bahrenberg; Prof. Dr. – gbah@uni-bremen.de
Universität Bremen, Institut für Geographie

Heiner Barsch; Prof. Dr. – heiner.barsch@t-online.de
Universität Potsdam, Institut für Geoökologie

Hans-Rudolf Bork; Prof. Dr. – hrbork@ecology.uni-kiel.de
Christian-Albrechts-Universität Kiel, Ökologie-Zentrum

Ines Carstensen; Dipl. BW – carsten@uni-potsdam.de
Universität Potsdam, Institut für Geographie

Klaus Dierßen; Prof. Dr. – klausd@ecology.uni-kiel.de
Christian-Albrechts-Universität Kiel, Ökologie-Zentrum

Christof Ellger; Dr. – christof.ellger@gfe-berlin.de
Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin

Karl Geldmacher; Dr. – geld@uni-potsdam.de
Universität Potsdam, Institut für Geoökologie

Elke Goltz; Dr. – goltz@geog.fu-berlin.de
Freie Universität Berlin, Institut für Geographische Wissenschaften

Hartmut Häußermann; Prof. Dr. – hartmut.haeussermann@sowi.hu-berlin.de
Humboldt-Universität Berlin; Institut für Stadt- und Regionalsoziologie

Wilfried Heller; Prof. Dr. – heller@rz.uni-potsdam.de
Universität Potsdam, Institut für Geographie

Elke Hochmuth; Dr. – e.hochmuth@web.de
Göttingen, Institut für Regionalforschung

Georg Kluczka; Prof. Dr. – kluczka@zedat.fu-berlin.de
Freie Universität Berlin, Institut für Geographische Wissenschaften

Rolf Kuhn; Prof. Dr. – info@iba-see.de
Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land Großräschen

Andreas Mieth; Dr. – amieth@ecology.uni-kiel.de
Christian-Albrechts-Universität Kiel, Ökologie-Zentrum

Günther Olias; Prof. Dr. – olias@rz.uni-potsdam.de
Universität Potsdam, Musikdidaktik

Manfred Rolfes; Prof. Dr. – mrolfes@rz.uni-potsdam.de
Universität Potsdam, Institut für Geographie

Jirka Stachen; MA – beratung@stachen.com
Potsdam, freiberuflich tätiger Wirtschaftsgeograph

Karen Ziener; Dr. habil. – Karen.Ziener@uni-klu.ac.at
Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Institut für Geographie und Regionalforschung

Praxis Kultur- und Sozialgeographie

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Heller (Potsdam) und Prof. Dr. Hartmut Asche (Potsdam), Prof. Dr. Manfred Rolfes
in Verbindung mit Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner (Erkner/Potsdam)

Federführender Herausgeber: Prof. Dr. Wilfried Heller

Schriftleitung: Dr. Waltraud Lindner

Bisher erschienen sind:

- Heft 1 **SÖHL, Ilse: Zur Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland.** Bauliche und sozialstrukturelle Änderungen in Altbauvierteln am Beispiel der Göttinger Südstadt. 1988. 97 S. 6,00 €
- Heft 2 **Alternative Ökonomie – Modelle und Regionalbeispiele.** Inhalt:
SPERSCHNEIDER, Werner: Alternative Ökonomie und selbstverwaltete Betriebe - eine Strukturanalyse im südlichen Niedersachsen;
UHLENWINKEL, Anke: Alternativökonomie in der Region Bremen – zwischen endogenem Potential und neuen regionalen Wirtschaftsstrukturen. 1988. 162 S. 9,00 €
- Heft 3 **FELGENTREFF, Carsten: Egerländer in Neuseeland.** Zur Entwicklung einer Einwandererkolonie (1863-1989). 1989. 48 S. 4,00 €
- Heft 4 **KOBERNUSS, Jan-F.: Reiseführer als raum- und zielgruppenorientiertes Informationsangebot.** Konzeption und Realisierung am Beispiel Kulturlandschaftsführer Lüneburger Heide. 1989. 123 S.
Beilage: Lüneburger Heide – Begleiter durch Kultur & Landschaft. 8,50 €
- Heft 5 **STAMM, Andreas: Agrarkooperativen und Agroindustrie in Nicaragua.** Entwicklung zwischen Weltmarkt und bäuerlicher Selbsthilfe. 1990. 98 S. 12,00 €
- Heft 6 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Albanien 1990.** Protokolle und thematische Zusammenfassungen zu einem Geländekurs des Geographischen Instituts der Universität Göttingen. 1991. 87 S. 7,00 €
- Heft 7 **SCHROEDER, Friederike: Neue Länder braucht das Land!** Ablauf und Umsetzung der Länderbildung in der DDR 1990. 1991. 90 S. 7,50 €
- Heft 8 **EBERHARDT, Winfried: Die Sonderabfallentsorgung in Niedersachsen.** Fakten, Probleme und Lösungsansätze. 1992. 194 S. 15,00 €
- Heft 9 **HOFMANN, Hans-Jürgen / BÜRKNER, Hans Joachim / HELLER, Wilfried: Aussiedler – eine neue Minorität.** Forschungsergebnisse zum räumlichen Verhalten sowie zur ökonomischen und sozialen Integration. 1992. 83 S. 7,50 €
- Heft 10 **SCHLIEBEN, C. v.: Touristische Messen und Ausstellungen – ihre Nutzung als Marketinginstrumente durch Fremdenverkehrsorganisationen.** 1993. 121 S. 18,00 €
- Heft 11 **FRIELING, Hans-Dieter v. / GÜSSEFELDT, Jörg / KOOPMANN, Jörg: Digitale Karten in GIS.** 1993. 74 S. 7,50 €
- Heft 12 **OHMANN, Michael: Der Einsatz von Solaranlagen in öffentlichen Freibädern in der Bundesrepublik Deutschland.** Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit am Beispiel des Wellen- und Sportbades Nordhorn. 1995. 152 S. 10,00 €

- Heft 13 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Identität – Regionalbewußtsein – Ethnizität.** Mit Beiträgen von Wolfgang Aschauer, Stefan Buchholt, Gerhard Hard, Frank Hering, Ulrich Mai und Waltraud Lindner.
 Teil 1: **ASCHAUER, Wolfgang: Identität als Begriff und Realität.**
HARD, Gerhard: „Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie.“ Bemerkungen zu einer Untersuchung von Jürgen Pohl.
 Teil 2: **BUCHHOLT, Stefan: Transformation und Gemeinschaft:** Auswirkungen der „Wende“ auf soziale Beziehungen in einem Dorf der katholischen Oberlausitz.
HERING, Frank: Ländliche Netzwerke in einem deutsch-sorbischen Dorf. Eine sozialgeographische Untersuchung.
MAI, Ulrich: Persönliche Netzwerke nach der Wende und die Rolle von Ethnizität: Die Sorben in der ländlichen Lausitz.
LINDNER, Waltraud: Ethnizität und ländliche Netzwerke in einem niedersorbischen Dorf der brandenburgischen Niederlausitz nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. 1996. 152 S. € 9,00
- Heft 14 **PAPE, Martina: Obdachlosigkeit in Ost- und Westdeutschland im Vergleich.** Dargestellt am Beispiel der Städte Nordhausen und Northeim. 1996. 105 S. € 7,50
- Heft 15 **BÜRKNER, Hans-Joachim / KOWALKE, Hartmut (Hrsg.): Geographische Grenzraumforschung im Wandel.** Inhalt:
BÜRKNER, Hans-Joachim: Geographische Grenzraumforschung vor neuen Herausforderungen - Forschungskonzeptionen vor und nach der politischen Wende in Ostmitteleuropa.
MAIER, Jörg / WEBER, Werner: Grenzüberschreitende aktivitäts- und aktionsräumliche Verhaltensmuster im oberfränkischen Grenzraum vor und nach der Wiedervereinigung.
JURCZEK, Peter: Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck.
STRYJAKIEWICZ, Tadeusz: Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
ASCHAUER, Wolfgang: Systemwandel und Grenzöffnung als Faktoren der Regionalentwicklung - das Beispiel der ungarisch-österreichischen Grenzregion.
KOWALKE, Hartmut: Themen und Perspektiven der „neuen“ Grenzraumforschung. 1996. 82 S. 9,00 €
- Heft 16 **OBST, Andreas: Bürgerbeteiligung im Planungsprozess.** Qualitative Untersuchungen zu Problemen der Dorferneuerung. 1996. 116 S. 9,00 €
- Heft 17 **KUHR, Jens: Konzeption eines Geographischen Reiseführers als zielgruppenorientiertes Bildungsangebot.** 1997. 204 S. 13,50 €
- Heft 18 **MOTZENBÄCKER, Sabine: Regionale und globale Verflechtungen der biotechnologischen Industrie Niedersachsens.** 1997. 158 S. 11,00 €
- Heft 19 **TÖDTER, Sven: Car-Sharing als Möglichkeit zur Reduzierung der städtischen Verkehrsbelastung.** Eine vergleichende Untersuchung des Nutzer- und Anforderungsprofils des „stadt-teil-autos“ in Göttingen. 1998. 71 S. 8,00 €
- Heft 20 **ASCHAUER, Wolfgang / BECKER, Jörg / FELGENTREFF, Carsten (Hrsg.): Strukturwandel und Regionalbewußtsein.** Das Ruhrgebiet als Exkursionsziel. 1999. 108 S. 10,00 €
- Heft 21 **FELGENTREFF, Carsten / HELLER, Wilfried (Hrsg.): Neuseeland 1998.** Reader zur Exkursion des Instituts für Geographie der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Migration und Restrukturierung / Deregulierung. Mit

- Beiträgen von Monika Bock, Lars Eggert, Anja Farke, Tanja Gärtig, Matthias Günther, Thomas Hahmann, Christian Heilers, Anke Heuer, Annekathrin Jakobs, Heinrich Kanstein, Katrin Kobus, Michael Ksinsik, Carmen Liesicke, Tilly Müller, Jörg Pasch, Antje Schmallowsky, Olaf Schröder, Alexander Spieß, Bettina Wedde, Markus Wolff. 1999. 238 S. 15,00 €
- Heft 22 **KRUSE, Jörg / LERNER, Markus: Jüdische Emigration aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Aspekte eines neuen Migrationssystems.** 2000. 150 S. 13,00 €
- Heft 23 **HELMS, Gesa: Glasgow – the friendly city. The safe city.** An agency-orientated enquiry into the practices of place-marketing, safety and social inclusion. 2001. 126 S. 13,00 €, ISBN 3-935024-21-5
- Heft 24 **BEST, Ulrich / GEBHARDT, Dirk: Ghetto-Diskurse.** Geographien der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. 2001. 177 S. 14,00 €, ISBN 3-935024-24-X
- Heft 25 **KNIPPSCHILD, Robert: Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße.** Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen. 2001. 107 S. 10,00 €, ISBN 3-935024-32-0
- Heft 26 **ZIENER, Karen: Das Bild des Touristen in Nationalparks und Biosphärenreservaten im Spiegel von Befragungen.** 2001. 169 S. 14,00 €, ISBN 3-935024-38-X
- Heft 27 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Abwanderungsraum Albanien – Zuwanderungsziel Tirana.** 2003. 108 S. 10,00 €, ISBN 3-935024-68-1
- Heft 28 **HELLER, Wilfried / FELGENTREFF, Carsten / LINDNER, Waltraud (eds.): The socio-economic transformation of rural areas in Russia and Moldova.** 2003. 163 S. 10,00 €, ISBN 3-935024-79-7
- Heft 29 **FELGENTREFF, Carsten / GLADE, Thomas (Hrsg.): Raumplanung in der Naturgefahren- und Risikoforschung.** 2003. 89 S. 7,50 €, ISBN 3-935024-80-0
- Heft 30 **CARSTENSEN, Ines: Der deutsche Ferienhaustourist – schwarzes Schaf oder Goldesel?** Ergebnisse empirischer Feldforschung zu deutschen Ferienhauspärgästen in Dänemark. 2003. 176 S. 11,00 €, ISBN 3-935024-86-X
- Heft 31 **CARSTENSEN, Ines: Land in Sicht? Berliner Einstellungen zu Freizeitwohnsitzen und Ferienhausaufhalten im Umland.** Ergebnisse empirischer Feldforschung. 2004. 135 S. 10,00 €, ISBN 3-937786-20-1
- Heft 32 **FELGENTREFF, Carsten / GLADE, Thomas (Hrsg.): Von der Analyse natürlicher Prozesse zur gesellschaftlichen Praxis.** 2004. 174 S. 14,00 €, ISBN 3-937786-24-4
- Heft 33 **ROLFES, Manfred / WEITH, Thomas (Hrsg.): Evaluation in der Praxis: Aktuelle Beispiele aus der Stadt-, Regional- und Umweltentwicklung.** 2005. 183 S. 13,00 €, ISBN 3-937786-50-3
- Heft 34 **VIEHRIG, Hans: Russlands Landwirtschaft und ländliche Siedlungen in der Transformation.** 2005. 128 S. 10,00 €, ISBN 3-937786-53-8
- Heft 35 **SALLANZ, Josef (Hrsg.): Dobrudscha. Ethnische Minderheiten – Kulturlandschaft – Transformation.** Ergebnisse eines Geländekurses des Instituts für Geographie der Universität Potsdam im Südosten Rumäniens. 2005. 155 S. 12,00 €, ISBN 3-937786-76-2
- Heft 36 **ZIENER, Karen / CARSTENSEN, Ines / GOLTZ, Elke (Hrsg.): „Bewegende Räume“ – Streiflichter multidisziplinärer Raumverständnisse.** Festschrift anlässlich der Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe am 26.11.04. 2005. 210 S. 12,00 €, ISBN 3-937786-80-5

ISBN 3-937786-80-5
ISSN 0934-716X